Heft 4 April 2002 €4,10

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 4,95/öS 68,11 · L € 4,95/lfr 193 · CH sfr. 8,–

Bundeswehr: Von Kabul nach Bagdad

Del Pontes billige Vollstrecker

NPD – der Saalschutz der Republik

Café Kanzler: Schröders Tintenkulis

Kaminer: Dank euch, Sowjetsoldaten!

in konkret April 2002

hier konkret von Hanno Harnisch

Hanno Harnisch ist das Entfant terrible der PDS: Mitte der neunziger Jahre erregte er als Dieb eines Autos vom Typ Trabant Aufsehen. Als Pressesprecher der Bundespartei wurde er letzten Herbst von seiner Chefin Gabi Zimmer wegen angeblich übler Nachrede gefeuert. Der studierte Philosoph (in Rostov/Don) und DDR-weit bekannte Rundfunkmoderator (DT 64), seit Jahresanfang Feuilletonchef beim »Neuen Deutschland«, will jetzt in den Bundestag

von Konkret

an Konkret

Königsberg ist unser von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Kein Alleingang ohne uns! von Jürgen Elsässer

Heute in Kabul, morgen gegen Bagdad: Die 12.000 deutschen Landser im Auslandseinsatz lernen, wie man Kriege führt

Verschweinskopfung von Jürgen Roth

Wahrheits-Krieger von Georg Fülberth

Das Pentagon bekommt nun doch kein »Office of Strategic Influence«. Denn die Wahrheit läßt sich in der sogenannten Zivilgesellschaft anders billiger und effizienter hintertreiben

Von Zypern lernen ... von Shlomo Avineri, Thomas von der Osten-Sacken

Shlomo Avineri, ehemaliger Staatssekretär im israelischen Außenministerium unter Premierminister Jitzhak Rabin, heute Professor für Politikwissenschaften an der Hebräischen Universität in Jerusalem, ist der Ansicht, daß Ariel Sharons Politik scheitern mußInterview

Del Pontes freie Mitarbeiter von Christian Y. Schmidt

Die Verhandlung gegen Milosevic vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag geht nicht so voran, wie es sich die deutschen Medien erhofft haben. Weil das Belastungsmaterial der Anklage sich als dürftig erweist, zeigen die Gerichtsreporter besonderen Einsatz, damit aus dem Vor-Urteil ein ordentliches Urteil werden kann

Jugoland abgebrannt von Hannes Hofbauer

Tabula rasa in Serbiens Wirtschaft – Platz gemacht für die Deutsche Bank

Zu Protokoll von Margret Gsella

Warum können 44 Staaten Atombomben bauen, und warum gehören dazu der Iran und der Irak? Der TV-Sender »Arte« hat den Weg des spaltbaren Materials von Paris nach Teheran und Bagdad dokumentiert (»La République Atomique«, 14. November 2001). Margret Gsella erzählt die Geschichte nach

Kein Krieg, kein Frieden von Thomas Uwer, Hans Branscheidt, Thomas von der Osten-Sacken

Iraks Opposition kann ohne Hilfe der USA das Regime nicht stürzen. Ein Debatten-Beitrag gegen antiimperialistische Genügsamkeit

Keine Zäsur? von Jürgen Elsässer

Nach dem 11. September muß der linke Kompaß neu justiert werden – aber ganz anders, als die Bellizisten meinen

»Was wärt ihr ohne uns?« von Laura Benedict
Wer besonders stolz auf Deutschland ist, geht zu einer Nazipartei. Oder zum Verfassungsschutz. Oder für jene zu diesem beziehungsweise für diesen zu jener. Und das seit fünfzig Jahren

Undank ist der Welt Lohnkürzung im Todesfall von Michael Schilling

Reinrassiger Journalismus von Matthias Gockel
Wie die »Süddeutsche Zeitung« entdeckte, daß der Kanzlerkandidat Stoiber noch nie von der »durchraßten Gesellschaft« gesprochen hat

Erst hingehalten, dann abserviert von Rolf Surmann
Bald hat die deutsche Politik es geschafft, die letzten überlebenden Naziopfer zu überleben. Und sie wird keinen Pfennig zuviel bezahlt haben

Grundkurs Auschwitz? von Magnus Klaue

Kauft nicht beim Reich-Ranicki von Matthias Seeberg
Eine Judensternstunde des deutschen Fernsehens

Kunst & Gewerbe von Marit Hofmann

Café Kanzler* von Jürgen Roth
Kultur-Kolumne

Beyond Sobibor von Jens Hoffmann
Am 14. Oktober 1943 erschlugen die Häftlinge des Vernichtungslagers Sobibor ihre deutschen Aufseher und retteten ihr Leben. Claude Lanzmann, Autor von »Shoa«, hat mit einem der Überlebenden einen Film gemacht

Die Figuren fuhren toll umeinander von Ulrich Holbein
In Alfred Döblins »Dreißigjährigem Krieg« steht bereits alles über Afghanistan u.f.

Links & Rights von Jenna L. Brinning

FilmTheater von Marit Hofmann
Panic RoomE.T. – Der Außerirdische

FilmTheater von Meike Röhrig
The Mothman Prophecies

FilmTheater von Matthias Seeberg
The Time Machine

Film des Monats von Tobias Nagl
Beijing Bicycle

Staatsquote von Jürgen Kiontke
Deutsche Kinos im Terrorfieber

»Wir dachten, wir leben gefährlich« von Wladimir Kaminer, Peter Huemer
Wladimir Kaminer, geboren 1967 in Moskau, sprach kein Wort Deutsch, als er vor elf Jahren nach Berlin kam. Heute ist er ein erfolgreicher deutschsprachiger Schriftsteller. Peter Huemer sprach mit ihm über seinen Roman »Militärmusik«, über Saufen und Korruption, Punk und KGB, Liebe und Verbannung, Gorbatschow und weiche Eier

Rügen liegt an der Adria von Ludwig Seyfarth

Erfundene Landschaften zwischen Haarlem und Hollywood

Postscriptum von Ludwig Seyfarth
zur politischen und ökonomischen Landschaft

Buch & Deckel von Marit Hofmann
Norbert Niemann: Schule der Gewalt. Hanser, München 2001, 319 Seiten, 19,90 Euro

Buch & Deckel von Vera Kallenberg
John von Düffel: Ego. Dumont, Köln 2001, 281 Seiten, 20,35 Euro

Buch & Deckel von Michael Rudolf
Martina Hefter: Junge Hunde. Alexander Fest, Berlin, 136 Seiten, 14,90 Euro

Buch des Monats von Holm Friebe
Michel Houellebecq: Plattform. Dumont, Köln 2002, 370 Seiten, 24 Euro

KEIN SCHÖNER LAND - Düsentrieb in Lauterberg von Peter Köhler
Ein Besuch bei einem Erfinder, der dem »Weltirrtum« auf der Spur ist

Melodie & Rhythmus von René Martens
Franz Dobler: The Beast in me. Johnny Cash und die seltsame und schöne Welt der Countrymusik. Kunstmann, München 2002, 272 Seiten, 18,90 EuroDiverse: A Boy named Sue – Johnny Cash Revisited. Trikont/IndigoTilman Rossmy Quartett: Reisen im eigenen Land, www.tilmanrossmy.deSt. Thomas: I’m Coming Home. City Slang/Labels/VirginLambchop: Is a Woman. City Slang/Labels/Virgin

Platte des Monats von Martin Büsser
Dat Politics : Plugs Plus. Chicks On Speed Records/Disko B

Down by Law von Carsten Otte, Henrik Ghanaat
Eine Unigeschichte zum Semesterbeginn

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/02, S. 3

Hanno Harnisch

hier konkret

Hanno Harnisch ist das Entfant terrible der PDS: Mitte der neunziger Jahre erregte er als Dieb eines Autos vom Typ Trabant Aufsehen. Als Pressesprecher der Bundespartei wurde er letzten Herbst von seiner Chefin Gabi Zimmer wegen angeblich übler Nachrede gefeuert. Der studierte Philosoph (in Rostov/Don) und DDR-weit bekannte Rundfunkmoderator (DT 64), seit Jahresanfang Feuilletonchef beim »Neuen Deutschland«, will jetzt in den Bundestag

konkret: »Wer Wahlsieger werden will, muß wie ein Wahlsieger aussehen«, hat PDS-Fraktionschef Roland Claus auf dem Parteitag in Rostock gesagt. Sieht er aus wie einer?

Harnisch: In der Politik geht es nicht nach dem Aussehen vor der Kamera. Roland Claus ist ein Politiksieger, wenn man als Maßstab nimmt, was er in den letzten elf Jahren persönlich erreicht hat.

konkret: Und was hat die Partei erreicht? Vor ein paar Jahren haben Sie auf einer Party gesagt, wenn die PDS in Koalitionen eintritt, träten Sie aus.

Harnisch: Ich habe damals gesagt, wenn die PDS Regierungspartei wird, habe ich meine Mission als Pressesprecher erfüllt und kann zurücktreten. Jedenfalls bleibe ich in der Partei, solange sie eine linke, sozialistische Politik macht. Und die kann sie auch in der Regierung machen. Opposition ist doch nicht das Ziel an sich! Maßstab der Politik ist die Politik, das heißt die Veränderung.

Wenn wir etwas für die Menschen verändern ...

konkret: Für die Menschen verändern? Die rot-rote Koalition in Berlin schließt jetzt die Schwimmbäder ...

Harnisch: »Die Schwimmbäder« bestimmt nicht.

konkret: Zehn Schwimmbäder.

Harnisch: Die Einsparungen im Bildungs- und Kulturbereich konnten vermieden werden, das ist schon einmal eine große Leistung in dieser krankhaft verschuldeten und verfilzten Stadt.

konkret: Noch ein schönes Beispiel für Regierungspolitik, die etwas »für die Menschen« verändert: PDS-Minister Holter hat angekündigt, daß Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat dem neuen Einwanderungsgesetz, also dem faulen Kompromiß von Rot-Grün mit der Union, zustimmen wird.

Harnisch: Ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat. Gleichzeitig hat der PDS-Landesvorsitzende gesagt, man werde alles tun, um der SPD im Land Kompromisse bei der Zuwanderung abzuringen.

konkret: Landes-Kompromisse im Rahmen des faulen Bundes-Kompromisses.

Harnisch: Wenn man von Faulheit in diesem Zusammenhang sprechen kann, dann stinkt allein die CDU/CSU, die in der Einwanderungsfrage ohne Ende laviert, aber immer fest das Ziel im Auge hat, Zuwanderung und Asyl möglichst weitgehend zu erschweren. Bei der PDS sollte man nicht pars pro toto nehmen. Gerade gegenüber der SPD und auch gegenüber den Grünen.

konkret: Staatsmännisch gesprochen. Ist das schon Vorbereitung für Ihren Einzug in den Bundestag? Man munkelt ...

Harnisch: Im Berliner Wahlkreis Treptow-Köpenick wird nicht gemunkelt, sondern daran gearbeitet, diesen Erbhof der SPD bei der Bundestagswahl für die PDS zu erobern. Junge Genossinnen und Genossen haben mich dabei ins Spiel gebracht, als einen möglichen Aktivposten.

konkret: Warum wollen Sie Ihre Zeit im Bundestag vertrödeln? Bekannt sind Sie doch für außerparlamentarische Aktionen.

Harnisch: Meinen Sie die Blockade der Militärluftfahrtschau ILA, der Frankfurter Börse, Aktionen am Brandenburger Tor?

konkret: Es geht mir eher um Ihre tatkräftige Propagierung der Parole »Eigentum ist Diebstahl«. Während ansonsten PDS-Promis dadurch auffielen, daß sie wegen eines geklauten Lippenstiftes als reuige Sünderinnen vor die Öffentlichkeit traten und ihre Ämter zur Verfügung stellten ...

Harnisch: .... habe ich mir in einer kalten Nacht den roten Trabi des Berliner Balletchefs Johann Kresnik als wärmende Unterkunft erschlossen, während Kresnik in der Paris Bar mit Schily, Momper und Castorf tafelte. »Da fährt dein Trabi«, soll Momper gerufen haben, als sie mich sahen. Im Resultat hat mich das Ganze 10.000 Mark gekostet, ich mußte nach zwei Idiotentests den Führerschein neu machen. Aber es gab eine Menge gute Presse, und Kresnik und ich sind jetzt Freunde.

konkret: Umverteilung des Reichtums, Nutzung von Gebrauchswerten unabhängig von Besitztiteln – das ist Sozialismus der Tat. Wann erleben wir den Gesetzesbrecher Harnisch endlich wieder in Aktion?

Harnisch: Diebstahl von persönlichem Eigentum kommt nicht mehr in Frage. Die Übertretung von Gesetzen, um auf die Notwendigkeit der Änderung von Gesetzen hinzuweisen, also ziviler Ungehorsam – das wird weiter nötig sein.

Konkret 04/02, S. 4

von Konkret

»Deutschland führt Krieg – gestern, heute, morgen« hieß der Kongreß, den KONKRET am 26. Januar veranstaltet hatte. Und weil (abgesehen von 800 zahlenden Zuhörern) kein Schwein gekommen war, mußten die Medien (»Abendblatt«, »Morgenpost«, NDR und so fort) auch keine Notiz davon nehmen, sehr im Gegensatz zu der zwecks Herstellung von »Gegenöffentlichkeit« gegründeten »Taz«, die das Ereignis nicht einmal ignorierte. Die Referate (von Ebermann, Fülberth, Gremliza, Jacob, von der Osten-Sacken, Trampert) und weitere Beiträge (von Schuhler und Neuber) erscheinen als **konkret texte** Band 32 am 15. April unter dem Titel Deutschland führt Krieg – Seit dem 11. September wird zurückgeschossen, herausgegeben von Jürgen Elsässer, 272 Seiten, 14,50 Euro. Autoren des Buchs stehen auch für Lesungen zur Verfügung.

In KONKRET 8/98 hatte Gremliza die Klage Alice Schwarzers aus ihrer Preisrede auf Harald Schmidt zitiert, daß »Judenwitze« in Deutschland »nur die Juden« erzählen dürfen, und dazu die polemische Anmerkung gemacht:

Immer die Juden! Wir, die Deutschen, dürfen ... immer noch nicht in der Harald Schmidt-Show fragen, wieviele Juden in einen VW passen, nämlich sechs Millionen – zwei vorne, zwei hinten und der Rest in den Aschenbecher ...

Wie bei fast jeder Lesung kam dieses Stückchen Prosa auch in Saarbrücken zum Vortrag, wo das sehr gemischte Doppel Tomayer/Gremliza auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung auftrat. Tags drauf war in der »Saarbrücker Zeitung« zu lesen:

Man quittierte sogar die Judenwitzentgleisungen von Hermann Gremliza mit freundlichem Schweigen.

Eine der freundlich Schweigenden war die Vorsitzende der deutsch-jüdischen Gesellschaft, auf deren Einladung Gremliza ein halbes Jahr zuvor sein Buch *Hat Israel noch eine Chance?* an der Saar vorgestellt hatte. Auch sie ist Redakteurin der »Saarbrücker Zeitung«. Leider schwieg sie auch freundlich zur (wahlweise) Unredlichkeit oder beschränkten Auffassungsgabe ihrer Kollegin Kerstin Krämer. Und so wird alles immer besser.

Zitat des Monats: »Jürgen Elsässer zeigt, daß Deutschland in der jugoslawischen Frage nach der Wiedervereinigung dort weitermacht, wo es im Zweiten Weltkrieg gestoppt worden ist«, sagte Slobodan Milosevic in Den Haag über Elsässers Buch *Kriegsverbrechen – Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* (**konkret texte** 27). Die serbische Ausgabe unter dem Titel *Ratni Zlocini*, Ende März auf Veranstaltungen in Belgrad, Trebinje und Niksic präsentiert, wird am 12. April auch in Hamburg (19.30 Uhr, Serbisch-orthodoxe Kirche, Schellingstr. 7-9, U-Bahnhof Ritterstraße) und am 13. April in Bielefeld (14 Uhr, Jugoslawischer Club, Cavalieristr. 26) vorgestellt. (*Ratni Zlocini* ist für 15 Euro über KONKRET zu erhalten.)

KONKRET-Leser Herbert Wolf macht darauf aufmerksam, daß es in Gremlizas Express (3/02) phóbos statt phobós heißen mußte. KONKRET-Leser Walter Schulz hätte in Gremlizas Kolumne (3/02) den Osloer Elferrat gern durch den Stockholmer ersetzt gesehen. Mehrere Leser haben sich über die Bemerkung in Gremlizas »Eine Zäsur findet nicht statt« (3/02) mokiert, es gebe bei KONKRET kein »Wir«, es sei denn als Pluralis majestatis für den Herausgeber. Es scheint nicht Gremlizas Monat gewesen zu sein. (Er hat sich den Kopf gestoßen, als er beim Aufstehn mit dem linken Bein über seinen Aszendenten gestolpert ist.)

Termine: *Deutschland führt Krieg* – Jürgen Elsässer liest aus seinem neuen Buch am 24. April in Halle, Melanchtonianum, Hörsaal B, 20 Uhr. »Die schöne Halbsudanesin oder SOS Fellatio*«* – Gremliza und Tomayer lesen am 27. April in Sulzbach-Rosenberg, Jugendclub, Hafnersgraben 9, 20 Uhr.

Ab Heft 5 kostet KONKRET am Kiosk 4,80 Euro. Dafür gibt es pro Jahr viermal ein KONKRET EXTRA. LITERATUR KONKRET erscheint nicht mehr als Einzelheft, sondern in der Oktober-Ausgabe von KONKRET, die als Doppelheft (am Kiosk zum erhöhten Preis von 6,50 Euro) herauskommt. Der **konkret texte** Band 31 *Cuba libre* erscheint erst im September zur Frankfurter Buchmesse.

Konkret 04/02, S. 6

an Konkret

Typisch deutsch

KONKRET 3/02: »Gegen den Terror negativer Gleichheit« von Tjark Kunstreich, Horst Pankow und Justus Wertmüller

Jedes Kind ahnt mittlerweile, daß hinter Kriegen andere Motive stecken als die offiziell zum Vorwand genommenen. Nur ausgerechnet ehemalige Marxisten (?) bestreiten in KONKRET »das Gerede von Macht, Geld, Öl« und phantasieren sich CDU-mäßig zurecht, daß eine edle US-Armee nur die Afghanen vom »islamischen Faschismus« befreit habe (warum waren die Amis dann noch nicht in Saudi-Arabien?). Diese »Antinationalen« sind nämlich umgestülpte Nationale, die mit ihren Positionen längst heim im Reich gelandet sind – als intellektuelles Lumpenproletariat.

Günter Meisinger

Frankfurt a. M.

So ein aufgeblähtes Geschreibe von sogenannten Linken zum Thema Kapitalismus, »islamischem Faschismus« und der Rolle der USA ist unerträglich. Rainer Trampert hat darauf adäquate Antworten gegeben. Was mich besonders ärgert, ist diese ungenießbare Mixtur von persönlichen Diffamierungen und streberhafter Besserwisserei. Der Antrieb der Autoren ist nicht Erkenntnisgewinn, sondern Freude an Machtspielen. Typisch deutsch! Da ihnen die Leidenschaft an ernsthafter Auseinandersetzung abhanden gekommen ist, servieren sie kommunistisch denkenden Menschen die Henkersmahlzeit. KONKRET sollte solchen Standpunkten kein Forum bieten.

Karin Kaltenbacher

Berlin

Typisch Sinatra

KONKRET 3/02: »Eine Zäsur findet nicht statt« von Hermann L. Gremliza

Ich muß mich doch sehr wundern. Was lese ich da? »Tjark Kunstreich, der die US-Bombardements verteidigt, ist mir näher als Walter Jens, der die Vasallentreue der Bundesregierung zu den USA geißelt.« Wie soll ich das verstehen? Gehe ich recht in der Annahme, daß, wenn ich die gewundene Formulierung ihrer dürftigen Verschleierung entkleide, Gremliza US-Bombardements gut findet – nur die Gründe, die dazu geführt haben, nicht; und daß er nichts gegen MacDonalds hat – nur dagegen, daß diese Scheiße jetzt auch auf dem Roten Platz gefressen wird? How come? Muß ich wirklich annehmen, daß H.L.G. nicht nur der Menschen wegen Trauer empfindet, die am 11. September ums Leben gekommen sind, sondern auch wegen der Zerstörung der Götzentürme des Großkapitals, welche eine Lücke gerissen hat in die Skyline der Stadt, die sein Lieblingssänger Frank Sinatra so hingebungsvoll besungen hat? Wenn dem wirklich so wäre, dann müßte allerdings ich eine Zäsur machen, wie bei Frankie-Boy, der auch der Popstar meiner Jugendzeit war, den ich aber spätestens seit der Anschleimung an die Nixon- und Reagan-Ära nur noch zum Kotzen fand.

Das täte weh.

Peter May

Hamburg

Sie schreiben zum Golfkrieg 91: »Der Staat, in den sich die deutschen Mördern entkommenen Juden gerettet hatten, war in tödlicher Gefahr. Es gibt kein Prinzip, das es Mitgliedern des Kollektivs ›die Deutschen‹ erlaubte, in solcher Lage anderes zu tun, als Israels Partei zu ergreifen.« Sie haben sich seit langem offenbar in etwas verrannt, wenn das Stichwort Israel heißt, bzw. dieses Stichwort fällt Ihnen auch an Stellen ein, wo es nicht zur Aufklärung beiträgt.

Ich möchte Sie bitten, sich einfach mal zu erinnern, welches der Grund für die Existenz des Staats Israel ist. Tip: Es sollte in der Antwort etwas in Richtung »hochgerüsteter Statthalter imperialistischer Interessen in politisch und ökonomisch bedeutsamer Region« vorkommen. Es bringt zwar den jeweiligen Opfern wenig, aber einer aufklärerischen Zeitschrift stünde es gut zu Gesicht zu unterscheiden, daß es sich auf der einen Seite um machtvollen Staatsterrorimus handelt, gegen den verquaste Selbstmordattentäter und kindliche Steinewerfer recht jämmerlich aussehen.

Auch wenn ein Hussein in Richtung Israel droht, dann bitte ich Sie zu unterscheiden, daß er allenfalls die mehr oder weniger treudoofen Untertanen bedrohen kann, die dort nun in dritter Generation ihr Dasein fristen, aber nicht den israelischen Staat.

Michael Wubbolts

Pinneberg

Gremliza lehnt diesen Krieg ab; den von 1991 gegen den Irak bejaht er nach wie vor. Er weiß, daß es in *beiden* Fällen nicht um Menschenrechte oder Israel, sondern um Öl und ähnliches geht, aber damals habe der Krieg gegen Irak eine »tödliche Gefahr« von Israel abgewendet, heute existiere sie nicht: »Saddam Hussein drohte damit, Israel mit Gas aus deutschen Labors zu beseitigen.« Das ist ein Argument, aber reicht es, um einen Krieg gutheißen zu dürfen? Wiegen die potentiellen Opfer bei den Israelis schwerer als die Hunderttausenden Irakis, unzählige Kinder darunter, die wirkliche Opfer des Irakkrieges und seiner Folgen wurden? Wenn schon eine Drohung eine tödliche Gefahr bedeuten soll (nebenbei: die Drohung eines notorischen Aufschneiders), kann dann nicht fast jeder Angriffskrieg als Präventivmaßnahme gerechtfertigt werden?

Ein Lichtblick daher der Vorschlag Elsässers, die antideutschen Linken (»wir«) sollten versuchen, mit anderen Kriegsgegnern eine »Sperrminorität« zu bilden. Und wie reagiert Gremliza darauf: Majestätisch schmettert er ihn ab! Weil es hieße, sich mit Bewohnern des »völkischen Sumpfes« gemein zu machen, der ja bis »in kommunistische Milieus« reichen soll?

Jedenfalls wissen wir jetzt: »Es gibt kein ›Wir‹ bei KONKRET ...«

Klaus Maretzky

Tutzing

Ein Aufrechter

KONKRET 3/02: »Ein Hitlerjunge kehrt heim« von Hermann L. Gremliza

Wie, meinen Sie, hat sich das Gespür der Menschen für historische Barbarei geschärft? Vielleicht hat man den Menschen zu viele Kollateralopfer zugemutet? Und diese in zu kurzen Abständen und mit zu vielen Sonderbewertungen und zu vielen Parteilichkeiten. So begannen die Nachfahren der Opfer zu erinnern. Das Feigenblatt des Antifaschismus wurde transparent. Diesem Umschlag verdankt das Buch von Grass seinen Ursprung. Wohl uns, daß *ein* Aufrechter ein Gespinst der Heuchelei zerrissen hat. Als Fundamentalhumanist, als der ich mich seit der Wende verstehe, gibt es keine unterschiedliche Bewertung der Barbarei. Für Alliierte, die in Dresden Flüchtlinge bombardieren, Gustloff, Kap Arkona lasse ich keinerlei Unterschiede gelten. Wer Menschlichkeit relativiert, macht sich zum Komplizen der Barbarei – keine weitere Diskussion.

Dr. Bernhard Speh

Hamburg

Götterdämmerung

KONKRET 2/02: »Bauchfrei in Kabul« von Jürgen Elsässer

Warum verliert man seine Kritikfähigkeit, wenn man Nationen für fortschrittlicher hält, deren Bewohner nicht mehr der Natur oder den Göttern, sondern dem Geld/der Ware ihren Fetischdienst leisten? Haben die Amerikaner in Afghanistan wirklich auf alles geschossen, was sich bewegte, um so ihr eigentliches Ziel – »Massenterror«, die Tötung von Zivilisten und die Zerstörung der Infrastruktur – zu erreichen? Können wir trotz der Generallinie Hoffnung schöpfen, weil es ja noch die Arbeiterbewegung gibt? Vor einigen Jahren war Elsässer noch mein Held.

Frank Gruhdmann

Hamburg

Marxistische Neger

KONKRET 3/02: Leserbrief von Günther Jacob

Günther Jacob hat meinen damaligen Text entweder nicht verstanden oder er lügt und setzt darauf, daß Leser den Artikel über die Marxistische Gruppe (MG) nicht kennen. Ich habe weder die »Kriminalisierung« der MG betrieben noch zu ihrer »öffentlichen Ausgrenzung« aufgerufen. Vielmehr ging es darum, die MG (»marxistisch«) an ihrem emanzipatorischen Anspruch zu messen. Bei meinen Recherchen habe ich nicht bloß im Verfassungsschutzbericht geblättert, sondern u.a. auch mit einer offiziellen Abordnung der Hamburger MG gesprochen (sofern von »Gespräch« die Rede sein konnte), Profs interviewt, MG-Leute selbst in zahlreichen Seminaren erlebt und eine MG-Veranstaltung zum Golfkrieg besucht, in der z. B. Vertreter ausländischer Organisationen verhöhnt wurden. Ich fand es damals erschreckend, daß die versammelte Anhängerschaft dieser »Marxisten« den unwürdigen Ablauf der Veranstaltung mit Hohngelächter kommentierte. In einem Politik-Seminar in den 80ern sprachen die MG-Vertreter z. B. beharrlich von »Negern« und waren damit ihrer Zeit in Fragen politischer Unkorrektheit um einiges voraus.

Reinhard Schwarz

Hamburg

Konkret 04/02, S. 9

Hermann L. Gremliza

Königsberg ist unser

Man sagt, ich hätte Vorurteile. Die Deutschen seien gar nicht so. Sondern dick, dumm, gefräßig, arbeitsscheu und schläfrig wie ihre Nachbarn auch. Kein bißchen betrachteten sie Politik als Fortsetzung ihrer Kriege mit anderen Mitteln, überhaupt nicht wollten sie sich zu den Herren Europas aufwerfen. Ihr dritter Griff nach der Weltmacht? Gespinst meines kranken Hirns. Das Beste aus zwei Weltkriegen hätten sie gelernt, ihre Untaten gebeichtet, bereut und gesühnt, den Verlust ihrer Gebiete im Osten abgeschrieben. Sie seien durch und durch zivilisiert, ein Vorbild demokratischen Anstands, mitunter fast ein bißchen zu gut für diese Welt.

Und selbst wenn sie anders wollten, sie könnten doch nicht. Zu fest seien sie in die Welt des Westens und seine Institutionen eingebunden, in die Uno, die Nato und, fester noch, in die Europäische Union. Dort sei Deutschland nur *ein* Mitglied von bald zwei Dutzend, gebunden an die Entscheidungen vielköpfiger Ministerräte und eines Parlaments, dessen Abgeordnete nur zu einem Bruchteil Deutsche sind. Es werde ein Europa der Vaterländer oder ein Vaterland Europa geben – das Deutsch-Europa oder Euro-Deutschland aber, von dem ich seit zehn Jahren rede, gewiß nicht.

Vor vier Wochen, am 28. Februar, wurde der Konvent zur Reform der Europäischen Union feierlich eröffnet. Nur sechs seiner sechsundsechzig Mitglieder sind Deutsche, kein Zehntel. Einen Tag zuvor, am 27. Februar, hatte die tschechische Regierung erklärt, sie wolle Gesprächen über die Benes-Dekrete nicht mehr ausweichen. Sie stand dabei, wie das Frankfurter Zentralorgan berichtete, unter dem »Schock, den die Äußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten Orbán« über die »Unvereinbarkeit« der Dekrete »mit der europäischen Rechtsordnung ausgelöst haben«.

Was hat den Herrn Ministerpräsidenten zur Einsendung einer unaufgeforderten Denunziation animiert? Ungarn will in die EU. Wer dort reüssieren will, braucht starke Freunde. Die stärksten in Europa sind die Deutschen. Auch die Tschechen wollen in die EU. Sie sind Ungarns Konkurrenten. Es liegt nahe, sie bei den Deutschen madig und sich selber lieb Kind zu machen. Hier ein paar gute Worte für Hitlers Reichsverweser Horthy, dort ein tiefer Diener beim Besuch des »Donauschwaben« Joschka Fischer in der Heimat seiner Ahnen – das hatte in Berlin sehr gefallen, als Zeichen, was die Ungarn, bitte sehr, bitte gleich, den Deutschen noch alles servieren würden. Slobodan Milosevic, übrigens, schritte heute mit dem Bundeskanzler die Ehrenkompanie ab, hätte er rechtzeitig Jugoslawiens Kreditinstitute an die Deutsche Bank privatisiert.

Lange haben die Tschechen sich geweigert, Haltung anzunehmen, wenn die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen vor sie trat. Eduard Benes, der bürgerliche Antifaschist, und die Beschlüsse der vier Alliierten, auf denen seine Dekrete fußten, müßten doch, so mögen sie gedacht haben, etwas besser in ein Europa der Menschenrechte passen als ausgerechnet die Erben jener Henlein-Nazis, die ihre jüdischen Nachbarn der Wehrmacht und der SS zugetrieben hatten.

Doch die Bewerber um einen Platz im »gemeinsamen Haus« hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht, dem es mehr als nur einen Krieg wert war, in Europa »Menschenrechte« populär zu machen, nach denen die Bekämpfung völkischer Terroristen als »ethnische Säuberung« gelten und deren albanische, kroatische oder bosniakische Opfer als Widergänger vertriebener Schlesier, Sudetendeutscher oder Ostpreußen. In den Worten des Zentralorgans: »In Den Haag versucht die Staatengemeinschaft, die Verbrechen der ›ethnischen Säuberung‹ bis hin zum Genozid zu ahnden. Die EU aber tat bisher so, als könne sie darüber hinwegsehen, daß einer ihrer Beitrittskandidaten (Tschechien; HLG) unbeirrbar an Gesetzen festhält, die nichts anderes beabsichtigt und ermöglicht hatten.« Berthold Kohler, im Herausgeberkreis Erbe des Franjo Reißmüller, nennt das eine »europäische Omertà«, ein Schweigegebot unter Verbrechern.

So etwas wollte das Europäische Parlament, das schon zweimal die Prager Regierung aufgefordert hatte, die Benes-Dekrete aufzuheben, nicht auf Europa sitzen lassen, und so faßten die Abgeordneten den von Deutschland gewünschten Beschluß ein drittes Mal – diesmal in so bedrohlicher Nähe zu den Beitrittsverhandlungen, daß den Tschechen nichts übrigblieb, als endlich die Hacken zusammenzunehmen. Was ihnen nach dem vollendeten »Rückbau« der Tschechoslowakei und dem Einzug deutscher Europäer ins Sudetengau bleiben wird? Die Resttschechei.

Der Fall wäre also geregelt, Polen ist sowieso offen, Schlesien gibt’s zu Schnupperpreisen, Danzig stark rabattiert – bleibt das »vorübergehend unter russische Verwaltung« geratene Ostpreußen. Am selben Tag, da das Zentralorgan die baldige Heimkehr ins Sudetengau melden konnte, gab die Moskauer Korrespondentin Auskunft über »Kaliningrad und die Osterweiterung der EU«. Oder recht eigentlich: Wie Kaliningrad wieder zu Königsberg wird. Nämlich so: »Je konkreter die Osterweiterung der EU sich gestaltet, desto deutlicher wird, daß Kaliningrad (Königsberg) aufgrund seiner exponierten Lage als russische Enklave zwischen Polen und Litauen eine Sonderrolle spielt.«

Seit zehn Jahren ist das Gebiet, daß zu Zeiten der Sowjetunion vor allem von militärstrategischer Bedeutung war, eine »Sonderwirtschaftszone«, in die als Herold des deutschen Kapitals der damalige Chef der Deutschen Bank, F. Wilhelm

Christians, mit den Worten einritt: »Die Bevölkerung der UdSSR muß also nicht nur verkraften, daß der kalte Krieg nicht zu gewinnen war, sondern sich auch der nüchternen Einsicht stellen, daß die Trophäen des Vaterländischen Krieges der Vergangenheit angehören.« Eine der Trophäen: Königsberg.

Seither montiert BMW Autos in Kaliningrad. Daß daran nichts zu verdienen ist, spielt keine Rolle. Wirtschaft ist hier einmal ein Mittel der Politik, bevor es umgekehrt weitergeht. Die »Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten« liegt nämlich darin, »daß Moskau mögliche separatistische Tendenzen des Gebiets durch mehr Kontrolle unterbinden will und deshalb nicht bereit ist, den Status der Region aufzuwerten und ihr Entscheidungskompetenzen zu übertragen.« Erfolgreiche Ökonomie setzt Separatismus voraus.

Wenn aber Moskau nicht will? Es muß. Und man beginnt die Eile und den Eifer zu verstehen, mit denen die Bundesregierung die diplomatische Anerkennung der baltischen Staaten betrieben hat. Denn nun läßt Deutschland Europa los: »Wenn Polen und Litauen wahrscheinlich 2004 der Europäischen Union beitreten, wird aus der russischen Exklave Kaliningrad eine Enklave inmitten Europas.« An den Grenzen Kaliningrads gilt dann das Schengener Abkommen, die Zeit der visa- und paßfreien Durchreise von Kaliningrad nach Rußland ist vorbei. Bisher reisten jährlich neun Millionen Russen über Kaliningrads 23 Grenzübergänge, »bis zu 15 Prozent der Bevölkerung leben vom kleinen Grenzhandel, der mit der Einführung des Visaverkehrs reduziert oder gar ausgetrocknet werden könnte«. »Im Zuge der EU-Erweiterung« könnten viele »ihre Existenzgrundlage verlieren.«

Es komme nun, freut sich das Zentralorgan, zu Verhandlungen zwischen Rußland und der Europäischen Union »über den künftigen Status Kaliningrads«. Die Europäer, und was sind Schröder und Fischer anderes, sähen Gesetze der EU »verletzt«, wenn Moskau »unverändert auch in Zukunft Militärgüter und – personal von Rußland durch Litauen nach Kaliningrad befördert«. Der Große Vaterländische Krieg ist verloren, wenn die letzte Trophäe eingesammelt ist.

Was den Deutschen gewiß nicht abgesprochen werden kann, ist ihr Sinn für historische Pointen. Und so durfte am Tag, als Prag vor Henleins Erben salutierte, als Vertreter der Bundesregierung bei der feierlichen Eröffnung des Europäischen Konvents ein Sudetendeutscher ganz nach vorn: Peter Glotz.

Man sieht: Meine Vorurteile sind die besten.

Konkret 04/02, S. 10

Herrschaftszeiten

Führer in Serbien

8. Februar, Lutz Glandt, Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe, Essen, in »Text intern«:

Anläßlich einer Wirtschaftsdelegation des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement reisten wir nach Serbien. In Belgrad kam es dann zu ersten Kontakten mit der Politika-Gruppe (drei Tageszeitungen, vierzehn Illustrierte). Vergangenen Dienstag kam es dann zur Vertragsunterzeichnung. Wir sind mit weiteren Verlagshäusern im Gespräch, da wir unsere Position in Serbien ausbauen wollen. Wir wollen Marktführer in Serbien werden. Die WAZ ist in Serbien, Kroatien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und in Tschechien mit einem Zeitschriftenvertriebsunternehmen vertreten.

Der Markt ist grausam und an Inhalten leider nicht interessiert

---

Chefredakteurin Sabine Rosenbladt am Grab der »Woche«

Volksport

19. Februar, DSB-Presse:

Der Afghanische Fußball-Verband wird beim Neuaufbau des Jugendfußballs von der Sepp-Herberger-Stiftung unterstützt. Die Einrichtung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) spendet für den afghanischen Nachwuchs 20 Bälle und zehn Sätze Trikots. Das Einsatzkommando der Bundeswehr hat die Spende am 15. Februar im Rahmen eines Fußballspiels übergeben. Dabei trat eine Auswahl der internationalen Einsatzkräfte Isaf (International Security Assistance Force) gegen eine Stadtauswahl von Kabul an.

Volksstimme

22. Februar, »Saarbrücker Zeitung«, Leserbriefe:

Sicher ist Israel der hauptschuldige Akteur an der jetzigen verfahrenen Situation im Nahen Osten. Die USA stehen sklavisch an der Seite von Israel und unterstützen somit faktisch, für jeden deutlich sichtbar, vorbehaltlos den permanenten Terror gegen die Palästinenser.

Thomas Schäfer, Rehlingen

Endlich werden auch in der »SZ« die Dinge beim Namen genannt, nämlich die Tatsache der alleinigen Verantwortung des jüdischen Systems in Israel, das seit Jahrzehnten alles mit Füßen tritt, was ein Zusammenleben mit den Muslimen in diesem Retortenstaat ermöglichen könnte. Wenn jetzt auch die in Deutschland tätigen jüdischen Wahrheitsverdreher aufheulen sollten, machen Sie weiter so!

Karl-Heinz Weber, Saarbrücken

Volksbesitz

27. Februar, »Saarbrücker Zeitung«, Kleinanzeigen:

Buch gestohlen in Völkl., 200 Euro Belohnung. Adolf Hitler: Mein Kampf. *In dem Buchdeckel befindet sich eine Widmung, die lautet, zur Vermählung Ernst S. geb. 20.5.1912 und Fr. Else S. geb. R. 22.11.1912, NK-Saar den 21.2.1940, beglaubigt durch Standesbeamten Willi Durst, bitte melden, da hoher ideeller Wert, Familienbes., Hinw. werden vertraul. behandelt.*

Dieser Milosevic

8. März, »Bild«:

Deutsche in Massengrab / Sarajewo – In einem Massengrab in Bosnien-Herzegowina wurden die Überreste von mindestens sieben Wehrmachtssoldaten entdeckt. Neben den Toten goldene Ringe und Reichsmark.

Terror-Dividende

11. März, afp:

Durch die Anschläge habe sich Amerika »für immer verändert«, sagte der New Yorker Bürgermeister Michael Bloomberg. Der 11. September habe aber nicht nur Verlust, sondern auch Gewinn gebracht: »Wir haben erkannt, wie stark wir sind und welches Potential wir haben.«

Lernprozeßhansel

11. März, »Frankfurter Rundschau«:

Michael Sommer, der im Mai zum neuen DGB-Chef gewählt werden soll, gilt als linker Reformer. Als Student war er nach eigenen Worten »zeitweise dogmatisch verengt«: In den 70er Jahren engagierte er sich in der Hochschulgruppe der DDR-treuen Sozialistischen Einheitspartei Westberlins.

»FR«: War die DDR für Sie ein Vorbild.

Sommer: Wenn Sie die DDR-Realität meinen, bestimmt nicht.

»FR«: Warum sind Sie aus der SEW-Gruppe ausgetreten?

Sommer: Ein Grund waren die Berufsverbote, Auftrittsverbote und Ausbürgerungen von Bürgerrechtlern aus der DDR. Das Entscheidende war dann die Ausbürgerung von Wolf Biermann. Er war ein Idol von mir. Die Ausbürgerung hat mich tief enttäuscht und mir klar gemacht, daß die DDR nichts mit Sozialismus zu tun hat. Das war für mich das Ende eines Traums. Seit 1981 bin ich in der SPD. Heute habe ich sehr starke innere Widerstände gegen jede Art von missionarischen Weltverbesserern.

Wir müssen verhindern, daß Leute, die keinen Respekt vor dem Leben haben, die Instrumente des Lebens kontrollieren

---

George W. Bush

Nun danket alle Gott

12. März, »Tageszeitung«:

Mehrere hundert Angehörige des Bundeswehr-Standorts Munster in der Lüneburger Heide haben in einem ökumenischen Gottesdienst der beiden in Kabul getöteten deutschen Soldaten gedacht.

Folter gegen Terror

12. März, dpa:

Die Terror-Anschläge vom 11. September haben weltweit den Vorwand dafür geliefert, gegen Verteidiger von Menschenrechten vorzugehen oder sogar jede Form von Opposition auszuschalten. Diesen Vorwurf erhebt der gemeinsame Jahresbericht 2001 der Ligen für Menschenrechte und der Internationalen Organisation gegen Folter. Behörden versuchten vor allem Verteidiger der Menschenrechte direkt oder indirekt mit terroristischen Bewegungen in Verbindung zu bringen.

Atombomben gegen Terror

12. März, »Frankfurter Allgemeine«:

Schritt für Schritt passen die Vereinigten Staaten ihre Militärplanung den neuen Realitäten der Weltpolitik an. Der geheime Bericht zur Überprüfung der amerikanischen Haltung zur Atompolitik (»Nuclear Posture Review«) ist Teil einer Neudefinition der Verteidigungspolitik, ... in der alte Konzepte wie Abschreckung oder strategisches Gleichgewicht kaum noch eine Rolle spielen ... Statt dessen wollen sich die Verteidigungsplaner in Washington stärker auf mögliche Angriffe gegen China sowie die sogenannten Schurkenstaaten Irak, Iran, Libyen, Syrien und Nordkorea konzentrieren. Gleichzeitig ist in dem Bericht die Rede davon, daß eine neue Klasse von kleinen (»taktischen«) Nuklearwaffen entwickelt werden müsse ...

Die neuen amerikanischen Atomwaffenpläne haben in etlichen Staaten Kritik hervorgerufen. China reagierte »schokkiert« auf die Berichte amerikanischer Zeitungen, wonach es zu den sieben Ländern gehört, die potentielle Ziele für einen möglichen Atomwaffeneinsatz Amerikas sind. Der russische Außenminister Iwanow sagte, die amerikanische Führung müsse »die Weltgemeinschaft davon überzeugen, daß die Vereinigten Staaten keine derartigen Pläne schmieden«. Sollten die Pläne sich als wahr herausstellen, könnten sie »Bedauern und Besorgnis« hervorrufen. Mit Ablehnung reagierten auch Frankreich und Südkorea.

Three Lanka Island?

12. März, »Frankfurter Rundschau«:

Die USA haben den Rebellen der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) auf Sri Lanka mit der Ausweitung ihres Kampfes gegen den Terror gedroht, falls die LTTE den neuen Waffenstillstand nicht einhalte.

Enteignet Ganske

13. März, »Text intern«:

»Die Woche« (1993-2002) war die erste durchgehend farbig gedruckte Zeitung. Sie führte als erste deutsche Zeitung bereits Anfang 1997 konsequent die neuen Rechtschreibregeln ein. Soweit die guten Nachrichten. (Jetzt) pfiffen Thomas Ganske (54) und Manfred Bissinger (61) ihr »journalistisches Projekt« ab. Das früh ergraute Wochenblatt erreichte zuletzt 48.327 Abonnenten, und nur noch 18.116 wollten dafür zwei Euro im Einzelverkauf investieren. Insgesamt soll das journalistische Projekt rund 75 Millionen Euro verschlungen haben.

Perestrojka

14. März, dpa:

Rumänische Fabrikarbeiter haben Knochen für die Herstellung von Leim in die Suppentöpfe ihrer hungernden Familien geworfen und damit Gesundheitsschäden bei ihren Kindern verursacht. Die Angestellten der bankrotten Fabrik hätten seit zweieinhalb Monaten keinen Lohn mehr bekommen. In ihrer Verzweiflung hätten mehrere Männer die schädlichen Rinderknochen nach Hause mitgenommen.

Ergibt das Leben ohne Gott einen Sinn? Was spricht für die Existenz Gottes? Heiner Geißler liest. Aus seinem Taschenbuch »Wo ist Gott?«

Flyer des Rowohlt-Verlags

Benito Berlusconi

15. März, »Süddeutsche Zeitung«:

Die schweren Ausschreitungen im Anschluß an das Champions-League-Spiel zwischen AS Rom und Galatasaray Istanbul haben Reaktionen auf höchster politischer Ebene nach sich gezogen. Die türkische Regierung übte heftige Kritik an der italienischen Polizei. »Als ich die Vorfälle im Fernsehen sah, dachte ich, ich würde Szenen aus der Zeit des Faschisten Mussolini und seiner Polizei sehen und nicht Bilder aus Europa im Jahr 2002«, erhob der türkische Außenminister Ismail Cem schwere Vorwürfe.

Ein Dichter und Denker

18. März, »Die Woche«:

»Gerhard Schröder ist ein Arbeiter« / Der Kanzler und der Schriftsteller: Literaturnobelpreisträger Günter Grass erklärt, warum er Gerhard Schröder im Wahlkampf gegen CSU-Chef Edmund Stoiber »kritisch« unterstützen will:

Gerhard Schröders Entwicklung ist erstaunlich. Ich muß zugeben, daß ich, als er als Bundeskanzler kandidierte und es auch wurde, erst einmal skeptisch war, weil ich meinte, das ist ein Mann, der voller Pragmatismus steckt. An sich eine gute Sache, aber ich habe mich gefragt, ob er über das pragmatisch Mögliche hinausdenken kann. Und dann hat er mich doch überrascht, wie er in relativ kurzer Zeit in die Aufgabe hineingewachsen ist, auch in der Außenpolitik. Das hätte ich so schnell nicht erwartet. Man sagt das Wort »Macher« immer abfällig, aber dahinter verbirgt sich auch eine politische Tugend, die mich nach und nach überzeugt hat. Deshalb unterstütze ich ihn gerne kritisch.

Konkret 04/02, S. 12

Jürgen Elsässer

Kein Alleingang ohne uns!

Heute in Kabul, morgen gegen Bagdad: Die 12.000 deutschen Landser im Auslandseinsatz lernen, wie man Kriege führt

Die Bundeswehrmacht marschiert: Anfang März 2002 waren deutsche Eliteeinheiten in schwere Bodenkämpfe verwickelt – zum ersten Mal seit der Abwehrschlacht um Ostpreußen im Frühjahr 1945. »Deutsche Soldaten kämpfen an vorderster Front« lautete die Schlagzeile der »Süddeutschen Zeitung«, und ein US-Offizier in Kabul lobte gegenüber der Nachrichtenagentur ddp die Landser als »einfach hervorragend«. Sie seien in Ostafghanistan »mit an vorderster Front« und durchkämmten Höhlen und verdeckte Stellungen.

Die Operation trägt den Namen der Anaconda, der tödlichen Würgeschlange, zurecht: »Schätzungen gehen von bis zu 800 Toten auf Seiten der Al-Quaida und Talibankämpfer aus«, meldete dpa. »Auf Seiten« stehen auch Zivilisten: »Das Pentagon in Washington hat ... bekanntgegeben, daß bei einem Angriff amerikanischer Flugzeuge ... Frauen und Kinder getötet worden seien« (»FAZ«). Der Hamburger Friedensforscher Dieter S. Lutz spricht von »Zehntausenden« toten Zivilisten in Afghanistan seit Beginn der Bombardierungen Anfang November. In Deutschland interessieren nur die eigenen Verluste, man trauert um zwei Landser, die am 6. März in Kabul einen Betriebsunfall erlitten. »Gestorben sind diese Angehörigen der Bundeswehr im Dienste für das Vaterland – so jedenfalls lautet die traditionelle Formulierung, auch wenn diese in unseren Zeiten für manchen anachronistisch klingen mag« (»FAZ«).

Ein weiteres Mal hat die Bundesregierung die Öffentlichkeit belogen. Am 8. November, als es im Bundestag um die Bereitstellung deutscher Soldaten für den »Krieg gegen den Terror« ging, hatte Kanzler Gerhard Schröder gesagt: »Mir ist besonders wichtig festzuhalten: Es geht weder um eine deutsche Beteiligung an Luftangriffen noch um die Bereitstellung von Kampftruppen am Boden.« Ende Januar dementierte Fischers Staatsminister Christoph Zöpel einen Bericht der »New York Times«: »Meiner Antwort ... können Sie in keiner Weise entnehmen, deutsche Bodentruppen seien in Afghanistan militärisch tätig.«

Als die Teilnahme an Operation Anaconda nicht mehr zu leugnen war, redete sich die Regierung mit dem Argument heraus, es kämpften nur die »zirca 100« Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK), deren Einsatz für den Anti-Terror-Kampf vom Bundestag Anfang November pauschal mitbeschlossen worden war. Selbst diese Angabe ist aber zweifelhaft: So hatte der SPD-Wehrexperte Helmut Wieczoreck von »über 200« KSK-Soldaten bei Anaconda gesprochen (und war dafür gerüffelt worden). Der Zahlen-Salat könnte sich dadurch erklären, daß Wieczoreck weitere deutsche Spezialkräfte addiert hat, die nicht zur Bundeswehr gehören, aber ebenfalls in Afghanistan auf Al Qaida-Jagd sind, etwa die Bundesgrenzschutztruppe GSG-9 und – ohne jede Rechtsgrundlage – der Inlandsgeheimdienst MAD (»Tagesspiegel« laut www.german-foreign-policy.com).

Germany has been pressing

Zielstrebig hat die Bundesregierung den 11. September genutzt, um Washington einen deutschen Militärbeitrag regelrecht aufzudrängen. Bereits Ende September prüfte sie »für den Fall einer militärischen Beteiligung an der Anti-Terror-Koalition offenbar den Einsatz von bis zu 6.000 Soldaten«, wie es in der Fischer-offiziösen »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« hieß. Die protzte Mitte Oktober: »Im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich, die vor allem auf leichte Kräfte setzen, verfügt nur Deutschland über gepanzerte Truppen hoher Qualität.« Am 7. November kam es zum Eklat: Während Schröder die Bereitstellung von 3.900 deutschen Soldaten für die Operation Enduring Freedom zunächst mit Hinweis auf ein US-amerikanisches Hilfeersuchen zu rechtfertigen versuchte, konterte noch am selben Tag US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld mit der Formulierung, es sei »Deutschlands Sache zu charakterisieren, was es ist, daß sie tun«.

Rumsfelds »beiläufige Bemerkung las sich wie ein Dementi des Bundeskanzlers«, schrieb die »Berliner Zeitung«. Auch die »International Herald Tribune« sah es so: »Germany was responding to an American request, Mr. Schroeder said, but Washington had not asked Germany to participate either in air strikes or putting in ground troops. In fact, Germany, like Italy, has been pressing Washington to respond to offers of military assistance made immediately after Sept.11.«

Beim Aufbau der Afghanistan-Schutztruppe – übrigens ein Terminus aus der Zeit des Kolonialismus – versuchte Deutschland, an die Spitze zu spurten. Die Regierungen in Berlin und London beschlossen als erste ihre Teilnahme – vor allen anderen Staaten. Bereits bevor die UN im Dezember Mandat und Struktur der Isaf-Truppe festlegten, trommelte die »FAZ« auf ihrer Titelseite: »›Die Deutschen müssen die internationale Schutztruppe in Afghanistan führen. Auf den Straßen Kabuls müssen deutsche Soldaten patrouillieren, keine Briten‹.. Das sei die vorherrschende Meinung in der afghanischen Regierung, sagte der Berater des scheidenden afghanischen Präsidenten Rabbani, Hashmatullah Moslih ...«

Die Differenzen schlugen Wellen bis in den UN-Sicherheitsrat: »Streit zwischen Berlin und London droht Afghanistan-Resolution weiter zu verzögern ... Erst am Donnerstag Abend (20. Dezember 2001, J. E.) hätten die Briten signalisiert, daß man die Deutschen überhaupt dabeihaben wolle, ohne jedoch zu sagen, in welcher Form. Ein weiteres Problem stellt offenbar die Führungsstruktur der UN-Schutztruppe dar ... Dort wird es zwar deutsche Verbindungsoffiziere geben, doch finden sich in den operativen Schlüsselstellungen des Stabes nur britische Offiziere – bei den multinationalen Stäben auf dem Balkan sind normalerweise auf Führungsebene mehrere Nationen vertreten ... Bundeswehr-Offiziere befürchten, daß die Deutschen als Nachzügler nur schlechte Quartiere und einen Auftrag zugewiesen bekämen, den man nicht mehr beeinflussen könne« (»FAZ«).

Den Briten wurde schließlich von der Uno die Rolle der Lead Nation vorerst bis April 2002 übertragen. Für die Deutschen wirkte sich die mangelnde Unterstützung durch Washington und London ungünstig aus: Obwohl der Bundestag zu einer überstürzten Beschlußfassung noch kurz vor Weihnachten zusammentreten mußte, konnte das erste deutsche Kontingent erst knapp drei Wochen später in Kabul eintreffen. Das Fehlen geeigneter Transportflugzeuge und – so das deutsche Verteidigungsministerium – schlechtes Wetter sollen die Soldaten ungebührlich lange auf einer Zwischenstation im türkischen Trabzon aufgehalten haben. Inoffiziell wurde allerdings kaum Zweifel daran gelassen, daß an der Verzögerung eher ein britisches »Revanchefoul« – so anonyme Stimmen aus dem Bendlerblock gegenüber der »Frankfurter Allgemeinen« – schuld war.

Daimler bekommt Kabul

Kein Wunder, daß sich Berlin mit der britischen Lead Nation nicht abzufinden gewillt war und auf Revision drängte. »Berlin zur Führung der Schutztruppe in Afghanistan bereit«, hieß ein Aufmacher der »FAZ« Ende Januar 2002. Auf den Innenseiten mußte man einräumen: »Eine direkte Anfrage, ob Deutschland die Führung der Schutztruppe für Afghanistan übernehmen wolle, wird es nicht geben.« Mittlerweile ist beschlossene Sache, daß die Bundeswehr zumindest die »taktische Führung« im Raum Kabul ausüben wird, wo das Gros der Isaf stationiert ist. Was vor diesem Hintergrund die künftige Lead Nation der Isaf-Gesamtmission, wahrscheinlich die Türkei, noch zu bestimmen haben soll, ist völlig unklar. Nach dem angekündigten Abzug der Briten Ende April werden die Deutschen mit 1.200 Soldaten jedenfalls wohl das größte Kontingent stellen. Klaus-Peter Klaiber, der Afghanistan-Beauftragte der EU, setzt sich derweil schon für eine Ausweitung des Isaf-Mandats ein: Die Truppe soll auf 10.000 Mann verdoppelt werden.

Berlin leitet seine militärischen Ansprüche mit einigem Recht aus seiner politischen Führungsrolle im Post-Taliban-Prozeß ab. Diese war schon deutlich geworden, als es der deutschen Diplomatie gelungen war, noch vor der endgültigen Eroberung des Landes im November 2001 eine UN-Konferenz auf den Bonner Petersberg zu holen, in der unter anderem über die künftige Regierung in Kabul entschieden wurde. »Das mag manchen erstaunen, den Geschichtsbewußten zudem ein wenig an jenen Berliner Kongreß erinnern, auf dem im Jahre 1878 Reichskanzler Otto von Bismarck als ›ehrlicher Makler‹ auftrat, um bei einer Neuordnung des Balkans behilflich zu sein ... Die Afghanen jedenfalls haben offenbar das Gefühl, daß die Hauptstadt eines Landes, mit dem sie sich schon lange verbunden fühlen, dafür geeigneter sei als andere westliche Hauptstädte ... Die im Ersten Weltkrieg ... geknüpften Bande, die eine gemeinsame Front gegen Großbritannien schmieden sollten, hielten Jahrzehnte lang ... Im Zweiten Weltkrieg gediehen gemeinsame deutsch-afghanische, vornehmlich gegen England gerichtete Pläne sogar weiter als im Ersten Weltkrieg ...«, kommentierte die »FAZ«.

In Kabul gibt es heftige Widersprüche zwischen den Einflußagenten der konkurrierenden Großmächte. Der Mann der Bush-Administration ist der neue Ministerpräsident Hamid Karzai, der nach dem Einmarsch der Sowjets in Kabul 1979 lange Jahre als Geschäftsmann in den Staaten lebte. Wie sehr er den Anliegen der USA in der Region gegenüber aufgeschlossen ist, verrät der Umstand, daß er bei den Verhandlungen mit der Taliban-Regierung über eine Ölpipeline durch Afghanistan als Berater des US-Konzerns Unocal fungierte.

Die deutschen Interessen in der neuen Regierung dürften beim Verteidigungsminister Mohammed Fahim gut aufgehoben sein. Der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom gibt an, daß Fahim seit Winter 1994 »immer wieder« in der BND-Zentrale Pullach zu Gast war. »Er hatte enge Beziehungen zum Bundesnachrichtendienst entwickelt, Gelder für den Kampf gegen die Taliban bei Exil-Afghanen gesammelt und gleichzeitig andere afghanische Opportunistengruppen ausspioniert. Er ist – wie der Außenminister Abdullah Abdullah – bis in den Januar 2001 zwischen Deutschland und Rußland gependelt und hat da auch die deutschen und russischen Nachrichtendienste näher aneinandergebracht – was die afghanische Frage angeht.«

Fahim und Abdullah bilden mit dem Innenminister Yunis Qanuni den sogenannten Reformflügel in der Nordallianz, die »junge Garde«. Über Qanuni schreibt die »FAZ«: »Qanuni regiert von einem schäbigen Büro aus ... Doch hier ist tatsächlich das Zentrum der Macht. Während Karzai seine protokollarische Aufgabe wahrnimmt, eine Delegation nach der anderen empfängt, besetzt Qanuni die Posten im Land. Er bestimmt weitgehend, wer wo Gouverneur wird, wer Leiter der Polizei, des Verkehrsamts, der Grenztruppen. Karzai zeichnet das zwar ab, aber Qanuni führt die wesentlichen Gespräche mit der künftigen Nomenklatura Afghanistans; ihm ist sie zu Dank verpflichtet.« Mit Qanunis Hilfe haben sich die

Deutschen im afghanischen Staatsapparat eine Schlüsselposition gesichert: Die neue Polizei wird unter deutscher Führung aufgebaut werden.

Den dritten Machtblock neben Karzai und der »jungen Garde« in der neuen Regierung bilden Vertreter der Rom-Gruppe. Der Name ist eine Anspielung auf die Residenz König Zahirs, der seit seiner Absetzung 1973 in der italienischen Hauptstadt im Exil lebt. Ihn hatte vor allem die Bundesregierung als Führungsfigur des Post-Taliban-Afghanistan favorisiert, bevor die US-Regierung Karzai präsentierte. Auch der Exil-afghanische Politologe Matin Baraki hält ihn für einen Aktivposten der Deutschen (KONKRET 1/2002). Zahirs Gewährsleute besetzen drei Posten in der Regierung, die ökonomisch wichtig sind: das Wiederaufbau-, das Finanz- und das Arbeitsministerium. »Was auf lange Sicht zählt, sind jene Ministerien, die das Geld verteilen«, sagt Wiederaufbauminister Amin Farhang, der als Hochschullehrer in Bochum tätig war.

Das Geld, das verteilt werden soll, kommt vor allem von internationalen Kreditoren. Die EU will als Hauptfinanzier im Jahre 2002 insgesamt 550 Millionen Euro bereitstellen, 80 Millionen davon kommen aus Deutschland. »Mit Verweis auf die Erdöl- und -gasvorkommen Afghanistans wurde von europäischer Seite erklärt, daß das Land auch mit erheblichen Investitionen rechnen könne, sollten entsprechend günstige Investitionsbedingungen geschaffen werden« (»Handelsblatt«).

Mitte Februar 2002 besuchten als erste ausländische Delegation Emissäre der deutschen Wirtschaft das Land. »Die Gespräche mit den Regierungsvertretern waren so konkret und fruchtbar, daß man bei drei bis fünf Projekten sofort loslegen kann«, sagte Wirtschaftsstaatssekretär Siegmar Mosdorf. Siemens hat nach eigenen Angaben gute Aussichten, den Auftrag für die Verlegung eines Telefon-Festnetzes in Afghanistan zu bekommen. Der Anlagenbauer AAB will sich um die Kraftwerke und die Beleuchtung von Kabul kümmern, die Essener Hochtief AG Straßen reparieren, Daimler-Chrysler Löschzüge, Lastwagen und Busse verkaufen.

»Alle Projekte werden mit ausländischem Geld finanziert werden müssen«, resümierte Werner Schoeltzke, der Vorsitzende des Nah- und Mittelostvereins, nach Abschluß der Gespräche in Kabul. Mit anderen Worten: Die sogenannten Hilfszahlungen für Afghanistan fließen großteils in die Kassen deutscher Konzerne.

Vorstoß zum Golf

Als Rot-Grün im Oktober 1998 die Regierungsgeschäfte übernahm, standen 2.000 deutsche Soldaten im Einsatz außerhalb des Nato-Gebiets. Mittlerweile sind es 12.000 – davon 1.700 in Bosnien-Herzegowina, 4.700 im Kosovo, 600 in Mazedonien (dort ist Deutschland Lead Nation), 1.200 im Rahmen der Isaf in Afghanistan und 3.900 zur Unterstützung des »Krieges gegen den Terror« (Operation Enduring Freedom). Zum »Krieg gegen den Terror« gehören außer Kampfeinsätzen in Afghanistation vom Typ Anaconda auch die Überwachung der Küste von Somalia, verdeckte Aufträge in Dschibuti und Kenia sowie – nach Informationen der »Welt« – die Entsendung von Spezialkommandos nach Georgien. Bereits am 8. Oktober 2001 war dort ein deutscher Landser beim Abschuß eines Hubschraubers durch Rebellen getötet worden – vom ersten deutschen Gefechtstoten mochte man damals kein Aufsehen machen.

Mittlerweile sind auf Einladung von Präsident Schewardnadse auch US- Truppen in Georgien präsent, angeblich um eingesickerte Al Qaida-Mudjahedin zu jagen. Moskau, dem Nato-Einheiten an seiner Südgrenze nicht ganz geheuer sind, hat zunächst scharf protestiert und dann klein beigegeben.

Bedenkenlos arbeitet die Bundeswehr mit Staaten zusammen, die seit Jahren auf den Schwarzen Listen von Amnesty International auftauchen. So wurde für den Truppentransport nach Kabul zwischenzeitlich der Flughafen Mesched im Norden Irans genutzt. Von Usbekistan mietete die Hardthöhe »auf unbestimmte Zeit« den Luftwaffenstützpunkt Termes. Gegenleistung sind finanzielle Aufwendungen in nicht bekannter Höhe, »Ausrüstungshilfe« sowie die »Fortsetzung und Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit« – seit Jahren werden usbekische Offiziere in Deutschland ausgebildet. Der Folterstaat Usbekistan ist – so die »FAZ« – »auch wegen der durch die diktatorische Politik von Präsident Islam Karimow gesicherten Stabilität ins Auge gefaßt worden«.

Am gefährlichsten ist der deutsche Aufmarsch in Kuweit. Von dort aus soll – so die Londoner »Times« – innerhalb der nächsten sechs Monate der US-amerikanische Angriff auf Irak erfolgen. Ende Februar und Anfang März waren 250 deutsche Soldaten mit ABC-Waffenspürpanzern vom Typ Fuchs unter strenger Geheimhaltung der Details an einer »Katastrophenschutzübung« (Scharping) beteiligt. »Das mag glauben, wer es will«, lästerte selbst die »FAZ«.

Die Bundesregierung hatte in ihrer Beschlußvorlage für den Bundestag Anfang November 2001 im Rahmen der Unterstützung von Enduring Freedom unter anderem »ABC-Abwehrkräfte, ca. 800 Soldaten« und als Einsatzort »das Gebiet gemäß Artikel 6 des Nordatlantikvertrages, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralsien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete« vorgesehen. Diese großzügige Mandatierung für beinahe ein Viertel der Erdoberfläche erwies sich als Hindernis für die Zustimmung vieler Abgeordneter. Daher stellte die Regierung in einer Protokollerklärung klar, »daß die dort genannten Operationsziele sich allein gegen das terroristische Netzwerk Bin Ladens, Al Qaida, und

diejenigen, die es beherbergen oder unterstützen, richten.« Im Februar erklärte Außenminister Fischer allerdings: »Mir hat man bis jetzt keine Beweise präsentiert, daß der Terror des Osama Bin Laden mit dem Regime im Irak zu tun hat.«

Kommt es zu einem neuen Golfkrieg, könnten die ABC-Spezialisten der Bundeswehr beim Einsatz von Massenvernichtungswaffen Erste Hilfe bei der Dekontamination leisten. Gemeinhin wird davon ausgegangen, daß der Irak solche Waffen einsetzen würde. Es ist aber auch ein ganz anderes Szenario denkbar. Die »FAZ« über eine Pressekonferenz des Weißen Hauses Mitte März: »Es lägen ›alle Optionen auf dem Tisch‹, sagte der Präsident unter Anspielung auf den Pentagonbericht, nach dem Amerika im Notfall den Einsatz von Atomwaffen gegen den Irak erwägen müsse.«

Einige linke Analytiker gehen davon aus, daß Deutschland einem neuen Golfkrieg ablehnend gegenüberstehe (vgl. den Beitrag von Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer in KONKRET 1/02). Tatsächlich fordern Maschinenbau-Lobbyisten wie Jürgen W. Möllemann die Aufhebung der UN-Sanktionen; die deutschen Exporte in das Zweistromland haben sich im Jahr 2001 im Vergleich zu 2000 auf ein Volumen von 1,2 Milliarden Mark vervierfacht. Ob sich deswegen die deutschen Konzerne für Entspannung und Abrüstung in die Bresche werfen werden, ist allerdings höchst fraglich: Die Profite, die nach einer militärischen Zerschlagung des Saddam-Regimes bei der Aufteilung der Beute winken, dürften die Gewinne aus dem Friedensgeschäft bei weitem übersteigen.

Nach dem Golfkrieg 1991 haben »die Amerikaner wegen ihrer militärischen Führungsrolle den Großteil der Wiederaufbauverträge von Kuwait« erhalten, schreibt die »FAZ«, es ging um ein Auftragsvolumen von insgesamt 100 Milliarden US-Dollar. Anders als in Kuwait machten auf dem Balkan und jetzt in Afghanistan deutsche Konzerne den besten Schnitt – dank der starken Präsenz der Bundeswehr. Kriegführen lohnt sich. Auch der Bundeskanzler sieht offenbar diesen Zusammenhang. Mitte März warnte er die USA vor einem Alleingang beim Angriff auf den Irak, kündigte aber zugleich an, »daß die in Kuwait stationierten ABC-Spürpanzer der Bundeswehr auch in einem solchen Fall dort verbleiben und eingesetzt« würden. Kein Alleingang ohne uns!

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 2/02 über die proamerikanische Linke

Konkret 04/02, S. 15

Jürgen Roth

Verschweinskopfung

4. März 2002, kurz vor 5.45 Uhr. Ein deutscher Journalist schreibt seine »erste Feldpost«. Franz Josef Wagner. Sie erscheint einen Tag später. In der »Bildzeitung«.

»Lieber kämpfender deutscher Soldat«, beginnt die »Post von Wagner«, »es liegt mir am Herzen, Ihnen heute zu schreiben.« Und das rapportiert Wagner: »Bei uns daheim im großen und ganzen alles o.k. Boris hat eine Neue, eine US-Perserin, heißt Patrice Farameh. Würdet ihr auch nicht aus dem Schlafsack stoßen. Die Bayern holen auf, unglaublich, nur noch drei Punkte hinter Leverkusen. Ja, und gestern. Die Zeitungen voll mit Formel 1. Ralf Schumacher krachte beim Start mit Barrichello zusammen und flog siebzig Meter mit seinem BMW durch die Luft ...«

Dann, nach exakt der Hälfte – Peripetie! »Plapper' ich euch zu viel? Ja, ich plapper' zu viel, weil ich mich darum drücke, über das Töten zu schreiben. Die pazifistischen Grünen und die verlogenen Friedens-PDSler schreien jetzt auf. Ja, ich wünsche euch, daß ihr den Gegner tötet, bevor er euch tötet.«

Nun ist der Rubikon überschritten. Die Post geht ab, es geht ihm einer ab. Jetzt, noch jenseits der Landser- und der Jünger-Prosa, geht alles. Die Presse wird, dem 5. März sei Dank, nie mehr sein, was sie mal war. Mit Franz Josef Wagners Epistel an die deutschen Sondersoldaten begann eine neue Epoche. Dergestalt: »Über das US-Verteidigungsministerium, nicht über das deutsche, erfuhren wir, daß ihr, Soldaten der deutschen Elite-Einheit KSK, in den Bergen Afghanistans einen Mann-gegen-Mann-Krieg führt. Wenn es Nacht ist, ist euer Gesicht geschwärzt. Tagsüber ist euer Kampfanzug weiß wie Schnee. Ich stammle euch aus der Heimat: Habt Glück, paßt auf, schießt schneller. Herzlichst – Ihr F. J. Wagner.«

F. J. Straußens Verdikt über die »Schweinepresse« greift zu kurz; gleichfalls das – auf die angebliche Linke gemünzte – Gerhard Stoltenbergsche über die »Kampfpresse«. Mit FJW und seiner vollkommenen Verschweinskopfung, mit jener hochgradigsten Obszönität ist nicht mehr zu Rande zu kommen. Wir sind durchs Ziel.

Wie bekannt, sagte der tschechische Ministerpräsident Milo_ Zeman vor nicht allzu langer Zeit: »Journalisten sind Dummköpfe, Dreck und Fäkalien.«

Darüber hinaus kein weiteres Wort

Konkret 04/02, S. 16

Georg Fülberth

Wahrheits-Krieger

Das Pentagon bekommt nun doch kein »Office of Strategic Influence«. Denn die Wahrheit läßt sich in der sogenannten Zivilgesellschaft anders billiger und effizienter hintertreiben

»Es stört die Glocke, es stört der Muezzin.

Man bringe sie zum Schweigen, die wie ihn.«

Hacks

Am 19. Februar 2002 meldete die »New York Times«, das Pentagon habe im Herbst 2001 ein »Office of Strategic Influence« (Büro für Strategische Einflußnahme, OSI) gegründet. Dieses solle die Auslandspropaganda der USA als undercover-Aktion vorantreiben: das Verteidigungsministerium dürfe nicht als Quelle der Nachrichten, die auf diese Weise gestreut würden, in Erscheinung treten. Die operative Arbeit sei an eine Privatfirma übertragen worden: die u.a. in Washington ansässige Rendon Group, die bereits für die CIA und die Herrscherfamilie von Kuweit gearbeitet habe. Ihr verdanken wir unter anderem die Falschmeldung über die Brutkästen, aus denen irakische Soldaten kuweitische Babys entfernten.

Zu den Aufgaben des OSI solle auch die Verbreitung von Unwahrheiten in befreundeten Staaten gehören. Die USA selbst allerdings dürften nicht mit solchen Meldungen versorgt werden: seit einer CIA-Krise in den siebziger Jahren ist dieser Behörde Inlandspropaganda verboten.

Verteidigungsminister Rumsfeld versuchte den Bericht der »New York Times« zu dementieren, aber die Erklärungen, die der Leiter des »Office of Strategic Information«, der Brigadegeneral Worden, abgab, machten die Sache noch schlimmer, nämlich klarer. Ganz offensichtlich ging es darum, »inaccurate or misleading information« auch »inside allied nations« mit den verschiedensten Medien, unter anderem über E-Mail mit gezinktem Absender, zu verbreiten. Wahrheit und Lüge sollten so gemischt werden, daß letztere nicht ausgemacht werden kann.

Die US-amerikanischen Zeitungen, die sich des Falls schnell annahmen, waren nicht amüsiert. Natürlich fiel ihnen sofort auf, daß sie bei der Übernahme von Nachrichten aus dem Ausland an Enten der CIA geraten könnten, die auf diesem Umweg wieder in ihr Ursprungsland zurückflogen. In Deutschland machte die »Taz« mit der Überschrift »Pentagon plant Kriegslügen« auf, und im »Spiegel« schimpfte der Chefredakteur des ZDF, Nikolaus Brender: »Das ist offensichtlich ein Büro zur strategischen Förderung des Anti-Amerikanismus.« Die »Frankfurter Rundschau« hatte schon früher vorgebaut: im Jugoslawien- und im Afghanistan-Krieg warnte sie durch einen Vermerk ihr Publikum: sie wisse nicht, wie viel an den Militärnachrichten, die sie verbreite, dran sei.

Auch im Pentagon selbst herrschte offenbar nicht nur Freude über die Innovation, besonders wenig bei denjenigen Offiziellen, die von dem bis dahin getarnten »Office for Strategic Influence« selbst nichts gewußt hatten. Andere, die informiert waren, dürften dafür gesorgt haben, daß die Sache aufflog. Und tatsächlich war die erste Meldung über das Büro – also der »New York Times«-Artikel vom 19. Februar – auch schon der Anfang von dessen Ende. Genau eine Woche später, am 26.2., stritt Rumsfeld zwar noch einmal fast alles ab, gab aber zugleich die Schließung der so schnell diskreditierten Einrichtung bekannt. Präsident Bush selbst habe dies angeordnet. Dieser habe, so wurde behauptet, übrigens bis vor kurzem selbst nichts von dieser Dienststelle gewußt.

Was lehrt uns das alles?

Leider wenig.

Daß die Vereinigten Staaten massiv Auslandspropaganda betreiben, haben sie nie geleugnet. Zeitgleich mit der OSI-Affäre wurde das sechzigjährige Jubiläum der »Stimme Amerikas« (Voice of America) – unsere »Deutsche Welle« ist nichts dagegen – gefeiert: sie war nach dem Eintritt der USA in den Krieg gegen Deutschland und Japan gegründet worden. Einige von uns erinnern sich wohl auch noch an die Amerika-Häuser, die es während es Kalten Krieges selbst in jeder mittleren Stadt der BRD gegeben hat. Ihre Arbeit wurde unter eine zentrale, in Washington ausgegebene Losung gestellt, die dann je nach Land und Zeit modifiziert worden ist. Auch hier machen sich die Goethe-Institute vergleichsweise bescheiden aus.

Allerdings handelt es sich hier um Formen der Propaganda, die mit dem Anspruch auftreten, Wahrheiten zu verbreiten. Im Fall des OSI war aber die Placierung von Lügen geplant. Das ist im Krieg gegenüber Feinden üblich: »Tactical Deception« (Taktische Irreführung). Nachdem Bush erklärt hatte: »We are at war«, war diese Anwendung naheliegend. Die wenigen Fürsprecher des »Office of Strategic Influence« hatten im Februar dafür ein weiteres antifaschistisches Beispiel parat:

durch Übermitteln von Spielmaterial habe man 1944 die Wehrmacht vom tatsächlichen Ort der Invasion in Frankreich ablenken können.

Daß solche Desinformationen nun auch in befreundeten Länder verbreitet werden sollten, läßt sich ebenfalls technisch erklären: Die Schurkenstaaten glauben so etwas halt eher, wenn es nicht direkt aus den USA kommt.

Es tritt aber vielleicht noch etwas hinzu:

Für die USA ist die Definition dessen, was ein Freund ist, nach dem Ende des Systemkonfliktes noch schwieriger als die Markierung des Feindes. Das muß nicht an etwaigem schlechtem Willen bisheriger Verbündeter liegen, sondern resultiert aus dem Unilateralismus, der der einen, der eigenen Seite letztlich nur ein einziges Land zurechnet: die USA. Damit werden die anderen nicht automatisch zu Feinden, aber es entsteht ein in hohem Maße präventiver, nicht auf gegenwärtig bestehenden Realitäten, sondern auf etwaigen künftigen Optionen beruhender Politikstil, der am ehesten noch mit den Taktiken vergleichbar ist, die an der Börse und an den internationalen Finanzmärkten gepflogen werden.

Wenn etwa eine Autofabrik sich mit fremder Währung eindeckt, um auch dann noch zahlungsfähig zu sein, wenn die eigene – was man aber nicht genau wissen kann – fällt, dann macht sie im Prinzip das gleiche wie die USA, die im Golfkrieg eine Rohstoffzufuhr gegen Saddam Hussein sicherten, von der sie kaum selbst abhängig sind – anders als Japan und Deutschland, die sich damals bekanntlich eher friedlich verhielten. Beim Great Game in Zentral-Asien könnte es ähnlich sein: In beiden Fällen kommt es den Vereinigten Staaten vielleicht weniger darauf an, sich eigene Öllieferungen zu sichern als diejenigen ihrer Freunde, Halbfreunde und Halbfeinde zu kontrollieren. Daß man denen dadurch im Falle künftiger Feindschaft überlegen bleibt, ist gar nicht so wichtig, sondern: durch diese Kontrolle sichert man sich ihre Freundschaft.

Das Konzept des Unilateralismus beruht unter anderem darauf, daß die USA unangreifbar durch andere und andererseits diesen gegenüber interventionsfähig sind. Es ist eine Art Vorsorge. Zu deren Instrumenten gehören nicht nur Militär und Ökonomie, sondern auch mediale Hegemonie. Ein paar Kommißköpfe im Pentagon scheinen in der paranoiden und oft auch depressiven Disposition, die zur Ausstattung dieses Berufsstandes gehört, daraus die Notwendigkeit der universellen Lüge zu folgern.

Das ist nicht sehr effizient. Wenn die eigene Gesellschaft hinters Licht geführt wird - wozu es in diesem Fall leicht hätte kommen können – , verliert sie ihre Reaktionsfähigkeit. Die Schließung des »Office of Strategic Influence« ist den Militärbelangen der USA wahrscheinlich dienlicher, als es dessen Fortführung gewesen wäre, mögen auch sogenannte kleinliche Kompetenzstreitigkeiten im Pentagon die unmittelbare Ursache gewesen sein. (Einigen der professionellen Krieger war die Privatisierung der amtlichen Kriegspropaganda durch die Betrauung einer gewerblichen PR-Agentur wohl unheimlich.)

Die USA üben nicht Weltherrschaft aus, sondern Hegemonie. Diese ist auf Vermittlungsinstanzen – Alliierte der verschiedensten Art – angewiesen. Demonstriert man, daß man sie belügen will, verlieren sie die für den Hegemon nützlichste Bereitschaft: die zur Identifikation ihrer eigenen Interessen mit den seinen.

Die hat, wie der neueste Stahl-Protektionismus der USA zeigt, allerdings auch ohne Militärtölpelei ihre Grenzen. Imperialismus ist, da Ergebnis staatlich umgesetzter kapitalistischer Konkurrenz, nicht nur für seine Opfer eine unharmonische Angelegenheit. So erklärt sich, daß einige immer wieder das Muster von 1914 wahrzunehmen meinen, auch wenn man einen Handelskrieg nicht mit der Vorbereitung einer Schießerei verwechseln sollte.

Es kann übrigens sein, daß die Meldung über die Schließung des OSI schon wieder eine Lüge war, die über die Fortexistenz dieser Einrichtung (in dieser Form oder einer anderen) hinwegtäuschen soll. Oder sie wurde durch eine neue ersetzt. Das »Office of Strategic Information« war ohnehin nicht die einzige Propaganda-Stelle des Pentagon. Knut Mellenthin weist im »Neuen Deutschland« darauf hin, daß zeitgleich mit der Einstellung des »Büros für Strategische Einflußnahme« der Admiral Poindexter zum Leiter eines »Information Awareness Office« bestellt wurde. Die private Rendon Group besteht ohnehin weiter und wird gewiß auch weiterhin staatliche Propagandaaufträge erhalten. Das läßt sich leichter geheimhalten als die offizielle Etatisierung solcher Aktivitäten. Es paßt auch besser in die zeitgenössischen Vorstellungen vom Schlanken Staat, hat es doch mit Outsourcing einiges gemeinsam.

Ein noch günstigeres Preis-Leistungsverhältnis weist die ehrenamtliche Tätigkeit von 58 US-amerikanischen Intellektuellen auf, die in einem Manifest festgestellt haben, Gott sei gegen den Heiligen Krieg und für den Gerechten, also gegen Bin Laden und für Bush.

Zu den Unterzeichnern gehören nicht nur die staatsnahen Denker Francis Fukuyama und Samuel P. Huntington , sondern auch Amitai Etzioni und Michael Walzer, die als Linke gelten. Daß die beiden Letztgenannten mitmachen, ist aber kein Wunder, sie sind Kommunitarier. Als solche haben sie ein positiveres Verhältnis zum Krieg als ihre Sparringspartner, die Neoliberalen, die sich in erster Linie für den Markt interessieren und das Militär nur als einen Berufsstand unter anderen in der arbeitsteiligen Gesellschaft schätzen. Die Kommunitarier aber leben aus der »Gemeinschaft«, und diese hat eben

kompliziertere Bedürfnisse als nur das Verhältnis von Angebot und Nachfrage: Ein Feindbild ist gut für ihren Zusammenhalt, und ist man erst einmal so weit, kann auch ein Krieg zur Erreichung dieses Zwecks in Erwägung gezogen werden.

Kommunitarier kennen im Grunde auch den Begriff der Lüge nicht, denn Wahrheit ist für sie ausschließlich ein Produkt der community.

Wir sehen, daß das »Office of Strategic Influence« eine recht subalterne Angelegenheit gewesen sein muß. Lügen haben kurze Beine, Glaubensüberzeugungen nicht: sie sind billiger und können nie durch Überprüfung mit Hilfe von Fakten auffliegen. Das Pentagon hat die sogenannte Zivilgesellschaft völlig unterschätzt: nicht als sein Korrektiv, sondern als seine nützliche Helferin.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 3/02 über die Turbulenzen um Leo Kirchs Eigentum

Konkret 04/02, S. 18

Shlomo Avineri, Thomas von der Osten-Sacken

Von Zypern lernen ...

Shlomo Avineri, ehemaliger Staatssekretär im israelischen Außenministerium unter Premierminister Jitzhak Rabin, heute Professor für Politikwissenschaften an der Hebräischen Universität in Jerusalem, ist der Ansicht, daß Ariel Sharons Politik scheitern muß
Interview

KONKRET: Was halten Sie von dem saudi-arabischen Friedensplan, der nach einem israelischen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten die volle diplomatische Anerkennung Israels durch die arabischen Länder vorsieht?

Avineri: Wir müssen abwarten, ob das ein seriöser Vorschlag oder nur heiße Luft ist. Aber dieser Vorschlag enthält einen sehr interessanten Aspekt: Was die Palästinenser als das »Recht auf Rückkehr« bezeichnen, findet keine Erwähnung. Die Forderung nach einem Rückkehrrecht, die von den Palästinensern im Jahr 2000 erst in Camp David und später in Taba auf den Tisch gebracht wurde, ist nämlich einer der wichtigsten Gründe für den Zusammenbruch der israelisch-palästinensischen Verhandlungen. Bei sehr vielen Israelis mußte der Eindruck entstehen, daß es den Palästinenser eigentlich nicht um die Beendigung des Zustandes von 1967 – also der Okkupation – geht, sondern sie darauf abzielen, die Konsequenzen von 1948, also den Staat Israel, rückgängig zu machen. Die Frage ist, ob die anderen arabischen Länder – vor allem Syrien und der Libanon mit ihren vielen palästinensischen Flüchtlingen – und die Palästinenser selbst einen derartigen Vorschlag akzeptieren können.

Warum machen ausgerechnet die Saudis einen solchen Vorschlag?

Der Ruf Saudi-Arabiens im Westen ist momentan miserabel. Unter den Attentätern des 11. September befanden sich fünfzehn saudische Staatsangehörige, und je mehr sich der Fokus auf Saudi-Arabien richtet, desto deutlicher wird, daß es in der Vergangenheit engste Kontakte mit Osama Bin Laden unterhielt. Das ganze Erziehungswesen und die intellektuelle Atmosphäre in Saudi-Arabien werden beherrscht von einer extremen Form des islamischen Fundamentalismus. Saudi-Arabien ist anti-westlich, anti-individualistisch, gegenaufklärerisch, antichristlich und antijüdisch. Der Friedensvorschlag also könnte das Ziel verfolgen, die Reputation des Landes zu verbessern. Der zweite Grund ist, daß die Saudis, wie viele andere Akteure im Nahen Osten auch, zunehmend besorgt sind über die allgemeine Lage. Sie könnten befürchten, daß eine Eskalation des Konflikts auch nach Saudi-Arabien übergreift. Aber derzeit liegt uns kein ausgearbeiteter konkreter Vorschlag vor, und die saudische Diplomatie ist sehr vorsichtig.

In den israelischen Medien wird der saudische Vorstoß aber schon sehr intensiv als mögliche Alternative zu den europäischen Friedensvorschlägen diskutiert.

Nun, die Israelis wissen, was sie von europäischen Lösungsvorschlägen oder Vorstößen zu halten haben. Die EU ist zwar sehr aktiv, aber wenn die USA nicht willens oder in der Lage sind, Israelis und Palästinenser zu einem Abkommen zu bringen, haben die Europäer weder den Einfluß noch die Macht, etwas Nachhaltiges zu bewirken oder zu erreichen. Europa war doch schon völlig unfähig, seine eigenen Probleme, etwa in Bosnien oder im Kosovo, zu lösen. Deshalb habe ich den Eindruck, niemand hier nimmt diese europäischen Vorstöße besonders ernst.

Was halten Sie von den jüngsten israelischen Friedensdemonstrationen?

Auch wenn die Medien verstärkt über Aktivitäten und Demonstrationen der Friedensbewegung berichten, sollte man sich keinen Illusionen hingeben: Es gibt keine Stärkung der Friedensbewegung in Is- rael. Im Gegenteil, die Friedensbewegung schrumpft, als Folge von Arafats Politik. Es gibt zwar eine kleine Gruppe von Friedensaktivisten, die in letzter Zeit ihre Stimme wieder lauter erhoben haben, aber das heißt keineswegs, daß die Friedensbewegung mehr Zulauf verzeichnet. Zulauf erhalten dagegen die »Falken« und Hardliner; die Militarisierung der israelischen Gesellschaft nimmt zu. Und wenn es nicht bald eine Lösung gibt, wird die nächste Regierung noch rechter und radikaler werden als die gegenwärtige.

In den letzten Monaten verweigern immer mehr Reservisten den Dienst in den palästinensischen Gebieten, und hochrangige ehemalige Generäle fordern sogar einen einseitigen Rückzug der israelischen Armee.

Das sind zwei unterschiedliche Phänomene, die beide recht interessant sind. Grundsätzlich hat sich die allgemeine Stimmung gegenüber den Palästinensern zwar verhärtet. Aber 17 Monate Abnutzungskrieg, Terrorismus und Selbstmordattentate erzeugen eben sehr komplexe Reaktionen in einer Gesellschaft, die sich angegriffen fühlt. So ist das Phänomen der Reserveoffiziere zu erklären, die sich weigern, in die palästinensischen Gebiete entsandt zu werden. Auch die große Aufmerksamkeit, die diese Verweigerungen in den Medien erfahren, hat hier ihre Ursache. Aber das ist kein Ausdruck einer zunehmenden Ablehnung des harten militärischen Vorgehens. Trotzdem ist die Verweigerung des Dienstes eine sehr weitreichende Entscheidung, die Fragen nach den Grenzen von Loyalität und Verweigerung in einem

demokratischen Rechtsstaat aufwirft. Diese Debatte ist auch ein Indikator dafür, vor welch immensen Herausforderungen die israelische Gesellschaft jetzt steht.

Anders verhält es sich mit dem Vorschlag einer Gruppe ehemaliger hochrangiger Offiziere und Sicherheitsexperten, des »Council on Peace and Security«, der die israelische Regierung aufgerufen hat, sich einseitig aus den größten Teilen der Westbank und des Gazastreifens zurückzuziehen. Diese Gruppe vornehmlich linker und sich den »Tauben« zurechnender ehemaliger Offiziere, die aus einigen hundert Mitgliedern besteht, hat in den letzten sechs, sieben Jahren den Oslo-Friedensprozeß aktiv unterstützt. Und sie haben sehr erfolgreich für die Politik von Rabin, Perez und später Barak geworben. In den letzten Monaten nun hat diese Gruppe intensiv diskutiert, und die Mehrheit kam zu dem Schluß, daß Verhandlungen im Moment zu keiner Lösung führen, weil die palästinensische Seite dazu offensichtlich nicht bereit ist. Der Status quo aber ist völlig unhaltbar, und die Lage verschlimmert sich von Tag zu Tag. Deshalb, und schweren Herzens, haben sie öffentlich der Regierung vorgeschlagen, sich einseitig aus den Gebieten zurückzuziehen.

Dieser Vorschlag zeigt, wie verzweifelt bedeutende Teile der israelischen Linken angesichts der Tatsache sind, daß es im Augenblick keine Aussicht auf eine Verhandlungslösung mehr zu geben scheint. Die Linke sah ja nach Oslo in Arafat den Partner für einen historischen Friedens- und Aussöhnungsprozeß. Nachdem Arafat in Camp David und Taba die israelischen Angebote ablehnte, seitdem Diplomatie mit Terrorismus verbindet und nicht für diesen historischen Kompromiß bereit scheint, hat diese Linke einen schweren Rückschlag erlitten. Es war Arafat, der Sharons Wahlsieg ermöglicht hat. Der Zusammenbruch des Friedensprozesses führte zu einer enormen Stärkung der Rechten und einer Schwächung und Konfusion der Linken in Israel.

Sie selbst haben vor kurzem eine Lösung nach dem Vorbild Zyperns vorgeschlagen. Stimmen Sie also grundsätzlich mit den Forderungen dieses »Council« überein?

Ja. Wir können nicht zulassen, daß sich die Situation weiter verschlimmert. Der Status quo und die Aufrechterhaltung der Besatzung palästinensischen Gebietes ist völlig inakzeptabel. Wir müssen die Okkupation beenden. Aber uns fehlt der Partner auf der anderen Seite. In einem solchen Dilemma hilft es manchmal, sich nach anderen Beispielen umzuschauen. Aus diesem Grund führte ich Zypern als mögliches Vorbild an. Seit Mitte der 70er gibt es dort eine Demarkationslinie, die keine international anerkannte Grenze ist, die aber immens zur Beruhigung der Lage auf beiden Seiten beigetragen hat. Vorher fanden dort täglich bewaffnete Zusammenstöße zwischen Türken und Griechen statt, Zivilisten wurden ermordet, die Bevölkerung terrorisiert. Und nun, seit mehr als 25 Jahren, gibt es dort nur noch sehr wenig Gewalt. Obwohl es also bislang keine wirkliche Lösung des Konfliktes gibt, ist die Gewalt gestoppt worden. Und so meine ich, ebenso wie das »Council«, daß es jenseits von Kants »ewigem Frieden« auf der einen und Krieg auf der anderen Seite Alternativen gibt, die helfen, die Situation zu deeskalieren. Und eine solche Alternative wäre ein einseitiger Abzug der israelischen Truppen.

Also einseitiger Rückzug der israelischen Armee? Evakuierung der Siedlungen?

Es ist schwer, die Details auf eine einfache Formel zu bringen. Wichtig aber ist die Einseitigkeit der Aktion und daß eine wirksame Demarkationslinie gebildet wird zwischen Palästinensern und Israelis. Das hieße etwa 20 bis 35 Siedlungen, vor allem die kleinen und isolierten, ganz aufzulösen. Einige der großen Siedlungen müßten für einige Zeit noch bestehen bleiben – es spielt dabei keine Rolle, daß sie nie hätten gebaut werden dürfen, sie sind da, und Zehntausende leben dort. Die Palästinenser müßten dann in den Gebieten, die sie jetzt kontrollieren eine wirkliche Kontrolle ausüben können. Israelische Checkpoints und Kontrollen würden ganz verschwinden.

Vor allem aber müßte eine effektive Barriere zwischen Israel und den Palästinensern errichtet werden, die es Selbstmordattentätern nachhaltig erschwerte, sie zu überwinden. Im Moment herrscht doch die paradoxe Situation, daß es keine wirksame Grenze gibt. Bewohner der Westbank können so leicht nach Israel kommen, es gibt da ein dauerndes Kommen und Gehen. Die Selbstmordattentäter stammen doch nicht aus dem Gazastreifen, obwohl die radikalen Islamisten dort viel mehr Anhänger haben. Und das liegt einfach daran, daß Gaza von Israel durch einen Zaun getrennt ist. Und wenn wir eine ähnliche Regelung mit der Westbank hätten, gäbe es eine große Chance, daß die Gewalt zurückginge und sich die Lage stabilisieren könnte. Ich rede ja gar nicht von Lösungen, denn eine Lösung wurde den Palästinensern in Camp David angeboten und ist gescheitert.

Sie sehen keinerlei Partner mehr für Verhandlungen auf palästinensischer Seite?

Die Palästinensische Nationalbehörde ist und war der legitimierte Verhandlungspartner Israels. Und diese Behörde – und das betrifft keineswegs nur Arafat persönlich – hat in Camp David ein Friedensangebot abgelehnt, das die Schaffung eines palästinensischen Staates beinhaltete, und mit Ausrufung der Intifada beantwortet. Die Vorstellung auf palästinensischer Seite, irgendeine israelische Regierung würde je ein großzügigeres Angebot als Barak machen, ist entweder illusionär oder ein Versuch, Israel gewaltsam zu weiteren Konzessionen zu zwingen. Das aber wird nicht funktionieren. Wenn die Palästinenser Baraks Angebot angenommen hätten, wäre es nicht leicht, aber möglich gewesen, in Israel die entsprechende öffentliche Unterstützung zu erhalten.

Momentan sehe ich auf palästinensischer Seite keine Führung, die bereit oder willens ist, einen solchen historischen Kompromiß mit Israel zu schließen. Und wenn es überhaupt Kritik an Arafat gibt, kommt diese nicht von den moderaten, sondern den radikalen, islamischen Kräften, die überhaupt keine friedliche Lösung wollen. Aber ich denke, die ablehnende Haltung der Palästinenser sollte nicht unsere Beziehung zu ihnen bestimmen. Deshalb müssen wir einseitig handeln.

Ist die Politik Sharons also zum Scheitern verurteilt? In diesen Tagen stürmt die israelische Armee im Namen des Kampfes gegen den Terror verschiedene Flüchtlingslager in der Westbank, und die Regierung erklärt, daß sie den Terrorismus gewaltsam besiegen werde und wolle. Einflußreiche Politiker der Rechten fordern, die palästinensischen Gebiete wieder zu besetzen.

Wenn Israel die Gebiete wieder besetzen will, ist es dazu jederzeit in der Lage. Die große Koalition verfolgt zwei Ziele, und beide sind gescheitert. Da ist einerseits die Politik Sharons, der daran festhält, die Palästinenser gewaltsam zu zwingen, die israelischen Forderungen zu akzeptieren. Das funktioniert nicht. Auf der anderen Seite gibt es die mit Shimon Perez identifizierte Politik, die daran glaubt, daß auch nach 17 Monaten bewaffneten Kampfes und Terrors und nach dem Scheitern von Camp David man an den Verhandlungstisch zurückkehren und entlang der Oslo-Linie weiterverhandeln könne. Das ist ebenfalls gescheitert.

Der Sharon-Flügel der Regierung geht zudem äußerst halbherzig vor und hält sich immer noch, wenn auch nur zum Teil, an die Oslo-Abmachungen. Das Resultat ist völlig ineffektiv. Es gibt keine militärische Lösung des Konfliktes, und es gibt im Moment keinen Weg zurück an den Verhandlungstisch. Das ist die Tragödie.

Die Fatah und ihre Milizen haben – auch auf Druck Sharons – erklärt, sie wollten in Zukunft keine Selbstmordattentate oder Angriffe auf israelische Zivilisten mehr durchführen.

Das ist doch Blödsinn, bestenfalls Propaganda. Die Selbstmordattentate werden weitergehen. Außerdem ist es nicht wichtig, was die Fatah öffentlich erklärt. Lassen Sie mich das – als jemand, der immer für die Schaffung eines palästinensischen Staates eingetreten ist und der immer noch glaubt, daß es keine Alternative zu einem solchen Staat gibt – ganz deutlich sagen: Arafat hat klare Signale ausgesendet, daß Terrorismus ein praktikabler Weg sei. Sicher kontrolliert er nicht jeden Palästinenser, und sicher sind die Attentate nicht von den Behörden geplant. Aber: Jedem Selbstmordattentäter – egal, ob er Islamist oder Fatah-Anhänger ist – wird von den palästinensischen Autoritäten ein Staatsbegräbnis bereitet, und er wird als nationaler Märtyrer gefeiert. Die Botschaft ist also keineswegs »Laßt das bleiben«, sondern »Macht weiter, es funktioniert«. Es zählt also nicht, was die Fatah nun erklärt oder nicht, sondern was die palästinensische Führung sagt und welche Signale sie aussendet.

Das Gespräch führte Thomas von der Osten-Sacken

Konkret 04/02, S. 20

Christian Y. Schmidt

Del Pontes freie Mitarbeiter

Die Verhandlung gegen Milosevic vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag geht nicht so voran, wie es sich die deutschen Medien erhofft haben. Weil das Belastungsmaterial der Anklage sich als dürftig erweist, zeigen die Gerichtsreporter besonderen Einsatz, damit aus dem Vor-Urteil ein ordentliches Urteil werden kann

Als Slobodan Milosevic Mitte Februar das erste Mal Gelegenheit hatte, vor dem Haager Tribunal zur Anklage Stellung zu nehmen, war es tags drauf der »Frankfurter Rundschau« vorbehalten, noch einmal die alte Platte aufzulegen. »Milosevic hat unmißverständlich klar gemacht, dass seiner Ansicht nach die Nato und ihre Befehlshaber seinen Platz auf der Anklagebank einnehmen müssten. Ganz nach dem Motto ›Angriff ist die beste Verteidigung‹ dreht er den Spieß um. Die Taktik mag zwar im Sport zum Erfolg führen, ist jedoch im Gerichtssaal zum Scheitern verurteilt... Die Anklage wird den Zeugen mit harten Fakten und Zeugen konfrontieren.«

Doch viel zu eloquent, mit viel zu vielen guten Argumenten hatte sich Milosevic verteidigt - und vor allem, viel zu viele hatten dabei zugesehen -, als daß die deutsche Presse in diesem Fall bei dieser simplen Darstellung hätte bleiben können. Die »Süddeutsche Zeitung« sah einen »starken Auftritt des einstmals starken Mannes« und die »Berliner Zeitung« berichtete, wie der Angeklagte »das anscheinend überforderte Team der Chefanklägerin Carla Del Ponte und ihre Zeugen in Bedrängnis bringt«. Selbst die »Taz« mußte einräumen, der Angeklagte habe sich »geschickt« verteidigt, und prophezeite, »das wird den Richtern noch Kopfzerbrechen bereiten.« Ähnlich die BBC, deren Urteil die »Neue Zürcher Zeitung« zusammenfaßte: Die Chefanklägerin »baue auf die Wirkung des Schocks – Milosevic als Urheber mittelalterlicher Brutalität – , anstatt ihn mit konkreten Beweisen als berechnenden Mörder zu überführen.« Und weil die Meute diesmal nicht sofort und eindeutig in die erwartete Richtung lief, sah sich auch die »Frankfurter Rundschau« gezwungen, ihr voreilig gefälltes Urteil zu korrigieren. Ein paar Tage nach dem ersten Bericht hieß es nunmehr aus Den Haag: »Bis jetzt ist noch kaum klar geworden, wie die Anklage ihre Version der Ereignisse beweisen will.« Ja, wie?

Das hatten sich all die, die Milosevic schon längst im Sinne der Anklage für schuldig halten und ihn deshalb wie selbstverständlich einen »Kriegsverbrecher« nennen, dann doch anders vorgestellt. Auch Zoran Djindjic hatte sich von Carla Del Ponte mehr versprochen. »Das Tribunal«, erklärte der serbische Premierminister dem »Spiegel«, »ermöglicht Milosevic, seine Demagogie auszuspielen und den Prozeß zu führen. Ich bin sprachlos, wieviel Geld verpulvert wurde, damit dieses Gericht nach fünf Jahren mit solch belanglosen Zeugen aufwartet. Dieser Zirkus bringt mich und meine Reformregierung gewaltig ins Dilemma ... Wie soll ich weiter die bedingungslose Integration in Europa als Grundidee unserer Politik predigen?« Wie bloß, wie?

Nach dem allerersten Schock versuchten die Medien jedenfalls wieder ihr Bestes, um Djindjic bzw. den eigenen Regierungen mit ihren bescheidenen Mitteln unter die Arme zu greifen. Da sie aber die Argumente Milosevics nicht widerlegen können, mußten sie sich anders behelfen. Zum Beispiel mit Zensur. Der Fernsehsender Phoenix verzichtete am ersten Tag der Übertragung aus dem Haager Gerichtssaal auf die Übersetzung der Rede Milosevic; am nächsten Tag fiel die für den Nachmittag angekündigte Liveübertragung ohne Angaben von Gründen aus. CNN übertrug die Fotos einfach nicht, mit denen Milosevic die schrecklichen Folgen der Nato-Luftangriffe belegte. Und nach einer Verhandlungswoche sendeten die Nachrichtensender dann selbst keine Zusammenfassungen vom Prozeßtag mehr.

Wo man aber mit Zensurmaßnahmen nicht weiterkam, da verlegte man sich aufs Leugnen. Die Tatsache zum Beispiel, daß der Angeklagte gleich am ersten Tag im Gerichtssaal den WDR-Fernsehbeitrag »Es begann mit einer Lüge« als Beweismittel vorgelegt und -geführt hatte, war allenthalben gemeldet worden und ließ sich nicht mehr aus der Welt schaffen. Zur Erinnerung: In diesem Beitrag widerlegen die Autoren u.a. schlüssig die Behauptung, es habe im Januar 1999 nahe dem Kosovodorf Racak ein Massaker serbischer Polizeieinheiten an albanischen Zivilisten gegeben. Die Anklage aber legt Milosevic u.a. dieses »Massaker« genauso zur Last, wie es der deutschen Bundesregierung als Begründung für den Bombenkrieg gegen Jugoslawien diente. Wie aber kann man ein solches Beweisstück widerlegen?

Christoph von Marschall vom Berliner »Tagesspiegel« machte es vor: »Die Behauptung, dass Racak entscheidend für den Kosovo-Krieg war, ist eine unzulässige Verkürzung. Die Nato hat sich nicht auf Racak als Rechtfertigung berufen. Für die Bundesregierung war Racak nur ein Hilfsargument unter vielen. Es waren Medien, die die emotionale Wirkung eines (mutmaßlichen) Massakers erkannten und den Kriegsgrund häufig auf Racak verkürzten.« Daß Joschka Fischer in der »Zeit« erklärte, für ihn sei Racak »der Wendepunkt« gewesen, daß Ludger Volmer schrieb, »das Massaker von Raccak ... erforderte eine deutliche Reaktion des Westens«, daß William Walker im April 2000 der »Berliner Zeitung« sagte: »Natürlich war die Episode in Racak entscheidend für die Bombardierungen« – alles egal. Es begann mit einer Lüge? Aber ja! Nur geht es auch immer so weiter. Und so macht man das zum Beispiel, genau so.

Die offensichtliche Lüge war allerdings nicht das beliebteste Mittel der Haager Berichterstatter, um die Aussagen Milosevics zu diskreditieren; schließlich muß man beim Lügen zunächst einmal das Ausgangsargument des Angeklagten

referieren und kann zudem leicht widerlegt werden. Verbreiteter war deswegen die tendenziöse Charakterisierung des Angeklagten bzw. die Interpretation seines Auftritts vor dem Tribunal. So entstand vor dem geistigen Auge der Zeitungsleser wieder einmal »der eitle Milosevic« (»Taz«), »der große Manipulator« (»SZ«), eine »Persönlichkeit mit geteilter Wahrnehmung« (»FR«), der laufend eine »neue Tirade« (»SZ«) absondert, für die ihm der »Grand Prix für Demagogie« (»SZ«) gebührt. Oder kurz: Ein geifernder Irrer.

Eine, die sich auf eine solche Form der Diagnostik besonders gut versteht, ist die »Tagesspiegel«- und »Taz«-Autorin Caroline Fetscher. Zwar mußte auch sie einräumen: »Der Angeklagte, der auf Rechtsbeistand verzichtet und sein eigener Strafverteidiger ist, macht seine Sache gut, besser als erwartet, professionell, skrupellos, detailfreudig und hart. Exzellent vorbereitet ist er auf die Zeugen...«, doch dann, in einem Artikel für die »Taz«, ist der Geisteskranke wieder da: »In seinem Assoziationsfluss mäandert Slobodan Milosevic von einem Szenario zum nächsten, Paranoia und Tatsachen zu einem populistischen Gebräu mischend.« Doch wie macht man eine solche Aussage plausibel? Wie?

Frau Fetscher machte es so: »Thema Verschiebung: Auf seine Weise ist dem Angeklagten klar, dass es eine Orgie der Zerstörung gegeben hat, und er führt Fotos zum Thema vor, serienweise: Die von der Nato getroffenen Dörfer Surdulica und Jablanica, die Altstadt von Prizren, bombardiert Ende April 1999, ein weiterer kleiner Ort bei Prizren, überall Ziegelschutt und zerborstene Mauern, verkohlte Dächer, eingestürzte Minarette, Tote unter Trümmern. Der Kommentar des Angeklagten: ›Das sieht so aus, als hätte hier nur jemand ausprobiert, wie im Spiel, wie viel er eigentlich kaputt machen kann.‹ Erstaunlich, diese Assoziation, hier sei ein infantiler verantwortungsloser Berserker am Werk gewesen. Wie kommt sie zustande? Eine Antwort bietet sich an: Milosevic spricht von sich.«

So geht das eben auch. Wenn Milosevic stichhaltige Beweise für die Verbrechen der Nato vorlegt, dann ist das ein Eingeständnis seiner Schuld, weil ...? Weil der Irre eben irre ist. So einfach. Die Nato aber, das weiß Caroline Fetscher ebenso präzise, kann gar nicht schuldig sein: »Daß deren ... Fahrlässigkeiten und Fehler juristisch keine Kriegsverbrechen darstellen, da ihnen die dazu erforderliche Intention fehlte, unterschlägt Milosevic.«

Stellt sich abschließend bloß die Frage: Wie geht das grundsätzlich? Wie kann man all diese Sätze mit solcher Inbrunst niederschreiben, wie solche Vorverurteilungen in die Welt setzen, die jeder seriösen Gerichtsberichterstattung Hohn sprechen? Wie ist es möglich, die Vielzahl der präsentierten Beweise zu ignorieren oder sie schlicht in ihr Gegenteil zu verkehren? Eine Erklärung: Es ist die reine Panik, die die Fetschers und Co. antreibt.

Diese Panik ist zwar nicht begründet, doch der Reihe nach. Wie die meisten Den Haager Gerichtsreporter so berichtet auch Caroline Fetscher bereits seit Jahren aus dem und über das ehemalige Jugoslawien. In dieser Zeit hat sie einiges zusammengeschrieben. Besonders interessant aber ist ein »Tagesspiegel«-Artikel vom April 1999, in dem sie – während gegen Jugoslawien Krieg geführt wird - die Begegnung mit zwei hochrangigen UCK-Führern in Tirana schildert. Teilweise liest sich der Text wie eine Parodie, er ist aber keine: »Nicht nur äußerlich erwecken die Herren einen zivilen Eindruck. Ihre politischen Ausführungen haben sie wohl durchdacht. ›Wir wollen ein Teil des Westens werden, wir wollen Demokratie‹, sagt Reka mit Emphase. ›Darum waren wir für den Rambouillet-Vertrag, nicht, weil wir Nationalisten sind.‹ Jedes Wort, das Reka sagt, sitzt... Wie das Zusammenleben mit den heute feindlichen, unversöhnten Nachbarn aussehen soll, darüber machen sich diese Kosovo-Albaner ebenfalls ihre Gedanken. ›Leider sind die Serben Nationalisten, ihnen geht es nicht um westliche Werte.‹ Mit einem demokratischen Nachbarn wünschen sie zusammenzuleben... Auch wo ›Arkans‹ Leute gewütet haben, soll es weder Lynchjustiz noch Rache geben. ›Das ist gegen unseren Ehren-Kodex und unsere Überzeugung.‹« Als die beiden Herren schließlich gehen wollen, schlägt die Sympathie, die Fetscher ihnen entgegenbringt, vollends in Bewunderung um: »Sie erheben sich vom Tisch und verabschieden sich mit festem Händedruck. Da wirken sie, als wollten sie dem ganzen Leid und der Traurigkeit ihrer traumatisierten Landsleute etwas zum Trost und zur Hoffnung geben: ihre Haltung. Dann gehen sie raus auf die Straßen Tiranas, wo die Wagen vorüberbrausen, in denen junge Männer sitzen, die zum Kämpfen fahren.«

Ein gutes Jahr später, im Juni 2000, ist Frau Fetscher dann wieder in der Region, diesmal in Pristina, mitten im »befreiten« Kosovo. Und so sieht das friedliche Zusammenleben zwischen Serben und Albanern in der serbischen Provinz inzwischen aus: »Nirgends finden Kosovo-Albaner den Freiraum, auch nur einen serbischen Freund anzurufen. Kein Serbe sitzt an Bernard Kouchners Rundem Tisch. Ein Radiodirektor berichtet von Einschüchterungen durch die harte UCK-Fraktion, die sich ihrer versöhnlichen Vertreter entledigt hat. Sie bildet nun heimlich eine zweite Schicht der Macht, unter, neben und hinter der internationalen, die dies zähneknirschend duldet. Zwar hat Kouchner letzte Woche die Zeitung »Dita« vorübergehend verbieten lassen, nachdem sie einen Serben in der UN-Verwaltung Attentätern ausgeliefert hatte. »Dita« hatte die persönlichen Daten des Mannes so prominent publik gemacht, dass er ermordet wurde.«

Das haben also die zivilen Herren mit dem festen Händedruck aus dem Kosovo gemacht. Es ist genau das, was die prophezeit hatten, die die UCK von Anfang an als die völkische Bande bezeichneten, als die sie sich für Fetscher erst entpuppte. Zu diesen Leuten gehörte auch Slobodan Milosevic. Immerhin muß man Caroline Fetscher zugestehen, daß sie in ihrem Artikel vom Juni 2000 die Situation beschreibt, wie sie ist, und nicht beschönigt. Was aber wäre, wenn nun auch noch das, was Milosevic in Den Haag vorträgt, stimmen sollte – und sei es nur zum Teil? Frau Fetscher müßte sich dann

endgültig eingestehen, in einem Krieg für eine Seite Partei ergriffen zu haben, die von Anfang an verbrecherisch war. Und so geht es nicht nur ihr. Es gibt viele Fetschers.

Deshalb die Panik. Deshalb die Angst, die Anklage könne womöglich die Schuld Milosevics doch nicht beweisen. Deshalb die unglaublichen Konstruktionen, mit denen Frau Fetscher wenigstens ihrer Leserschaft plausibel machen will, daß Milosevic auf jeden Fall schuldig ist. Deshalb Überschriften wie »Mißbrauch der Redefreiheit« oder »Der Milosevic-Spuk geht weiter« über Fetscher-Artikeln im »Tagesspiegel«, wenn es Milosevic gelingt, schlecht vorbereitete (oder lügende?) Zeugen in die Bredouille zu bringen. Und dann auch noch ein entlarvender Satz wie dieser: »So sehr Gericht und Publikum auf seiner Seite stehen mögen, es wäre nötig gewesen, die Aussagen des Zeugen mit einigen Beweisen zu untermauern«.

Ob es nun ungeschickt formuliert ist oder besonders engagiert gedacht - im Ergebnis hat Caroline Fetscher mit diesem Satz, der das Gericht zur Prozeßpartei auf der Seite der Anklage macht, recht. Deshalb ist ihre Panik auch unbegründet. Da braucht sie nun wirklich nicht die Ankläger zu fragen: »Kann es sein, dass sie den Angeklagten für so gut wie verurteilt halten?« Keine Sorge, Frau Fetcher: Er ist es bereits. Ganz sicher. Sie wissen doch, wie’s geht.

Christian Y. Schmidt schrieb in KONKRET 3/02 über die Macht des Springerkonzerns

Konkret 04/02, S. 22

Hannes Hofbauer

Jugoland abgebrannt

Tabula rasa in Serbiens Wirtschaft – Platz gemacht für die Deutsche Bank

Nach dem formellen Ende Jugoslawiens – Mitte März wurde die Umwandlung des Bundesstaates in einen lockeren Staatenbund mit dem Namen Serbien-Montenegro beschlossen – steht nun auch die Existenz Serbiens selbst auf dem Spiel. Denn was soll aus einem Staat werden, dessen Wirtschaft nicht mehr auf ein inländisches Kreditsystem zurückgreifen kann?

»Eine Finanzreform wie diese hat es nirgendwo vorher auf der Welt gegeben«, ist sich der Ökonom und Balkanexperte Vladimir Gligorow vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) sicher. Anfang 2002 entzogen der jugoslawische Vizepremier und Wirtschaftsminister Miroljub Labus und sein Nationalbankchef Mladan Dinkic den vier Großbanken des Landes die Lizenz. Beobanka, Jugobanka, Investbanka und Beogradska Banka schlossen tags darauf ihre Pforten, entließen 8.500 Mitarbeiter und begaben sich ins Konkursverfahren. Laut »Financial Times« lagen Anfang Januar 2002 70 Prozent der gesamten Spareinlagen auf Konten dieser vier Institute, die wichtigsten Industriebetriebe wie die Automobilhersteller Zastava sind in die Schließung sowohl als Kapitaleigner als auch als Gläubiger verstrickt. Dinkic, in der Belgrader Szene als ehemaliges Bandmitglied der Rockgruppe Monetarnij shok bekannnt, meinte lapidar: »Die Schließung war notwendig und unausweichlich ... IWF und Weltbank haben uns zu diesem Schritt geraten.« Sieben weitere Banken waren bereits im September 2001 geschlossen worden.

Die Zurichtung der serbischen Ökonomie im Dienste der westlichen Kriegsgewinner und ihrer nach neuen Märkten suchenden Konzerne geht weit über den Finanz- und Bankenbereich hinaus. In einem »letter of intent« an den IWF versprachen Labus und Dinkic im September 2001 von der Einführung neuer Massensteuern bis zur Kürzung der Karenzzeit alles, was eine periphere kapitalistische Gesellschaft für ausländische Investoren attraktiv und für die Mehrheit der Menschen zur Qual macht. Bereits im Juni 2001 wurde die Lohnsteuer eingeführt, gleichzeitig wurden betriebliche Steuern und Kapitalsteuern gesenkt. Jenen Unternehmen, die zwischen 1989 und 2000 Gewinne gemacht hatten, wollen DOS-Regierung und IWF allerdings eine Extra-Gewinnsteuer aufbrummen, als Strafe dafür, daß sie mit dem System Milosevic kooperiert haben. Die von Dinkic veröffentlichte Liste der »schwarzen Schafe« liest sich wie das Who's who der alten serbischen Ökonomie: der Autohersteller Zastava, der Ölkonzern NIS, der Pharmabetrieb Galenika, die großen lebensmittelverarbeitenden Betriebe. 500 Millionen Euro erhoffen sich Premier Djindjic und Konsorten aus dieser Strafsteuer, wiewohl sie einräumen müssen, daß viele der insgesamt 650 gelisteten Wirtschaftseinheiten mittlerweile konkursreif sind und kaum zur Zahlung von Extra-Steuern fähig.

Brav geben die neuen Kolonialverwalter in ihrem »letter of intent« zu Protokoll, daß sie sich »bemühen, den Strompreis anzuheben«, im Gespräch ist eine Verachtfachung des Preises der Kilowattstunde. Penibel listet der Regierungsbericht dann die neoliberalen Erfolge im kleinen auf. Gesetzlich vorgeschriebene Kündigungszeiten konnten gekürzt, Abfindungen um zwei Drittel verringert und der Mutterschutz von fünf Jahren auf ein Jahr reduziert werden. Das Lob der Banker aus Washington ließ nicht lange auf sich warten. Am 11. Januar 2002 gab der IWF eine zweite Kredittranche für Belgrad frei, vergleichsweise mickrige 63 Millionen US-Dollar. Das External Relation Department des Weltwährungsfonds klopfte den Belgrader Befehlsempfängern auf die Schultern: »Die Währungs-, Kredit- und Lohnpolitik bleibt auf striktem Kurs«, wurde anerkennend festgestellt. Besondere Erwähnung fand übrigens die »signifikante und rasche Erhöhung des Rentenalters«.

Die Marktreinigung im serbischen Bankensektor bringt auch Einschnitte in die Industriestruktur des Landes. Denn drei der vier nun amtlich geschlossenen Banken befanden sich de facto in den Händen der einstmals mächtigen Kombinate, etwa des Stahlwerks in Smederevo, der großen Elektrizitätswerke, des Automobilwerks Zastava und der Minengruppe in Bor. Spätestens seit der ersten Privatisierungswelle des Jahres 1991 hielten diese Betriebe entscheidende Aktienpakete an »ihren« Banken. Die Sicherheiten und Bürgschaften der verschuldeten Industriebetriebe sind jetzt vom Staat übernommen worden, der dadurch ein Druckmittel in der Hand hat und sie bei Bedarf in den Konkurs treiben kann. Da die Privatisierung der Großbetriebe aufgrund der Renitenz des Obersten Gerichtshofes bisher nicht richtig vom Fleck gekommen ist, böte die Zwangsvollstreckung eine Ausweichvariante, wie man die Kombinate auch ohne formelles Verfahren abwracken und zum Ausschlachten an ausländische Interessenten verhökern könnte. Ähnlich raffiniert soll es auch den noch nicht geschlossenen Banken an den Kragen gehen: Der »Londoner Klub«, jenes westliche Bankenkartell, das die privaten Geldverleiher vertritt, hat sämtliche noch bestehenden Geldinstitute dazu gezwungen, ein sogenanntes Cross default close zu unterschreiben, ein Abkommen, das jede einzelne Bank verpflichtet, für nicht bezahlte Kredite einer anderen in die Bresche zu springen. Im Weigerungsfall würden offene Kreditforderungen sofort fällig.

»Nur noch ausländische Banken gelten als vertrauenswürdig. Dementsprechend gibt es in Belgrad inzwischen schon eine Handvoll ausländischer Banken, deren Einlagen mit zweistelligen Wachstumsraten zunehmen«, meldete die »FAZ« Anfang

des Jahres. Zu ihnen gehören die Raiffeisen-Austria, Société Generale und die Microfinance Bank, ein Konsortium unter Führung der Commerzbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, sowie die HypoVereinsbank. Auch die Deutsche Bank plant in Kürze die Eröffnung einer flächendeckenden Filialkette. Ihr Interesse gilt der Finanzierung größerer Vorhaben. Die Rede ist von ganzen Industriesektoren, auf die deutsche Investoren ein Auge geworden haben: Zement, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Automobile. Wenn es demnächst losgeht mit dem Profitemachen, wird die Regierung in Berlin stolz darauf sein können, im 78-Tage-Krieg die Voraussetzungen für diese Art der Osterweiterung mitgeschaffen zu haben.

Hannes Hofbauer schrieb in KONKRET 3/2002 über den ungarischen Revanchismus

Konkret 04/02, S. 23

Margret Gsella

Zu Protokoll

Warum können 44 Staaten Atombomben bauen, und warum gehören dazu der Iran und der Irak? Der TV-Sender »Arte« hat den Weg des spaltbaren Materials von Paris nach Teheran und Bagdad dokumentiert (»La République Atomique«, 14. November 2001). Margret Gsella erzählt die Geschichte nach

Frankreich, Mitte der achtziger Jahre: Eine Serie von Terroranschlägen erschüttert das Land. Im Libanon kidnappt die Hisbollah französische Staatsbürger. Am 17. September 1986 wird der Renault-Vorstandsvorsitzende Georges Besse ermordet. Die französische Öffentlichkeit hatte keinen blassen Schimmer, was die Terroristen eigentlich bezweckten, und bekam von den Repräsentanten des Staates auch keine Gründe genannt. Die nämlich lagen in einer langen Geschichte, einem Krimi, in dem Frankreich, der Nahe Osten und die Atombombe die Hauptrollen spielen und der schon kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs seinen Anfang genommen hatte.

Georges Besse nämlich war nicht nur Renault-Chef. Dieses Amt hatte er zum Zeitpunkt seines Todes erst 18 Monate inne, seine entscheidende Funktion war eine ganz andere: Seit 1979 war er der Leiter der französischen Atomanlage Eurodif gewesen, die zur Massenproduktion von angereichertem Uran diente. Auch ihren Bau hatte er, seit Mitte der siebziger Jahre, bereits geleitet. Zehnprozentiger Teilhaber sowie Hauptkreditgeber mit über einer Milliarde Dollar war der Iran.

Das ist fast schon das Ende der Geschichte, deren Anfang so geht: Im November 1945 trafen sich die drei angelsächsischen Alliierten zu einer Atom-Gipfelkonferenz. Die USA hatten das Rennen um die Entwicklung der Atombombe für sich entschieden und Kanada und Großbritannien in Sachen Atomtechnologie zu ihren Partnern gemacht. Auf der Konferenz wurde vereinbart, keine Informationen zu dieser Materie an Drittstaaten weiterzugeben sowie ein Monopol auf den weltweiten Erwerb von Uran zu errichten.

Als die Sowjetunion 1949 ihre eigene Atombombe zündete, beschlossen die USA, Frankreich atomtechnisch aufzurüsten und gewährten der Republik Kredite für den Bau des größten Kernforschungs- und Ausbildungszentrums des westlichen Bündnisses. In dieser Anlage arbeitete der Physiker Akbar Etemad, der künftige Leiter des iranischen Nuklearprogramms.

Präsident Eisenhower verkündete derweil seine Vision von »Atom for Peace«, einem gigantischen Programm zur friedlichen Nutzung der Atomenergie mit dem Ziel der Deckung des Energiebedarfs der gesamten Menschheit. Diejenigen, die unmittelbar mit der Entwicklung der Atomtechnologie zu tun hatten, wußten freilich längst, welchen Nutzen diese tatsächlich haben sollte. Tony Benn, der ehemalige britische Staatssekretär für Energie: »1955 sprach Eisenhower von ›Atom for Peace‹, und es klang wie Schwerter zu Pflugscharen. Aber uns wurde sehr schnell klar: Es war nicht billig, wie man uns gesagt hatte, es war nicht sicher, und es war auch nicht friedlich. Es ging nur um Plutonium für die Bombe.«

1960 zündete Frankreich seinen ersten nuklearen Sprengkopf. Die Zustimmung für seinen Einsatz sowie die Lieferung angereicherten Urans blieb jedoch weiterhin den USA vorbehalten. »Der kalte Krieg bedeutete die Unterwerfung Europas unter die USA«, so Akbar Etemad. »Welchen Preis würde es dafür zahlen, und wann und wie würde es sich wieder befreien?« Die Antwort gaben die Gaullisten: Europa brauche eine eigene Quelle für angereichertes Uran, denn es solle »nicht Schutzbefohlener, sondern Partner« der USA sein. So entstanden die Pläne zum Bau der Atomanlage Eurodif im Süden Frankreichs, die den Bedarf des Landes an angereichertem Uran decken sollte.

Unterdessen setzten die USA ihre Strategie der militärischen Einkesselung der Warschauer-Pakt-Staaten fort. Als Stützpunkte dienten ihnen dabei im Westen Frankreich, im Süden die Türkei sowie der Iran im Südosten. Als Gegenleistung erhielten diese Staaten jede notwendige militärische Unterstützung. Inzwischen intensivierte sich allerdings auch die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem Iran: 1963 besuchte Charles de Gaulle den Schaft, der sich nur mit Unterstützung der CIA an der Macht hielt. Die beiden verstanden sich prächtig und bekräftigten gegenseitig ihre Wünsche nach mehr Autonomie, wobei der Schaft eine ganz spezielle Vorstellung davon hatte, wie diese aussehen sollte: trotz der enormen militärischen Aufrüstung durch die USA fehlte ihm immer noch die Atombombe. Dem sollte Frankreich abhelfen.

1968, vier Jahre nach dem Schock, daß auch China die Bombe hatte, unterzeichneten die USA und die Sowjetunion den Atomwaffensperrvertrag, dem Frankreich nicht beitrat. Freilich umgingen ihn auch die USA, indem sie vornehmlich Frankreich mit dem Verkauf ihrer Atomtechnologie in »unsichere« Länder beauftragten. Frankreich hatte für seine Kernkraftwerke die Technik des amerikanischen Westinghouse-Konzerns übernommen, der mit 45 Prozent an dem französischen Atomanlagenbauer Framatome beteiligt war. Der ehemalige Präsident von Framatome, Jean-Claude Leny, schildert seine Erfahrungen so: »Um amerikanische Technologie im Ausland zu nutzen, war die Zustimmung von Westinghouse notwendig. Sie machten es, weil es Geld brachte. Verhandelt wurde auf amerikanischer Regierungsebene, dann gab es grünes Licht für uns. Westinghouse hätte uns im Iran durchaus Konkurrenz machen können, aber ich habe nie jemanden von denen dort angetroffen.«

Frankreichs Hilfe für den Iran nahm nun sehr konkrete Formen an: 1974, ein Jahr nach der ersten Ölkrise, empfing Valérie Giscard d'Estaing den Schaft im Elysée-Palast. Die Krise hatte Frankreichs Entschlossenheit verstärkt, vom Erdöl unabhängiger zu werden. Der Iran bestellte fünf Atomkraftwerke, auch ein Vertrag über die Belieferung mit angereichertem Uran wurde abgeschlossen. Bertrand Goldschmidt, Physiker und Gründungsmitglied der französischen Atomenergiebehörde, gibt offen zu: »Wir überredeten die Iraner auch zur Beteiligung an Eurodif. Wie immer ging es um harte Dollars.« Bei einem Besuch des Ministerpräsidenten Jacques Chirac in Teheran wurden auch die diesbezüglichen Verträge unter Dach und Fach gebracht: zehn Prozent Beteiligung des Iran an Eurodif, also auch Anspruch auf zehn Prozent des angereicherten Urans. Dabei wurden die französischen und iranischen Kapitalbeteiligungen durch komplizierte juristische Konstruktionen untrennbar miteinander verknüpft. Gleichzeitig gewährte der Iran der französischen Atomenergiebehörde den Kredit über eine Milliarde Dollar für den Bau von Eurodif. Die Anlage sollte Brennstoff für 100 Atomkraftwerke liefern. Zur Finanzierung gründete Frankreich eine multinationale Gesellschaft mit Italien, Spanien, Belgien und dem Iran als Mitgliedern.

Doch es blieb nicht bei diesen Verträgen. Frankreich streckte seine Fühler nun auch Richtung Irak aus; die Aussicht auf Aufträge über mehrere Milliarden Dollar lockte, weshalb Frankreich auch mit diesem Staat einen Vertrag über atomare Zusammenarbeit abschloß. Dafür distanzierte sich der »sozialistische« Irak von der Sowjetunion. Khadir Hamza, der ehemalige Leiter des irakischen Nuklearprogramms, erinnert sich: »Nach Besuchen in Frankreich schien mir deren Einstellung zu sein, soviel Gewinn wie nur irgend möglich zu machen.« Die USA und Israel waren selbstverständlich nicht begeistert über die geplante Lieferung von angereichertem Uran an den Irak, ebensowenig wie der Iran.

Als Chirac 1976 noch einmal Teheran besuchte, hatte die islamische Revolution bereits begonnen. Angesichts der chaotischen Zustände und des absehbaren Sturzes des Schafts fror Frankreich die Verträge über atomare Zusammenarbeit und den Bau von Atomanlagen ein. Der Schaft war inzwischen aber auch zum Problem für die USA geworden: Er träumte von einem Bündnis der arabischen Staaten und sah sich selbst bereits als »Herrscher über ein Gebiet von der indischen Grenze über den Mittleren Osten und über die Erdölmonarchien des persischen Golfs bis Ostafrika« sowie als »geistiger Führer der gesamten Dritten Welt« – ein Größenwahn, den die USA nicht hinnehmen konnten. Auf dem Gipfel von Gouadeloupe (1979) gab Präsident Carter gegenüber Giscard d'Estaing dann auch zu, daß der Schaft am Ende war. Diesem gegenüber verfolgte er allerdings eine Doppelstrategie: Carters Sicherheitsberater Brzezinski redete dem Schaft ein, die USA stünden weiterhin hinter ihm und seiner Armee, während Carter einen General nach Teheran schickte, der eben diese Armee vom Eingreifen abhalten sollte.

Paris hatte da längst beschlossen, sich nach dem Sieg der Islamisten auch mit der neuen Regierung zu arrangieren. Nach der Ausweisung aus dem Irak, wo Ayatollah Khomenei zuerst Zuflucht gefunden hatte, nahm sich Frankreich seiner an und gewährte ihm Asyl. Am 5. Februar 1979, 14 Tage nach der Flucht des Schaft, traf Khomenei mit einem französischen Flugzeug in Teheran ein; zwei Monate später wurde Eurodif eingeweiht, das seitdem ein Drittel der weltweit benötigten Menge an angereichertem Uran produziert. Frankreich hoffte, daß die neuen Machthaber nicht auf der Erfüllung der noch mit dem Schaft ausgehandelten Verträge bestehen würden, doch diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Auch der Abzug der französischen Wissenschaftler änderte nichts an der Hartnäckigkeit des Iran.

Als Saddam Hussein 1980 den Iran angriff, gehörte Frankreich dann zu Husseins entschlossensten Unterstützern. Der Westen hoffte allerdings, daß beide Staaten sich in diesem Krieg gegenseitig zermürben würden; zu diesem Zweck lieferten die USA heimlich Waffen an den Iran. Unterdessen arbeitete der Irak jedoch munter weiter an seiner eigenen Atombombe, bis die Israelis die Notbremse zogen und Iraks Kernkraftwerk bombardierten. Khadir Hamza: »Die Israelis wußten, daß das Radar des Kraftwerks zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgeschaltet sein würde. Die Informationen darüber können sie nur von den Franzosen erhalten haben.« Beweisen ließ sich das freilich nicht, und der Irak wollte seine Zusammenarbeit mit Frankreich nicht aufs Spiel setzen.

Als Folge dieser Zusammenarbeit sowie aufgrund der Tatsache, daß Frankreich nicht bereit war, den Eurodif-Vertrag zu erfüllen, kam es dann zu den – nun nicht mehr geheimnisvollen – Anschlägen und Geiselnahmen. Der Journalist und Nahost-Spezialist Kenneth R. Timmermann beschreibt die Situation so: »Die Iraner wollten sowohl ihr Geld zurück als auch Zugang zu angereichertem Uran. Zu dieser Zeit bekamen sie keines von beidem – also beauftragten sie ihre Verbündeten im Libanon, die Hisbollah, französische Staatsbürger als Geiseln zu nehmen.«

Frankreich ließ sich erpressen. Am gleichen Tag, an dem die erste Geisel, Marcel Carton, freigelassen wurde, zahlte Paris das erste Drittel des iranischen Kredits zurück.

Doch damit gab Teheran sich nicht zufrieden – es ging um den Zugang zum Uran. Die Franzosen lehnten ab. Im Bewußtsein der daraus resultierenden Gefahr wurden die führenden Atomwissenschaftler der Republik eine Zeitlang unter Polizeischutz gestellt. Georges Besse wollte diesen Schutz nicht und wurde prompt ermordet – in der Nacht der Geiselübergabe.

Zwischen den beiden Wahlgängen der Präsidentschaftswahlen wurden im Mai 1988 die letzten Geiseln freigelassen. Zu welchem Preis? Die Antwort darauf lieferte eine Meldung der Nachrichtenagentur AFP einen Tag später: Frankreich hatte dem Iran eine direkte Kapitalbeteiligung an Eurodif angeboten, außerdem politische Garantien für die uneingeschränkte Erteilung von Exportlizenzen für angereichertes Uran.

Ende 1991 schließlich gab es zwischen beiden Staaten eine abschließende Einigung im Nuklearstreit. Der Iran erhielt endgültig seinen Status als Aktionär von Eurodif zurück – einschließlich des Rechts auf zehn Prozent des dort hergestellten Urans. Damit waren die atomaren Aktivitäten des Iran faktisch der Kontrolle des Westens entzogen: »Die Befürchtung ist durchaus berechtigt, daß das iranische Nuklearwaffenprogramm sehr schnell seinem Erfolg entgegeneilt«, so Timmermann.

Inzwischen können 44 Länder die Bombe bauen; in mehr als der Hälfte der Fälle spielte Frankreich dabei eine tragende Rolle. Bei einem Besuch in Paris legte der iranische Präsident Khatami Blumen auf den Gräbern von Pierre und Marie Curie nieder, den Pionieren der französischen Atomtechnologie, die – bemerkenswerterweise – wie alle »großen Franzosen« im Panthéon beigesetzt sind. Timmermann: »Das war doch eine interessante Geste.« Der Nachrichtensprecher des französischen Fernsehens formulierte es so: »Es ist weder ein Staats- noch ein Privatbesuch. Eigentlich weiß niemand, was es eigentlich ist, aber man sagt, es sei wichtig ...« Frankreich für die militärischen Ambitionen des Iran nur als »wichtig« zu bezeichnen, wäre zweifellos stark untertrieben.n

Konkret 04/02, S. 25

Thomas Uwer, Hans Branscheidt, Thomas von der Osten-Sacken

Kein Krieg, kein Frieden

Iraks Opposition kann ohne Hilfe der USA das Regime nicht stürzen. Ein Debatten-Beitrag gegen antiimperialistische Genügsamkeit

Kürzlich veröffentlichte die französische Organisation »Alliance Internationale pour la Justice« eine Liste der Verbrechen, die im Irak seit der Machtergreifung Saddam Husseins begangen wurden: Eine Million Menschen, also über fünf Prozent der Bevölkerung, seien – unabhängig von Krieg und Embargo – seit 1979 dem staatlichen Terror des Regimes zum Opfer gefallen, weitere 1,5 Millionen wurden zwangsweise umgesiedelt. Wenn vom Irak die Rede sei, werde über diese Verbrechen weitgehend geschwiegen.

Das gilt für Deutschland noch mehr als für Frankreich. Während hierzulande über einen weiteren Krieg gegen das irakische Regime spekuliert wird, ist über die Lage im Irak selbst und seine Bewohner bestenfalls zu erfahren, daß diese unter dem Embargo leiden. Wer mehr wissen will, erfährt es unter »Vermischtes«. Dort findet sich der wöchentliche Body Count der ertrunkenen, erstickten oder im Kanal-Tunnel zu Tode gekommenen irakischen Flüchtlinge, die vom Europäischen Rat bereits 1998 als Hauptproblem der gemeinschaftlichen Asylpolitik ausgemacht wurden. Warum so viele Iraker ihr Leben riskieren, bleibt auch dort ungenannt. Statt dessen berichten nach Bagdad entsandte Korrespondenten einfühlsam über Besuche in Kinderkrankenhäusern. Während irakische Oppositionelle darauf verweisen, daß Saddam gezielt ganze Teile der eigenen Bevölkerung aushungert und Milliarden in die Wiederaufrüstung des Landes steckt, macht der ehemalige Leiter des »Öl für Nahrungsmittel«-Programms im Irak, Hans von Sponeck, in unzähligen Interviews allein die USA für den Hungertod Tausender verantwortlich. Aus dem Blick gerät, daß das Regime die letzten zehn Jahre mit der Situation bestens leben konnte: Es rechtfertigt Folter und Hinrichtungen gegenüber dem UN-Menschenrechtsausschuß mit der Kriminalität infolge der Sanktionen und hungert die nichtverwertbare Bevölkerung systematisch aus.

»Für den Irak ist der Uno ein Verhandlungsmandat zu erteilen mit dem Ziel, neutrale Waffeninspektoren zuzulassen und das Embargo aufzuheben«, fordert die Ärzteinitiative IPPNW von ihrer Regierung, die sich im Verein mit der Opposition diese Forderung längst zu eigen gemacht hat. Karl Lamers (CDU) ruft im Bundestag nach zwölf Jahren gescheiterter UN-Kontrolle im Irak nach einer UN-Lösung, weil er fürchtet, die USA könnten Hussein ein Ende bereiten. Auch die Europäer, die jahrelang das Embargo kritisiert und, wo möglich, unterlaufen haben, machen sich jetzt für »verstärkten diplomatischen Druck« auf den Irak stark.

In einer aktuellen Stunde über den Irak debattierte das Parlament, ob Deutschland »Verbündeter« oder doch nur »Satellit« der USA sei; kein Redner verlangte einen effektiven Schutz der irakischen Bevölkerung vor dem Regime. Es macht stutzig, wenn die Taten eines Diktators, der das ideale Objekt deutsch-europäischen Menschenrechtsimperialismus sein müßte, ignoriert werden: Hussein läßt öffentlich Frauen enthaupten, wirft Giftgas auf die eigene Bevölkerung und läßt »ethnisch säubern«. Noam Chomsky, Gegner der US-Irakpolitik bezeichnet ihn deshalb als »Monster«. Chomskys Zusatz, Hussein sei dies »mit unserer Unterstützung«, trifft auf Deutschland noch mehr zu als auf die USA, die er meinte.

Als Kronzeuge gegen die USA benennt Chomsky, was in Deutschland verschwiegen wird: die Verantwortung des eigenen Landes an der Aufrüstung von Husseins Regime. 1979 kam Hussein an die Macht, Ende 1980 setzte der Irak erstmals Giftgas gegen den Iran ein. Im Mai 1982 bereits gab ein Mitarbeiter von Preussag der deutsche Botschaft in Bagdad einen ersten Hinweis, daß deutsche Firmen das irakische Giftgasprogramm unterstützten – nichts geschah, außer, daß der Mann entlassen wurde. 1988 berichtete der damalige irakische Außenminister Tariq Aziz in Berlin über den Einsatz chemischer Waffen – und erhielt zum Dank die Zusage einer Hermes-Bürgschaft von 300 Millionen Mark.

Unter Federführung des damaligen Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, wurde der Technologie-Transfer in den Irak weiter erleichtert. So ermutigt, setzte das Regime sein deutsches Giftgas nun auch gegen die eigene Bevölkerung ein. Bereits im April 1987 fanden Giftgasangriffe gegen 50 kurdische Dörfer statt, im März 1988 wurde die kurdische Stadt Halabja Opfer des bis dahin größten Giftgasangriffs seit dem Ersten Weltkrieg.

Zuvor hatten Klaus Kinkel und der irakische Innenminister die deutsch-irakische Zusammenarbeit intensiviert – mit einem Ausbildungsprogramm für irakische Spezialeinheiten, durchgeführt von einem Ex-GSG-9 Mann, mit dem Ziel, »allen terroristischen Aktivitäten im Landesinneren (des Irak) entgegenzutreten«.

Von Iran, Israel und den USA unter Druck gesetzt, begannen halbherzige Ermittlungen, lange nachdem die Bilder von Halabja um die Welt gegangen waren. Wie tief das deutsche Establishment in die Aufrüstung des Irak verstrickt war, läßt sich bis heute nur ahnen: Im Vorstand der einzigen Verurteilten Firma Water Engeneering Trading (W.E.T.) führte ein Mitarbeiter des BND gemeinsam mit einem irakischen Verbindungsmann die Geschäfte. Als 1989 eine Gruppe irakischer Kurden in München ein Plakat mit den Namen deutscher Firmen druckte, die an der Produktion des Giftgases beteiligt waren, wurde das Material sofort beschlagnahmt.

Die Bedingungen, die damals das Irakgeschäft ermöglichten, unterschieden sich insofern von den heutigen, als die deutsche Industrie im Windschatten einer Außenpolitik agierte, die den Irak aus strategischen Interessen als Verbündeten des Westens sah. Das Hussein-Regime wurde aus dem Pentagon mit Satelliten-Aufklärung über iranische Stellungen im ersten Golfkrieg und mit Informationen über vermeintliche und echte Kommunisten beliefert, die zu Zehntausenden ermordet wurden. Deutsche Behörden machten im Rahmen ihrer Möglichkeiten dasselbe, indem sie der Regierung in Bagdad ihre Erkenntnisse über irakische Asylsuchende mitteilten.

Anders als die USA aber blieb Deutschland auch nach der Wende 1989/90 dem Irak verbunden. Die Vorgehensweise ist dabei dieselbe geblieben: Während die Regierung zwar betont lustlos ABC-Spürpanzer nach Kuwait verlegt, sich aber gegenüber dem Paria Irak offiziell zurückhält, macht die Industrie die eigentliche deutsche Politik. Ende 1999 forderte der Chef des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Henkel, im Namen der »leidenden irakischen Bevölkerung« die Wiederherstellung von »Normalität«. Karl Lamers erklärte die Restriktionen gegen den Irak für »ethisch« nicht vertretbar, SPD-Fraktionsvize Gernot Erler mochte die »bisherige Entwicklung nicht mehr hinnehmen« und Helmut Lippelt von den Grünen forderte die »dringende Überprüfung der bisherigen Irak-Politik«.

Eine Initiative von Friedensgruppen, Antiimperialisten, Faschisten (aus dem Dunstkreis Alfred Mechtersheimers) und Ex-Realsozialisten forderte zugunsten der Embargoopfer »dem Irak uneingeschränkte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu ermöglichen«. Der so anstelle seiner Opfer rehabilitierte Saddam Hussein realisierte den moralischen Zuspruch auf seine Weise: Die Staatsanwaltschaft Mannheim muß zusammen mit dem Kölner Zollkriminalamt seit neuestem gegen sechs Beschuldigte ermitteln, denen die Lieferung von illegaler Waffen-Technologie an den Irak vorgeworfen wird.

Nun wird hierzulande den Opfern des Hussein-Regimes besonders verübelt, nicht in Deutschland, sondern in den USA einen »interessierten Dritten« (Ralf Schroers) zu sehen. Ein Sturz Husseins, seit zwanzig Jahren auf der Agenda der Opposition, scheint erstmals wieder möglich, seit die USA ihren Druck auf den Irak erhöht haben. Daß ein Krieg nicht für die Befreiung der Iraker geführt würde, Saddam Hussein aber auch nicht durch gutes Zureden zum Rücktritt zu bewegen ist, weiß die Opposition so gut wie die US-Regierung.

Ein solidarischer Blick auf die irakische Opposition müßte erkennen, daß sich als »interessierter Dritter« gegen Saddam einzig jene Großmacht USA anbietet, mit der ein Bündnis im Sinne der Opposition zugleich nicht zu machen ist. Prototypisch für das statt dessen vorherrschende Mißverständnis, daß der Wunsch nach einem Sturz des Regimes mit der US-amerikanischen Irakpolitik gleichzusetzen sei, war die Haltung jener Deutschen, die ungerührt zusahen, wie Saddam 1991 den Aufstand der Schiiten und Kurden niederwalzte, während kurz zuvor noch Hunderdtausende gegen den Krieg »ums Öl« demonstriert hatten. Anders als den Schiiten halfen die USA, wenn auch zu spät, damals den Kurden – nicht aus Solidarität, sondern aus Angst vor einer Destabilisierung der Türkei. Selbst eingedenk der Tatsache, daß »Schutz durch imperialistische Interessen für ein Volk eine genau so sichere Stütze ist wie das Seil für den Gehenkten« (Hannah Arendt), nahmen sie die halbherzige Hilfe der USA an. Einen Dritten, der – anders als die USA – ihnen bei einer Befreiung von der Diktatur geholfen hätte, haben sie auch in den vergangenen Jahren nicht gefunden. So sind die USA seit Jahren Garant des Fortbestands des de facto autonomen kurdischen Nordiraks und halfen zugleich verhindern, daß 1991 das Hussein-Regime gestürzt und der Befreiung der Region Dauerhaftigkeit beschieden wurde.

Wer die Geschichte einer Opposition außer acht läßt, die in den vergangenen 30 Jahren einen immensen Blutzoll entrichtete, nimmt jenen Blick ein, mit dem einst Kalte Krieger in Washington oder Bonn Befreiungsbewegungen der Dritten Welt bedachten. Nicht die Anliegen dieser Bewegungen, sondern einzig, ob sie Freunde in Moskau hatten, war von Bedeutung. Mit der gleichen, nur spiegelverkehrten Logik wird die irakische Opposition heute als »Agent der USA« abgetan, weil einzig die USA ihr Interesse an einem Sturz Saddams zu teilen scheinen.

Der Sturz des irakischen Regimes bedarf keiner Begründung, sondern eines »interessierten Dritten«, der dazu willens und in der Lage ist. Daß als Alternative zum falschen Dritten USA nur die falschen Freunde Deutschland und Europa anstehen, ist die bittere Realität der irakischen Opposition, die aus eigener Kraft das strukturell unreformierbare Regime nicht zu stürzen vermag. Weil mit der Sowjetunion auch die Chance verschwunden ist, zumindest nominal die richtige Seite zu wählen, geht der Vorwurf, durch eine Allianz mit den USA auf der falschen Seite zu stehen, ins Leere.

Aus der Erkenntnis, daß kapitalistische Außenpolitik der Wahrung von Interessen dient und nicht der Befreiung einer Welt, in der der Mensch des Menschen Knecht ist, entspringt daher längst keine Handlungsperspektive mehr. Ohne die ökonomische, militärische und ideelle Unterstützung aus Rußland und Europa hätte Hussein die letzten Jahre nicht überstanden. Von der schleichenden Rehabilitierung des Regimes mit der Möglichkeit konfrontiert, daß die Baath-Diktatur mitsamt ihres Gewaltpotentials wieder gänzlich in den imperialistischen Kreislauf eingegliedert wird, scheint zweitrangig, welche subjektiv emanzipatorischen Entwürfe die irakische Opposition zu bieten hat.

Vor dieser Möglichkeit steht eine Opposition, die die USA nicht um einen Krieg gegen den Irak gebeten hat. Denn sie weiß, daß dies das denkbar schlechteste Mittel wäre, dem baathistischen Terror ein Ende zu bereiten. Die falsche Begründung für die richtige Ablehnung des Krieges aber, die Herrschaft Saddam Husseins nämlich als diskutable

Alternative zu verteidigen, sollte denjenigen überlassen werden, die ihm immer schon ökonomisch verbunden oder ideologisch nahe waren.

Hans Brandscheidt ist Mitarbeiter von Medico International; Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken schrieben in KONKRET 1/02 über Strategien der Irakpolitik

Konkret 04/02, S. 27

Jürgen Elsässer

Keine Zäsur?

Nach dem 11. September muß der linke Kompaß neu justiert werden – aber ganz anders, als die Bellizisten meinen

»Eine Zäsur findet nicht statt«, schrieb Hermann L. Gremliza in der letzten Ausgabe von KONKRET, und dies war insofern erfreulich, als ein Teil der Linken am 11. September den Kopf verloren hat und mit Verweis auf die Ähnlichkeit zwischen »Djihadismus und Nazismus« (Matthias Küntzel) eine Neuauflage der Anti-Hitler-Koalition propagiert, mit Osama Bin Laden als Hitler und George W. Bush als Roosevelt.

Gremliza weiter: »Der Tag, an dem die Weltgeschichte zwar nicht neu begonnen, aber eine wirkliche Zäsur erlebt hat, war nicht der 11. September, sondern der 9. November, jener Tag im Jahre 1989, an dem die Berliner Mauer fiel ...« Warum wird hier der 9. November gegen den 11. September ausgespielt? Ist das nicht genauso scholastisch, als würde man behaupten, die »wirkliche Zäsur« sei der Oktober 1917, aber nicht der August 1914 gewesen? 1917 und 1989 stehen für den Anfang und das Ende des sowjetischen Blocks und die Zweiteilung der Welt in ein sozialistisches und ein kapitalistisches Lager, 1989 zusätzlich für den Wiederaufstieg Deutschlands. Aber auch 1914 und der 11. September 2001 markieren einen bedeutenden Bruch: den Beginn eines langdauernden Krieges zur Beherrschung und Neuaufteilung der Welt.

Vom Beginn eines Dritten Weltkrieges möchte man im Augenblick nur deswegen noch nicht sprechen, weil sich der Westen im Zuge von »Enduring Freedom« zunächst nur vergleichsweise schwache Gegner wie Afghanistan vorgenommen hat. Doch bereits der angekündigte Feldzug gegen den Irak, dessen Ziel anders als 1991 die Besetzung von Bagdad und der Sturz Saddam Husseins ist, droht ein Vietnam-ähnliches Massaker zu werden, und die Anfang März bekanntgewordene neue US-Atomstrategie (Nuclear Posture Review) zielt ganz offen auch auf die Volksrepublik China.

Zum Beweis, daß die Weltlage nach dem 11. September gar nicht so neu sei und man eigentlich schon vor Jahren analysiert habe, »wie darauf zu antworten wäre«, zitiert Gremliza aus zwei älteren Kolumnen. So forderte er im Jahre 1989 »Ami stay here!« und begründete dies damit, daß die US-Präsenz »eine große Koalition der Wähler von Kohl, Mayer-Vorfelder, Schönhuber und Gorbatschow; den Abriß der Mauer, die Wiedervereinigung .... und Deutschland, Deutschland über alles« verhindern möge. Der Wunsch war sehr sympathisch, doch dreizehn Jahre später muß man konstatieren: Er ist nicht in Erfüllung gegangen. Die US-Armee steht, wenn auch deutlich reduziert, noch immer hier, und dennoch ist alles Schlimme eingetreten, vor dem Gremliza warnte. Mehr noch: Die USA haben die aggressive Außenpolitik Deutschlands nicht nur nicht gebremst, sondern nach einigem Zögern übernommen und sogar forciert. Die Osterweiterung der Nato bis an die Grenzen Russlands, die Hochrüstung Kroatiens und des fundamentalistischen Islam auf dem Balkan, schließlich der Krieg gegen Jugoslawien – all dies wurde von Krauts und Yankees bei aller Rivalität im wesentlichen gemeinsam durchgeführt. Man könnte sogar die These vertreten, daß die UCK, eine Kreatur des BND, von Jugoslawien besiegt worden wäre, hätten die USA im März 1999 nicht die Air Force geschickt. Deutschland plus USA war schlimmer als Deutschland allein.

Im Golfkrieg 1991 meinte Gremliza, daß »hier (von den USA) einmal aus falschen Gründen und mit falschen Begründungen das Richtige getan zu werden scheint« – die Verteidigung Israels. Gegen die Kritiker Ebermann und Elsässer wendet er jetzt ein: »Der Staat, in den sich die den deutschen Mördern entkommenen Juden gerettet hatten, war in tödlicher Gefahr. Es gibt kein Prinzip, daß es Mitgliedern des Kollektivs ›die Deutschen‹ erlaubte, in solcher Lage anderes zu tun, als Israels Partei zu ergreifen.« Das stellt die Ereignisse auf den Kopf. Es wird der Eindruck erweckt, Saddam Hussein habe nicht Kuweit, sondern Israel überfallen, und dagegen habe sich unter Führung der USA eine Abwehrallianz gebildet. In Wahrheit war es genau umgekehrt: Die USA haben zum Schutz ihrer Ölinteressen den – bis dato verbündeten! – Irak angegriffen, und erst in dieser Situation hat Saddam Scud-Raketen auf Israel abgeschossen. Selbstverständlich war das verbrecherisch – ein neutraler Staat, der die Operation Desert Storm nicht unterstützte, wurde zum Sündenbock gemacht. Doch man sollte Ursache und Wirkung nicht verwechseln: Der Angriff der US-Allianz auf Irak hat Israel nicht geschützt, sondern überhaupt erst in tödliche Gefahr gebracht.

Spätestens aus heutiger Sicht ist klar: Die USA haben sowohl 1989 als auch 1991 keine Remake der Anti-Hitler-Koalition gegeben, sie haben sich nicht gegen Deutschland gestellt und nicht für den jüdischen Staat eingesetzt, sondern – genau umgekehrt – Deutschland gehätschelt und mit Israel vabanque gespielt. Eine gefährliche Liebschaft: Nach dem 11. September wurde Germania bei Uncle Sam zudringlich, Schröder nötigte Bush die Dienste der Bundeswehr geradezu auf. Das spezifische deutsche Eigeninteresse artikuliert sich nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern versteckt sich hinter ihnen.

Zwar spricht vieles dafür, daß die transatlantische Partnerschaft nicht von Dauer sein wird. Doch solange Deutschland und die EU noch nicht über vergleichbare militärische Kapazitäten verfügen, werden sie sich nicht offen gegen die Supermacht stellen, sondern in deren Windschatten ihre Interventionstruppen ausbauen und ausprobieren. Wer behauptet, Deutschland rüste »seit zehn Jahren ... für einen Krieg mit der Dritten Welt gegen den US-Imperialismus« (Kunstreich/ Pankow/

Wertmüller in KONKRET 3/2002), hat nicht mehr alle Tassen im Schrank. Der deutsch-amerikanische Gegensatz wird noch etliche Jahre lang von der deutsch-amerikanischen Waffenbrüderschaft überformt werden.

Die U.S.-Army wird die Bundeswehrmacht also nicht bremsen – dazu bräuchte es eine innere Opposition, ein »Widerstands-Wir«. Nach Lage der Dinge kann ein solches »Wir« nur entstehen, wenn radikale Theoretiker lernen, die wenigen politisch Aktiven in diesem Land – etwa in den Gewerkschaften und der Friedensbewegung – konstruktiv zu kritisieren, anstatt als »völkische Ideologen, moralische Verzichtsapostel und Ethno-Zoologen« (Wertmüller et al.) zu denunzieren. Der Antiamerikanismus zum Beispiel verdient eine differenzierte Betrachtung: Er ist oft ein deutschnationales Ressentiment, kann aber (ebensooft?) die Vorstufe eines linken Antiimperialismus sein, der sich auch gegen den eigenen Staat richtet. Die Vorstellung einer gesellschaftlichen Sperrminorität ist utopisch? Die Arbeiterbewegung ein toter Hund? Die IG Metall igittigitt? Dann her mit den besseren Vorschlägen, wie die Kriegstreiber zu stoppen oder wenigstens zu behindern sind.

Wer solche Vorschläge für unnötig oder Antimilitarismus ohnedies für aussichtslos (oder gar falsch) hält, möge konsequent sein und auf die Bahamas auswandern. Antikapitalismus, der nicht gegen den Krieg als konzentrierteste Form der Ökonomik vorgeht, ist Teil des Kulturbetriebes, verkommt zur Belustigung in der Etappe, während an der Front geschlachtet wird. n

Konkret 04/02, S. 28

Laura Benedict

»Was wärt ihr ohne uns?«

Wer besonders stolz auf Deutschland ist, geht zu einer Nazipartei. Oder zum Verfassungsschutz. Oder für jene zu diesem beziehungsweise für diesen zu jener. Und das seit fünfzig Jahren

Um auch getarnte oder geheimgehaltene Aktivitäten beobachten zu können, gestattet das Gesetz dem Verfassungsschutz den Gebrauch »nachrichtendienstlicher Mittel« zur Informationsgewinnung. Dies sind Methoden der geheimen, verdeckten Nachrichtenbeschaffung (§ 8 Abs. 2, § 9 BVerfSchG). Der Gesetzgeber hat bewußt auf eine abschließende Aufzählung der nachrichtendienstlichen Mittel verzichtet, weil er dem Verfassungsschutz eine flexible Anpassung an die Methoden von Extremisten oder Spionen – auch unter sich ändernden operativen oder technischen Bedingungen – ermöglichen will. (Homepage des Bundesamtes für Verfassungsschutz)

Was wärt ihr ohne uns? Die Frage ist interessant, egal, von welcher Seite sie gestellt wird. Ob ehemalige oder noch tätige »Parteikameraden« der NPD in Richtung Verfassungsschutz hämen oder VS-Mitarbeiter sich die Hände reiben. Beide haben gewonnen und verloren – ohne dies beabsichtigt zu haben.

Der NPD läuft viel Fuß-, Stimm- und Jungvolk davon, enttäuscht von der Korruptheit der Funktionäre wie von ihrer Unentschlossenheit im Kampf gegen das verhaßte System. Das Fähnlein der Aufrechten, die nicht an der IM-Leine geführt werden, wendet sich von den »Verräterschweinen« ab. Die Jagd in und außerhalb der NPD ist frey. Die Revolutionäre Plattform unter Führung des früheren NF-Ideologen Steffen Hupka ist rausgeworfen, bekannte »Auskunftspersonen« müssen eidesstattliche Versicherungen fürs Verbotsverfahren abgeben, ein alternativer Bundesvorstand unter Ausschluß der Parteiprominenz Frank Schwerdt, Udo Voigt und Horst Mahler ist vorgeschlagen. Das »Norddeutsche Aktionsbüro« glaubt, daß alle bisherigen Enttarnungen nur ein »Ablenkungsmanöver« seien, um »viel bedeutendere aktive Spitzel in der NPD« zu schützen.

Der Erfolg hat viele Väter

Mitte der 60er Jahre stand die NPD schon einmal beinahe vor dem verfassungsrechtlichen Aus. Aber eben nur beinahe, denn richtig ernst gemeint war das natürlich nicht; die »Du, du!«-Pädagogik sollte die NPD erschrecken, aber keinesfalls die Scharniere zu den C-Parteien beschädigen, die personell beispielsweise durch die Herren Adolf von Thadden und Berthold Rubin gebildet wurden. Außerdem war alles unter Kontrolle: Das NPD-Gründungsmitglied Wolfgang Frenz – im Gegensatz zu altgedienten Erzrechten wie von Thadden ein »junger Wilder« – hatte bereits 1959 Verbindung mit den Düsseldorfer Verfassungsschützern aufgenommen. Vielleicht waren schon 1955 Verfassungsschützer die Urheber der »Zehn Gebote deutscher Erneuerung« – manche passen zu gut zu den Lebensläufen bundesdeutscher Geheimräte: »Du sollst den Frontsoldaten achten und den Landesverräter bestrafen!« (2. Gebot), »Du sollst Dich zum Deutschen Reich und den echten Werten seiner ganzen Geschichte bekennen. Nur Emporkömmlinge verleugnen ihre Vergangenheit!« (4. Gebot), »Deutsche Jungen, seid tapfer, deutsche Mädel, seid frisch und sauber! ›Samba-Jünglinge‹ und ›Pin-up-Girls‹ sind der Ausdruck abendländischen Verfalls!« (5. Gebot), »Deine Königin sei die Mutter Deiner Kinder, nicht die Schönheitskönigin oder die ›Sex-Bombe‹!« (6. Gebot), »Bekenne Dich zur Volksgemeinschaft!« (8. Gebot), »Bekämpfe die Reichsfeinde: Die konfessionellen Hetzer, die Klassenkämpfer, die Landesverräter!« (9. Gebot).

Nach den Wahlerfolgen der NPD 1966 in Bayern (7,4 Prozent) und Hessen (7,9 Prozent) mußte sich die Bundesregierung dennoch mit dem Problem befassen, das da am rechten Rand auf inzwischen 25.000 Mitglieder herangewachsen war. Der damalige Innenminister Lücke (CDU) wollte von einem Verbot nichts wissen, richtete aber ein Referat zur Bekämpfung gegen Rechtsradikalismus ein. Im Herbst 1967 dachte der rheinland-pfälzische Innenminister über ein Verbot nach. Die NPD, besoffen von ihrem Höhenflug, verlangte selbst die Einleitung eines Verfahrens in Karlsruhe – dort werde man ja sehen. Nach der Wahl in Baden-Württemberg 1968 (9,8 Prozent) begann sich das Ausland zu mokieren, mit »sadistischer« Freude, wie Herbert Wehner (SPD) meinte.

Also doch verbieten? Das Innenministerium sagte im Juli 68 »nein«, im September erst »ja«, dann »noch nicht«. Vielleicht sei ein Verbot überhaupt nicht nötig, weil es sich im Grunde bei der NPD um eine Nachfolgeorganisation der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei handle und sie deshalb von der Bundesregierung sofort aufgelöst werden könne. Klaus Schütz (SPD), der Berliner Regierende Bürgermeister, beantragt bei den Westalliierten ein Verbot der NPD für Berlin. Die Bundesregierung muß eine Stellungnahme abgeben. Innenminister Ernst Benda (CDU) wirft Schütz Undankbarkeit vor: Da rackere man sich ab, um die Zugehörigkeit Berlins zum Bund nach innen und außen zu legitimieren, und dann machten die Frontstädter Alleingänge. Benda will aber prüfen. Das dauert. Nach zwei Monaten weiß er: »Der weit überwiegende Teil der öffentlichen Meinung des Auslandes betrachtet die NPD ... als eine gefährliche neonazistische Bewegung ... Ein Beweis dafür ist eine Flut von Protestresolutionen, die sich über ... die deutschen Auslandsvertretungen ... ergoß.« Die Führer der NPD lieferten »der Sowjetunion Vorwände für die von ihr behaupteten

Interventionsrechte«. Moskau hatte die NPD sogar im Dezember 1967 zum Gegenstand eines diplomatischen Notenwechsels gemacht. Werner Marx (CDU) nannte die Partei »Moskaus liebstes Kind«.

Die innenpolitische Stoßrichtung wurde jetzt deutlicher. Bereits Monate zuvor hatte der niedersächsische Innenminister zwar die Verfassungswidrigkeit der NPD erkannt, aber ein Junctim gefordert: Verbot ja, aber gleichzeitig energische Durchsetzung des KPD-Verbotes und Verhinderung einer neuen kommunistischen Partei. Doch zur Belebung von Ostpolitik und Osthandel hatte die Bundesregierung der Großen Koalition gerade den alten KPD-Genossen die Erlaubnis erteilt, im September 1968 in Frankfurt/Main die Deutsche Kommunistische Partei zu gründen. Und ein weiteres linkes Gespenst ging um, das die revisionistische Bewertung der NPD beförderte. SPD-Fraktionschef Helmut Schmidt erkannte die Seelenverwandtschaft von APO und NPD. Beide sähen in der SPD ihren Hauptfeind, unterschieden nur durch »pseudosoziologisches Wortgeklingel« und »bramabarsierendes Bardentum«. Horst Ehmke (SPD) meinte, die APO habe »die Funktion einer fünften Kolonne der NPD« übernommen, Bundestagsvizepräsident Uwe von Hassel (CDU) fand, daß APO und SDS eine weitaus größere Gefahr für die Demokratie darstellten als die NPD.

Im April 1969 entschied sich die Regierung endgültig gegen ein Verbot. Bei der Bundestagswahl 1969 schrammte die NPD mit 4,3 Prozent knapp am Einzug ins Parlament vorbei. Die Verbotsgegner frohlockten. Innenminister Genscher (FDP) erklärte die Diskussion für beendet.

Viele hätten die NPD gern im Bundestag gesehen. Aber noch wichtiger waren ihren Sympathisanten die Verhinderung einer sozialliberalen Koalition und ein deutliches Zeichen gegen linke Revoluzzer. Nach dem Wahldebakel sortierte sich die NPD in allerlei braune Häufchen. Die Rechtsextremismus-Referate sanken langsam in Tiefschlaf, bald sollten die einschlägigen Abteilungen bei Bundes- und Landesbehörden den Beinamen »EDEKA« erhalten – für: Ende der Karriere, Schonplatz für Dienstmüde und Spritties.

Mit der Parole »Widerstand leisten« wurde die NPD 1970 Namensgeber für die »Aktion Widerstand«, eine Sammlungsbewegung, unter deren Dach sich Organisationen von rechtskonservativ bis hin zur neonazistischen Wiking-Jugend zum Kampf gegen die sozialliberale Koalition und ihre neue Ostpolitik vereinten. Höhepunkt der Aktionen war ein Aufmarsch in Würzburg am 31. Oktober. Stundenlang zogen die Angehörigen von insgesamt 34 Gruppierungen durch die Stadt, geschützt von uniformierten Ordnern, die eindeutig der NS-Fraktion zugehörten. Kampfauftrag, wie gehabt: »Gnade Gott dem, der uns anfaßt!« Der Mob skandierte dazu: »Willy Brandt an die Wand« und »Haut ihn weg den roten Dreck«.

Die Presse reagierte wohl betroffen, relativierte jedoch erneut. Die Marschierer von Würzburg ahmten »APO-Methoden« nach. Zu den Initiatoren zählten Aktivisten wie Friedhelm Busse, zuvor Mitglied des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Deutschen Reichspartei, 1953 wegen Beihilfe zur Freiheitsberaubung, 1965 wegen eines Sprengstoffvergehens verurteilt. 1965 wechselte Busse in die NPD, wurde Leiter des Landesausschusses für Sozialpolitik- und Gewerkschaftsfragen (!) in NRW und 1969 Bundestagskandidat. Nach seinem Rausschmiß aus der NPD gründete er die Deutsche Arbeiter-Partei, die wenig später zur Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit mutierte (1982 verboten), seit 1988 war er Chef der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (1995 verboten) und ist auch heute noch gern gesehener Redner auf NPD-Kundgebungen.

Einsatz für Volk und Vaterland

Den etwas gemäßigteren Anhängern der Aktion Widerstand bot Gerhard Frey eine Heimstätte. Für sie gründete er im Januar 1971 die Deutsche Volksunion e.V. – eine Sammlung aller Kräfte rechts von CDU/CSU unter Ausschluß der Militanten, Übernahme der Brückenfunktion zu CDU/CSU von der kräftemäßig inzwischen paralysierten NPD und Anbindung der »Stahlhelmfraktion«. Der gemeinsame Feind war die »sich steigernde Kapitulationspolitik der roten Regierung gegenüber dem Osten«, das gemeinsame Ziel die Festlegung der C-Parteien »auf einen rechten Kurs«. Im April 1971 organisierte Frey mit 3.000 Teilnehmern einen »Marsch auf Bonn«, zur »Abrechnung mit Brandt«.

Frey pflegte Kontakte zu Reinhard Gehlen, mit dem ihn »eine enge und freundschaftliche Beziehung« verband. Gehlen hatte sich zehn Tage vor Kriegsende aus dem Hauptquartier der Stabsabteilung Fremde Heere Ost entfernt und mit einem Trupp von Getreuen den Amerikanern angedient. Zum Einstand bot er das komplette NS-Agentennetz in der Sowjetunion an. Die Amerikaner waren »rührend besorgt« um ihn. Gehlen zog in die vormalige Rudolf-Heß-Siedlung in Pullach, um dort mit einem Millionen-Dollar-Carepaket die »Organisation Gehlen« aufzubauen, aus der 1955 der Bundesnachrichtendienst (BND) werden sollte. Frey in der »National-Zeitung« vom 17. April 1992: »General Gehlen, mein alter Freund, der Jahrzehnte hindurch maßgebende Geheimdienste, zuletzt den Bundesnachrichtendienst erfolgreich leitete, hat mir mehr als einmal ein interessantes System antideutscher Geheimdienste anschaulich geschildert.«

Ein anderer Freund war Theodor Maunz (CSU), Verfasser des bekanntesten Kommentars zum Grundgesetz, Lehrer und Mentor unter anderem von Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz und Ministerpräsident Roman Herzog. Maunz, seit 1957 Kultusminister in Bayern, mußte nach Aufdeckung seiner NS-Vergangenheit zurücktreten. Er bearbeitete die DVU-Programme wie das Zwölf-Punkte-Programm von 1993. Im Vorwort der Veröffentlichung in der »National-Zeitung« vom

30. April 1993 hob Frey hervor, dieses Papier sei »mit Hilfe führender Rechtsgelehrter, insbesondere Verfassungsrechtler« entstanden. Nach dem Tod des Juristen am 10. September ließ Frey verlauten, daß Maunz jahrelang als anonymer Kolumnist für seine Postillen und Rechtsberater der DVU tätig war.

Als Berater der DVU outete Frey auch den ehemaligen bayerischen Innenminister und damit Dienstherrn des Landesamtes für Verfassungsschutz Alfred Seidl (CSU). Der Jurist hatte im Nürnberger Prozeß Rudolf Heß verteidigt und war Mitglied des Hilfskomitees Freiheit für Rudolf Heß. Auch Gerhard Frey erhielt »bei unzähligen Prozessen wertvolle Rechtshilfe«. Seidl hielt seine Hand ebenso schützend über die Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG). In der rechten Terrortruppe tummelten sich V-Leute, ausgebildet an scharfen Waffen von aktiven Bundeswehroffizieren. Ein ehemaliges Mitglied der WSG erzählte freimütig von den Wehrsportübungen auf Bundeswehrgelände, wo sich nach Dienstschluß die Offiziere hinzugesellten.

Auch Frey gehörte zum Freundeskreis der WSG und bezahlte 1976 eine Geldstrafe von 8.000 Mark für Karl-Heinz Hoffmann aus eigener Tasche. Die Freundschaft war beidseitig, die WSGler übernahmen schon mal den Schutz von DVU-Veranstaltungen. Nach dem Anschlag auf das Oktoberfest 1980 (13 Tote, über 200 Verletzte) und dem Mord an dem jüdischen Verlegerehepaar Levy wurde die WSG verboten, das Verfahren gegen Hoffmann zog sich von 1981 bis 1986. 1988 wurde das Urteil (9 Jahre und 6 Monate Haft) vom Bundesgerichtshof bestätigt, ein Jahr später war Hoffmann wieder auf freiem Fuß.

Bis heute hat es der DVU nicht geschadet, daß allein zwischen Februar 1990 und Juni 1993, also während der juristischen Beratertätigkeit von Theodor Maunz, DVU-Mitglieder und -Sympathisanten in zehn Straftaten verwickelt waren. Die Delikte reichten von der Anlage eines Waffenlagers bis zu Brandanschlägen. Demnächst erscheint in Freys DSZ-Verlag, der im übrigen auch von Maunz beraten wurde, ein Werk mit dem verheißungsvollen Titel »Das Lumpen-ABC, V-Männer, Spitzel, Provokateure«.

Der Supergau der Republikaner

Einen Dolchstoß aus der eigenen Führungsriege erlebten die Republikaner im Frühsommer 1994. Udo Bösch verließ die Partei. Der Bundeswehrstabsoffizier a.D. und hochrangige Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, der 25 Jahre lang der CDU angehört hatte, verließ 1987 Pullach und gab für die nächsten Jahre, je nach Publikum, verschiedene Biografien zum besten, er-zählt von Hotellerie in der Schweiz, von Aufenthalten in Italien und in der Karibik. Seit 1992 managte Bösch die Republikaner. Er war verantwortlich für Sicherheitsfragen und übernahm von Bundesschriftführerin Martina Rosenberger die Führung der ostdeutschen Landesverbände. Das Timing für den Ausstieg der beiden Spitzenfunktionäre war perfekt. Es begann mit zwei fast gleichlautenden Artikeln in »Spiegel« und »Focus«, es folgte ein vorproduzierter ZDF-Aus-/Auftritt von Martina Rosenberger mit Vorwürfen, die seit mindestens neun Jahren bekannt waren. Während des Interviews nahm sie demonstrativ die Kladde mit den Unterlagen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in die Hand. Die dortige Landtagswahl stand für den 12. Juni an. Die Republikaner hatten gar keine so schlechten Chancen, Martina Rosenberger war in Sachsen-Anhalt ziemlich populär. Die »Junge Freiheit« ließ sich von der Parteiführung sagen, man habe in der Bundesschriftführerin seit längerem einen »Brückenkopf in der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz vermutet«.

Am Abend des 30. Mai präsentierte das ZDF Udo Bösch, der mit einer engagierten Grünen verheiratet ist. Die Gründe für seinen Ausstieg waren ähnlich dürftig wie die Rosenbergers. Seine Distanz zu »rechtsradikalen Randalierern« war ebenso bekannt wie die zu dem stolzen Waffen-SS-Mann Franz Schönhuber (Bösch: »Der Nationalsozialismus war ein durch und durch verbrecherisches System«). Wurde Bösch zurückgepfiffen? Sein Auszug markierte das Ende des unaufhaltsam scheinenden Vormarschs der Republikaner.

Verfassungsschmutzbericht

Als im vergangenen Jahr der thüringische V-Mann Tino Brand aufflog, stellte sich der NPD-Landesvorsitzende und Bundesvorstand Frank Schwerdt ungewöhnlich lange vor den Spitzel, der am 23. Mai vor laufender Fernsehkamera von seiner Doppeltätigkeit berichtet hatte. 200.000 Mark soll das Erfurter Landesamt für Verfassungsschutz in die NPD gesteckt haben. Inzwischen verdächtigt jeder jeden. Vermutlich nicht zu Unrecht.

Die Parteikameraden hatten nach 20 dürren Jahren eine neue Blüte erlebt. Nationalsozialisten und Nationalrevolutionäre drängten sich nach den Verboten ihrer Gruppierungen unter das Parteibanner und nutzten die Logistik und Finanzstärke der vorher milde belächelten NPD. Kahlköpfige Jungstürmer mit Kampfstiefeln füllten Versammlungsräume und Plätze. Nun hat der »Wind of Change«, den die Rechtsrocker von Legion Thor so martialisch besingen, das große Werk zerstört. Mit freundlicher Unterstützung der Verfassungsschützer aller Länder. Die Enttäuschung ist groß. Wie gut hatte man zusammengearbeitet. Flugblattexte und anderes Propagandamaterial wurde frei Haus geliefert, das Social sponsoring hilfsbedürftiger Kameraden funktionierte prima. Ein paar ehrliche Unehrliche meldeten ihre VS-Kontakte brav der Partei.

Die Kosten-Nutzen-Rechnung ging lange auf. Aber es war wohl doch Hybris zu glauben, man könne den Geheimdienst beherrschen (wir reden bislang immer nur von deutschen Diensten) und nebenbei die Kriegskasse mit unfreiwilligen Spenden des Steuerzahlers sanieren.

Bleibt die Frage, was der Verfassungsschutz heute ohne die NPD wäre? Und was die NPD ohne Verfassungsschutz? Sicherte die NPD Arbeitsplätze der Dienste? Organisierten die Geheimdienste den Aufschwung der NPD und deren Überleben? Auf einer Wahlveranstaltung wenige Tage vor der Berliner Wahl im Herbst 2001 erklärte der NPD-Jugendfunktionär Jörg Hähnel den Zuhörern im Beisein des völlig düpierten NPD-Chefs Voigt: »Die NPD ist für uns nur Mittel zum Zweck.« Für den Verfassungsschutz wohl auch.

Laura Benedict beschrieb in KONKRET 9/2000, wie der Verfassungsschutz kriminelle Neonazis belohnt

Konkret 04/02, S. 30

Michael Schilling

Undank ist der Welt Lohnkürzung im Todesfall

Nun, da er tot dalag, durchlöchert von einer MP-Salve, pißten sie auf ihn. Dem »psychopathischen Egomanen« sei es im Kampf um persönliche Macht auf die 500.000 Toten und vier Millionen Vertriebenen nicht angekommen, die sein Terror verursacht habe, meldeten die Agenturen, und noch das hinterste Lokalblatt stimmte ein. Dabei war er, als die Killer seiner Privatarmee Unita, die sie »Rebellen« nannten, metzelnd durch Angola zogen, einer ihrer besten Männer gewesen: Jonas Savimbi, die Hoffnung des Westens im Krieg gegen die »moskauhörige« Befreiungsbewegung. Die Waffen hatten CIA und BND, den geistlichen Zuspruch der Papst geliefert, dieser gern auch mal vertreten durch seinen eifernden Ministranten Norbert Blüm. Und nach alledem faseln sie jetzt bei Springer von Savimbis »brutalem Terror«, von »Überfällen auf Dörfer« und »Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten«.

Eine alternative Zeitung, beispielsweise die »Taz«, würde dies schofle Verhalten, wenn sie es wahrnähme, »beispiellos« nennen und damit wieder einmal den Nagel wenn nicht auf den Kopf, so doch auf dem Daumen treffen. Beispiellos wäre der umgekehrte Fall. Bis in seine letzten Stunden durfte Pol Pot sich vom warmen medialen und diplomatischen Rückenwind aus dem Westen zu seinen Massakern treiben lassen – und wie übel reden seine amerikanischen Genossen ihm heute nach? Augusto Pinochet, Kampfgenosse von Henry Kissinger, Franz Josef Strauß und der »Frankfurter Allgemeinen« – wer zollt ihm den mit dem Abwurf gefesselter Kommunisten über der offenen See verdienten Respekt? Wäre etwa ohne Pol Pot, Pinochet, Videla, Stroessner, Verwoerd, Tschombé oder die griechischen Obristen der Sieg über das Reich des Bösen zu erringen gewesen?

Und wäre es nicht endlich auch Zeit, die Verdienste zu würdigen, die ein ganz anderer – bei allem, was ihn unsympathisch erscheinen ließ – sich doch auch erworben hat? Wer weiß, wie weit die Sowjetunion und also der Kommunismus in der Welt noch gekommen wäre, hätte nicht Hitler eine ganze Generation Sowjetbürger ausgerottet und die Erde zwischen Smolensk und Moskau aufs sorgfältigste verbrannt? Er hatte, wie gesagt, auch unerfreuliche Seiten, aber ohne ihn – wie sähe die Welt heute aus? Unter freiheitlich-demokratisch-marktwirtschaftlich-menschenrechtlichem Gesichtspunkt? Das muß doch auch mal gefragt werden.

Konkret 04/02, S. 31

Matthias Gockel

Reinrassiger Journalismus

Wie die »Süddeutsche Zeitung« entdeckte, daß der Kanzlerkandidat Stoiber noch nie von der »durchraßten Gesellschaft« gesprochen hat

Die »Süddeutsche Zeitung« ist ein pluralistisches Blatt. Hier darf Heribert Prantl immer wieder (und zusehends tiefer in biblische Metaphern verstrickt) Nächstenliebe und Fremdenfreundlichkeit predigen. Hier ist aber, im Lokalteil, auch Platz für den ganz normalen Fremdenfreund, der die kriminellen Ausländer abschieben will und zwar plötzlich.

Am 7. Februar 2002 hatte die »Süddeutsche« an eine besonders fremdenfreundliche Äußerung des Kanzlerkadidaten Edmund Stoiber (CSU) aus einem früheren Wahlkampf erinnert: »Stoiber hatte 1988 als CSU-Generalsekretär gesagt, der SPD-Politiker Oskar Lafontaine wolle ›eine multinationale Gesellschaft, durchmischt und durchraßt‹. Den Ausdruck ›durchraßt‹ hatte Stoiber hinterher bedauert.« Einen Tag später widerrief das Blatt: »Stoiber hat nie gegen die ›durchraßte Gesellschaft‹ gehetzt.«

Stoiber habe 1988 als neuer Innenminister Bayerns »bayerische Journalisten zum Hintergrundgespräch« eingeladen, in dem es »sehr schnell« wieder um das Eine ging: »Stoiber warnte davor, dass die Deutschen dort, wo »Ausländer die Mehrheit der Wohnbevölkerung stellten«, zu den Republikanern überlaufen würden«. Gegen den damaligen SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine gewendet, der »übertriebene Deutschtümelei« in der Diskussion über Aussiedler kritisiert hatte, habe Stoiber gesagt: »Unsere Aufgabe ist es, in erster Linie Politik für Deutschland zu machen.«

Ein Gedanke, den der Minister dann eingehender erläutert habe: »Es folgte eine mehrminütige Suada, ein typischer Stoiberscher Wort-Steinbruch. Darin fand sich ein Satzfragment, daß Lafontaine eine ›multinationale Gesellschaft‹ wolle, die von den Republikanern als ›durchmischt und durchraßt‹ bezeichnet und von den Bürgern abgelehnt werde. So war das Wortgewitter zu verstehen, und keiner der Journalisten stand schreckensbleich auf, um die Stätte zu verlassen, an der angeblich im Nazi-Jargon gesprochen worden sein soll. Jedem war klar, dass da kein Haßerfüllter gesprochen hatte.« Als zwei Vertreter der Zunft, denen dies offenbar doch nicht ganz so klar war, »nachhakten«, habe Stoiber »eindeutig klar« gemacht, »daß er den Sprachgebrauch der Republikaner aufgenommen hat und (!) sich diese Begriffe nicht zu eigen macht«.

Diese Darstellung, behauptete die »SZ«, beruhe auf der Erinnerung von Friedrich Kurz (damals »Bild«, heute ZDF), der es »unfair« finde, daß Stoiber »ständig falsch zitiert wird. Die das tun, wissen es oder könnten sich erkundigen«. Auch der mittlerweile verstorbene »SZ«-Autor Egon Scotland habe Stoibers Aussage »keine große Bedeutung« beigemessen und sie »unspektakulär in eine Betrachtung über Stoiber eingebettet«.

Das ist schön geschrieben und zeigt, wenn man sich den Text von 1988 nochmals vornimmt, wie unterschiedlich man lesen kann. Überschrieben war der Hintergrundbericht mit »Sich selbst und die Asylanten nicht geschont. Der neue Innenminister will für eine scharfe rechte Kante der CSU sorgen«. Obwohl der Berichterstatter der »SZ« dem neuen Minister, der, »von Strauß gestählt, ... nicht locker läßt, vorausschaut, rasch handelt und ohne Zimpern zufaßt«, mit Sympathie begegnet, geht er die Äußerungen zum Thema Asylpolitik kritisch an. Stoiber »bestreitet nicht sehr überzeugend«, daß hinter seiner Warnung, »es drohten aus der weiten Welt 50 bis 60 Millionen Asylanten in die Bundesrepublik zu strömen, ein politisches Kalkül steckt: Die Sorge, nach dem Tod von Strauß und der Wahl des milderen Theo Waigel zum Parteichef könne die rechte Kante der CSU nicht mehr scharf genug blinken, könnten die konservativ und national gesinnten Wähler von der Bayern-Union dauerhaft enttäuscht sein«. Stoiber propagiere eine »Politik für die Deutschen«, damit die nicht »zu den Republikanern überlaufen«.

Dann folgte das Zitat, das heute keines mehr sein soll: Lafontaine »wolle ja eine ›multinationale Gesellschaft auf deutschem Boden, durchmischt und durchraßt‹, formuliert er jäh«. Das von Kurz erinnerte Nachhaken und Stoibers anschließende Distanzierung hinterlassen in dem Bericht keine Spuren. Stoiber wollte, so der Bericht von 1988 weiter, »eine ›Politik für die nationale Identität‹ machen, um eine ›latente Diskussion‹ aufzugreifen, die zu einem Sprengsatz der Ausländerfeindlichkeit wird, wenn sich die Politik nicht ihrer annimmt«.

In der darauffolgenden Wochenendausgabe berichtet derselbe »SZ«-Autor, daß Stoiber »die Äußerung revidierte, der SPD-Politiker Lafontaine wolle eine Gesellschaft, die ›durchraßt‹ sei. Um nicht mit der SPD über Worte streiten zu müssen, sondern in der Sache streiten zu können, sei er ›gerne bereit, auf diesen Begriff zu verzichten‹«. In derselben Ausgabe der »SZ« erschien ein Kommentar mit der Überschrift »Stoiber wird tätlich«: »Man möchte es am liebsten nicht glauben, den Satz als Zeitungsente abtun. Doch ... Edmund Stoiber hat die furchtbaren Worte gleich vor zwei Dutzend Journalisten ausgesprochen, denen es buchstäblich den Atem verschlug ... Wenn wir es jetzt nicht besser wüßten – die Stoibersche Wortschöpfung ›durchraßt‹ hätten wir glatt dem Wörterbuch des Unmenschen zugeordnet.«

Verschlug es den Journalisten den Atem, weil doch »im Nazi-Jargon gesprochen« wurde? Oder war dieser Empörte das erste Opfer einer »Zeitungsente«, noch vor dem Redakteur Herbert Riehl-Heyse, der am 9. November 1988 Stoiber das »Wortungetüm von der ›Durchrassung‹« zuschrieb?

1988 wußte die »Süddeutsche« noch, daß bestimmte Begriffe »gezielt eingesetzt werden, um die extrem rechten Wähler bei der Stange zu halten« und dass »auch jede Empörung über Stoiber Teil seines zynischen Kalküls sein dürfte«. 14 Jahre später nimmt das Blatt Stoiber in Schutz gegen »Zitierer« und »Wiederaufbereiter«. Daß Stoiber rechtsextreme Wähler umwarb, bis der Waffen-SS-Mann Schönhuber sich rühmen konnte, die CSU »wie eine Hammelherde vor uns herzutreiben«, ist nicht mehr wahr, und auch Schönhuber nur noch ein »früherer Top-Journalist« , der »mit seinem bulligem bayerischen Charme und seinen politischen Verführer-Qualitäten nicht nur der CSU schlaflose Nächte« bereitete.

Übrigens hatte auch Schönhuber schon 1988 erklärt, »das Wort ›Rasse‹ mit Absicht noch nie gebraucht, sondern stets nur von der ›Bewahrung der nationalen Identität‹ geredet zu haben«, was zur abschließenden Frage führt, von wem Stoiber den Begriff der »durchraßten« Gesellschaft eigentlich aufgenommen (aber sich nicht zu eigen gemacht!) haben will.

Matthias Gockel ist Sozialist und lebt in der Nähe von New York City

Konkret 04/02, S. 32

Rolf Surmann

Erst hingehalten, dann abserviert

Bald hat die deutsche Politik es geschafft, die letzten überlebenden Naziopfer zu überleben. Und sie wird keinen Pfennig zuviel bezahlt haben

»Wir werden deshalb zu gegebener Zeit wieder auf Sie zukommen«, schrieb der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Stiegler an die Vorsitzende des Bundes der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten, Marga Heß, im September 2000. Danach hat sie nichts mehr von ihm gehört.

Im Mai 2001 versicherte ihr der SPD-Abgeordnete Reuter, daß »unser ganzes Augenmerk auf der Lösung der angesprochenen Fragen liegt«. Gemeint war die Bundesstiftung »Entschädigung für NS-Unrecht«, deren Einrichtung 1998 von SPD und Grünen in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart worden war. Seitdem hat sie auch von ihm nichts mehr gehört.

Im Januar beschloß nun der Innenausschuß des Bundestags, daß es zur »Lösung der angesprochenen Fragen« nicht kommen soll. Es sei, weil der Bund soviel für die Stiftung zur Entschädigung für NS-Zwangsarbeit bezahlen müsse, kein Geld da. Bis zum Erscheinen dieser Ausgabe wird der Bundestag »zu gegebener«, nämlich nachtschlafener Zeit das Vorhaben endgültig aus der parlamentarischen Welt geschafft haben.

Dabei ging es keineswegs um ein himmelstürmendes Projekt. Vielmehr ist es der allerletzte Rest von Reformüberlegungen aus den 80er Jahren, als der Ausschluß von verschiedenen Opfergruppen aus der Entschädigungsgesetzgebung so viel Aufmerksamkeit erregte, daß die Bundestagsparteien sich der Form halber mit dem Thema auseinandersetzen mußten. In diesem Zusammenhang war die Einrichtung eines Fonds für Sofortzahlungen von den Verfolgtenorganisationen gefordert worden. Er sollte eine finanzielle Überbrückung bis zu einer angemessenen gesetzlichen Regelung der Entschädigung ermöglichen.

Ein neues Entschädigungsgesetz gibt es bis heute nicht. In einigen Ländern aber entstanden Almoseneinrichtungen mit ganz unterschiedlichen Leistungskriterien. Wer in einem Bundesland wohnt, in dem eine solche Hilfsstelle nicht eingerichtet wurde, erhält auch keine Leistungen. Da die rot-grünen Koalitionäre nicht bereit waren, sich nach der Wahl an ihre eigenen Forderungen seit den 80er Jahren zu erinnern, überdeckten sie ihre Geringschätzung der NS-Opfer mit dem Vorschlag, die Armseligkeit der Länderstiftungen in Form einer Bundesstiftung zu verallgemeinern.

Als Vorbild schwebte ihnen die Berliner Regelung vor, die im Vergleich zu anderen Ländergesetzen etwas großzügiger gefaßt ist. Sie sieht eine monatliche einkommensunabhängige Rente von 500 und im Bedarfsfall eine einkommensabhängige Ausgleichsrente von bis zu 1100 Mark vor. Wer in einem Pflegeheim lebt, erhält ein Taschengeld von 250 Mark. Das ist gerade angesichts des nur noch kleinen Kreises von Antragsberechtigten im Jargon einschlägiger Kreise allenfalls ein Peanuts-Projekt. Berlins rot-grüne Landesregierung hatte übrigens diese Regelung kurz vor ihrer Abwahl als Streichposten notiert.

Die Geschichte der Bundesrepublik ist von dieser Mißachtung geprägt, mit der ihre Politik den »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten begegnet ist. Sie waren schon 1933 Opfer des NS-»Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« geworden, das am Anfang der rassistischen Gesetzgebung in der Zeit des Nationalsozialismus stand. Es war gegen all diejenigen gerichtet, die in der nationalsozialistischen Gesellschaft als »minderwertig« oder »unwert« eingestuft wurden. Die Begründung des Reichsministeriums des Innern klingt überraschend aktuell: »Der Begriff ›erbgesund‹ ist ein relativer Begriff ... Bei der Auslese nach erbpflegerischen Gesichtspunkten muß die Beurteilung der Leistungsfähigkeit von entscheidender Bedeutung sein.« Zirka 350.000 Menschen waren den Nazis nicht leistungsfähig genug.

Doch ihr Leiden war mit der Niederwerfung des Naziregimes nicht zu Ende. Das NS-Erbgesundheitsgesetz, hieß es, habe nicht rassistischer Verfolgung gedient, etliche seiner Aussagen seien schon vor 1933 formuliert worden. Den Erbgesundheitsgerichten wurde bescheinigt, sie hätten unter rein medizinischen Gesichtspunkten geurteilt. Und so weigerte sich die Bundesregierung, die Opfer dieser Verstümmelungs- und Mordpolitik als rassistisch Verfolgte anzuerkennen.

Das hatte aber nicht nur ideologische, sondern auch materielle Gründe. Im Protokoll des Wiedergutmachungsausschusses des Deutschen Bundestags von Januar 1965 kann die Symbiose von beidem nachgelesen werden: »Bei einer allgemeinen Entschädigungsregelung ... wäre mit einer finanziellen Belastung zwischen 1 Milliarde DM und 1,5 Milliarden DM zu rechnen; hierbei würden bis zu 60 Prozent der Entschädigung an Geisteskranke, Schwachsinnige und schwere Alkoholiker gezahlt werden.«

Die rassistische Ideologie konnte um so leichter aufrechterhalten werden, als die einschlägigen Fachleute immer noch am Werk waren, zum Beispiel der Kinderpsychiater Professor Dr. med. W. Villinger, der vor 1945 in den Betheler Anstalten Zwangssterilisationen betrieb und Gutachter bei »Euthanasie«-Morden war, nach 1945 dann in Bonn als Sachverständiger gegen seine Opfer auftrat. Doch waren diese Herren nicht nur Berater der Politik, sondern traten auch als Ärzte ihren Opfern erneut direkt gegenüber. Wer nämlich die Aufhebung des NS-Urteils erreichen wollte, mußte eine

»Nachbegutachtung« über sich ergehen lassen. Wenn es tatsächlich aufgehoben wurde, waren sie jedoch nicht als Verfolgte des Nationalsozialismus anerkannt, sondern konnten lediglich – sofern medizinisch möglich – die »Wiederherstellung ihrer Gebärfähigkeit ... nach Rechtskraft dieses Beschlusses durchführen lassen«.

Ähnlich wie bei Homosexuellen, Deserteuren, Roma und Sinti oder Arbeitsverweigerern war das Leben der Zwangssterilierten und »Euthanasie«-Geschädigten nach 1945 eine »zweite Verfolgung«. Bis 1969 war der Paragraph 175 in der von den Nationalsozialisten verschärften Form in Kraft, und bis 1963 bezeichnete der Bundesgerichtshof die KZ-Einweisung von Roma und Sinti als »kriminalpräventive Maßnahme«. Die pauschale Aufhebung der Erbgesundheitsurteile ist erst 1998 erfolgt. Wie bei den Wehrmachtsdeserteuren und Homosexuellen, deren uneingeschränkte Rehabilitierung sogar bis heute aussteht und in diesen Wochen im Bundestag abermals auf die Tagesordnung gesetzt ist, sind selbst im Augenblick des Abrückens von dieser lebenslangen Diskriminierungspolitik die politisch Verantwortlichen nie bereit gewesen, für die Zeit der Verfolgung bis 1945 oder für ihre Nachgeschichte ab 1945 Entschädigung zu leisten.

Entschädigungspflichtig sind sie jedoch schon deshalb, weil es für diesen Staat als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches eine elementare juristische Pflicht ist, den Schaden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auszugleichen. Wem dies nicht einleuchtet, kann sich bei Stuart Eizenstat erkundigen. Der amerikanische Delegationsleiter bei den Verhandlungen über die Entschädigung der Zwangsarbeiter brachte dieses Prinzip auf die einfache Formel, daß es nicht nachvollziehbar sei, wenn jede Tankergesellschaft für den von ihr angerichteten Schaden bei der Havarie eines Schiffes zur Verantwortung gezogen werde, dieses Prinzip aber bei dem nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschheit nicht gelten solle.

Genau darauf läuft die deutsche Argumentation jedoch hinaus, wenn etwa Fachleute aus dem Bundesfinanzministerium erklären, der von den Deutschen angerichtete Schaden sei so immens, daß eine vollständige Entschädigung hierfür nicht erfolgen könne und deshalb notwendigerweise Lücken blieben – ein abstoßender rhetorischer Trick, der die Anerkennung der deutschen Verbrechen als Rechtfertigung nutzt, sich den aus ihnen sich ergebenden Verpflichtungen nach Möglichkeit zu entziehen. Solch perfide Argumentationsweise scheint mittlerweile allerdings zum Standard Berliner Politik zu werden. So brachte es der CDU-Abgeordnete Bosbach fertig, dem Bund der »Euthanasie«-Geschädigten und Zwangssterilisierten zunächst zu versichern, sein Anliegen sei »wegen der sorgfältigen und ausführlichen Begründung« verständlich und nachvollziehbar, um dann aus der Erklärung seiner Fraktion zur Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« zu zitieren: »Aber dies kann nicht bedeuten, daß wir Jahr für Jahr in neue Entschädigungsdebatten eintreten und dadurch zwangsläufig in vielen Ländern der Welt und bei vielen Menschen Hoffnungen erwecken, die nicht erfüllt werden können.«

Ähnlich zynisch antwortete für das Bundesfinanzministerium ein Beamter namens Löffler. Er verteidigte zunächst die bewußt erfolgte Ausgrenzung der angeblich »vergessenen Opfer«, um dann mit der Behauptung aufzuwarten, Zwangssterilisierte hätten unter anderem wegen der einkommensunabhängigen Einmalzahlung von 5.000 Mark im Vergleich zu anderen NS-Opfergruppen »eine begünstigte Stellung«. Er steigerte diese Verhöhnung sogar noch mit der Begründung, hiermit werde »der Besonderheit des tiefen Eingriffs in die körperliche Unversehrtheit mit den damit verbundenen Folgen der Kinderlosigkeit angemessen Rechnung getragen«.

So spielt sich deutsche Aufarbeitung der Geschichte ab. Die Öffentlichkeit muß davon nicht ausgeschlossen werden. Sie hat sich nie dafür interessiert. Die Rufe der Verfolgtenverbände sind schwächer geworden, ihre Forderungen immer bescheidener. Ein ungleicher Kampf geht zu Ende.

Rolf Surmann hat gerade das Buch »Das Finkelstein-Alibi« veröffentlicht

Konkret 04/02, S. 33

Magnus Klaue

Grundkurs Auschwitz?

Nachdem die Frauenbewegung durch Einrichtung von »Frauenforschungs«-Lehrstühlen und die Schwulenbewegung durch Etablierung von »Gay Studies« bereits erfolgreich akademisch geadelt und neutralisiert werden konnten, war es nur eine Frage der Zeit, bis auch der Holocaust an die Reihe kommen würde. Handelt es sich bei diesem »für die deutsche Geschichte zentralen Gegenstand« doch um ein »Jahrhundertereignis« (»FAZ«).

Nun hat das Fritz-Bauer-Institut, dessen Direktor Micha Brumlik sich bisher nicht als Apologet deutscher »Erinnerungskultur« in Dienst nehmen ließ, an der Frankfurter Goethe-Universität eine »Holocaust-Professur« eingerichtet, die »interdisziplinär« von Historikern und Kulturwissenschaftlern besetzt werden soll. Alle sind begeistert, zumal die »Zeitzeugen«, wie Hessens Wissenschaftsministerin Ruth Wagner es formuliert, allmählich »wegsterben«. Wer sich Sorgen macht, durch Institutionalisierung eines solchen »Fachs« drohe der Holocaust zum Forschungsgegenstand verdinglicht zu werden, wird mit dem Hinweis abgefertigt, in den USA und in Israel gebe es so etwas auch. Ob, was in Israel historisch legitim sein mag, nicht vielleicht in Deutschland zum Frevel an den Opfern geraten könnte, fragt niemand.

Welches »kulturelle Gedächtnis« in Frankfurt künftig gepflegt wird, zeigt die Berufung des Genfer Historikers Philippe Burrin, der im vergangenen Semester mit Seminaren zum »französischen Faschismus« den Anfang machte und bei seinen Forschungen »einen vergleichenden Ansatz« pflegt. Burrin ist ein Vertrauter von Nicolas Werth, der sich wiederum durch Mitarbeit an Stéphane Courtois' Schwarzbuch des Kommunismus *verdient gemacht hat, und interessiert sich für den »Beitrag der von Deutschland besetzten Länder zum Holocaust« sowie für die »französische Mitschuld an der Deportation und Vernichtung der Juden«. Da rennt er hierzulande, wo man schon immer wußte, daß der Franzose Wurzel allen deutschen Übels ist, offene Türen ein. Abgelöst wird Burrin im April von dem Bremer Literaturwissenschaftler Stephan Braese, der auf »Holocaust-Literatur« spezialisiert ist und in seinen Kursen unter anderem Paul Celan, Victor Klemperer, Alfred Andersch, Ingeborg Bachmann, Martin Walser und die Fernsehserie »Holokaust« behandeln will – also eigentlich alles, was sich irgendwie als Hackbällchen im Gedächtnisgulasch verwerten läßt.*

Welches Milieu durch derlei Angebote angezogen wird, illustriert Burrin gegenüber der Zeitschrift »Aufbau« mit der Anekdote von einer Studentin, die sein Seminar nutzte, um zu belegen, daß Asylantenheime »Konzentrationslager« seien. Es ist zu befürchten, daß dem »Einfallsreichtum« beim Erproben »vergleichender Ansätze«, wie Braese in seiner Seminarankündigung schon vorsorglich droht, künftig »keine Grenzen gesetzt sind«.

Konkret 04/02, S. 34

Matthias Seeberg

Kauft nicht beim Reich-Ranicki

Eine Judensternstunde des deutschen Fernsehens

Da sitzen vier alte Männer im Glashaus, das Publikum nur einen Steinwurf entfernt, und wollen über »Nutzen und Nachteil des Skandals für das Leben« diskutieren. Peter Sloterdijk und Rüdiger Safranski in trauter Runde mit Martin Walser, »einem der wortgewaltigsten Kommentatoren deutscher Zustände« (Sloterdijk), und Klaus von Dohnanyi im »Philosophischen Quartett: Im Glashaus« (ZDF). Thema der Sendung vom 19. Februar: die Phänomenologie des Skandals. Es sollte einer werden.

Sloterdijk: An dieser Stelle müßte uns zuerst Martin Walser Auskunft geben. Denn wenn ich recht sehe, ist er unter den lebenden Deutschen derjenige, der am meisten Erfahrung um den Nutzen und Nachteil des Lebens in einem Skandal angehäuft hat ... Wie ist es denn möglich, daß ein Autor, der selber ein hervorragender Anwalt der Interessen einfacher Menschen ist, in eine solche Position gerät, ohne selber einen Anwalt zu finden?

Walser (den zuckenden Zeigefinger vor den Lippen, vor Ungeduld ganz aufgeregt, jetzt und hier voll und ganz Skandaltheoretiker aus eigener Erfahrung und Anwalt seiner selbst, antwortet, mit den Händen seine anhaltende Empörung untermalend): Also erstens komme ich mir da überbemerkt vor, weil ich Jahrzehnte ohne Skandal verbracht habe. Und nur weil da 98 dieses Skandälchen aufgeblasen wurde, stehe ich bestimmt heute immer noch in diesem komischen Licht. Aber ich brauchte ja auch keine Anwälte in der Kanzlei. Heute haben Sie hier Herrn von Dohnanyi, der damals für mich, ich habe ihn seitdem nicht gesehen, ich habe mich bei ihm nie schriftlich bedankt – nein, ich habe mich geniert dafür, da habe ich gesagt, wir sehen uns irgendwann wieder. Und er hat damals das Wort ergriffen für mich, und davon lebt man. Deswegen kann man das überhaupt ertragen, daß man nicht total allein ist. Eine Scheußlichkeit, was sich da entwickelt hat, und zwar durch die Hervorholer, durch die Medien. Weder durch mich noch durch Herrn Bubis oder sonst jemand, sondern durch die Medien, die sind dann Skandal nährend, Skandal treibend, Skandal verbreitend. Aber da gibt es eben solche Bestätigung, daß jemand schweigt wie Herr von Dohnanyi, und da merkt man, daß man nicht allein auf der Welt ist. Und das macht den Skandal fast zu einer auswärtigen Angelegenheit.

Dohnanyi: Ich bin gar nicht sicher, daß das wirklich ein Skandal war. Das war eine politisch sehr einseitige Diskussion, und Herr Walser hat den Skandal ganz bestimmt nicht ausgelöst, sondern wenn, dann das Wort vom sogenannten geistigen Brandstifter, das war eigentlich das zentrale Wort. Herr Bubis hatte sich da vergriffen in dem Wort und hat das dann ja auch zurückgenommen.

Es war kein Skandal, und wenn doch, dann ein Bubis-Skandal.

Dohnanyi: Der Skandal war eigentlich, sage ich jetzt mal etwas vorlaut vielleicht, die verbreitete Feigheit der vielen Leute, die da gesessen hatten und eigentlich nur Bundespräsident Herzog, der auch da war, hat dann später in einer Rede sehr deutlich gesagt im Deutschen Bundestag, Martin Walser hat nie gesagt, wofür man ihn hier beschuldigt hatte, nämlich, er wolle sozusagen das Ganze nicht mehr wissen und vergessen.

Was für Walser die Bösartigkeit der Medien, ist für Dohnanyi der Mangel an »Zivilcourage«. Wir haben, so erklärt uns Dohnanyi, »in Deutschland einen schmalen Korridor zugelassener Meinungen«, und »wir haben nicht den Mut, außerhalb des Konsens zu diskutieren«. Kurzum: »Wir sind ein gedankenfeiges Land.«

Sloterdijk: Wir müssen daran arbeiten, wieder eine normale diskutierende Gesellschaft zu werden. Wir müssen uns wieder durch den Mut des Wortes belohnen ...

Safranski (des Schweigens müde, will zurück ins philosophische Fahrwas- ser und hat den Mut zu einer »robusten These«): Ist »die Skandalexistenz« nicht »ein Gesundheitszeichen der Demokratie«? Kommt darauf an.

Walser: Skandale sind eine Scheußlichkeit. Ein Krankheitszeichen in der Gesellschaft.

Die Medien mit ihren Apparaten sind daran Schuld. Die erzeugen den Skandal, um ihren Profit bzw. Reibach damit zu machen.

Sloterdijk: Jeder will aus dem Skandal noch eine Rendite ziehen. Zum Beispiel Reich-Ranicki, der zuerst ganz auf der Seite von Martin Walser war, und als er gemerkt hat, daß die Walser-Aktie im Fallen ist, hat er dann schnell verkauft und hat ein paar Infamien drucken lassen in seinen Memoiren, die schon allein ein Grund wären, dieses Buch nicht anzurühren.

Kauft nicht beim Reich-Ranicki. Soviel Beistand freut Walser. Er steht auf, applaudiert heftig und animierend ins Publikum, das mit kräftigem Applaus antwortet. Sloterdijk fügt hinzu, daß dieses »Renditeverhalten bei Skandalen skandalisiert werden muß«.

Walser: Ich will ... noch einmal auf die Skandalmacher kommen. Sie haben diesen Reizwortjournalismus. Und das ist es doch. Und das paßt auf Ihre Rede, das paßt auf Botho Strauß' »Bocksgesang«, das paßt auf die Behandlung, die Peter Handke .... Das ist nicht das Land, das ist nicht die Gesellschaft, das sind, bitteschön, wirklich die Medienleute ... Jenninger war noch zur Zeit des kalten Krieges ... – also daß man den Bundestagspräsidenten von einem Tag auf den anderen entläßt, in die Wüste schickt, daß Regierung und Opposition und Presse und Intellektuelle einen Mann unehrenhaft verabschieden, und niemand hilft ihm, niemand rührt sich. Das ist skandalös bis zum äußersten. Der Mann ist doch kaputt ... Beim »Bocksgesang« war es so, da hat Ignatz Bubis sich auch gewehrt und gesagt, daß das die Stimmung in diesem Land verschlechtert. Bubis hat nur gesagt »die Stimmung«, und im »Spiegel« stand dann, daß dadurch Asylanten ermordet und Synagogen in Brand gesetzt werden ...

Sloterdijk hat eine »philosophische« Lösung parat: Das Medienproblem müsse »seuchenmedizinisch« behandelt werden, den »Erregungsherden« dieser »schadenerzeugenden Medien« müsse der Kampf angesagt werden. Das »Philosophische Quartett« endet als Stunde der Medieneugenik.

Alle kursiv gesetzten Passagen sind Zitate aus der Sendung.

Matthias Seeberg schrieb in KONKRET 1/02 über James Ellroys »Amerikanischen Alptraum«

Konkret 04/02, S. 36

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe

Die singende Revolution

Angenommen, die deutsche Vorentscheidung zum Grand Prix d'Eurovision de la Chanson am 22. Februar hätte nicht in der Metropole Kiel stattgefunden, sondern in Kabul oder einer anderen zerbombten Kriegsregion – was wäre passiert? Hätten die Taliban endgültig klein beigegeben? Hätten Sänger deutschen Liedguts in Afghanistan vielleicht sogar mehr vermocht als KSK-Kämpfer? Wären Sie dabei gewesen, als die Schlageristen die Schläfer vor den deutschen Fernsehschirmen reihenweise vom Glauben abfallen ließen, würden Sie dieser These einiges abgewinnen können.

Die Kämpfer

»Laß uns nicht mehr über Liebelalala singen«, sprach Bernhard Brink nach dem 11. September in einem Anflug von Selbstkritik zu seiner Duettpartnerin Ireen Sheer. »Ich wollte einen ernsthaften Text, daß die auch international sagen können, die singen ein ernsthaftes Lied. Ein türkischer Kommentator soll auch sagen können, das ist ein ernsthafter Text. Man ist ja immer noch wie gelähmt. Die Folgen sind noch gar nicht abzusehen.« Brinks Lähmung hinderte ihn leider nicht, einen Songtext zu verfassen, in dem die linke Erweckungslyrik der 70er und Wolfgang Borcherts *Draußen vor der Tür* noch einmal kräftig nachscheppern:

Wenn du verzweifelt bist / weil du die Welt in Scherben siehst / wenn dein stummes Gebet / das um Aussöhnung fleht /ein frommer Wunsch geblieben ist / Soll uralter Haß das einzige Maß / für unsern Glauben sein/ dann schreit es in mir / steh auf steh auf und sag nein

Wo die Liebe regiert / hat der Wahnsinn keine Chance/ und die Hölle verliert / ihren allerletzten Kampf / Es ist niemals zu spät / geben wir der Liebe Macht / dann sind wir schon zwei ... Du schaust zum Himmel hoch / und fragst mein Gott wie lange noch / schaust du denen dort zu / die da glauben, daß du sie für ihr Tun auch noch belohnst.

Die Folgen sind noch gar nicht abzusehen. Tatsächlich wurde die Tragweite des Songs vielen erst bewußt, als Brinks Partnerin Sheer ihn aus aktuellem Anlaß umwidmete – zugunsten der Solidarität mit dem Ehekriegsopfer Uschi Glas.

Die Mitstreiter

Auch die Jugendband Normal Generation? schaut oft zum Himmel hoch und fragt den Weltenmeister. Sie findet Jesus »cool« und hat ihn deshalb auch im Rahmen der Kampagne »Gott in die Charts«, sponsored by Evangelische Kirche Deutschlands, mit zum Grand Prix gebracht. Zu einer Waldorfkinderchoreographie intonierten die frechen Jugendlichen in NYC- oder Kreuz-T-Shirts ein auf poppig getrimmtes Kirchenlied, das ebenfalls, oh du verfluchter Osama, vom 11. September inspiriert sein soll:

If you dare to go with me we will win / hold on, hold on, believe / The sun is shining upon me / the sun is still shining over me / the world keeps turning around me / hold on, hold on believe

Aber auch davon ist die Welt nicht untergegangen, und also wird immer so weitergemacht. Auch in dem Wettbewerbsbeitrag der Weather Girls und Disco Brothers, der prima zur Truppenmobilsierung geeignet ist: *Get up, stand up, don't be afraid / shake your sexy body / it can't be wrong.*

Zeilen, die wer will auch als Botschaft an die immer noch verschleiertern afghanischen Frauen verstehen kann. Als Motivationshilfe geht ebenfalls durch: »You never walk alone« von Shemsi aus Dortmund und Verena aus Paderborn, die sich Unity 2 nennen. Ihre an die Schlachtgesänge aus dem Ballsport anknüpfende Mutmachmusik verweist wiederum auf die Teilnehmerin Natalie, die bereits die deutschen Sportler bei der Vierschanzen-Tournee mit ihrer Hymne »Fight to win« zu Meisterleistungen antrieb. Wie alle ausländischen Teilnehmer ist natürlich auch die gebürtige Russin, das wurde mehrfach versichert, in Deutschland vorzüglich integriert. Ihre Kollegin, die schwarze Soulsängerin Linda Carriere vom Label 3P bekennt sich ein wenig zu pathetisch zu ihrer neuen Heimat Aschaffenburg und übt sich ebenfalls in Durchhalteparolen: »Laß dich von keinem stoppen, dann kommst du nach oben.« Bei diesem Wettbewerb hat es allerdings keine der Ausländerinnen geschafft.

Die Feinde

Wie immer wenn jemand herausschreit, was Sache ist, gibt es Neider, die ihm alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legen. Davon kann sogar Bernhard Brink ein Lied singen. Auch unter den Mitbewerbern gab es Intrigen, die, ausgedacht

von »Bild«-Redakteur Pittelkau, ihre eigene Dynamik entwickelten. Humanist Brink soll den rüpelhaften Umgang der Kelly Family, die ein Auto aufdringlicher Groupies demoliert hatten, gerügt haben. Joey Kelly, Wortführer der Folk-Family, steckte daraufhin Pittelkau die Information, Brink sei unter seinem Niveau, worauf Brink noch einmal an seinem Pittel kaute: Joey Kelly sei dümmer als Kartoffelsalat. Es liegt uns fern, hier Partei zu ergreifen – doch stimmt es in der Tat nachdenklich, daß sich die Kellys bei ihrem Auftritt wirklich auf das von Brink ausdrücklich verworfene Liebelalala (genauer: »I wanna be loved«) beschränkten, wofür sie vom Hallenpublikum dann auch zu Recht ausgebuht wurden.

Unerwartete Schützenhilfe gegen die ausländischen Radaubrüder bekam Brink ausgerechnet von Dieter Bohlen, der ein Lied für das von »Bild«-Lesern gecastete Starlet Isabel komponiert hatte. »Aussehen ist wichtig«, erklärte Bohlen, »aber man sieht ja an den Kellys, daß es nicht das Wichtigste ist.«

Während Bohlen »Bild« und seine Leser hinter sich hatte (Isabel über Pittelkau: »Mark ist wirklich ein herzensguter Mensch, ein echter Freund«) und die Kellys sich auf ihre gigantische Fangemeinde verließen, mußte Brink die Wähler in Möbelmärkten umwerben. Zu seinem Pech waren die Fans, die er dort gewonnen hatte, zwar guten Willens, aber nur zu geringen Teilen imstande, im richtigen Moment eine mehrstellige Telefonnummer zu wählen. Die Welt ist ungerecht.

Die ferner liefen

Weil es um hohe Ziele ging, blieb in Kiel die Sünde außen vor. Normal Generation? finden Sex vor der Ehe sowieso uncool. Und Nino de Angelo hatte – vielleicht auch aus Solidarität mit den notgeilen Truppen in Afghanistan – , vor der Vorentscheidung gelobt, sexuelle Enthaltsamkeit zu üben. In seinem Lied über seinen Sohn kommt er aus dem Staunen über die eigene Zeugungsfähigkeit allerdings gar nicht mehr heraus:

Du guckst mich an mit deinen großen Augen / und ich wunder' mich / daß wir imstande war'n / dich hinzukriegen / ich kann's kaum glauben.

Wie eine russische Rakete in Kabul weit über das Ziel hinaus schoß die Band Tuesdays. Ihr Beitrag »Du bist mein Weg« klang arg fundamentalistisch:

Du bist mein Weg und mein Ziel / Ich schenk' Dir meine Seele, mein Herz, den Verstand / Bis ans Ende der Zeit leb' ich nur noch für Dich.

Dazu fiel sogar Brink ein Witz ein: »Bei den Tuesdays, weiß man nicht, ob es sie Wednesday noch gibt.«

Von der programmatischen Ausrichtung dieses Grand Prix gar nichts mitbekommen hatte offensichtlich die sehr gemäßigte Punkband SPN-X, die lautstark monierte: »Es gibt überall Krieg, und die singen den ganzen Tag von Liebe und sagen, alles ist schön.« Allein, sie konnten durch ihren eigenen Beitrag, in dem sie sich einen Starschnitt in der »Bravo« wünschen, nicht gerade ein besseres Beispiel geben. Zwar sind ihre Vorbilder »amerikanisch« (ein Pluspunkt für uneingeschränkte Solidarität), aber wer ihnen ihre unpolitische Haltung vorwirft, hat ihrer Meinung nach »die Wende in den 70ern verpaßt und lebt noch in diesem Politpunkschema. Wir stehen für Spaß und Party.«

Das Vorbild

Angesichts der Politisierung des Sängerkriegs paßt es gut, daß das Finale im Mai in Estland stattfindet – im Land der »singenden Revolution«, die den Esten die Befreiung von der Sowjetherrschaft gebracht haben soll. Die Ausrichtung des Grand Prix stellt das marode Land zwar vor arge finanzielle Schwierigkeiten, seine Politiker aber sehen das Spektakel als erstklassige Gelegenheit, für die Aufnahme ihres Landes in die EU zu werben. Weil die deutsche Vorentscheidung auch in Estland übertragen wurde, hatte das Saalpublikum in Talinns Partnerstadt Kiel als Signal der Völkerfreundschaft die estnische Nationalhymne eingeübt – auf deutsch versteht sich: »Estonia – mein liebes Vaterland«.

Der estnische Ehrengast Mart Laar, Ex-Ministerpräsident und singender Revolutionär, bekundete nach dem Durchlauf der Kandidaten diplomatisch, genauso habe er sich das deutsche Liedgut vorgestellt.

Die Sieger

Es muß hier einmal klar gesagt werden: Die Siegerin, die blinde Sängerin Corinna May, und mehr noch der Komponist ihres Beitrags, Ralph Siegel, stehen unter Verdacht, den Wettbewerb absichtlich und hinterhältig entpolitisiert zu haben. Bernhard Brink hatte es schon bei der Bekanntgabe der Startplätze ziemlich merkwürdig gefunden, daß der Siegel immer die günstigeren letzten Startnummern ziehe. Auch hatte Siegel es geschafft, May-Transparente für die Kameras und damit für 8,5 Millionen TV-Zuschauer gut sichtbar in allen Ecken der Halle zu verteilen, während sich die übrigen Künstler mit vereinzelten, weitgehend mit Mitarbeitern ihrer Plattenfirmen bestückten Fanblocks begnügen mußten. Auch das Spruchband »Bernhard brinkts nicht« wurde Siegel zugeschrieben. Aber ist Corinna Mays

I can't live without music / 'cause it's freedom to me and to you / And hand in hand we'll walk along / We'll be united by a peaceful song / And we'll live all together

nicht auch eine indirekte Botschaft an die Terroristen? I can't live without music – hatten die Taliban nicht auch alle Musik verboten (und nicht nur die von Ralph Siegel)? Ein mutiges Lied.

Doch während die Fotografen sich auf die verstörte Siegerin stürzten, Siegel unter Freudentränen die Backgroundsängerinnen betatschte, der Grand-Prix-Experte der »Taz«, Jan Feddersen, Mays »Entschlossenheit« rühmte und der große Organisator vom NDR, Jürgen Meier-Beer (kein Nachfahre von Giacomo Meyerbeer!), diplomatisch die »hohe musikalische Qualität« aller Beiträge lobte, führten die Verlierer den Sängerkrieg hinterm Vorhang fort. Nino de Angelo warf Siegel vor, er nutze Mays Blindheit aus, und Bohlen empfahl dem Kollegen, sich ins Privatleben zurückzuziehen.

Nur Ralph Siegel zeigte, daß er auch einen Sieg wegstecken kann, und rief die anwesenden Journalisten auf, sie sollten jetzt an einem Strang zu ziehen, wie es die anderen Länder vormachten. Keine Dolchstöße aus der Heimat in den Rücken der Frontwoman!

Die Sieger von morgen

Als Botschafter Deutschlands hätte sich auch das Lied der HipHop-Band Die Firma gut geeignet:

Religion wird zum Traumata / im Glauben und Vertrauen auf Allah kapern Heilige Krieger Menschen und Flieger ... der nächste Anschlag kommt bestimmt ... und seit Anthrax gibt es kaum einen mehr, der Briefe gelassen anfaßt ... Alle Augen ruhen jetzt auf Arafat und Sharon / denn das Schicksal Palästinas hält her für den Schwarzen Dienstag ... / Dein Nachbar könnte ein Schläfer sein / Leute, ihr müßt euch näher sein / Der Krieg ist im Geschäft / und ich schreib weiter Raps.

Leider macht V 2, die Firma von Die Firma, nicht genug Umsatz, um für ihre Umtata-Legastheniker eine der begehrten Startnummern zu erhalten.

Warum allerdings Heinz-Rudolf Kunze nicht dabei war, bleibt schleierhaft. Der Quotenvolksmusiker ist dem Mob so nah wie Brink. Wenn Kunze sich nicht gerade an Wolfgang Neuss vergeht (»Ich habe sein Gesamtwerk durchgelesen und fühlte mich handwerklich sehr an mich erinnert ... eine typische Kunze-Technik. Neuss und ich sind auf verschiedenen Wegen zu ähnlichen Ergebnissen gekommen«), versucht er zu erklären, warum Neonazis harmlos sind: »Schätzungsweise 90 Prozent derer, die sich rechtsradikal gebärden, wissen vom Faschismus wenig bis gar nichts. Das meiste ist Trotz gegenüber Hippievätern und -müttern.«

Der Unerschütterliche

Um Bernhard Brink ist es still geworden. Hat er den Kampf gegen den Terror aufgegeben? Aber nein. Die Illustrierte »Max« meldet, ihr sei quasi exklusiv eine Mappe des Brink-Managers Holger Kurschat »zugespielt« worden, in der sich Kassenbons über den Einkauf von ca. 100 Exemplaren der Brink-CD »Es ist niemals zu spät« befunden haben sollen. Der Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft geht von einem »intelligenten, breit angelegten Betrug« aus, der Brink einen der oberen Plätze in den Charts einbrachte. Betrügen für den Frieden? Vielleicht besser nicht, wenn man auch dazu zu dumm ist.

Konkret 04/02, S. 39

Jürgen Roth

Café Kanzler*

Kultur-Kolumne

Ich finde«, sprach Bundeskanzler Gerhard Schröder, nachdem Kaschubenkönig Günter Grass den Nobelpreis heimbugsiert hatte, und zwar wegen – wir hören das Stockholmer Komitee noch heute bacchantisch grölen ob des gelungenen, hierzulande nicht recht begriffenen Scherzes – der »Beherrschung der deutschen Syntax« – , »ich finde«, meldete Kulturkanzler Schröder erfinderisch den Mikrophonen, »daß damit einer der größten deutschen Schriftsteller dieses Jahrhunderts ausgezeichnet worden ist.« Womit der Findungsprozeß allerdings nicht abgeschlossen war. »Und ich finde erst recht«, fand Literaturkanzler Schröder fort, » – und auch auf dem Hintergrund dessen, was ich von ihm gelesen habe, und ich hab' fast alles gelesen – , daß er das wirklich verdient hat.«

Seit der Kanzler das fand, sind zweieinhalb Jahre vergangen. Und nicht nur das Jahr 1993 liegt weit zurück, jenes Jahr, in dem der vielfach bezeugte Literaturlegastheniker und Theorietor Schröder befand: »Ich habe nie gerne gelesen. Das, was ich brauche, hole ich mir lieber aus Gesprächen« – oder, so 1998, kurz vorm Jahr der plötzlichen und um so totaleren, eben »fast alles« umfassenden Grass-Lektüre, aus »Bild«, »BamS« und dem »Fänseh« (F. W. Bernstein); nein, sogar die Jahre 2000 und 2001 konnten relativ unbehelligt dahinrauschen, bis der Hannoveraner endlich und dennoch ziemlich überraschend den qualitativen Hegelsprung vom Finden zum Erfinden vollzog und: eine Dichterlesung erfand. (Bzw. tat's wohl eher sein Beraterstab, doch Schröder fand die »Idee« wahrscheinlich derart toll, daß er sie gut und gerne für die eigene halten dürfte. Na, scheiß drauf.)

Ende Januar 2002 jedenfalls fand in der Sky Lobby des Bundeskanzleramtes eine vom »Spiegel« (5/2002) »After-work-Dichterlesung« genannte Versammlung rund um die paritätisch berlinrepublikanischen Kanzleipoeten Günter Grass und Christa Wolf sowie die »Entdeckung« Emine S. Özdamar statt. »Persönlich« hatte Kanzler Gerhard eingeladen, »zum Kunstgenuß ... in der Mitte der Macht«. »Wir wollen die Einmischung der Kunst«, erklärte er, lose an das Siebziger-Tandem Brandt-Grass erinnernd, »als« – und jetzt etwas stärker in der ebenfalls leicht verwitterten Parteitradition des Aisthesis-Schwallers B. Engholm – »Herausforderung für uns, für uns selbst und für unsere Arbeit«.

Es soll dann zugegangen sein, meiomei! Ein Duzen wie nicht geheuer. Der Volker (Schlöndorff), der Peter (Schneider), der Durs (Grünbein). Alle da. Und Primus inter poetas: der Gerhard. Die Liveübertragung des »Spiegel«: »Ernst. Nachdenklich. Versonnen. Betroffen. Ein Stück weit.« Haha.

»Er atmet tief, wenn es kleine Erkenntnis zu verdauen gilt«, reportierte der »Spiegel« des weiteren, später kam es zu einer – Symbol! (Versöhnung! usw.) – »öffentlichen Umarmung zwischen dem Kanzler und der Dichterin« und zu je einem Kanzlerglas Rotwein für den Rotweinkanzler und den ergrauten Roten (Grass). Vermißt wurden lediglich: Stucki, Walsi und Walzi (Udo).

Das alles ist erfreulich und war bloß der Anfang. Die »Süddeutsche Zeitung« verriet leider, nicht der Kanzler allein für sich und sich selbst hätte nämliches Meeting erfunden und für unausweichlich befunden, sondern, ähem, der Nobelpreisträger »hatte die Idee zu diesen Abenden«, an denen erst mal er, Grass, den anderen »einen anderen Blick auf die Dinge« (Schröder) einschenkte und simultan für sich selbst und für sich »jenseits der gewohnten Bahnen« (Schröder) denken, dichten oder wenigstens Gedichte vorbrummen durfte.

Unterdessen sind die beiden Schönen ja richtige »Freunde«, und wenn der eine Knuffi so viele Ideen hat, kann er ruhig eine dieser Ideen dem anderen Schnuffi, der viel regieren muß, aushändigen, so als Geste, mein Gott, is' ja nix dabei. Denn der durch den Nobelpreisträger und dessen Literatur syntaktisch und wahltaktisch so reich Beschenkte liest mittlerweile auf Geheiß des Lübeckers auch jeden Sonntag daheim brav ein, zwei Stunden diese Kriegsschiffsgeschichte, einige Kunstkataloge und Durs Grünbein weg.

Um gerüstet zu sein. Für einen neuen, einen zunächst auswärtigen Termin. Bevor – neben Schriftstellern – in Bälde Maler, Filmer und sonstige Kunstgewerbsfummler die Sky Lobby bevölkern, beehrte Schröder Ende Februar in der folgerichtigen Stoßrichtung der neuen Kunstkennerkanzlerschaft das Haus der Berliner Festspiele und eröffnete die Reihe »Schriftsteller treffen Politiker«. Die Schriftsteller: der ganz unaussprechliche Hans Christoph Buch und der unerreichte Ex-Lehrer Peter (s. Sky Lobby) Schneider, dem Willy Brandt einst »Berufsverbot« erteilt hatte. Des guten Kanzlers schlimmster Fehler. Daraufhin ward Schneider Schriftsteller.

Jüngst also, berichtete die »Frankfurter Rundschau«, spürte man Schneiders »Stolz, ihm gegenübersitzen zu dürfen«, dem Radikalenerlaßgegner Schröder, der »To be or not to be« vom Podium schmetterte (by the way: einen Tick besser »kommt« halt Heribert Faßbenders »Toulouse or not to lose, das ist die Frage«) und angelegentlich eines Spektakels, das wahrlich »herrlich« dem »herrschaftsfreien Diskurs« (»FAZ«) des J. Habermas auf die Sprünge half, »ein Stück politischer Kultur«

(Buch; klar, wer sonst) kultivierte, dergestalt er neben dem »geläuterten« Sackhaarkrauler Schneider (»Ich war kein Demokrat«) bekannte, »ein schönes Buch« nicht zu verachten.

Schnaufen wir durch, nehmen wir einen Schluck Bier. Berlin begegnet sich derzeit »auf höchstem Niveau« (Gerhard Polt: *Der Weber Max*), im Café Kanzler wird auch Wasser gereicht (»Als Schneider husten mußte, brachte ihm der Kanzler das Wasserglas«; »FAZ«), die Flamme der »Anstiftung des Dialogs« (Buch) durch das syntaktisch beherrschte Buch lodert lichterfroh, »Geist und Macht« (Heinrich Mann) finden fein zueinander, »Zusammenklang und Teilhabe« (»FR«) sind gebongt. Bloß die griesgrämige »Süddeutsche« ortet »Untertanengeist« und macht degoutante »Servilität« aus: »Es konnte der Kanzler gar nicht so viel speicheln, wie die Schriftsteller (Buch und Schneider) Speichel lecken wollten, und beinahe hätten sie den ganzen Kanzler weggeleckt.«

Leck uns indes fett, wenn nicht folgende Randbegebenheit dem Kern des Berliner Bratens in die saftige Brust sticht: Schröder, überlieferte die »FR«, legte seine Grünbein-Passion dar, und »hier winkte er dem im Publikum sitzenden Grünbein zur allgemeinen Begeisterung zu«, sozusagen Steißbein an Grünbein, Schweißhand an Grünkernling, und wir winken mit dem Zaunpfahl des »Büchnergreises« F. W. Bernstein, der schon 1999 dem – knapp vor Grass – schlechtesten Dichter Deutschlands anläßlich des lyrischen Schweineschmalzpickels *Nach den Satiren* applaudierte: »O Grünbein Grünbein Du hast ja so recht / Von Fettsatire wird eim richtig schlecht.«

Was Bernstein nicht wissen konnte: daß Grass noch mal anders konnte, für die letzte Ausgabe der Es-Pe-De-»Woche« (8. März 2002) konterte und einen die »enge Freundschaft« zu Schröder (»Ich unterstütze ihn gerne kritisch«) bekundenden Grundschulaufsatz abtropfte, in dem an und für sich selbst sprechend u. a. nachzulesen war: »Bei ihm (Schröder) wird deutlich, daß er nicht die Macht an sich meint, sondern daß es ihm auch Freude bereitet, von seiner Machtbefugnis Gebrauch zu machen – i. S. der Politik, die er vertritt, und auch i. S. der Gesellschaft insgesamt.«

Verstehe diesen insgesamt machtvoll-fugendicht geistfernen »Sinn« (Schröder) ein anderer. Ich muß es heute nicht mehr tun. Ich geh' / Ins Café.

---

* Den kleinen Einfall zu dieser Zeile hatte die Redaktion (vier Zeugen) und zwar zwei Wochen, bevor die „Süddeutsche" ihn auch hatte. Davon nicht stören ließ sich – d. Red.

Konkret 04/02, S. 40

Jens Hoffmann

Beyond Sobibor

Am 14. Oktober 1943 erschlugen die Häftlinge des Vernichtungslagers Sobibor ihre deutschen Aufseher und retteten ihr Leben. Claude Lanzmann, Autor von »Shoa«, hat mit einem der Überlebenden einen Film gemacht

Im Herbst 1941 trafen zwei Deutsche auf einer Draisine am Bahnhof Sobibor ein. Die SS-Offiziere Thomalla und Moser inspizierten und vermaßen das Gelände in der Umgebung der Station und schauten sich im nahegelegenen Wald um. Die Männer waren bei der SS-Zentralbauleitung in Zamosc angestellt; Thomalla als Architekt, Moser als Bauaufsichtsleiter. Der Ortstermin in der dünn besiedelten, von Sumpfgebieten durchzogenen Region war Teil eines Auftrages, den die beiden ohne Einwände ausführten. Die Planung und der Bau eines Vernichtungslagers entsprachen der mörderischen Logik, nach der sie ihr Leben eingerichtet hatten. Es mangelte während dieser Zeit in Deutschland nicht an Männern und Frauen, die durch ihre tägliche Arbeit dafür sorgten, daß sich Thomalla und Moser beim Hantieren mit Meßgeräten und Schreibutensilien im Südosten Polens nicht für komplett irrsinnig halten mußten.

Das gemeinsame Ziel, die Ermordung der jüdischen Bevölkerung Europas, hatte den Erfindungsreichtum und das Organisationstalent der Deutschen geweckt. Sie brüteten über Registern und Kennzeichnungssystemen, entwarfen Fahrpläne, probten aufmunternde Begrüßungsreden hinter Stacheldraht und dachten über Finanzierungskonzepte nach. Sie erlernten die für den Schriftverkehr vorgesehenen Wörter und werteten Erfahrungen aus, die sie beim Töten gemacht hatten. Es wurde vorgeschlagen, den Erstickungsraum der Gaswagen mit einer Lampe und einem Abfluß auszustatten. In den fest installierten Gaskammern maßen Chemiker vor Beginn der Massentötungen das von Motoren produzierte Kohlenmonoxydvolumen und empfahlen die Einhaltung bestimmter Drehzahlwerte. Ferner hatte sich gezeigt, daß an einem Tatort, der ständig gereinigt wurde, weniger Störungen des Mordbetriebes vorkamen. Als Ergänzung zu ihren nüchternen Dienstplänen erhielten die Täter und Täterinnen Raum für Improvisation, Selbstbetäubung, Sentimentalität und Mordlust.

Anfang April 1942 kam Franz Stangl als Lagerkommandant nach Sobibor. Er informierte sich bei Christian Wirth, dem Kommandanten des Vernichtungslagers Belzec, nach dessen Vorbild Sobibor entworfen worden war, über die organisatorischen und technischen Einzelheiten des Vernichtungsprozesses und überwachte die aus jüdischen Männern der Umgebung zusammengestellten Arbeitskommandos, die das Lager fertigstellen mußten. Sobibor bestand aus fünf Abteilungen. Die Wohn- und Arbeitsbaracken der bis zu 450 jüdischen Häftlinge, die unter Aufsicht der etwa 30 deutschen Aufseher und 120 ukrainischen Wachleute arbeiten mußten, waren durch Stacheldraht von den Verwaltungsgebäuden, Magazinen, Stallungen und Unterkünften des Lagerpersonals getrennt worden. Zur Tarnung des Geländes wurden Zweige in die äußere Stacheldrahtumzäunung eingeflochten und zwei parallel zur Bahnlinie verlaufende Holzzäune aufgestellt, die verhindern sollten, daß vorbeifahrende Reisende ins Lager blicken konnten.

Der am strengsten bewachte Bereich war die »Lager 3« genannte Vernichtungszone mit den zunächst drei, ab Frühherbst 1942 neun Gaskammern, den Massengräbern und den Baracken der von bis zu 150 Häftlingen gebildeten Sonderkommandos, die die Leichen der Ermordeten aus den Gaskammern schaffen, nach Wertgegenständen absuchen und zu den Massengräbern bringen mußten. Diese Häftlinge wurden strikt von den übrigen Lagerinsassen getrennt; nur sehr selten gelang es ihnen, Nachrichten aus der Vernichtungszone herauszuschmuggeln. Im Unterschied zu den anderen Lagerbereichen, in denen Überleben trotz permanenter Todesdrohungen nicht gänzlich unmöglich war, hatten die Häftlinge im Lager 3 keine Chance. In unregelmäßigen Abständen wurden sie von den Deutschen ermordet und durch gerade im Lager angekommene Männer ersetzt. Aus diesen Kommandos gibt es keine Überlebenden.

Auch die Häftlinge der Sonderkommandos aus dem Vernichtungslager Belzec, die gezwungen wurden, die Leichen der 600.000 dort Ermordeten auszugraben und zu verbrennen, sind nach Auflösung des Lagers im Frühjahr 1943 nach Sobibor gebracht und erschossen worden. Da die Deutschen eine Revolte fürchteten, erließen sie eine Ausgangssperre für alle Häftlinge und töteten die Männer aus Belzec direkt auf der Rampe des Lagers.

Die systematische Ermordung von jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Lager Sobibor wurde von den Deutschen Anfang Mai 1942 begonnen und dauerte zunächst bis Ende Juli desselben Jahres an. Die Transporte kamen aus dem Distrikt Lublin, aus der Tschechoslowakei, aus Deutschland und Österreich. Während dieses Zeitraums wurden mindestens 90.000 Menschen in den Gaskammern mit Kohlenmonoxyd erstickt. Zwischen August und Oktober 1942 sind keine Todeszüge nach Sobibor geleitet worden. Wegen des sumpfigen Untergrundes war ein Teil der Bahnstrecke Chelm – Wlodawa, an der die Station Sobibor lag, abgesackt und mußte erst wieder für die Zwecke der Deutschen hergerichtet werden.

Zwei Monate vor Beginn der zweiten Vernichtungsphase im Oktober 1942 wurde Franz Stangl als Kommandant in das Vernichtungslager Treblinka versetzt. Die Leitung von Sobibor übernahm Franz Reichleitner, der wie die Mehrheit des Personals der Todeslager von Belzec, Treblinka und Sobibor vorher an den »Aktion T4« genannten Massenmorden in

deutschen und österreichischen Heil- und Pflegeanstalten beteiligt war. Unter Reichleitners Kommando wurden die Leichen der in den Gaskammern Getöteten auf einem aus Eisenbahnschienen errichteten Rost verbrannt. Um Spuren der Verbrechen zu verwischen und die Qualität des eigenen Trinkwassers zu sichern, befahl er ferner die Exhumierung und Verbrennung der während der ersten Vernichtungsphase Getöteten.

Bis Oktober 1943 wurden Juden aus Ostgalizien, aus dem Distrikt Lublin, aus der Slowakei, aus den Niederlanden und aus den Ghettos von Wilna, Minsk und Lida nach Sobibor geschafft. Die Zahl der in der zweiten Vernichtungsphase Ermordeten wird auf mindestens 150.000 geschätzt. Allerdings gelang es den deutschen Organisatoren der »Aktion Reinhard« genannten Massenmorde in Belzec, Treblinka und Sobibor nicht, ihre Tat wie geplant mit der Ermordung aller Zeuginnen und Zeugen zu beenden. Am 14. Oktober 1943 erhoben sich die im Lager übriggebliebenen Häftlinge von Sobibor gegen die Mörder und töteten einige von ihnen. Etwa 320 Menschen konnten zunächst aus dem Lager entkommen; mindestens elf deutsche Aufseher bezahlten für ihr Tun mit ihrem Leben.

In Claude Lanzmanns jüngstem Film »Sobibor, 14 octobre 1943, 16 heures« ist Yehuda Lerner, einer der am Aufstand Beteiligten, im Interview mit dem Regisseur zu sehen. Lanzmann filmte das Gespräch 1979 in Jerusalem während der Dreharbeiten zu »Shoah«. Über die Entstehungsgeschichte von »Sobibor« sagte Lanzmann im Interview mit Feli Reuschling und mir: »Der Film ist nicht verbunden oder verknüpft mit irgendeiner Art von Aktualität. Ich wußte immer, daß dieses Interview sehr stark ist. Aber ich habe lange Zeit nicht daran gedacht, daraus einen Film zu machen, denn die Herstellung eines Films ist für mich eine sehr komplexe und schwierige Unternehmung. Außerdem mochte ich nicht gern nach Polen, nach Sobibor zurückkehren. Man fährt da nicht zum Spaß hin. Ich hätte das Interview mit Lerner gern ungeschnitten, im Rohzustand, an einen Fernsehsender weitergegeben, ich wollte zunächst nicht daran arbeiten. Aber wegen der Länge des Interview-Materials war das unmöglich. Zufällig fand ich dann einen Produzenten, der, ohne eine Sekunde des Interviews gesehen zu haben, wollte, daß ich den Film mache.«

In wenigen Sätzen berichtet der 1926 in Warschau geborene Lerner im Interview von der Deportation und Ermordung seiner Familie durch die Deutschen, die ihn im Frühjahr 1942 als Sklavenarbeiter auswählten und in ein Arbeitslager bei Smolensk brachten. Lerner gelang in den folgenden sechs Monaten die Flucht aus acht verschiedenen Arbeitslagern, bis er im Sommer 1942 in das zum Hauptghetto von Minsk gehörende Arbeitslager in der Sekorastraße geschafft wurde. Dort fand er Anschluß an eine hauptsächlich aus sowjetischen Juden bestehende Gruppe von Kriegsgefangenen, die trotz der Verhältnisse im Lager über Fluchtpläne berieten und sich der Ordnung der Deutschen widersetzten.

Als ihren Anführer betrachteten die Gefangenen den 1909 geborenen, Sascha genannten Alexander Petscherski. Vor Beginn des Krieges war er in Rostow als Buchhalter angestellt und engagierte sich in verschiedenen Musik- und Theatergruppen. Der KP gehörte er nicht an. Im September 1941 wurde Petscherski von Soldaten der Wehrmacht gefangengenommen. Nach einem mißglückten Fluchtversuch trennten die Deutschen ihn von den nichtjüdischen Mitgefangenen und schafften ihn nach Minsk in die Sekorastraße. Bevor allerdings die Gruppe um Petscherski und Lerner ihre Fluchtpläne realisieren konnte, wurden sie von den Deutschen aus Minsk abtransportiert. Nach vier Tagen Fahrt kam der Deportationszug mit 1.750 Menschen am Abend des 22. September 1943 in Sobibor an. Da die Deutschen Tischler und Zimmerleute für den Ausbau des Lagerabschnitts 4 benötigten, wählten sie 80 Männer aus, zu denen auch Petscherski und Lerner gehörten. Die übrigen Menschen dieses Transportes wurden in den Gaskammern ermordet.

Während Yehuda Lerner in Lanzmanns Film von diesen Lebensstationen berichtet, ist seine Stimme hauptsächlich im Off zu hören. Das Publikum sieht dazu Bildsequenzen, die Lanzmann an den Orten von Lerners Geschichte aufgenommen hat. Er zeigt den »Umschlagplatz« genannten Ausgangsort der Deportationszüge aus dem Warschauer Ghetto und die Reste des Arbeitslagers in der Umgebung von Smolensk. Lanzmann läßt die Kamera synchron zu Lerners Ausbruchsgeschichte durch Gestrüpp hasten und hinter einem Baum ausruhen. Lerners erneute Gefangennahme durch die Deutschen hört das Publikum zu Bildern, die aus einem über eine Forstpiste rasenden Auto aufgenommen worden sind.

Zu seiner Entscheidung, die Anfangssequenzen von »Sobibor« in dieser Weise zu gestalten, bemerkte Lanzmann: »Es ging für mich nicht nur darum, etwas zum Aufstand in Sobibor zu machen, sondern auch zu zeigen, was vorher mit Yehuda Lerner geschehen ist, was für ein merkwürdiger und außergewöhnlicher Mann er ist, der riskierte, so oft aus Lagern der Deutschen auszubrechen. Es wäre ungerecht gewesen, diese Vorgeschichte zu unterschlagen. Und ohne sie hätte der Film nicht dieselbe Kraft. So wurde es notwendig, aus dem Interview einen wirklichen Film zu machen. Natürlich hat die Möglichkeit, nach Polen zurückkehren und drehen zu können, den Blick und den Aufbau des Films verändert. Ich war nun in der Lage, eine Form des Erzählens für Lerners Vorgeschichte zu entwickeln. Die ganze Reise von Minsk bis zum Bahnhof Sobibor ist da. Wir sehen Minsk, wir sehen Majdanek, wir sehen den Bahnhof von Chelm – da ist eine ständig zunehmende Spannung. ›Sobibor‹ ist ein Film mit einem großen Spannungsbogen.«

Die eindrücklichste Sequenz in Lanzmanns Film ist jene, in der Lerner von seiner Aufgabe während des Aufstandes erzählt. Nachdem mehrere Fluchtpläne verworfen worden waren, hatte sich die Gruppe um Petscherski entschieden, einzelne für die Aufrechterhaltung der Lagerordnung wichtige Deutsche zu töten und die Konfusion der führungslosen Aufseher und ukrainischen Wachleute für einen Ausbruch der Häftlinge aus dem Lager zu nutzen. Um den Aufstand nicht bereits im

Vorfeld zu gefährden, waren nur etwa 50 Juden über den Plan informiert worden. Die Gruppe hoffte, möglichst viele Lagerinsassen spontan zum Ausbruch bewegen zu können. Ihnen war allerdings auch bewußt, daß es keine Möglichkeit gab, die streng isolierten Häftlinge aus der Vernichtungszone von Sobibor mit in den Aufstand einzubeziehen.

Es war geplant, die Deutschen unter einem bestimmten Vorwand in verschiedene Baracken der Lagerhandwerker zu bestellen, sie dort einzeln und möglichst lautlos mit organisierten Äxten und Messern zu töten und ihre Schußwaffen an sich zu nehmen. Danach sollte mit Hilfe zweier Kapos ein Lagerappell für alle Häftlinge vorgetäuscht und der Lagerzaun an der einzigen unverminten Stelle durchbrochen werden. Notwendige Voraussetzung für das Gelingen des Planes war die Berechenbarkeit und Verläßlichkeit der Deutschen, deren Gewohnheiten die Aufständischen genau studiert hatten. Um sie möglichst unauffällig töten zu können, mußten die Deutschen pünktlich sein und sich locken lassen durch die Aussicht auf eine perfekt sitzende Uniform oder einen wertvollen Gegenstand aus dem Besitz ermordeter Juden. Die Deutschen kamen pünktlich.

Yehuda Lerners Aufgabe war es, zusammen mit einem im Film nicht namentlich genannten sowjetischen Soldaten (wahrscheinlich Arkadij Wajspapir; J. H.) den Chef der ukrainischen Wachleute, Siegfried Graetschus, und seinen Stellvertreter Klatt mit Äxten zu töten. Lerner ist während des Interviews der Stolz darüber anzusehen, daß Petscherski bei dieser schwierigen Aufgabe an ihn gedacht hat. Er beschreibt seine Aufregung vor der Tat und führt die Geste des Zuschlagens aus. Auch die offensichtlich sehr genau auf die Situation vorbereitete Kamera schlägt ein bißchen mit. Das Ereignis ist so gegenwärtig für ihn, daß er, der vorher keinen Menschen getötet hat, noch den Laut nachmachen kann, mit dem der getroffene Graetschus zu Boden sank. Das Töten des Mörders wird von Lerner als der Moment beschrieben, an dem er die Existenz des namenlosen Lager-Nichts in Freiheit verlassen konnte. Lanzmann, der »Sobibor« auch als »mythologischen Film« bezeichnete, sagte zu der Szene: »Es ist David gegen Goliath. Lerner beschreibt Graetschus als eine Art King Kong. Das klingt wie ein Märchen. Lerner ist wie ein Kind, als er Greatschus beschreibt.«

In gewisser Weise ist »Sobibor« auch gegen ein Foto gemacht, das Lanzmann zu Beginn seines Films zeigt. Aller Wahrscheinlichkeit nach stammt es von einem Deutschen, der es während der Beerdigung der getöteten Wachleute aufnahm. Ein uniformierter Deutscher hat sich vor einem Sarg aufgebaut und ehrt den gerichteten, treuen Mörder mit dem Hitlergruß. »Es war mir sehr wichtig, dieses Foto zu zeigen. Ich fand es im Museum von Sobibor. Als ich an ›Shoah‹ arbeitete, kannte ich dieses Foto noch nicht. Vielleicht zeigt es den Sarg von Graetschus, wer weiß. Ich mag den Anfang von ›Sobibor‹ sehr gern, denn man sieht, daß die Nazis getötet worden sind, und unmittelbar danach sieht man das vollständig ruhige Gesicht von Yehuda Lerner; zunächst könnte man es für eine Fotografie halten. Doch plötzlich entdeckt man, daß da ein lebendiger Mensch sitzt.«

Wie in »Shoah« berühren Lanzmanns Fragen an Yehuda Lerner nicht das gegenwärtige Leben dieses Akteurs und Zeugen einer exemplarischen Tat. Das Interview endet mit Lerners Stimme im Off. Er erzählt, wie er während des Aufstands aus dem Lager rannte und schließlich am Rand eines Waldes erschöpft einschlief. Doch »Sobibor« endet nicht mit diesem auch vom Regisseur als »schön« bezeichneten Bild. Gegen die naheliegende Identifikation des Publikums mit dem Darsteller und gegen den zu erwartenden Happy-End-Applaus im Kinosaal wendet sich Lanzmann mit einem Wechsel der Wahrnehmungsperspektive. Er verliest die Daten der Todestransporte, die zwischen Mai 1942 und September 1943 in Sobibor endeten. Wo die Zahl der Deportierten und Ermordeten nicht rekonstruiert werden konnte, sieht das Publikum einen kleinen Strich auf der Leinwand, hört Lanzmanns »figure unknown« und »unknown«.

»Ich habe nicht versucht, eine Rekonstruktion des Aufstands von Sobibor herzustellen«, antwortete Claude Lanzmann auf die Frage nach seiner eigenen Bewertung des Kunstwerkes »Sobibor«, »aber es ist ein merkwürdiger Film geworden. Ein Film mit einem Darsteller, einer Person, der Stimme und der Landschaft; meiner Meinung nach war das, mit allem, was Lerner berichtet, genug.«

Zu Ereignissen und Personen, die in »Sobibor« keine Erwähnung fanden, sind in den letzten Jahren zahlreiche Veröffentlichungen erschienen. Die bislang umfangreichste Studie zu dem Vernichtungslager stammt von Jules Schelvis, der als einziger seiner von Westerbork nach Sobibor deportierten Familie die Inhaftierungen in deutschen Arbeits- und Konzentrationslagern überlebte. Ausführlich dokumentiert er die Aussagen von Zeugen und die verschiedenen Prozesse, die gegen Angehörige des Lagerpersonals geführt worden sind. Schelvis war in den 80er Jahren auch an der Produktion von Video-Interviews mit Sobibor-Überlebenden beteiligt.

1982 erschien in den USA Richard Rashkes sorgfältig recherchierter Roman *Escape from Sobibor*, in dessen letztem Kapitel der Autor vom weiteren Leben einiger aus Sobibor entkommener Männer und Frauen erzählt. Nach Rashkes Roman ist auch der Fernsehfilm »Escape from Sobibor« (USA 1987) produziert worden. Unter dem Titel *From the Ashes of Sobibor* veröffentlichte der 1927 im polnischen Izbica geborene und heute in Santa Barbara lebende Thomas T. Blatt 1997 die Erinnerungen an seine Jugend. Ende April 1943 schafften ihn die Deutschen nach Sobibor. Seine Eltern und sein Bruder wurden in den Gaskammern getötet. Blatt überlebte die Selektion, die anschließende Zeit als Lagerhäftling und nahm am Aufstand teil.

In ihrer Erzählung »Porträt mit Kinnladensteckschuß« begleitet Hanna Krall Blatt auf dessen Reise an die von Todesgefahr, Verrat und seltener Hilfe bestimmten Orte seiner Kindheit. Nach Blatts Recherchen wurden 150 der zunächst 320 aus Sobibor entkommenen Männer und Frauen von den Deutschen gefangen und exekutiert. Fünf starben im Kampf mit Partisanen oder der Armee, 92 wurden von örtlichen Feinden in Verstecken getötet. Blatt nennt die Namen von 53 Männern und Frauen, die den Aufstand überlebten und durch die Rote Armee befreit wurden.

Sobibor, 14 octobre 1943, 16 heures

Regie: Claude Lanzmann; 95 Minuten; Frankreich 2001

Alle Zitate Claude Lanzmanns stammen aus einem Interview, das Feli Reuschling und Jens Hoffmann am 15.2.2002 mit dem Regisseur geführt haben.

Literatur:

Thomas T. Blatt: *Nur die Schatten bleiben – Der Aufstand im Vernichtungslager Sobibor*. Aufbau, Berlin 2001, 335 Seiten, 8,95 Euro

Israel Gutman (Hrsg.): *Enzyklopädie des Holocaust*. Piper, München 1995, 282 Seiten, 9,90 Euro

Hanna Krall: »Porträt mit Kinnladensteckschuß«; in: Hanna Krall: *Tanz auf fremder Hochzeit*. Erzählungen. BTB, München 1997, 219 Seiten, 7,50 Euro

Richard Rashke: *Flucht aus Sobibor*. Roman. Bleicher Verlag, Gerlingen 1998, 442 Seiten, 23 Euro

Jules Schelvis: *Vernichtungslager Sobibor*. Metropol Verlag, Berlin 1998, leider vergriffen

---

Jens Hoffmann schrieb in KONKRET 1/02 über Gerhart Riegners Erinnerungen

Konkret 04/02, S. 44

Ulrich Holbein

Die Figuren fuhren toll umeinander

In Alfred Döblins »Dreißigjährigem Krieg« steht bereits alles über Afghanistan u.f.

Die 8 Millionen Kriegstoten von 1648 scheinen neben den 60 Millionen von 1945 wenig. Doch damals, umgerechnet auf 1618 nur in toto 12 Millionen Deutsche, kamen 70 Prozent der Gesamtbevölkerung um, und im Zweiten Weltkrieg keine 20 Prozent, folglich war der Erste Weltkrieg bereits der soundsovielte – zumal für jedes Kriegsopfer auch im begrenzten militärischen Konflikt, vom zweiten punischen Krieg bis Waterloo, die komplette eigene Welt draufgeht, also die Welt. Das Hauptattribut moderner Materialschlachten – mehr Zivilisten tot als Soldaten – trifft bereits auf den Dreißigjährigen Krieg voll zu.

Döblins *Wallenstein*, neu herausgegeben, erstmals extensiv kommentiert, fehlerbefreit und philologisch akribischer denn je, ein qualmendes, heulendes Monstrum von Hyperroman, beweist aufs neue: Nirgendwo ein Krieg, der kein dreißigjähriger Weltkrieg wäre. Auch wenn jeder neben dem Dreihundertjährigen Krieg der Dschou-Dynastie zu verzwergen scheint. Auch wenn der provisorisch teilbeendete in Afghanistan erst 23 Jahre dauert. Wo ebenfalls Jahrtausend-High-Tech auf vorsintflutliche Ausrüstung prallt. Schwedenkönig Gustav Adolfs weithin leuchtende Segelschiffflotte contra agrarische Mistgabeln präludiert Pentagons Splitterbomben contra verrostete Kalaschnikoffs.

Das strotzende Barockgemälde kaiserlicher Kulinarik am Romanbeginn schreit nach abgetauschtem Kostüm, um als US-Multikulti-High-Society-Überflußgesellschaft zu schwelgen. Drei Wallensteinseiten über das Wimmelbild des mittelalterlichen Wiens ersetzen vorauseilend jede Hollywoodbreitwand ziehender Völkerscharen, jede Multiplan-Kamerafahrt im Helikopter über computergenerierte Stadtanlagen, technisch perfekt: New York 1618. Und drumherum: Brachland, Steinzeitkommunismus, Felder, Plantagen, so verlassen und verwildert, als wären sie auch 1630 schon vermint gewesen. Alle diese Kriege zeigen, statt ähnlicher Formatstrukturen, beinah identische; zumal Bomben, laut Denis Diderots Eichborn-*Enzyklopädie*, bereits 1495 geworfen wurden.

Nordallianz, Antitaliban-Einheiten, Tschetschenen, Tadschiken, Turkmenen, gemäßigte Taliban, Al-Qaida-Kämpfer, Russen, Exsowjets, Usbeken, Mudjahedin, Mullahs, Muftis, Araber, Shiiten, Saudis, Jemeniten, Pakistani, Kaschmiri, Hazara, Kabuli, Sonstige, CIA, Uno-Milizen, Koranschüler, Blauhelme, Fundis, Waffenmafia, Elitetruppen, Killer für den Frieden, chinesische Uiguren, indonesische Söldner, Afghanistanexperten: ethnische Gemengelage und Kriegsparteien-Wildwuchs gebärdete sich um 1630 um nichts unkomplizierter oder übersichtlicher: Drakoner, Brabanter, Böhmer, Slawonen, Wallonen, Kürrasiere, Musketiere, Arkebusiere, Uckermärker, Kapuziner, Schwaben, Kurfürsten, Böhmen, Dänen, Türken, Hohnezollern, Freiherrn, Hofjüdlein, Bastarde, Berserker, sächsische Pagen, Friedländer, Lehensmänner, Sonstige. Hier wie da Ausführorgane, Dumpfis, Söldner, Fremdenlegionäre, Sympathisanten, Überläufer, Verwilderte, Blutsäufer, Kriegsgewinnler, Landesfürsten, Lokalgrößen, Warlords, Finanziers, Hintermänner, Moralkeulen, zivile Opfer, Invalide, und immer wieder Terrorbestien und Ungläubige auf allen Seiten, ständig umgesteckte Etiketten und Glaubensbeweise – bis hin zu Spitälern, in denen man noch die lallenden Moribunden peinlich ausforscht: »Ob Ihr lutherisch, calvinisch, utraquistisch, katholisch seid?« »Ich bin krank.« Talibanopfer wie Nadschibullah wurden so zermartert und aufgehängt wie Jessenius, Haunschild, Otto von Los und viele andere am Altstädter Brückentor von Prag.

Glühende unvergeßliche Bilderbögen, pro Seite Suppenwürfelkonzentrate, unromantisiertes Barock, Kriegswirren, tiefenplastisch, prall von Evidenz: Genauso war's, exakt so, woher kann das ein Mensch alles wissen? Null einfühlende Anleihen aus Grimmelshausens Simplizissimus, und trotzdem schier näher dran an damaligen und jeden Realitäten – der unbestechlichste aller Zerrspiegel. Verdrehte Prophetenopfer flehen Priester, die verquere Gottesbilder ausbrüten, um Schutzamulette an, die diese hartherzig nicht gewähren. Ein gefräßiger Zwerg verbeißt sich in einen zahmen Storch. Mitten im magischen Realismus des »Wallenstein« betätigen sich atavistische Teufel als Exorzisten. Das Personenregister des Herausgebers listet 700 historisch abgesicherte Romanfiguren auf. Wer Labyrinthe liebt – auf geht's!

Immer mal wieder meuterten Kritiker, der expressionistische Döblin sei so kalt. Kann diesmal nicht bestätigt werden; *Wallenstein* kocht und glüht jenseits von Temperaturfragen, bunt, seltsam, schräg. Durch das Berliner Theaterleben, wie jetzt auf CD überprüfbar, bewegt sich dieser Döblin mit sardonisch verfremdeterem Blick als jedes Marskalb. Und wirft sogar Aphorismen aus wie: »Meine epische Breite ließ mich nicht zu Wort kommen.«

Zwar treibt alle Jahre der Walter Verlag wacker die hochverdienstvolle Döblin-Gesamtausgabe weiter, schöne dicke edle Bände. Döblins *Giganten* wurden seit 1932 nicht mehr aufgelegt. Döblin sank ab zum weißesten Subkontinent. Und liegt wie Blei oder Gold. In der Kulturoase Berlin kommt's vor, also anderswo erst recht, daß Buchhändlerinnen, als lebten sie in der Wüste Talibanistan, Nabokov und Nabucco verwechseln und bei Döblins *Hamlet* zurückfragen: »Mit ü?« Einerseits schwebt der Wallensteinautor, der frühe heiße wilde Döblin, fern von Mitleid oder Sensationsgier, als Weltgeist über allen welthistorischen Greueln und Absurditäterätätä, andererseits wird er mit seinem Buch in die Revierkämpfe desselben

universalen Weltkriegs gerissen, unblutig, aber nicht minder existenziell, innerhalb seines Biotops, des Namens Literaturgeschichte.

Armin Mueller-Stahl, alias Thomas Mann, schob den kaum verfilmbaren Döblin aufs Abstellgleis. Brecht half schieben. Böll schob mit. Selbst Robert Musil, der Döblins zur Zeit nur bei DTV erhältliches Hindu-Epos *Manas* rezensierte, genießt höheren literarischen Ruf als der lebensprall, bilderselig, deftig leuchtende Döblin. Dr. Benn sonnt sich im Ruhm seiner zehn Zeilen »Krebsbaracke« – Dr. Döblin nimmt im Wallenstein Hekatomben von Ruhr- und Typhusbaracken unter die Lupe. Selbst der scheinbar so dezente Dr. Kafka verkauft sich – wenn auch nicht ganz so rasend wie Hesse – nach wie vor zehntausendfach pro Jahr. Die »Gustloff« (9.000 Tote) stand lang im Schatten der »Titanic« (1.500 Tote). Grass' schmalbrüstige »Gustloff« wird soeben in vierzehn Sprachen übersetzt, Döblins omnipotenter *Wallenstein* in null. Also ist er keine Weltliteratur, nicht wie Milan Kundera und Cees Nooteboom von europäischem Rang. Die vergleichsweise in normalformatiger, trostloser Leichtverständlichkeit verharren.

Daß Grass für seinen Lehrer Döblin trommeln geht – seit wann muß Mozartschüler Franz Xaver Süßmayr eine Lanze für Mozart brechen? Der unermeßliche erratische Urwald darbt im Schatten seiner Ableger und Topfpflänzchen. Döblin spielt Mammutorgel neben neunzig weltberühmten Kammbläsern, sprich: Nobelpreisträgern, bestenfalls Blechtrommlern. Wer Kriege kleiner findet als Weltkriege, hält wohl auch Weltliteratur für welthaltiger als Literatur. Wenigstens hat neulich mal die »Frankfurter Rundschau« gewagt, den extrem überschätzten Lexikonbenutzer Joyce nicht länger über den noch extremer unterschätzten Magmaspeier Döblin zu postieren. Thomas Mann (lächerlich, ihn Monstrum zu nennen) war zwar nicht bloß ein verspäteter Theodor Fontane, der laut Döblin die Bügelfalte zum Kunstprinzip erhob, aber Döblin war unendlich mehr als ein deutscher Joyce.

Im Band *Dichterhandschriften von Martin Luther bis Sarah Kirsch* müssen Mann und Arno Schmidt neben Döblins dämonischer Klaue verzwergen, zu Kulturträgern, die fast nur über tote Kollegen schrieben, von Goethe bis Edgar Allan Poe, fernab reeller Jahrhundertprobleme. Fast alle Dichterstimmen vor 1950, an die man sich im Marbacharchiv anstöpseln kann, tönen arg pathetisch, betulich, antiquiert, Franz Werfel, Hugo von Hofmannsthal, Thomas Mann, alle – außer Döblin. Döblin schrieb bulimistisch über Relativitätstheorie, Irrenanstalten, Magenprobleme, Jungfräulichkeit, Säuglingspflege, Buddha, Kopfschmerzen, Arterienverkalkung, Arnold Schönberg, wenn's aber sein mußte ebenfalls über Dostojewski oder Goethe, siehe *Kleine Schriften*, Band 1 bis 3. Soeben erschienen auch opulent 457 Briefe, zwischen 1907 und 1957, an Thomas Mann, Gottfried Benn, Peter Rühmkorf, Theodor Heuss und viele andere. Hier erscheint der Dichter als Mensch – und plötzlich so ernüchternd zurechnungsfähig, gar nicht mehr sehr monströs, eher nett, interessiert, human. Dennoch spürt man, daß der Romanerneuerer sich nicht verbiegen mußte, um einem Normalmenschen einen Extremkünstler aufzupropfen. Eher hat der Mondmann Mühe, sich runterzudrehn und blitzt oft genug durch.

Alfred Döblin: *Wallenstein*. Walter Verlag, Düsseldorf 2001, 1023 Seiten, 84 Euro

Alfred Döblin: *Briefe II*. Walter Verlag, Düsseldorf 2001, 624 Seiten, 58 Euro

Alfred Döblin: *Die beiden Freundinnen und ihr Giftmord*. Artemis & Winkler, Düsseldorf 2001, 96 Seiten, 9,90 Euro

Alfred Döblin: *Da stehste staunend vis-à-vis. Berliner Feuilletons und Zeitglossen*. Gelesen von Dieter Mann. CD. Patmos Verlag, Düsseldorf 2001, 14,95 Euro

---

Ulrich Holbein schrieb in KONKRET 8/01 über Klaus Kinski

Konkret 04/02, S. 45

Jenna L. Brinning

Links & Rights

Weniger ist mehr war gestern. Ein halbes Jahr nach dem Tag X sieht der US-Haushaltsentwurf für 2003 mit einem Gesamtvolumen von 2,13 Billionen Dollar eine wahrhaftig bombastische Steigerung des Militäretats vor. Mit 379 Mrd. Dollar ist das US-Militärbudget größer als der gesamte Haushalt der BRD. »We're busier than ever«, verkündet keß das US-Verteidigungsministerium online. Was die Jungs vom Dept. of Defense in 2003 mit einem solchen Budget alles anstellen können, präsentieren sie auf der offiziellen Seite www.dtic.mil/

comptroller/fy2003budget/. Daß über 68 Mrd. US-Dollar für den Rüstungseinkauf vorgesehen seien, wie die Deutsche Friedensgesellschaft nach Associated Press vorliegenden Informationen berichtete, steht dort freilich nicht. Der aufgestockte bundesdeutsche Militäretat, der bis 2005 jährlich 23,62 Mrd. Euro betragen soll, sieht daneben freilich wie Peanuts aus. Aber auch die Bundeswehr (www.bundeswehr.de) möchte nicht länger nur den Hilfssheriff spielen.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg forderte die DFG-VK, die älteste deutsche Friedensorganisation, eine generelle Abrüstung. Unter www.dfg-vk.de/index2.htm bieten die Pazifistinnen Berichte und Links zum Thema Rüstung. Von hier aus gelangt man zu www.besserereweltlinks.de/

militaer.htm, einer Linksammlung, die auch offizielle Nato-Sites beinhaltet.

Nicht nur die Aufrüstung boomt in Deutschland – der deutsche Waffenexport wird im großen Stil betrieben. Ausrangierte U-Boote, Kampfbomber und Tornados stehen zum Verkauf. Scharpings eBay-Angebote könnten so ein paar Milliarden Euro für den Aufrüstungsetat einbringen. Der Friedenspolitische Ratschlag, eine Kooperation zwischen der Universität Kassel und dem Bundesausschuß Friedensratschlag, verdeutlicht auf seiner Website www.uni-kassel.de/fb10/frieden/, wie der deutsche Rüstungsexport wachsen wird und was die offiziellen Zahlen verschweigen.

Größere finanzielle Sorgen haben zur Zeit die Amerikaner. Seit der Stornierung des ABM-Vertrages will George Jr. unbedingt das Raketenabwehrsystem, koste es, was es wolle. Im Februar hat das Pentagon den Kongreß um weitere 7,8 Mrd. Dollar gebeten – dieselbe Summe, die es im Dezember 2001 bereits bekommen hat. Das Blatt der Arms Control Association, ACT, im Web unter www.armscontrol.org/act zu finden, beobachtet – und kritisiert – das amerikanische Rüstungsrennen. Eine Kampagne gegen das Raketensystem Shield of Dreams, www.shieldofdreams.org, will verhindern, daß über 200 Mrd. Dollar verschleudert werden. Denn Berichten der Geheimdienste zufolge sind Angriffe durch interkontinentale Raketen ganz und gar unwahrscheinlich.

Konkret 04/02, S. 46

Marit Hofmann

FilmTheater

Panic Room
E.T. – Der Außerirdische

Panic Room

Regie: David Fincher; mit Jodie Foster, Forest Whitaker; USA 2002 (Columbia Tristar); 110 Minuten; ab 18. April im Kino

Im Gegensatz zu dieser alleinstehenden Frau (Foster) und ihrer Tochter wäre ich niemals in das große alte Haus eingezogen, das schon bei seiner Besichtigung so dunkel und unheilvoll wirkt wie die Szenerie in Finchers Serienmörderphantasie »Seven«. Die hinterhältige Kamera schleicht sich an, als drohe von ihr selbst die Gefahr und als warte sie nur darauf zuzuschlagen. Vor allem aber dank der Tonspur mit ihren überdimensionierten Geräuschen – man zuckt schon zusammen, wenn eine Bettdecke aufgeschüttelt wird – ahnt man schon früh: Die erste Nacht, die die beiden in dem Haus verbringen, kann nur furchtbar werden.

Bald darauf aber entpuppt sich das Böse als enttäuschend banal: als ein zumindest aus Sicht des Zuschauers wenig ernstzunehmendes Einbrechertrio aus einem Nervenbündel, einem gutmütigen Handwerker und einem kaltblütigen Brutalo, das einen versteckten Safe plündern will. Dauernd streiten sie über die richtige Strategie, weil Frau und Tochter in jenen Bunker geflüchtet sind, in dem sich das Objekt der Begierde befindet – den sogenannten Panic Room (»the best place to be in worst case scenarios«, wie der Makler ihn anpreist). Über das hochmoderne Überwachungssystem des Hauses kommunizieren die Eingeschlossenen mit den Eindringlingen. Beide Seiten lassen sich jede Menge Tricks einfallen, und auch Fincher hat sich so seine Gedanken gemacht über moderne Technik und ihre Grenzen, über das übersteigerte Sicherheitsbedürfnis in Krisenzeiten.

Trotzdem wirkt das alles im Gegensatz zu seinem umstrittenen letzten Werk »Fight Club« nur wie eine Fingerübung. Außerdem hätte man natürlich lieber gesehen, daß der gutmütige Dieb (Whitaker) mit dem Geld entkommt, statt daß er, nachdem er der Familie das Leben gerettet hat, der Polizei in die Arme läuft. Vor allem hätte ich mich aber gern ein bißchen mehr gefürchtet.

E.T. – Der Außerirdische

Regie: Steven Spielberg; mit E.T.; USA 1982 (UIP); seit 28. März wieder im Kino

Wer schuld ist am 11. September? E.T., der Außerirdische. Beziehungsweise sein Erfinder Steven Spielberg. Der gibt sich und der Filmbranche jedenfalls eine gewisse Mitschuld an den Terroranschlägen und bringt nun eine angeblich friedlichere Version seines großen Fantasyfilms heraus.

Per Computeranimation wurden aus den Gewehren der furchteinflößenden FBI-Agenten, die E.T. auf den Fersen sind, alberne Walkie-Talkies. Und der kleine Elliot darf nicht mehr als Terrorist verkleidet zur Halloween-Party gehen, sondern nur noch als harmloser Hippie. Immerhin hat E.T. seit 1982 dank der verbesserten technischen Möglichkeiten gelernt, die Lippen menschenähnlicher zu bewegen, wenn er seinen berühmten Einsatz hat: »Nach Hause telefonieren!«. Aber wenn die Erde auf einmal so friedlich und gewaltfrei ist, hätte der liebenswerte Gnom doch eigentlich auch gleich dableiben können, oder? »E.T.«-Puristen unterstellen dem Regisseur jedenfalls nichts als Profitgier.

Konkret 04/02, S. 46

Meike Röhrig

FilmTheater

The Mothman Prophecies

Regie: Mark Pellington; mit Richard Gere, Laura Linney, USA 2002 (Concorde); 119 Minuten; ab 25. April im Kino

Motten überall: ob in Form von Spiegelungen nächtlicher Neonbeleuchtung auf dem nassen Asphalt oder in Gestalt der Schatten kahler Bäume. Mit einer Vielzahl optischer Spielereien verwandelt Mark Pellington seinen neuesten Film in einen symbolträchtigen Alptraum in Schwarz und Rot – den Farben eben jenes geheimnisvollen Mottenwesens, das die Frau von John Klein (Richard Gere) auf ihrem Sterbebett zeichnete und dessen Anblick den »Washington-Post«-Journalisten seither verfolgt.

Statt Senatoren zu interviewen, wie es der Dienstplan vorsieht, macht Klein nach und nach mit allen mysteriösen Erscheinungen Bekanntschaft, die der moderne Horrorfilm zu bieten hat: Jugendliche, die aus den Augen bluten, Telefone, die klingeln, obwohl sie aus der Wand gerissen wurden, rätselhafte Doppelgänger, und sogar seine Frau scheint plötzlich von den Toten auferstanden.

Es ist weniger der Handlungsverlauf als die eigentümliche visuelle Gestaltung (Zeitraffer, Zoom und Vogelperspektive werden intensiv genutzt), die den Film eine Weile interessant machen. Auch Richard Gere gibt sein Bestes und erweitert sein mimisches Repertoire von einem auf drei Gesichtsausdrücke.

Inhaltlich hat die Mischung aus Science-Fiction und Horrorfilm jedoch wenig Originelles zu bieten: Das Motiv des traumatisierten Witwers, der als Einzelkämpfer seine Karriere und seinen Verstand aufs Spiel setzt, um eine dunkle Verschwörung aufzudecken, kennt man bereits aus Pellingtons vorigem Film »Arlington Road«. Doch während dieser Film durch die Beschäftigung mit rechtsradikalen Netzwerken eine gesellschaftkritische Dimension gewann, gleitet die Story hier in metaphysische Spekulation ab. Es bedarf nun mal keines Frühwarnsystems übernatürlicher Mottenwesen, um einen Flugzeugabsturz oder einen Gau in einem Atomkraftwerk vorherzusagen. Durch seinen Hang zur Esoterik sorgt Pellington so selbst dafür, daß »The Mothman Prophecies« eine Eintagsfliege bleibt.

Konkret 04/02, S. 46

Matthias Seeberg

FilmTheater

The Time Machine

Regie: Simon Wells; mit Guy Pearce, Jeremy Irons; USA 2001 (Warner Brothers); 95 Minuten; seit 21. März im Kino

Das Unbehagen an der Gegenwart führt unwillkürlich zur Flucht in die Zukunft oder die Vergangenheit. Wäre da nicht die Unumkehrbarkeit der Zeit. Vom Wunsch, ihr zu entkommen, profitiert neben der Literatur vor allem der Film.

H. G. Wells' Erzählung *Time Machine* gilt bis heute als Meisterwerk der Science Fiction, in dem wissenschaftliche Spekulation den Rahmen für eine sozialkritische Dystopie bildet. Nachdem George Pals Verfilmung 1961 einen Oscar für ihre beeindruckenden Spezialeffekte erhalten hatte, versuchte sich nun der Urenkel des Meisters, Simon Wells, an einer erneuten Adaption des Stoffes, und wieder beeindrucken vor allen die technischen Extravaganzen.

Der Wissenschaftler Alexander Hartdegen (Guy Pearce) entwickelt nach dem Tod seiner Geliebten eine Zeitmaschine, um dem Schicksal ein Schnippchen zu schlagen. Doch die instrumentelle Vernunft versagt, der Tod bleibt unausweichlich, und der trauernde Zeitreisende sucht seine Erlösung in den Weiten der Zukunft. Nach einer Zwischenlandung im Jahr 2037 katapultiert sich Alex versehentlich ins Jahr 802701. Dort trifft er auf eine postapokalyptische Zweiklassengesellschaft, das folgerichtige Ergebnis seiner eigenen Vergangenheit.

Unter den friedliebenden Eloi, die im Einklang mit der Natur in einer Art Stammeskommune leben, findet Alex seine neue Liebe. Das Glück in der Zukunft scheint perfekt, wären da nicht die Morlocks: bösartige Monster, die unter Herrschaft eines satanischen Führers (Jeremy Irons) die Eloi systematisch vernichten. Als Alex' neuer Liebe dieses Schicksal droht, schickt er das Reich des Bösen mit Hilfe seiner Zeitmaschine dahin, wo es hingehört: in die Vergangenheit. Die Reise in die Zukunft kulminiert im Sieg der Romantik über die Technik. Ob der Welt danach solch effekthaschende Filmspektakel erspart bleiben?

Konkret 04/02, S. 47

Tobias Nagl

Film des Monats

Beijing Bicycle

Regie: Wang Xiaoshuai; mit Cui Lin, Li Bin; China/Frankreich 2001 (Arsenal); 113 Minuten; seit 28. März im Kino

Auf den Schienen des 19. Jahrhunderts wurde eine beschleunigte Wahrnehmung einstudiert, die unaufhaltsam auf die Erfindung technisch bewegter Bilder zusteuerte. Auch deshalb gehörte die Eisenbahn zu den populärsten Motiven der frühen Kinematographie. Als Bilder wie Fließband das Laufen gelernt hatten, beerbte das Automobil dieses Mobilisierungsversprechen - als individualisierte Form des Reisens und Sehens wie als Statussymbol der fordistischen Epoche. Spätestens im Tonfilm hatte es die Eisenbahn als filmisches Emblem der Modernisierung abgelöst.

Das Fahrrad als Individualverkehrsmittel des »kleinen Mannes« steht außerhalb dieser Teleologie: Zwar erlaubt es Mobilität, aber um den Preis der Verlangsamung; es gestattet Unabhängigkeit, stellt dafür aber den Klassenstatus des Radfahrers deutlich aus. Denn spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist ein nicht auf Rennen trainierender Fahrradfahrer immer jemand, der sich kein Auto, keinen Roller oder kein Mofa leisten kann - im Hollywood-Kino also eine zumeist komische oder auch tragische Figur.

1948 schuf Vittoria De Sica einen der berühmtesten Fahrradfahrer der Filmgeschichte, der dennoch die meiste Zeit zu Fuß unterwegs ist: Alberto Rizzi in »Ladri di biciclette«, einem der stilbildenden Werke des italienischen Neorealismus. Rizzi ist ein arbeitsloser Proletarier; De Sicas eröffnende Kamerafahrten vorbei an den Schlangen der Arbeitslosen lassen keinen Zweifel daran, daß es sich bei Rizzi um einen Jedermann handelt und keineswegs um eine Figur, der Tragik im Sinne des bürgerlichen Dramas zustand. Der Film erzählte davon, wie Rizzi unter Mühen seinen Drahtesel vom Pfandleiher auslöst, um ein Job als Plakatierer annehmen zu können. Doch am hellichten Tage wird das Rad gestohlen, Rizzi verliert seinen Job wieder, und irrt suchend den Rest des Films mit seinem kleinen Sohn durch die verschiedenen sozialen Milieus der Stadt. Sein Fahrrad bleibt verschollen; beim Versuch, ein fremdes Rad zu entwenden, wird er von anderen Arbeitern verprügelt.

Die den frühen italienischen Neorealismus nährende Hoffnung der Partisanen ist bei De Sica längst einer deutlichen Ernüchterung gewichen. Der linke Kino-Ontologe André Bazin hielt den Film seinerzeit für » den einzigen kommunistischen Film des letzten Jahrzehnts, der Bestand haben wird«.

Auch bei den chinesischen Filmemachern der sogenannten »Sechsten Generation« wie Ning Ying, Zang Yuan oder Jia Zhangke wird gern von Neorealismus gesprochen. (I. Generation: Stummfilmpioniere; z. Generation: linke Melodramatiker im Shanghai 30er Jahre; 3. Generation: Parteikommunisten nach 1949; 4. Generation: professionelles Studiosystem um 1960; 5. Generation: postkulturrevolutionäre Stilisten seit 1983.) Entwickelten Regisseure wie Chen Kaige (»Farewell my Concubine«) oder Zhang Yimou (»Raise the Red Lantern«),beides auch im Ausland erfolgreiche Vertreter der fünften Generation, eine Filmsprache, die technisch perfekt, symbolisierend und episch war, die sich die Themen -oft aus Zensurgründen - aus der Vergangenheit oder der ländlichen Wirklichkeit holte, praktizieren die Filmemacher der sechsten Generation einen »unfertigen«, dreckigen und vor allem urbanen Stil, der insofern dem Neorealismus verpflichtet ist, als er eine Ästhetik des Alltäglichen anstrebt - und sich meist in offenem Konflikt mit den chinesischen Autoritäten befindet.

Nach Filmen über Moped- (» Shouzou River«) und Taxifahrer (»I love Beijing«) kommt mit »Beijing Bicycle« nun, wie der internationale Verleihtitel unschwer verrät, ein chinesischer Stadtfilm über Fahrradfahrer in die Kinos. Radio, Uhr, Nähmaschine und Fahrrad galten zwar im maoistischen China einst als Statusobjekte des industriellen wie kleinfamilären Fortschritts. Längst aber hatte Deng Xiaoping die Losung »Märkte sind gut« ausgegeben, und längst bevölkern nicht allein Fahrräder Pekings Straßen. Bei dem Rad, um das es Regisseur Wang Xiaoshuai (»So Close to Paradise«) geht, handelt es sich folglich um ein Prestigeversprechendes Mountainbike. Und wie hoch die Pop-Sensibilität der sechsten Generation ist, wie wenig ihnen das Filmbild als Bazin'scher »Fingerabdruck des Realen« gilt, kann man der Tatsache entnehmen, daß es sich bei Beijing Bicycle um ein Remake handelt, und zwar um eines, das sich noch direkter auf sein Vorbild bezieht als Shouzou River vor wenigen Monaten auf Hitchcocks Vertigo. Und natürlich handelt es sich bei diesem Vorbild um Ladri di biciclette.

Beijing Bicycle beginnt fulminant in seinem Rekurs auf De Sicas industrielle Reservearmee: Junge Männer aus armen Bauernfamilien stellen sich mit Blick in die Kamera vor, um sich für einen der begehrten Jobs als Fahrradkurier zu bewerben, während sie von einem im Off verbleibenden Manager interviewt werden. Neben vernünftigen Klamotten und einem Haarschnitt bekommen die zukünftigen Kuriere auch mit auf den Weg, wie wichtig »Image« in der sich modernisierenden Volksrepublik sei.

Doch nur wenige bekommen den Job, unter ihnen der 16-Jährige Guei (Cui Lin). Seine neuen Bosse stellen ihm ein silbern funkelndes Mountainbike. Sobald er 600 Yuan verdient hat, soll das Rad in seinen Besitz übergehen. Doch die Hoffnung ist

nur von kurzer Dauer - und der Plot schnell erzählt. Einen Tag bevor Guei das Rad abbezahlt hat, wird es geklaut: In einer herrlich komischen Szene verläuft sich Guei in einer noblen Hotel-Lounge unter Angehörigen der neuen Bourgeoisie. Nach Stunden endlich auf die Straße zurückgekehrt, ist das Rad verschwunden und er wird gefeuert; nur mit Mühe kann er seinen Chef überreden, bei Wiederbeschaffung des Rads auch seinen Job zurückzuerhalten. Über den Flohmarkt landet das Rad beim Schüler Jian (Li Bin). Als ein Freund Gueis das Rad zufällig entdeckt, beginnen die beiden Jungen einen erbitterten Kampf, der in einem wenig überzeugenden »Bike-Sharing« endet. Doch mit der Einführung des Diebs weicht Wang Xiaoshuai endlich von De Sicas übermächtiger Vorlage ab und bedient sich der Parallelmontage.

Gerade darin nähert er sich einer neorealistischen Agenda: Trotz des De Sica letztlich fremden Humanismus gerät die Odyssee des funkelnden Rads zur filmisch zurückhaltenden, gelegentlich aber auch vor Slapstick-Elementen nicht zurückschreckenden Allegorie einer neuen sozialen Frage, die auch im Kino der »Sechsten Generation« während der letzten Jahre um immer deutlichere Ausdrucksmöglichkeiten rang. Im Direktvergleich mit »Ladri di bitfette« mag es »Beijing Bicycle« vielleicht an formaler und psychologischer Mehrschichtigkeit mangeln - die Generallinie aber stimmt. Und für Radfahrer ist die Sache sowieso klar: Lange lebe die VI. Internationale!

Konkret 04/02, S. 48

Jürgen Kiontke

Staatsquote

Deutsche Kinos im Terrorfieber

Es lebt der Terrorismus. Seit dem 11. September wissen wir: Terror, das »ubiquitäre« Gewerbe (Kriegsforscher Walter Laqueur), boomt. Ubiquitär bedeutet: Wenn's irgendwo angefangen hat, geht's überall los. Auch auf den Internationalen Filmfestspielen in Berlin. Am zweiten Tag wurde der Kurzfilm »Site« von James Kliot gezeigt. Leicht ölige Bilder von Angehörigen und Besuchern an Ground Zero, Manhattan. Das Publikum war nicht begeistert von der US-amerikanischen Form der Auswertung individuellen Leids. Buhrufe. Anschließend Amos Kolleks New Yorker Sozialterrordrama »Bridget«. Und so ging es weiter im Berliner Kinosaal.

Der Satz »Es lebe der Terrorismus« stammt nicht von mir oder KONKRET, sondern von der weithin unbeachteten und leicht bescheuerten Band Doom-B and Totenmond. Er ist der Refrain des Liedes Nummer 2 auf der CD »Lichtbringer« namens »Ragnarök«. Nummer 3 heißt »Tod ist Freude« und Nummer 4 »Vaterland«. Daß es diese Band nicht auf deutsche Stadienbühnen geschafft hat, ist ein Wunder. Hitler, Baader und Meinhof heißen die Helden in Film, Fernsehen, Theater und Popmusik. Frau Meinhof war Kolumnistin der Zeitschrift KONKRET, ein wichtiger deutscher Filmbeitrag auf den Berliner Filmfestspielen hieß »Baader«, wie das berühmte RAF-Mitglied. Der Berlinale-Chef Dieter Kosslick war 1982 Redakteur für Umweltfragen bei KONKRET. Der Autor dieses Artikels wuchs mit Polizistenpapa und Fahndungsplakaten auf, in der Schule malten sie sich das RAF-Symbol auf die Jeans.

Manche sind immer noch so drauf. Da kommt der »Spiegel«-Trendsetter Reinhard Mohr auf die Idee, die Rote Armee Fraktion sei heute ein Popartikel, und überschreibt seine Erkenntnisse mit »Die Prada-Meinhof-Bande« – weil es den deutschen Terrorismus jetzt bei Modemachers als T-Shirt-Strecke gibt. Mode war das in den 70ern auch schon – und wie. Das war sogar echt!

Anders als Mohr ist Kosslick neu im Job. Die Berlinale ist zwar schon im Februar zu Ende gegangen, aber Kosslicks Festival-Politik hat Auswirkungen auf den Rest des Jahres, zumal viele Filme erst nach und nach ins Kino kommen. Kosslick jedenfalls ließ sich nicht hindern, per Berlinale die Trends in deutschen Kinos vorab dermaßen klar zu justieren, wie dies bisher selten der Fall war. Denn die Festspiele dienen nach seinen Worten genau einem Ziel: den deutschen Film zu fördern. Und der hat einschlägige Inhalte.

Neuere Produktionen drehen sich – 11. September sei dank, wie passend – um deutsche Terroristen. Andres Veiels »Black Box BRD« zum Beispiel (vgl. KONKRET 6/01) und die Lebensbeichte der Hitler-Sekretärin Traudl Junge (Kritik folgt in KONKRET 5/02). Und eben der Wettbewerbsbeitrag »Baader« von Christopher Roth. Der 36jährige Regisseur hat allerlei Kram aus den aufregenden 70er Jahren zu einem so rasend schnell geschnittenen Bonny & Clyde-Streifen montiert, daß man sich die erste halbe Stunde fragt, worum es eigentlich geht. Ebenso rabiat wird mit historischen Tatsachen verfahren: Andreas Baader stirbt auf der Straße in den Armen des BKA-Chefs statt in Stammheim. Das Bildsampeln – so schnell, daß immer gerade so prägnante Wörter wir »Fotzenlogik« in eine Einstellung passen – heißt heute bekanntlich MTV-Technik. Der Trend geht zum Popvideo in Spielfilmlänge. Wäre Roth konsequent gewesen, hätte er das Bilderzeugs auf dreieinhalb Minuten gekürzt und ein bißchen Totenmond druntergemischt.

Terror verbindet, was auf der Berlinale vorab gepostet wurde: Wim Wenders' Bap-Film »Viel passiert« (Gehirn-T.), »KT« (Koreaner-T.), »Bloody Sunday« (Iren-T.), »Heaven« von Tom Tykwer (Drogen-T.), »Taking Side – Der Fall Furtwängler« und »Der große Diktator« (Hitler-T.) sowie einige weitere. Und die Eröffnungsparty, von der Kosslick sagte: »Da können Sie mit Sicherheitsmaßnahmen wie auf einem internationalen Flughafen rechnen.«

Schon im Vorjahr schimpfte Kosslick, ehemals Leiter der Filmstiftung NRW und Redenschreiber des Hamburger Bürgermeisters Klose, die Filmförderung »eine komplett konservative Schnarchabteilung«. Die müsse weniger regional, sondern mehr überregional fördern. Ein nationaler Kraftakt eben. In die gleiche Trompete bläst Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin. Aber woher die Knete nehmen? Vom Kunden, wie immer – er will die Kinokartenabgabe erhöhen. »Eine Erhöhung der jetzt schon geregelten gesetzlichen Abgabe an die Filmförderungsanstalt um nur einen Prozentpunkt würde die Mittel zugunsten des deutschen Films um ein Drittel erhöhen«, sagt Nida-Rümelin. Eine indirekte Subvention durch die dominierenden US-Filme auf dem deutschen Markt sei das und damit sinnvoll. Plus rapide Erhöhung der TV-Gebühren.

Und wenn der deutsche Filmschaffende dann erst mal angefangen hat? Die Mehrheit der Kinogänger sei im Alter von 14 bis 25 Jahren und beziehe ihre kulturelle Identität derzeit sehr stark über den mythenbildenden Hollywoodfilm – wär aber schöner, wenn wir so was selbst hätten. Und zwar eine Menge davon: Die Vorsitzende des Bundestagskulturausschusses, Monika Griefhahn (SPD): »Wir werden noch viel zu tun haben, um den Marktanteil von unter 20 Prozent auf rund 50 Prozent zu steigern.« In 50-Prozent-Identität-Jugendliche, leider ohne betrieblichen Ausbildungsplatz, dafür mit verdeckten Studiengebühren, mag man gern investieren. Das Geld soll neben den Kinoeinnahmen aus aufgestockten Mitteln des

Bundes, der Regionalförderung und aus dem Product-Placement kommen. Fährt ein Daimler durchs Bild, gibt es Geld vom Autokonzern. Was die Frage nach den Mythen neu stellt: »Herr der Sterne« statt »Krieg der Sterne«?

Kosslick jedenfalls hatte für sein diesjähriges Festival klare Vorstellungen. Bislang habe das so funktioniert: Deutschland guckt, was sonst so läuft in der Welt. Dieses Jahr sollte es umgekehrt sein. Die Zahl der deutschen Beiträge war auf 61 erhöht worden. Neben den Wettbewerbs-, Forum- und Panoramabeiträgen auch in einer neuen Schiene namens Perspektive Deutsches Kino. Und dann noch German Cinema – wo es Michael Herbigs Schwulenwitzchen-Streifen »Der Schuh des Manitou« zu sehen gab. Sieben Millionen deutsche Zuschauer können nicht irren.

Das ubiquitäre Auftauchen der Roten Armee Fraktion im deutschen Kulturbetrieb – mindestens zwei Regisseure inszenieren derweil intime Dramen um »Gudrun« und »Ulrike«, weitere Filmproduktionen und Modestrecken sind in der Pipeline – wirkt irgendwie sehnsüchtig, so als sei der deutsche Inlandsfrieden ein allzu langweiliger Krieg. Den Großvätern flogen noch die Maschinengewehrkugeln um die Ohren, den Eltern wenigstens die Fahndungsplakate. Wird jetzt popmäßig bewältigt, was der Gesellschaft abhanden gekommen ist? Man könnte glatt neidisch auf den Islamismus werden.

Bei all dem gilt immer wieder das Faszinosum Tätergruppe. In »Baader« fragt sich der Regisseur bloß: Was denkt denn der Baader jetzt – die andere Seite kommt nicht vor. Baader regt sich auf, daß die Arbeitgeberpräsidenten frei rumlaufen. Aber wer bringt zum Beispiel den Sozialabbau ins Kino? Fatal (t)error. Und das läßt Frau Griefahns Vergleich des deutschen mit dem französischen Filmmarkt so matschig wirken. Die Nachbarn delektieren sich an arbeitslosen, dauerpoppenden Stützeknackis, während wir uns hier an Schwulen- und Terrorkomödien erfreuen. Action minus soziokulturelle Bedingungen, sponsored by HypoVereinsbank. Ist die Berlinale infolge aktueller Anlässe ernster ausgefallen als sonst, oder war’s schon Trittbrettfahrerei? Oder Verniedlichung? Unlängst stellte die »Frankfurter Allgemeine« fest, daß Adolf Hitler immer mehr trivialisiert werde. Die Autorin Johanna Adorjàn über einen der zahlreichen TV-Hitler-Reporte: »Im Fernsehen war Hitler in zarten Pastelltönen auf der Terrasse seines Anwesens zu sehen.« Auch Völkermörder müssen mal ausspannen. »Freundlich sah das aus, ein wunderschönes Zeitdokument, ganz fasziniert sah ich zu ... ›Ich verstehe das nicht‹, sagte mein Großvater« – er überlebte das KZ Mauthausen – , »›warum soll man Hitler so sehen?‹«

Adorjàn: »Natürlich, er war ein Massenmörder, aber es war doch auch interessant, ihn einmal von einer anderen Seite gezeigt zu bekommen.« Derlei Seiten scheinen immer wichtiger zu werden. Staatsterrorquote! Andererseits kann der deutsche Zuschauer mit sich selbst nichts anfangen. Harald Peters kolportiert in der »Taz« folgende Geschichte. Nach der Vorstellung von Fran□ois Ozons vor dem 11. September 2001 begonnenen »Huit Femmes« habe ein Besucher gefragt, ob man denn nach dem 11. September noch Komödien drehen könne, das gehe doch nicht. Da wären wir wieder bei der Popkultur – bewußt bestimmen wir das Sein und seine Verhältnismäßigkeit. Vielleicht sollten alle mal für einige Zeit mit dem Filmemachen aufhören. Am 23. Mai startet dann übrigens »Starbuck Holger Meins« (Kritik folgt in KONKRET 5/02), die Doku über den Filmemacher in der RAF. So einen hatten die auch. Wann kümmert sich Wim Wenders unter Anleitung von Guido Knopp endlich um Andreas Hitler und Adolf Baader?

Was sagt eigentlich die Filmkritik dazu? Auch hier liefert eine Anekdote Diskussionsstoff. Ein bedauernswürdiger Filmkritiker, ebenfalls beim Alternativblatt, brach sich vor den Filmfestspielen auf Terminhatz nach dem Nachtbus beide Arme. Schreiben nicht drin. »Ich hatte so viele Artikel im Kopf«, sagt er. Die sind jetzt nicht geschrieben worden. Eine interessante rezeptionstheoretische Fragestellung: Was würde aus dem deutschen Film, wenn sein Kritiker nicht hingefallen wäre?

Oder sollte man all die Regisseure der ganzen Terrorbeschäftigungsstücke dem Nachtbus hinterherschicken? Und muß die deutsche Filmindustrie nicht erst mal ganz groß werden, damit sich vernünftig-verrückte Genies in den Kulissen tummeln, wie das weiland Ed Wood in den Studios von Los Angeles gemacht hat? Wo ist der deutsche Ed Wood? Auch schon wieder ins Theater abgewandert. Christoph Schlingensief inszenierte unlängst an der Volksbühne ein Stückchen, Inhalt: Terroristen entführen Schröders Gattin und machen sie einen Köpf kürzer.

Ubiquitärer Trend bis zum Schluß. In »Fulltime Killer« von Regisseur Johnnie To – Thema, der Titel sagt es schon: Terrorismus – sieht der Held sich unbewaffnet drei kanonenbewehrten Bösewichtern gegenüber. Was tun? Er stürzt sich auf den einen, steckt ihm den Finger bis zum Anschlag ins Auge, ergreift seine Hand samt Pistole und erschießt die beiden anderen. Anschließend bricht er, man soll’s nicht glauben, seinem Opfer den Arm. Schöne Bestandsaufnahme von Kino und Filmkritik im Jahr 2002 – das eine sieht nichts mehr, die andere schreibt nichts mehr.

Mit dem Lesen ist es übrigens nicht besser. Vor dem Berlinalepalast fallen mir die Kippen auf den Boden. Beim Aufheben ramme ich mir die Hardcover-Ausgabe von Catherine Millets *Das sexuelle Leben der Catherine M.*, als Pausenlektüre in der Innentasche plaziert, in die Rippen – schwere Prellung. Was andere zur Erbauung der Menschheit erfanden, schrieben, filmten, dem echten deutschen Selbstmordattentäter wird’s zur Waffe. Wie soll da jemals was Vernünftiges rauskommen? Ragnarök. Aua.

Jürgen Kiontke schrieb in KONKRET 8/01 über den Film »Ressources Humaines«

Konkret 04/02, S. 50

Wladimir Kaminer, Peter Huemer

»Wir dachten, wir leben gefährlich«

Wladimir Kaminer, geboren 1967 in Moskau, sprach kein Wort Deutsch, als er vor elf Jahren nach Berlin kam. Heute ist er ein erfolgreicher deutschsprachiger Schriftsteller. Peter Huemer sprach mit ihm über seinen Roman »Militärmusik«, über Saufen und Korruption, Punk und KGB, Liebe und Verbannung, Gorbatschow und weiche Eier

Huemer: Wladimir Kaminer, Ihrem autobiographischen Roman Militärmusik entnehme ich: Als Sie Mitte der 80er Jahre als jugendlicher Gärtner in einem Moskauer Park für das Kulturprogramm zuständig waren, gab es dort einen Vortrag mit dem Titel »Die Schäden des Alkohols, oder: Gibt es ein Leben auf dem Mars«. Durch das ganze Buch zieht sich das Saufen in der Sowjetunion. Jurij Gagarin, der erste Mann im Weltraum, hat sich versoffen. Der Soldat, der im Mai 1945 die sowjetische Fahne auf dem Berliner Reichstag gehißt hat, hat sich versoffen. Die jugendlichen Rockstars der 80er, die Menschen auf dem Land, die Menschen in der Stadt, auch die Zugführer während der Fahrt im Zug, alle saufen, und man fragt sich bei der Lektüre des Buchs, ob die Sowjetunion unter anderem auch daran zugrunde gegangen ist, an diesem allgemeinen Saufen.

Kaminer: Nein. Es stimmt schon, daß in der Sowjetunion viel gesoffen wurde und auch jetzt in Rußland gesoffen wird. Das ist ein Bestandteil des Lebens. Das ist wie hier in Deutschland, hier haben alle Rückenschmerzen. Und das zieht sich auch durchs ganze Leben. Bauarbeiter, Ingenieure oder Kinderpsychoanalytiker, egal, was sie beruflich treiben, alle haben Rückenschmerzen. Die Russen saufen. Aber das war immer schon so. Ich glaube nicht, daß es mit dem Sozialismus oder mit den postsozialistischen Zeiten oder mit der Monarchie zu tun hat. Die Russen saufen, aber sie können auch mehr vertragen.

Der Roman erzählt die Geschichte eines Halbwüchsigen, dann eines jungen Mannes. Und im Text spielt der Alkohol eine beträchtlich größere Rolle als die Sexualität.

Eigentlich finde ich dieses Buch »Militärmusik« schon sexy. Das Wichtigste ist ja diese Umgebung und die Atmosphäre, die damalige Atmosphäre, diese Zeiten, diese wunderbaren Zeiten der Sowjetunion der 80er Jahre, von denen man in Rußland heutzutage überhaupt keine Spuren mehr findet.

Ein anderes Leitmotiv, das durch das Buch geht, ist die Korruption. Ihr Vater besticht allein am Tag Ihrer Geburt einen Taxifahrer, dann einen Polizisten, dann den Portier des Krankenhauses, dann eine Krankenschwester, dann die Dame in der Registraturabteilung, und gibt insgesamt praktisch ein Monatsgehalt an diesem Tag aus. Und da fragt man sich natürlich, hat denn irgendwas funktioniert in der Sowjetunion?

In der Sowjetunion hat alles wunderbar funktioniert. Das hat er doch mit Vergnügen gemacht, mein Vater, damals. Das war eine Sitte.

Das heißt, ohne diese Volkssitte hat es nicht so besonders gut funktioniert?

Natürlich hätte er auch das Kind gekriegt, wenn er nicht bezahlt hätte.

Hat sich da was geändert im heutigen Rußland, betreffend Alkohol und Korruption?

Ich habe das Gefühl, daß heute ein bißchen mehr getrunken wird als damals. Aber vielleicht irre ich mich. Vielleicht scheint mir es nur so, weil ich jedes Mal, wenn ich nach Moskau oder St. Petersburg komme, mit Künstlern zu tun habe, mit Leuten, die immer schon mehr getrunken haben als die sonstige Bevölkerung.

Sie selbst waren in den 80ern eine Art jugendlicher Taugenichts, der sich in diesem surrealistischen Endstadium der Sowjetunion ganz gut eingerichtet hatte. Sie schreiben über sich und Ihre Freunde im Buch: »Aufgewachsen in einer sozialistischen Gesellschaft, wo jeder, der keine politischen Ansprüche hatte und das System nicht bekämpfen wollte, auch ohne Arbeit immer auf seine Kosten gekommen war, konnten wir einer achtstündigen täglichen Maloche nichts abgewinnen.« Sie waren, nach sowjetischer Terminologie, ein Schmarotzer.

Ja, das war strafbar. Eigentlich. Man durfte nicht länger als sechs Monate arbeitslos bleiben. Wenn mein Arbeitsbuch länger als sechs Monate bei mir zu Hause im Schreibtisch liegt, dann ist das strafbar. Wenn aber nur fünf Monate, dann geht es.

Sie schreiben über die Moskauer Rockszene der 80er Jahre, sie sei besonders interessant gewesen. Wie weit war diese Rockszene autonom russisch, und wie weit war sie westlich beeinflusst?

Also wir dachten damals, wie eben junge Leute oft denken, daß wir Rebellen sind und daß wir eigentlich die Kinder der britischen und nicht der russischen Kultur sind. Obwohl das natürlich nicht stimmte, weil wir keine Ahnung hatten von der britischen und auch der amerikanischen Kultur – das war alles reine Angeberei. Aber trotzdem schien uns unser sozialistischer Alltag damals langweilig, und wir dachten, daß in Amerika Blumen bis zum Himmel blühen. Es entstand auf jeden Fall in Moskau, in meiner Heimatstadt, eine sehr interessante Punkszene.

Wie weit hat denn der KGB in dieser Subkultur mitgemischt? Wie gefährlich war die Situation für die Veranstalter von privaten Konzerten, wie Sie einer gewesen sind?

Damals dachten wir, daß wir ein sehr gefährliches Leben führen. Im nachhinein denke ich, daß es natürlich alles sehr milde war. Es war auch eine milde Zeit, diese Breschnjew-Zeit. Keiner von uns ist im Knast gelandet.

Angst gehabt, damals?

Eher nicht. Mir schien das damals wie ein Spiel. Und irgendwo im Hinterkopf wußte das auch jeder, daß Breschnjew, unser damaliger Generalsekretär, kein Pol Pot ist.

Sie beschreiben, wie der KGB während Ihrer Zeit als Praktikant im Theater versucht hat, Sie als Informanten zu gewinnen. War der KGB damals noch in irgendeiner Weise respekteinflößend?

Die Jugendabteilung des KGB wollte einfach immer überall mitmachen. Die wollten einfach immer dabei sein. Die wollten mitveranstalten, um die Kontrolle nicht zu verlieren. Und letztendlich hat auch der KGB einen Moskauer Rockclub gegründet. Das war kein schlechter Club, das haben sie gut gemacht.

Sie und wohl auch Ihre Freunde waren an sich unpolitisch, Sie waren keine sogenannten Dissidenten, Sie hatten auch keine politischen Ideale.

Aber der KGB hatte auch keine politischen Ideale damals. Es ging eigentlich nur um die Sicherheit. Der KGB war, politisch gesehen, wenn man das mit heutigen Verhältnissen in Deutschland vergleichen würde, die CDU, also die konservative Partei. Die alles so haben wollte wie es war. Es gab eine Menge Leute, denen es gut ging, und der KGB schützte ihre Interessen. Es gab auch eine Menge Leute, die stark an gesellschaftlichen Veränderungen interessiert waren. Und kurioserweise gehörten wir, obwohl so jung, auch dazu, weil wir eine neue Musik haben wollten, eine neue Literatur, eine andere Kultur. Also waren wir quasi so was wie ein Gegenpol der CDU. Um solche ideologischen Geschichten wie den Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus ging es überhaupt nicht. Das sieht man zum Beispiel bei Putin, der auch ein Ex-KGB-Offizier ist und ein kapitalistisches, quasi demokratisches Land wunderbar geschickt regiert. Diese KGB-Schule, die er mal abgeschlossen hat, hilft ihm nur. War bestimmt eine gute Schule.

Ich habe irgendwo gelesen, ein Onkel von Ihnen sei von seiner eifersüchtigen Ehefrau beim KGB als Spion denunziert worden, habe dann 20 Jahre Verbannung in Kasachstan unter ziemlich schrecklichen Bedingungen erlebt. Ich weiß natürlich nicht, ob die Geschichte stimmt oder ...

Das ist eine Liebesgeschichte, ja. Die stimmt.

Das heißt, Sie haben als Kind noch mitgekriegt, daß dieses System Leben auch systematisch zerstören kann.

Jedes System ist gefährlich. Jedes System muß man mit gewisser Vorsicht genießen. Und diese Geschichte mit meinem Onkel, das war eine Liebesgeschichte, die hatte mit Sozialismus wenig zu tun. Seine eigene Frau hat ihn aus Eifersucht verpfiffen und ist dann mitgefahren nach Kasachstan, hat 20 Jahre dort mit ihm zusammengelebt und dachte, jetzt habe ich den Mann nur für mich allein dort, weil es dort keine anderen Frauen gab. Er war Ingenieur, hat praktisch seine Arbeit dort weitergemacht, nur unter schlechteren Bedingungen, und hat sie zuerst natürlich gehaßt, seine Ehefrau. Aber nach einigen Jahren hat er sich auch damit abgefunden. Ich war vielleicht zwölf oder dreizehn, als er in Moskau zurück war. Und da habe ich mehrmals mit ihm gesprochen und ihn gefragt über Kasachstan, und er hat mir immer gesagt: Ach, das war so eine schöne Zeit. Und ich dachte, das ist doch ekelhaft, das ist doch furchtbar, was der Mann erzählt. Und erst viele Jahre später ist mir klar geworden, warum er damals diese Zeit als schön bezeichnete. Weil er eben keine andere hatte. Und natürlich war das eine schöne Zeit, das war ja sein Leben.

Sie schreiben: »Unter Gorbatschow verlor die sozialistische Ideologie vollends ihre Glaubwürdigkeit. Ihr Antlitz wurde nicht menschlicher, sondern verzerrter. Eine Ideologie, die keine Angst mehr einjagt, hat keinen Anspruch auf Ewigkeit. Sie verlor massenhaft die Seelen ihrer Träger, der Kommunistenkarrieristen. Keiner von ihnen glaubte mehr ernsthaft an den Sieg des Sozialismus. Das galt auch für den Direktor des Betriebes, in dem mein Vater arbeitete. Dieser ehemalige Oberst, seit 30 Jahren in der Partei, sagte bei einer privaten Versammlung im Sportsaal der Firma ganz offen und ohne Angst, er bezweifle, daß die sozialistische Ideologie eine Zukunft habe und wolle deswegen noch in diesem Jahr mit dem Ausbau seiner zweiten Datscha fertig werden.« Offenbar ist der Reformversuch von Gorbatschow zu spät gekommen, und die Folge war, daß jeder noch schnell an sich rafft, was er raffen kann. Sei es eine zweite Datscha oder später auch ein Milliardenvermögen.

Gorbatschow brachte Ungewißheit. In der Sowjetunion hatte sich eine ganz bestimmte Ökonomie etabliert. Jeder wußte, wie er auf seine Kosten kommt. Das kann man als Korruption bezeichnen oder als Diebstahl oder als ehrlichen Dienst im Staat. Aber es war eine Prozedur, die allen klar war. Und Gorbatschow, der plötzlich irgendwas auf politisch-ideologischem Feld ändern wollte, brachte Ungewissheit.

De facto ist auch die Hoffnung verloren gegangen, daß es noch weitergehen könnte.

Mit dem Sozialismus?

Ja.

Das war schon alles längst tot. Das war schon zu Solschenizyns Zeiten tot.

Wie ist das mit den Glatzen und den gesellschaftlichen Umbrüchen in Rußland?

Daß jeder zweite Präsident eine Glatze hat, meinen Sie? Das ist zwar erstaunlich, aber wahr. Das ist ein alter Aberglaube, daß jeder behaarte Führer konservativ ist und jeder glatzköpfige dann eben ein Reformer. Und Gorbatschow war ein Reformer, weil er eine Glatze hatte. Da wußten schon alle, das kann nicht gut gehen. Der war ein Weichei. Aber sonst ein sehr Netter.

Na ja, Weichei ...

Doch, war er.

Angesichts dieser unglaublichen Reformen, die er begonnen hat und die dann nicht unter Kontrolle gehalten werden konnten.

Das mit diesem Festhalten auf der Krim damals. Was heißt, der Präsident wird dort festgehalten?

Während des Putsches?

Was heißt hier, festgehalten? Sollte er doch abhauen, sich in ein Flugzeug schmeißen, nach Moskau fliegen. Hätte Jelzin bestimmt gemacht. Der ist vielleicht doof, aber nicht so ein Weichei. Plötzlich kam Jelzin, hat ihn befreit, und sagte, er wäre jetzt der bessere Gorbatschow. Was eigentlich total ungerecht war.

Im Jahr 1986 hat Sie dann doch noch der Staat erwischt und hat Sie für zwei Jahre zur Armee geschickt, was, nehme ich an, für Sie persönlich eine ziemliche Katastrophe war.

Einerseits ja, andererseits wußte ich ja damals noch nicht, was auf mich dort wartete. Ich dachte, wahrscheinlich werde ich da wilde Abenteuer erleben. Und das war dann auch tatsächlich der Fall.

Sie gehörten zum mittleren Abwehrring des Moskauer Verteidigungskreises, der zum Beispiel dafür zuständig gewesen wäre, zu verhindern, daß der deutsche Sportflieger Matthias Rust mit seiner Cessna auf dem Roten Platz landet. Sie haben es aber nicht verhindert. Warum haben Sie es nicht verhindert?

Ach, das ging nicht. Das lag nicht an Matthias Rust, nicht an seinen hervorragenden Flugfähigkeiten. Diese Komplexe funktionierten nicht. Wir waren ja jedes Jahr in Kasachstan auf solchen Trainingsmanövern, und wir haben nie ein Flugzeug, ein fliegendes Ziel erwischt.

Na gut, aber daß ein Sportflieger auf dem Roten Platz landet, ist doch ziemlich ungewöhnlich.

Ja, das war eine unglaubliche Geschichte. Aber Matthias Rust ist auch ein unglaublicher Mann. Seit einer gewissen Zeit beobachte ich schon sein Leben, durch die Presse und die unzähligen Fanclubs, und versuche, das Geheimnis dieses Mannes zu knacken. Es wird mir wohl nie gelingen. Wissen Sie eigentlich, daß Matthias Rust vor kurzem in Hamburg in einem Hamburger Kaufhaus einen Cashmere-Pullover geklaut hat für seine indische Braut?

Nein.

Und davor hat er, und das ist keine ausgedachte Geschichte, im Gum, im großen Kaufhaus am Roten Platz in Moskau, zwei Jahre lang als Schuhverkäufer gearbeitet und mit seinem Namen für Schuhe geworben. Er hat viel Geld verdient, eine indische Frau dort kennengelernt, wollte sie heiraten und klaute dann für sie einen Cashmere-Pullover in einem Hamburger Kaufhaus. Das ist unglaublich.

Sie schreiben: »Ich war kein richtiger Russe, weil in meinem Paß Jude stand.« Nun gab es in der Sowjetunion, wie wir wissen, offiziell keinen Antisemitismus, in der Praxis gab es ihn sehr wohl. Waren Sie damit noch öfters konfrontiert?

Immer mal wieder, aber eigentlich immer an Orten, wo man das überhaupt nicht erwarten würde. Im Theater zum Beispiel. Nie in der Armee. In der Armee war das überhaupt kein Thema. Aber als ich am Theater gearbeitet habe und ein Stück zu kritisieren wagte, sagten die Kollegen zu mir: »Mensch Wladimir, du kannst es nur mit Verstand, mit Herz kannst du das nicht nachvollziehen, weil du eben kein richtiger Russe bist, deswegen mußt du das alles so skeptisch sehen.« Die Botschaft war: Ich habe keine russische Seele und kann deswegen ein richtig russisches Drama nicht nachvollziehen. Das fand ich schon ziemlich blöde.

Die Ausreise aus der Sowjetunion im Sommer 1990 nach Berlin. Sie haben im Zug sechs Bücher mit, drei Bände Archipel Gulag *und drei Science Fiction-Romane. Sie lesen das im Zug parallel und in Ihrem Buch* Militärmusik *sind jetzt die Inhalte von Gulag und Science Fiction miteinander verschränkt. Und wenn man bedenkt, daß der Archipel Gulag auch für einen Teil der westlichen Intelligenz sozusagen ein heiliger Text ist, und zwar nicht nur für die Konservativen, sondern*

auch für Teile der Linken, zum Beispiel sehr stark für die französische Linke, dann muß man davon ausgehen, daß solche Leser eine solche Textverschränkung geradezu als Sakrileg betrachten. Mich hat es beim Lesen auch irritiert.

Ich wollte dadurch zeigen, daß jede Zeit sehr schnell zu einem Science-Fiction-Roman wird. Das war eigentlich der ganze Reiz dieses Buches. Eine Welt zu zeigen, die vor kurzem noch existiert hat, abgeschottet von der Außenwelt. Die gibt es ja nicht mehr. Und viele Geschichten, dachte ich, werden bestimmt als unglaubwürdig empfunden. Wie schnell unsere tagtägliche Realität ihre Glaubwürdigkeit verliert, wie zerbrechlich unsere Welt ist, wie schnell das alles zu Ende ist. Bestimmt werden meine Kinder auch in 20 Jahren diese heutige Zeit total ulkig finden und darüber lachen und mir nicht glauben.

Solschenizyns *Archipel Gulag* ist ein wunderbares Buch. Jetzt hat er allerdings so ein nationalistisches Buch geschrieben über Juden. Der schreibt da, das war die falsche Entscheidung des Zaren, die Juden auf dem Lande anzusiedeln, weil der Jude eigentlich nur das Land gut bearbeitet, das ihm gehört, also Palästina, aber niemals russische Erde. Das klingt total bescheuert. Aber wenn man das Buch zu Ende liest, merkt man, daß Solschenizyn eigentlich weder Juden noch irgendwas sonst interessieren, sondern nur Russen. Der will Russen ganz sauber machen, weiß malen. Der eigentliche Sinn dieses Buches ist, daß die Russen zu den Juden immer schon gut waren. Die Zaren, das Volk, alle. Oder zumindest nicht so schlecht, wie man denkt.

Gekürzte Fassung eines Interviews, das Peter Huemer mit Wladimir Kaminer für die ORF-Reihe »Im Gespräch« geführt hat n

Konkret 04/02, S. 53

Ludwig Seyfarth

Rügen liegt an der Adria

Erfundene Landschaften zwischen Haarlem und Hollywood

Um 1670 malte Jacob van Ruisdael einen Blick über eine weite, ebene Landschaft mit Wiesen und Feldern und einer Stadt im Hintergrund, bekrönt von der Silhouette einer Kathedrale. Ortskundige erkennen sicher sofort, daß es sich um die Sint Bavo Kerk handelt und folglich um eine Ansicht von Ruisdaels Heimatstadt Haarlem. Sollten die Wiesen nicht mittlerweile durch Vorortsiedlungen zugebaut sein, könnte ein heutiger Fotograf, der denselben Standpunkt wie der Maler einnimmt, immer noch eine ähnliche Ansicht mit der Kamera einfangen.

Vielleicht hatte auch Ruisdael eine Kamera aufgestellt, nämlich eine Camera obscura, in der sich das Motiv abbildete, zwar noch nicht dauerhaft wie bei der Fotografie, aber so, daß er die Konturen nachzeichnen konnte. Ob und in welchem Umfang dieses Hilfsmittel bei holländischen Malern zum Einsatz kam, ist in der Forschung umstritten. An die große Glocke gehängt wurde der Gebrauch der Camera obscura, wie auch der anderer technischer Geräte, offenbar nicht. Der Maler soll schließlich erfindungsreich sein, und da können solche Hilfsmittel ehrenrührig wirken.

Aber es erfordert auch Erfindungsgabe, die »Kamera« richtig aufzustellen. Ruisdaels Nachfolger Jan van Kessel malte einen ähnlichen Blick über die Felder nach Haarlem, im Vordergrund ebenfalls die »Bleichwiesen«, wo man Leinenstoff und Baumwolle mit Hilfe von Quellwasser bleichte – eine der gar nicht so häufigen Arbeitsdarstellungen auf holländischen Landschaftsbildern. Die Stadtsilhouette rückt bei van Kessel weit in den Hintergrund. Das ist wahrscheinlich sogar »realistischer« als bei Ruisdael, aber auch, abgesehen von Kessels weit geringerem koloristischen Talent, trotz größeren Bildformats kompositorisch weit weniger eindrucksvoll.

Ruisdaels Ansicht von Haarlem fand große Nachfrage, so daß er sie achtmal wiederholte. Eine hochformatige Version, die heute dem Kunsthaus Zürich gehört, hängt wie auch van Kessels Bild in der Ruisdael-Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle. Erstaunlicherweise ist es die erste Schau in Deutschland, die sich dem vielleicht einflußreichsten niederländischen Landschaftsmaler des 17. Jahrhunderts widmet. Man konzentriert sich aber nicht nur auf Ruisdael, dessen Maltechniken speziell beleuchtet werden, sondern zeigt auch viele Bilder von Zeitgenossen, so daß Ruisdaels Innovationen auch im Vergleich herausgestellt sind.

Eine zweite, querformatige Version der Haarlem-Ansicht hängt derzeit ebenfalls in Hamburg. Im Altonaer Museum ist eine vorher in der Berliner Gemäldegalerie gezeigte Ausstellung zu sehen, die danach fragt, wieweit sich meteorologische Phänomene in der Malerei wiederfinden. Hat die hohe Anzahl an Winterlandschaften mit einer Klimaveränderung zu tun, mit der »Kleinen Eiszeit« vom Ende des 16. bis zum frühen 19. Jahrhundert? Am Ende steht auch hier wieder die Erkenntnis, daß die holländische Landschaftsmalerei sich »zwischen Wirklichkeit und Erfindung« bewegt. Bärbel Hedinger schreibt im Katalog: »Den Zeitgenossen galt jenes Landschaftsgemälde als gelungen, das bloß den Eindruck erweckte, ganz und gar nach dem Leben entstanden zu sein, wobei dieser Effekt durchaus synthetisch herzustellen war.«

Was für eine synthetische Angelegenheit Landschaftsmalerei schon immer war, hat nicht zuletzt der vor einigen Monaten verstorbene Kunsthistoriker Ernst H. Gombrich eindringlich aufgezeigt. In seinem berühmten Buch *Kunst und Illusion* (1960) führte Gombrich vor, daß eine naturalistische, als »Abbild« der Wirklichkeit erscheinende Darstellung Resultat eines langen kulturellen Prozesses ist, bei dem Vorbilder und Schemata immer wieder neu angepaßt und verfeinert werden, bis ein Bild entsteht, das dem in der Natur Sichtbaren unmittelbar ähnlich sieht. An solchen Darstellungen hatte man allerdings nicht immer und überall Interesse.

Die 1493 in Nürnberg erschienene *Schedelsche Weltchronik* zeigt Ansichten unterschiedlichster Städte der Welt. Die von Dürers Lehrer Wolgemut gestalteten Holzschnitte ähneln jedoch kaum den Orten, die sie darstellen sollen, dafür aber einander fast vollständig. Glücklicherweise hilft uns die Bildüberschrift zu unterscheiden, daß es sich einmal um Damaskus und im anderen Fall um Mantua handeln soll. Wie Haarlem hier aussähe, können wir uns auch schon vorstellen. Selbst gesehen hat Wolgemut wohl kaum eine der Städte, die er so ins Bild setzte. Das Vorstellungsbild reichte, um ein genaues Abbild ging es nicht.

Den Eindruck, daß es überall auf der Welt gleich aussieht, vermittelt auch die frühe Entwicklung der niederländischen Landschaftsmalerei, die ich an Beispielen aus der Hamburger Kunsthalle verfolge.

Nicht die Natur, sondern ein eingespieltes Bildrepertoire führt die »Landschaft mit dem Gang nach Emmaus« vor, 1597 im Stile des Patinir-Nachfolgers Herri Bles gemalt. Vier weitere Fassungen des Bildes befinden sich in Antwerpen, Greenville, Turin und Wien. Dazu der Katalog: »Zwei heute der Bles-Werkstatt zugeschriebene Skizzenbücher enthalten Motive, aus denen Bles seine Landschaften versatzstückartig zusammengesetzt hat. Eine Zeichnung im Errara-Skizzenbuch in Brüssel zeigt das Gehöft am Ufer, das auf allen fünf Fassungen vorkommt. Das Felsmassiv mit der Burg und der Zentralbau sind mit zwei Zeichnungen im Antwerpener Skizzenbuch in Verbindung zu bringen.«

Wie ein Verwandter des Bles-Nachfolgebildes sieht die »Landschaft mit der Flucht nach Ägypten« aus, gemalt wahrscheinlich zwischen 1612 und 1617 von einem Schüler des Antwerpener Malers Tobias Verhaecht. Die Komposition dieses Gemäldes geht auf ein damals gern verwendetes Vorbild, auf Pieter Bruegels »Große Alpenlandschaft« zurück, die durch einen von Hieronymus Cock um 1555/59 herausgegebenen Stich weit verbreitet war. Nicht übernommen wurden einzig die Felsen mit kletternden Wildziegen im Vordergrund rechts.

Der Autor dieses Bestandskatalogs, Thomas Ketelsen, ist längst als Experte für Landschaftsversatzstücke ausgewiesen. 1999 stellte er, ebenfalls in der Hamburger Kunsthalle, eine Ausstellung zusammen, die sich der »Erfindung der Landschaft um 1600« widmete. Schon der Titel »Böhmen liegt am Meer« verweist auf den nonchalanten Umgang mit geographischen Realitäten: »Künstler wie Herri Bles, Pieter Bruegel d. Ä. oder Hendrick Goltzius nahmen ihre Studien nach der Natur nur zum Ausgangspunkt für neue, phantastische Landschaftsgebilde, die sich zumeist als Konstruktionen von einzelnen Wirklichkeitsfragmenten entpuppen.« Wenn Ketelsen konstatiert, daß dies »angesichts neuester digitaler Arbeitsweisen fast modern anmutet«, verläßt er allerdings den Boden des Historischen, denn das beobachtete Kompilationsverfahren war auch damals schon nichts Neues.

Ruisdaels »Revolution der Landschaft«, wie die Hamburger Kunsthalle ihre Ausstellung betitelt, beruht einerseits auf seiner detailgetreuen Naturbeobachtung und seiner Fähigkeit, Wetterzustände atmosphärisch genau wiederzugeben. Wirklich revolutionär war aber etwas anderes, nämlich seine Kunst, die Wahrnehmung der Betrachter zu programmieren. Mag sein, daß Ruisdael bestimmte Bildmittel vor allem dafür einsetzte, die Wünsche seiner Kunden zu befriedigen. Aber er »erfand« wirklich etwas, nämlich einen stimmungshaften Einsatz von Bildelementen, der über das Variieren mit Versatzstücken weit hinausgeht.

Die Ruinenlandschaft des »Judenfriedhofs« könnte auch eine schauerromantische Gothic Novel des späten achtzehnten Jahrhunderts angemessen illustrieren. Und der knorrige, in den Himmel ragende, und wie die Ausstellungskuratorin Martina Sitt im Katalog schreibt, »ebenso realistisch wie fiktional« wirkende Baumstumpf, mit dem der erst zwanzigjährige Ruisdael die »Ansicht von Egmont aan Zee« zu bekrönen wußte, ist ein Ahnherr der einsamen Bäume, die Caspar David Friedrich fast wie menschliche Helden ins Bild setzte.

Auch Friedrichs Bildkompositionen folgen im Prinzip noch dem Verfahren um 1600, aus einzelnen Skizzen fiktive Landschaftsszenarien zu kompilieren, auch wenn er viele Zeichnungen in der heimischen Landschaft machte; selbst auf die obligatorische Italienreise verzichtete er. Friedrichs »Wiesen bei Greifswald« entsprechen einer noch heute rekonstruierbaren Ansicht, nur hat er die Reihenfolge der Türme und damit Akzente verändert. Der Bildaufbau läßt an Ruisdaels Blick auf Haarlem denken. Nur Stoffbahnen werden hier nicht gebleicht.

Der seit 1851 in San Francisco arbeitende Fotograf Carleton Watkins gilt als Entdecker der Landschaft des amerikanischen Westens. »Im Jahr 1861 erkundete er das Yosemite Valley, das erst 1856 entdeckt worden war – und fing auf großformatigen Platten jenes romantische Gefühl der Erhabenheit ein, das eine grandiose, unberührte Natur im modernen Betrachter erweckt« (*Neue Geschichte der Fotografie*, Könemann, Köln 1998). Das Yosemite Valley hatte man vorher noch nie gesehen – aber auch für das Neue bedarf es der Wahrnehmungsmuster, auf die man es bezieht.

Auf einem Foto Watkins' von 1878 steht die »Agassiz Column«, ein länglich hochragender Stein, im Vordergrund wie ein Friedrichscher Baum; die obere Kante des Steins ragt ein wenig über die gleichmäßige Bergkrone im Hintergrund hinaus. Ein direkter Einfluß Friedrichs ist unwahrscheinlich, zumal dieser auch in Deutschland nach seinem Tod 1840 jahrzehntelang nahezu vergessen war. Bildmuster der deutschen Romantik tauchen jedoch reichhaltig in der amerikanischen Malerei des 19. Jahrhunderts auf, etwa bei Thomas Cole.

Auch ein Fotograf stellt die Kamera so auf, daß sich durch die Landschaftsmalerei eingespielte Kompositionsmuster ergeben. Spitzfindige Nachfolger Aby Warburgs könnten sogar auf die Idee kommen, daß die Phantasiefelsen von Patinir und Co. als Bestandteile eines kulturellen Gedächtnisses bei Watkins fotografische Urständ feiern. Gleichwohl gilt, wie es Walter Benjamin ausdrückte, daß eine andere Natur zur Kamera spricht als zum menschlichen Auge.

Das Kameraauge fokussiert, vor allem in der Schwarzweißfotografie, stärker auf Details der Materialbeschaffenheit und der inneren Struktur. Hier scheint die Fotografie der Grafik näher als der Malerei, was sie vom Technischen her ja auch ist. Eine »grafische« Struktur bildet sich, wenn ein Berg und die zu seinem Fuß liegenden Bäume zusammen mit ihrer spiegelbildlichen Verdoppelung im Wasser zu einer gemeinsamen Silhouette verschmelzen: so auf dem Foto des »Mount Watkins« von 1872. In der Malerei taucht eine solche Kompositionsweise erst nach 1890 auf, bei Claude Monets Pappelbildern oder bei dem Schweizer Ferdinand Hodler, der aus verdoppelten Bergsilhouetten fast ein Jugendstilornament machte.

Wie bei den ausschnitthaften Bildkompositionen von Edgar Degas oder der fotoatelierhaften Steifheit der Figuren Edouard Manets hat die Malerei hier deutliche Inspirationen vom noch jungen Medium der Fotografie erhalten. Lange bevor Monet und Pissarro den Blick aus erhöhter Perspektive in die schräg nach hinten laufende Straßenschlucht eines Pariser

Boulevards malerisch festhielten, hatte Daguerre ihn bereits 1838 und Fox Talbot kurz darauf mit der Kamera eingefangen.

Zurück in die USA, zum amerikanischen »Friedrich«, zu Thomas Cole. Das »Kreuz bei Sonnenuntergang«, das Cole 1848 malte, steht nicht an der Ostsee, aber seine Silhouette ragt ebenso symbolträchtig vor dem erleuchteten Himmel auf. Etwas mehr als hundert Jahre später fotografierte Robert Frank drei Holzkreuze, die in Erinnerung an einen tödlichen Autounfall an einem Highway aufgestellt wurden. Ein mystisch wirkendes Licht scheint von oben auf die Kreuze herab.

Abgebildet ist beides im Katalog einer Ausstellung im Kunstmuseum Wolfsburg. Es ist eine Retrospektive des in Los Angeles lebenden Künstlers Ed Ruscha, der in den sechziger Jahren durch seine Bilder von Tankstellen oder Fotoserien wie »Every Building on The Sunset Strip« bekannt wurde. 1977 malte Ruscha eine eindringliche Silhouette vor leuchtendem Himmel, allerdings keinen Baum und kein Kreuz, sondern – von hinten – das berühmte »HOLLYWOOD«-Logo. Kaum eindringlicher ließe sich darauf hinweisen, daß die »Traumfabrik« in der Tradition der romantischen Landschaftsmalerei steht und wie diese Versatzstücke kompiliert, um Wahrnehmungen von Betrachtern zu programmieren.

Daß ein Schriftzug zur prägenden Silhouette der Landschaft wird, ist allerdings auch nichts Neues. Mitte des 18. Jahrhunderts revolutionierte Lancelot, genannt »Capability«, Brown die Gestaltung von Parks und Landschaftsgärten. Im aristokratischen französischen Garten hatte man die Hecken und Pflanzen geometrisch zugeschnitten, was Alexander Pope als Zurechtstutzen von Höflingen verspottete. Als Hauptprotagonist des englischen Gartens wollte Brown die Natur nicht vergewaltigen, sondern sie nur durch gezielte Eingriffe (»improvements«) besser zur Geltung bringen. Es ist überliefert, daß er dies mit dem Setzen von Satzzeichen verglich: »Hier mache ich ein Komma, dort, wo ein entschiedener Akzent angemessen ist, mache ich einen Doppelpunkt, wo eine Unterbrechung für den Blick wünschenswert ist, eine Klammer, dann setze ich einen Punkt, um ein neues Thema zu beginnen ...«

Capability Brown unterlegt der Natur so etwas wie eine sprachliche Syntax. Ist das etwas ganz grundlegend anderes, als was Ruisdael tut? Er setzt die Sint Bavo Kerk als markantes Satzzeichen an den Horizont oder einen Baum als großes Ausrufungszeichen neben das kleine eines Kirchturms. Solche markanten Akzente gelangen anderen Malern wie Jan van Kessel nicht, und deshalb haben sich ihre Bilder weniger eingeprägt. Und heute, wo wir nicht nur mit Prototypen für Berge, Flüsse oder Burgen, sondern mit Fotos, Filmen und digitalen Bildern aller Art überschwemmt werden, können wir immer noch von den alten Landschaftsmalern lernen. Auch sie bewegten sich in einem vorgeprägten Bilderschatz. Wer allerdings nur Versatzstücke hin- und herschob, ist heute nur noch eine Katalognummer.

Jacob van Ruisdael. Die Revolution der Landschaft, Hamburger Kunsthalle, bis 1. April

Die »Kleine Eiszeit«. Holländische Landschaftsmalerei im 17. Jahrhundert, Altonaer Museum in Hamburg, bis 7. April

Ed Ruscha, Kunstmuseum Wolfsburg, bis 28. April

Ludwig Seyfarth schrieb in KONKRET 2/02 über Künstler, Täter und Fahnder

Konkret 04/02, S. 55

Ludwig Seyfarth

Postscriptum

zur politischen und ökonomischen Landschaft

Daß Landschaft einfach ein Stück Natur wäre, ist eine immer noch verbreitete Auffassung, mit der man allerdings nicht weit kommt. »Die Landschaft ist nicht mehr naiv ausgrenzbar«, schreibt der Hamburger Kunsthistoriker Martin Warnke in seinem Buch *Politische Landschaft*. Erscheint die Natur heute fast nur noch als Metapher ihrer fortschreitenden Zerstörung, diente sie früher als Symbol politischer Kraft und Stärke. Rauschende Wasserfälle wurden zur Vorahnung der französischen Revolution; eine Gebirgskette diente als Folie einer strahlend aufragenden Germania auf einer österreichischen Propagandapostkarte von 1928. Die Lichtstrahlen am Himmel und die auf einem Fels stehenden Rückenfiguren entstammen einem von Caspar David Friedrich eingespielten Bildrepertoire. Dessen deutschnationale Gesinnung war angesichts der Verhältnisse Anfang des 19. Jahrhunderts revolutionär, doch die Komplexität seiner Ikonographie, an der die Forschung bis heute knabbert, interessierte weder den Postkartengestalter noch Adolf Hitler, der Friedrich zu seinem Lieblingsmaler erkor. Abgesehen von propagandistischen Botschaften kommen politische und ökonomische Realitäten in Landschaftsbildern meist eher versteckt zum Ausdruck, oder sie werden in der Natur bewußt versteckt. Um den bis zum Horizont schweifenden Blick nicht durch den unnötigen Hinweis zu stören, daß sich Englands freie Natur in durchaus begrenztem Privatbesitz befindet, wurden die Gebietsgrenzen der Ländereien im 18. Jahrhundert durch versenkte Grenzzäune markiert. Ästhetische Bedürfnisse kommen besser zu ihrem Recht, vermeidet man Hinweise auf ökonomische Verhältnisse. William Gilpin, Verfasser zahlreicher Abhandlungen und Reiseführer zur Einübung der pittoresken Landschaftswahrnehmung, brachte das kurz und knapp auf den Punkt: Unter moralischem Blickwinkel sei ein fleißiger Handwerker einem streunenden Zigeuner vorzuziehen, aber hinsichtlich des Pittoresken verhalte es sich genau umgekehrt. So verzichten Landschaftsbilder meist auf Darstellungen arbeitender Menschen, wie wir sie in Ruisdaels Bleichwiesen bei Haarlem fanden. Der »Hofmaler« der aufstrebenden Industriellen Mittelenglands in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Joseph Wright of Derby, setzte eine Baumwollfabrik in pittoresker Nachtansicht ins Bild. Die Fabrikhallen sehen wir nicht, und wenn Wright Arbeit darstellt, zeigt er Schmieden und andere Kleinbetriebe, die mythologisch und religiös überhöht nicht die Realität der Frühindustrialisierung, sondern eine nostalgische Hommage ans gute alte Handwerk vorführen.

Daß die Eingriffe des Menschen in die Natur auf Landschaftsbildern unsichtbar bleiben, liegt nicht nur an den Rückprojektionen und Verdrängungen zugunsten der Fiktion einer heilen Natur. Viele Eingriffe sind selbst kaum sichtbar. Wir »wittern« die Vergiftung der Natur, aber sehen sie nicht immer, was der amerikanische Fotograf Richard Misrach in seinen »Desert Cantos« eindrucksvoll vor Augen führt. In opulenten Farben setzt Misrach Landschaften im amerikanischen Mittelwesten in Szene, in denen Militärübungen und Atomversuche stattfanden, von denen die Öffentlichkeit in vielen Fällen bis heute nichts weiß. Die betörend schönen Szenerien sind verseucht, kommen als Lebensraum nicht mehr in Frage. Misrachs Überästhetisierung verdoppelt gleichsam den Rahmen, den eingebürgerte Wahrnehmungsgewohnheiten längst geschaffen haben, und der vom klassischen Landschaftsgemälde zum Fotomotiv und zum Filmset führt. Und der Filmset kann tödlich sein. An Hollywood-Westernproduktionen teilzunehmen, die in verstrahlten Gegenden gedreht wurden, bedeutete ein stark erhöhtes Krebsrisiko. Fotos von Misrach befinden sich auch im Archiv des Center for Land Use Interpretation, kurz CLUI, in Los Angeles (www.clui.org). In umfangreichen Recherchen, Publikationen und einem gigantischen Fotoarchiv untersucht das CLUI die Nutzung verschiedener Landregionen im westlichen Teil der USA durch den Menschen: die Atomtestgebiete in Nevada oder den Verlauf der Route 58 quer durch Kalifornien. Da kommt vieles ins Bild, was der tradierte Blick auf die Landschaft wegläßt. Ein vergleichbares künstlerisches Konzept verfolgte Ende der achtziger Jahre das New Yorker Künstlerduo Clegg & Guttmann. Ihre »Corporate Landscape« enthalten kunsthistorische Bildmuster, doch sieht man auf den Fotos Kraftwerke statt Schlösser sowie Hochspannungsleitungen, die auf die Nutzung der natürlichen Energie für den technologischen Fortschritt verweisen. Der Begriff »Corporate« verweist auf die Unternehmenskultur, die vielleicht schon so etwas wie unsere heutige Natur geworden ist.

Geradezu programmatisch führen manche der detailreichen Fotografien Andreas Gurskys die Überformung der Natur durch die verschiedenen Etappen der Industrialisierung vor. Als Hintergrundfolie dienen Anleihen bei der Landschaftsma- lerei des 17. bis 19. Jahrhunderts. Peter Galassi vom Museum of Modern Art in New York, beschreibt Gurskys »Salerno« von 1990 als »Überblick über die riesigen Industrieanlagen, die über die antike Kultur des Mittelmeerraumes gestülpt wurden« (Kat. Andreas Gursky, Hatje Cantz, Ostfildern-Ruit 2001).

Auch die Landschaft läßt sich unter dem Thema »Art & Economy« (Besprechung folgt) betrachten, das derzeit in den Hamburger Deichtorhallen unter die Lupe genommen wird. Clegg & Guttmann sowie Gursky sind, wenn auch nicht mit Landschaften, in dieser Ausstellung vertreten. n

Konkret 04/02, S. 56

Marit Hofmann

Buch & Deckel

Norbert Niemann: Schule der Gewalt. Hanser, München 2001, 319 Seiten, 19,90 Euro

Du, Lehrer Beck, bist einer von diesen furchtbar interessierten und unerträglich engagierten Pädagogen, die mir schon als Schülerin auf die Nerven gingen. Aber dein Fall liegt schlimmer. Redest mit einem imaginären Repräsentanten der Mediengesellschaft – vielleicht ist es auch nur dein Fernseher, bei dir kann man ja nie wissen – und beklagst dich seitenlang bei ihm: über blinden Zukunftsoptimismus und Infotainment (»ihr und eure Infos und Tips und Trends«), über deine Schüler, die du nicht verstehst, und über die um sich greifende Gewalt (auch die Bilder von Littleton im Fernsehkasten hast du zutiefst betroffen bestaunt). Dein Ziel, sagst du, sei es, der Wirklichkeit näherzukommen.

Wollte uns dein Schöpfer Norbert Niemann anhand dieser jugendsoziologischen und medienphilosophischen Ergüsse dein Scheitern vorführen? Wohl kaum, setzt sich Niemann doch in seinem Internet-Schwadronierclub »Forum der 13« selbst gern als Medienkritiker in Szene und gerät beispielsweise angesichts des Feldbusch/Schwarzer-TV-Duells schwer ins Grübeln: »Ich wollte im Grunde über mich reden, genauer: über das mediale Spiegelbild, das mir dort geboten wurde und in dem ich nur Leere sah, meine vollkommene Abwesenheit in diesem Spiegel aus Medienzombies ... Ich kann mich jedenfalls nie auf beiden oder auf multiplen Seiten der Meinungsfronten einrichten – einen erhabenen Standpunkt einnehmen sozusagen. Ich kann nirgends Platz finden, bin ausgeschlossen, werde lebendig begraben.« Tja, ein tragischer Fall.

Ungefähr so tragisch wie die Tatsache, daß du, Beck, am Ende selbst Opfer der Gewalt wirst, die du erforschen wolltest. Tragisch auch: Um zu dieser Pointe zu gelangen, hätte es des klapprigen Handlungsgerüsts aus Lovestory und Krimi – deine platonische Affäre mit einer Schülerin führt zu Drohungen und Angriffen anderer Halbwüchsiger – gar nicht bedurft.

Und da beklagt dein Schöpfer noch, daß die »immer kriterienloser werdenden Feuilletons ... sich offenbar ein für allemal darauf festgelegt haben, die deutschsprachige als die sekundäre Literatur anzusehen«. Richte ihm mal aus, in seinem Fall ist sekundär noch hochgegriffen.

Konkret 04/02, S. 56

Vera Kallenberg

Buch & Deckel

John von Düffel: Ego. Dumont, Köln 2001, 281 Seiten, 20,35 Euro

»Wenn die materielle Existenz gesichert ist, fängt der Kampf ums Überleben erst an.« Mit diesem Zitat aus H. Browns Mental Strategies ist das erste Kapitel des Romans von John von Düffel überschrieben. Protagonist von *Ego* ist »Top-Consulter« Philipp: jung, deutsch und auf dem Weg nach oben. Auch sonst erfüllt der smarte Hero sämtliche Eigenschaften eines Widerlings: Er ist Narziß, Sexist, Egoist, Körperfetischist und Fitneßfanatiker. Doch dies ist selbstverständlich nur die Oberfläche. Die Jagd nach Bestätigung und Anerkennung durch Körperkult entpuppt sich als Suche nach Identität und Lebenssinn. Das Ergebnis: Innerhalb von drei langen Tagen wandelt sich unser Held vom notorisch zweifelnden Arschloch zum zweifelsfreien Arschloch. Dabei liest sich Philipps Charakterisierung wie eine Fallstudie aus »Psychologie heute«. Als er im Urlaub auf Barbados einen Mann mehr schlecht als recht vor dem Ertrinken gerettet hat, muß er erkennen, daß er sich »in seinem Körper getäuscht hatte«, sein »Siegertum eine Illusion war«. Seitdem trainiert Philipp täglich im »Maschinenpark«.

Da wäre noch das Motto des Romans: »Er schlug einen Drachen des Helden starke Hand. Er badete in dem Blute; fest wie Horn ist er jetzt. Man hat es oft vernommen, daß keine Waffe ihn verletzt.« Das Zitat aus dem Nibelungenlied könnte uns zum Kern der Geschichte bringen: das um sich selbst kreisende Individuum, ein moderner Siegfried, der sich selbst mit dem täglichen Fitneßprogramm knechtet, um unverwundbar, jederzeit einsatzbereit und verwertbar zu sein, dient der »Sache des deutschen Volkes«. Zum Beispiel. Was lesen wir davon bei von Düffel? Nichts, ist ja Rollenprosa. Scheitert unser Siegfried wenigstens zum Schluß? Mitnichten. Er stellt sein Neuröschen zurück und plant Nachkommenschaft.

Womöglich haben wir es hier mit einer Farce auf den sogenannten Zeitgeist zu tun. Der Protagonist erscheint ausschließlich als Karikatur, was allerdings den angenehmen Nebeneffekt hat, daß sich kein Mensch angesprochen fühlen muß. Am Schluß versagt die Satire völlig. In einer politischen Situation, in der die »Familie als Keimzelle des Staates« (Renate Schmidt) wieder widerspruchslos propagiert werden kann, geht Familiengründung als endgültige Denunziation eines Anti-Helden ins Leere.

Konkret 04/02, S. 56

Michael Rudolf

Buch & Deckel

Martina Hefter: Junge Hunde. Alexander Fest, Berlin, 136 Seiten, 14,90 Euro

»Diese Prosa besitzt, was ein guter Text haben muß: Feinheit und Reife, Eleganz und Konsequenz«, meint Terézia Mora. Ich weiß zwar nicht auf Anhieb, wer die Dame Terézia Mora ist, aber nach Lektüre von Martina Hefters (Jahrgang 1965) Leipziger Liebesgeschichte *Junge Hunde* will ich es auch gar nicht mehr wissen. Drei Gründe habe ich mindestens. Erstens: »Es war die Zeit, als sich in Berlin jeder tätowieren ließ, sogar eine Kollegin aus dem Ensemble war eines Tages mit einem Schmetterling auf der Schulter im Ballettsaal aufgetaucht und hatte erzählt, sie habe nun etwas, worüber sie sich den ganzen Tag freuen könne.« Zweitens: »Wirklich sicher war man nirgends. Dieses Gefühl hatte ich schon während der Zugfahrt gehabt ... Ich griff nach dem Handy in meiner Hosentasche und wählte die Nummer meiner Eltern.« Drittens: »Im Taxi hatte ich das Gefühl gehabt, sicher zu sein wie die Erbsen im Glas.« So viel zum Thema Feinheit und Reife.

Und noch was: »Über den Äckern steht ein verwaschener, zerbeulter Mond ... Wie der Mond, hell und zerdrückt ... Hinauf zum verwaschenen, zerbeulten Mond ... Morgens hängt der Mond weiß und durchscheinend wie ein Stück Backoblate am Himmel ... Es leuchtet hell unter dem runden Mond ... Der Mond hängt schief und verbeult über den Feldern, wie eine Kartoffel ... Der Mond ist furchtbar häßlich. Der Mond ... wird erst mal weniger werden, nicht rund, sondern noch eingedrückter, noch kartoffelartiger, und schließlich wird er ganz verschwinden.« So viel von den Seiten 16 bis 22 zum Thema Eleganz und Konsequenz. Kommunikationsfreudige Mädels deponierten früher ihre ersten Buchstabierversuche (»Er öffnete mir beinahe sofort«) stets in einem schwer zugänglichen Winkel der Bodenkammer oder in einem Poesiealbum. Heute gibt es dafür »Allegra« oder »Amica«, und auf diejenigen, die gar nicht davon (»Der Schnee fiel ... wie eine schädliche Masse auf alles«) abzubringen sind, wartet ein Lektorat für Mädelsangelegenheiten im nächsten Hauptstadtverlag. Aber sämtliche Feinheiten und Eleganzen können auch die nicht rauskorrigieren, sonst bliebe ja wieder bloß »Allegra«- oder »Amica«-Prosa übrig.

Konkret 04/02, S. 57

Holm Friebe

Buch des Monats

Michel Houellebecq: Plattform. Dumont, Köln 2002, 370 Seiten, 24 Euro

Die Kunst des Lebens, hat mal jemand gesagt, besteht darin, irgendwie die Zeit zwischen zwei Orgasmen totzuschlagen. Die Kunst des Michel Houellebecq besteht in seinem neuen Roman *Plattform* darin, irgendwie die Seite zwischen zwei sogenannten Stellen zu füllen. Über die »Stellen« und ihren vermeintlich tabubrecherischen Impetus in punkto Apologie des Sextourismus ist an anderer Stelle bereits viel geschrieben worden. Dabei sind die gleichmäßig übers Buch verteilten Schilderungen – interkulturell oder nicht – unterm Strich noch nicht mal besonders erregend, verglichen etwa mit der intelligenten und aufrichtigen Versautheit eines Nicholson Baker. Als Gebrauchsporno taugt das Buch mithin wenig. Auch als Skandalvorlage wird es, nebenbei bemerkt, überschätzt. Die ressentimentgeladenen Anwürfe gegen den Islam sind nur der provokante und wohl kalkulierte Zuckerguß auf einer Erzählung, die eine ganz andere Stoßrichtung hat. Läßt man auch die teilweise hanebüchenen Rassismen beiseite und unterstellt literaturkritisch sauber, daß sie der Meinung der Figuren entsprechen, nicht notwendigerweise der des Autors, dann geht es zwischen den Sexualhandlungen um etwas anderes. Nämlich darum, ein paar unbequeme Wahrheiten über die Gesellschaft unter Marktbedingungen zu verbreiten. Daß das streckenweise in unangenehm holpriger Prosa geschieht, läßt sich wohlwollend als Kongruenz von Form und Botschaft auslegen. Daß der Autor es sich zwischendrin leicht macht und einfach ganze Passagen aus Reiseführern und Touristikkatalogen übernimmt, ist dem Gebot jener Ökonomie geschuldet, die den Subtext des Romans bildet.

Nimmt man die beiden ersten Bücher hinzu, dann ist *Plattform* nur ein weiterer Bestandteil in einer groß angelegten Theorie des sexuellen Kapitals, die sich als notwendige Ergänzung der Bourdieuschen Kapitalformen verstehen läßt. Wie ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, so die schlichte These, die etwa in *Elementarteilchen* ausgebreitet wird, tendiert auch das sexuelle Kapital zu Monopol und Ausschluß. Sprich: die Attraktiveren haben Sex und werden dadurch immer attraktiver, die anderen nicht. Houellebecq ist auch in dieser Hinsicht radikaler Materialist; das nehmen seine Kritiker aus den bürgerlichen Feuilletons ihm übel, die wenigstens Reste des romantischen Konzeptes vermissen und ihm tumbe Leere unterstellen. Tatsächlich fällt auf, daß das zugrunde liegende Menschenbild ein denkbar pessimistisches ist, das den Menschen nicht als Ausnahme, sondern als Regelfall der Gattungsgeschichte begreift. Das machen die häufigen Tiervergleiche deutlich. Von »echsenhafter Lethargie« ist die Rede, jemand planscht in den Wellen »wie ein behinderter Delphin«. Der Mensch erscheint als »ein erfinderisches Säugetier«, das von simplem Glückstreben bestimmt ist und seinen Vorteil dort sucht, wo er ihn erheischen kann. Oder kürzer: Der Mensch ist ein Tier, das reist. Der Protagonist Michel bekennt entwaffnend: »Ich mochte die Urlaubskataloge, ihre Abstraktion, ihre Art, Orte aus der ganzen Welt auf eine begrenzte Sequenz möglichen Glücks zu reduzieren.«

Plattform behandelt somit den auch bei Bourdieu spannenden Komplex, wie sich die Kapitalformen ineinander überführen lassen, wie sich vor allem ökonomisches Kapital heranziehen läßt, um einen Mangel an sexuellem auszugleichen: »Wenn die Sexualität also tatsächlich Eingang in den Sektor der Tauschwaren finden sollte, bestand die beste Lösung wahrscheinlich darin, aufs Geld zurückzugreifen, das universelle Tauschmittel, das es bereits erlaubte, ein genaues Äquivalent für die Intelligenz, das Talent und die technische Kompetenz zu gewährleisten, und das es bereits erlaubt hatte, die Meinungen, den Geschmack und die Lebensweise zu normieren.« Zugegeben, diese Sichtweise auf Prostitution ist zunächst mal nicht neu und nicht besonders originell. Auf die internationalen Kapitalströme – sprich: Sextourismus – gerichtet, erzeugt sie aber ein nüchternes, analytisches Bild einer globalökonomischen Zwangsläufigkeit, das in der arg von moralischen Argumenten verstellte Debatte eher schwammig ausfällt.

Im zweiten, mit »Wettbewerbsvorteil« überschriebenen Abschnitt wird Michel als prototypischer Konsument internationaler Sexangebote zum Ideengeber für einen großen Touristikkonzern. Wie Homer Simpson sich in einer denkwürdigen Folge sein Traumauto zusammen basteln darf, darf auch Michel vom idealen Sexclub und den nötigen Zutaten spinnen. Der interessante literarische Kunstgriff daran ist, daß der Autor und mit ihm sein gleichnamiger Held in Wahrheit sehr viel schlauer sind, als sie sich im Buch geben. Houellebecq muß einiges an Material zur Tourismusbranche studiert haben und kennt sich erstaunlich gut im Vokabular und in den Gepflogenheiten des Marketing aus. Das macht diesen Abschnitt zum spannendsten Teil des Buches und sicher auch zu einer lehrreichen »case study« für angehende Tourismus-Manager. Am Ende steht ein weltweit angelegtes, neuartiges Clubkonzept, eine Art weicher und ethisch vertretbarer Sextourismus. Dezent vermarktet wird es in der westlichen Welt als »Tourismus mit Charme« – mit durchschlagendem Erfolg. In der Tat fragt man sich bei der Lektüre, ob solch ein Konzept nicht einige Marktchancen hätte, ob die Entwürfe dazu nicht längst schon in den Schubladen liegen und nur des gesellschaftlichen Klimaumschwungs harren. Ja, man fragt sich sogar, ob diese Variante nicht vielleicht wirklich das geringere Übel verglichen mit dem ohnehin existierenden wilden Sextourismus darstellt.

Das Unbehagen angesichts solcher Gedanken ist ein grundlegendes, die Hoffnung auf Schadensbegrenzung im globalen sexuellen Kapitalismus eine trügerische. Keine Rettung in Sicht. Houellebecq ist Zyniker genug, das schonungslos auszuschlachten. Er ist aber auch Humanist genug, daran zu verzweifeln. Das sind die überraschenden Momente und Wendungen im Roman, wenn der Held aus der Rolle fällt und uns ganz grundsätzlich etwas mitteilen möchte. Zum Beispiel: »Wir saßen alle drei in diesem Gesellschaftssystem fest wie Insekten in einem Bernsteinblock, wir hatten keine Möglichkeit, herauszukommen.« Oder: »Wir haben ein System geschaffen, in dem es ganz einfach unmöglich geworden ist zu leben; und dieses System exportieren wir noch dazu.« Es sind demnach auch nicht die Islamisten, die die Gesellschaft von außen bedrohen und Spielverderber bei der weltweiten Durchsetzung der freien Liebe spielen. Es ist das marktwirtschaftlich organisierte System, das sich langsam von innen aufzehrt und jene Entfremdung erzeugt, in der Houellebecqs Figuren vegetieren. Wenn Michel in einem intimen Moment zu seiner Freundin Valérie, die am Ende bei einem Attentat islamistischer Frömmler stirbt, sagt: »Dabei hast du mir doch erklärt, daß der Kapitalismus vom Prinzip her ein ständiger Kriegszustand ist, ein ewiger Kampf, der nie zu Ende gehen kann«, kommt tatsächlich für einen Augenblick so etwas wie Romantik zustande. Die romantische Idee, daß Frauen sich nicht nur prima ficken lassen, sondern einem zwischen zwei Orgasmen auch noch hervorragend die Welt erklären können. Wenn die sich schon nicht ändern läßt.

Konkret 04/02, S. 58

Peter Köhler

KEIN SCHÖNER LAND - Düsentrieb in Lauterberg

Ein Besuch bei einem Erfinder, der dem »Weltirrtum« auf der Spur ist

Als Stadt des ältesten Kaltwasser-Heilbades Deutschlands versucht Lauterberg im Harz von sich reden zu machen. Dreizehntausend Einwohner zählt die Ortschaft, die knapp westlich der einstigen Zonengrenze liegt und auch so aussieht. »Akkumulatorenwerk, Holz- und Metallverarbeitung, Kneippkurort« zählt das Lexikon nüchtern auf. »899 erstmals genannt; nach 1450 als Bergbausiedlung gegr., 1619 Marktrecht, 1906 ›Bad‹, 1929 Stadt.« 2001 führt die Bundesstraße 27 den Reisenden zügig weiter nach Braunlage, dem Wintersportzentrum des Harz. »Bad Lauterberg eignet sich hervorragend als Standort für ausgedehnte Harzwanderungen und Harzrundfahrten«, schreibt der Reiseführer. Stimmt, denn Bad Lauterberg selbst ist keine Attraktion. Bislang jedenfalls.

Noch ist der Kur- und Fremdenverkehr der wichtigste Wirtschaftszweig dieser »Stadt«; in naher Zukunft aber möglicherweise – hypermodernste Spitzen-High-Tech. Nämlich wenn das Wunder geschieht, ein vor vierzig Jahren aus Kroatien eingewanderter ehemaliger Fabrikarbeiter seine große Idee verwirklicht, dank seines Erfindergeistes ein alter Menschheitstraum wahr wird und die sensationellsten Wundermaschinen, die je auf Erden standen, in Produktion gehen, um die Welt komplett zu verändern. Vorausgesetzt, die Ökonomen, die Politiker und vielleicht auch die Naturgesetze spielen mit.

An Bad Lauterbergs Ausfallstraße nach Süden in Richtung Göttingen, im ersten Stock eines alten Mietshauses, wohnt Ante Skara. Seine kleine Wohnung teilt sich der einstige Gastarbeiter und jetzige Rentner mit seiner berufstätigen Tochter. Durch einen schmalen, dunklen Flur führt Herr Skara den Besucher in die Wohnküche. Wir setzen uns an den alten, braunweiß gemaserten Küchentisch. Im Küchenfenster hängt ein Bauer mit einem Kanarienvogel: Offenbar ein »Harzer Roller«, wie sie im Harz seit über zweihundert Jahren gezüchtet werden und die für ihren kunstvollen Gesang bekannt sind. Jetzt schweigt der Vogel.

»Ich bin Erfinder«, eröffnet Herr Skara, ein Mann Mitte oder Ende sechzig mit zurückgekämmten grauen Haaren auf dem wuchtigen Schädel, das Gespräch ohne Umschweife. »Meine Erfindung zielt auf absolut-funktional-rationale Welt von morgen. Wir aber«, fährt der Forscher mit leichtem Balkan-Akzent fort, »leben noch in absolut-funktional-irrationaler Welt von heute! Sie wissen«, geht der selbstbewußte Erfinder auch schon aufs Ganze, »was Perpetuum mobile ist?«

»Das ist«, klambüstere ich verschwommene Erinnerungen an den Physikunterricht zusammen, »eine Maschine, die ohne Energieverlust arbeitet oder mehr Arbeit leistet, als sie Energie verbraucht.«

Herr Skara langt zur Kaffeemaschine, nimmt die Kanne und schenkt ein. »Sagt man immer, gibt kein Perpetuum mobile«, setzt er schnurstracks fort. »Falsch! In Wahrheit ist alles Perpetuum mobile. Nicht nur Maschine. Jedes Lebewesen ist Perpetuum mobile. Auch Mensch ist Perpetuum mobile. Alles andere ist Weltirrtum, großer Weltirrtum!« trumpft der ehemalige Arbeiter der Lauterberger Akkumulatorenfabrik auf und legt nach: »Energie geht nie verloren. Energie wird nur umgewandelt. Sie verstehen!«

Seit dem Mittelalter wurden unzählige Pläne für ein Perpetuum mobile entwickelt, die alle nicht funktionierten. 1775 entschied die Pariser Akademie, keine Vorschläge zur Prüfung mehr anzunehmen. Dennoch wurden immer neue Projekte entworfen, von ausgebildeten Technikern wie von Laien – von jenem Tischlermeister Adalbert Pösch zum Beispiel, bei dem der junge Raimund Popper 1922 in Wien lernte und der als vielseitig interessierter Mann ebenfalls an einem solchen Wundergerät bastelte: »Da sag'n s', daß ma' so was net mach'n kann; aber wann amal eina ein's g'macht hat, dann wer'n s' schon anders red'n!« Jetzt, fast achtzig Jahre nach Adalbert Pösch und bald achthundert Jahre nach der ersten Beschreibung eines Perpetuum mobile durch den Franzosen de Honnecourt 1235 ist es anscheinend soweit.

»Ist alles ganz einfach!« strahlt heute, im Jahr 2001, Herr Skara und setzt stolz noch einen drauf: »Ist meine Erfindung mehr als Perpetuum mobile!« Sein leuchtender Blick durchmißt die Wohnküche und bleibt am Vogelkäfig hängen. Der Vogel schweigt. »Braucht man dazu nur Laser und Photozelle. Müssen Sie sich so vorstellen«, und mit diesen Worten ergreift der Meister einen Laserpointer, der auf dem Küchentisch liegt: »Halte ich Laser zu, ist Wirkung gleich null. Halte ich Strahl irgendwohin, vielleicht nur ein Meter weg, habe ich Wirkung. Und jetzt Clou! Zapfe ich ihn an schon auf dem Weg zur Wand!«

Ich schaue möglichst intelligent.

»Sie verstehen offenbar nicht«, schnauft der Entdecker und Neuerer. »Dabei ist so einfach! Gebe ich Ihnen Beispiel: Sie sind aus Göttingen mit Auto gekommen? Wunderschön. Nun ganz einfach: Ist meine Erfindung nicht anders, als wenn Sie fahren von hier nach Göttingen. Sind fünfzig Kilometer. Aber wenn Sie stehen hier, verpufft alles. Fahren Sie aber, können Sie überall Wirkung und Leistung haben!«

Triumphierend blickt das Meisterhirn mich an. Offensichtlich erwartet es eine kluge Äußerung, die zeigt, daß ich verstanden habe.

»Hm!« mümmele ich. »Wie ist das aber im Leerlauf? Dann verbrauche ich doch sehr wenig Energie. Wenn ich fahre, verbrauche ich dagegen sehr viel.«

»Wir verstehen uns überhaupt nicht«, seufzt Herr Skara, und ich muß ihm innerlich recht geben: Ich verstehe weder ihn noch meinen eigenen Einwurf. »Müssen Sie sich vorstellen, das Ganze ist Röhre: Röhre aber können Sie überall anzapfen!«

»Ach so«, redet jemand aus mir.

»Röhre aus lauter Photozellen, Sie verstehen!« gewinnt der Autodidakt wieder Oberwasser. »Photozellen sind Batterien, speichern Laserlicht. Mit Sonnenlicht«, nimmt der Technik-Avantgardist möglichen Einwänden der Solaringenieure vorauseilend den Wind aus den Segeln, »ist das natürlich unmöglich! Ist viel zu schwach, hähä! Wär Scheiße!« Es klingt wie »Schaißä«, aber wo der Kroate recht hat, könnte er recht haben.

Herr Skara schaltet die Laserlampe ein. »Sehen Sie, diese Ummantelung wäre nur aus Photozellen«, appelliert tapfer der Perpetuum mobilist und fährt mit dem Finger den Laserstab entlang. »Sie speichern Laserlicht. Photozelle wandelt Strom in Energie um, meine ich: wandelt Licht in Strom um! Das ist hundert Prozent Energie! Nun passen Sie auf!« Herr Skara schaltet die Laserlampe ein und lenkt den Strahl an die Küchenwand. Ein roter Kreis leuchtet an der Tapete auf. »Sehen Sie!« ruft der deutsch-kroatische Düsentrieb enthusiasmiert: »Nun kann ich den ganzen Weg, den Laser zurücklegt, Batterien abschneiden!«

»Batterien abschneiden?!« stülpt sich mir ein Fragezeichen in den Raum.

»Wissen doch, was ich meine!« läßt Herr Skara nicht locker. »Ist ganz einfach: Nicht nur Energie an Wand benutze ich. Sondern schon vorher! Auf Weg zur Wand schneide ich Strahl unendlich oft ab und fülle Batterie damit! Sonst verpufft doch Energie auf Weg, Sie verstehen! Und mit Laser können Sie unendlich viele Batterien laden, mit Sonne nicht.«

Aha, aha, so ist das also! Auch wenn es irgendwie scheint, als gelten die Grundsätze der Physik nicht in der Wohnung dieses Tüftlers.

»Ich sehe, Sie haben Zweifel«, atmet der Selfmadedenker tief aus. »Aber Prinzip ganz einfach: Laser speist Licht in Photozelle. Photozelle gibt wieder Energie für Laserlicht – wenn Sie Strahl einmal abschneiden und speichern. Aber Sie speichern nicht einmal, Sie speichern oft! Deshalb viel Energie bleibt übrig, wofür Sie wollen! Ich gebe Ihnen Rechenexempel, ganz einfach«, hilft Herr Skara dem begriffsstutzigen Laien bereitwillig auf die Sprünge: »Normal ist Delta Q mit der Arbeit Delta A, und nimmt Energie zu um Delta U.« Mit dem Finger malt der Wundertechniker der Zukunft die Gleichungen und Formeln auf den Küchentisch. »Heißt also: Delta U ist Delta Q und Delta A, Sie verstehen! Aber mit Laserlicht und Photozelle haben Sie nun Delta Q und Delta A ist Delta U plus eins! Das heißt, plus eins unendlich oft!« Das ist ja allerhand. »Klar!« gibt sich der Physik-Revolutionär gleich selber recht, wozu ich auch nicht imstande gewesen wäre.

Der Vogel schweigt. Dabei beherrscht ein Harzer Roller drei typische Klangweisen: die »Hohlrolle«, die eine Oktave höher angestimmte »Klingel« und die »Knorre«, eine Erholungstour zum Luftholen. Statt Knorre brauche ich Kaffee. Der Gastgeber schenkt mir schwungvoll nach, trinkt seine Tasse leer und geht hinaus. Als er wiederkommt, trägt er zwei Aktenordner unter den Armen.

»Sehen Sie«, setzt sich der reife Mann und schlägt einen Ordner auf. »Briefe, alles Einschreiben! Ich habe geschrieben an Firmen überall in Deutschland. Hier zum Beispiel: Photo-Optik-Abteilung von Zeiss in Baden-Württemberg, 1994. Aber die wollten nicht verstehen. Kam schon nach meinem zweiten Schreiben keine Antwort mehr. Kam nie eine Antwort!« Der alte Herr atmet durch. »Aber so sind die Menschen.«

»Jeden Monat schreibe ich neuen Brief, mit vielen Anlagen, schauen Sie«, und Herrn Skaras Finger zeigt auf seine mit Buntstiften gemalten Schaubildchen auf Rechenkästchenpapier. »Formeln, Anleitungen, Beschreibungen, alles fix und fertig. Habe ich alles ausgerechnet. Einstein, Newton, alles drin. Und habe ich noch mehr.«

Der Meister schlägt den zweiten Ordner auf, in dem er Zeitungsausschnitte abgeheftet hat. »Hier sehen Sie, Schlagzeile: ›Queen von England reichste Frau der Welt‹ – habe ich sie angeschrieben, umsonst! Niemand antwortet und gibt Geld. Dabei wäre so nötig für Menschheit, für Globus! Hier, lesen Sie, aus ›Bild‹-Zeitung!« In seiner Begeisterung hat der Visionär vergessen, wie man etwas aus einem Ordner nimmt. Ich führe es ihm vor, und zum Beweis, daß er es begriffen hat, nimmt er den eben herausgenommenen Ausriß und heftet ihn wieder ab. Ich erkenne nur die fette Überschrift: »Horst Stern: Mein Kampf für die Natur war umsonst«. Herr Skara klappt den Ordner zu und schlägt mit der Hand auf den Deckel. »Ich widme mein ganzes Leben«, ruft unverdrossen der Kämpfer. »Schreiben Sie das!«

Ein Schlüssel dreht sich im Schloß der Wohnungstür, dann betritt eine knapp dreißigjährige Frau die Wohnküche, offensichtlich Herrn Skaras von der Arbeit heimkehrende Tochter. Sie stellt eine Tüte ab, wäscht sich die Hände, kramt die aktuelle »Bild«-Zeitung und die Fernsehillustrierte zusammen und verschwindet wortlos, ohne den Erfinder und Propagandisten eines Blickes zu würdigen.

»Ich bin«, macht Herr Skara ein neues Faß auf, »kein Kapitalist. Ich habe kein Geld. Lebe ich von achthundert Mark im Monat als Rentner. Ist das einzige, was ich von Ihnen erwarte, ein bißchen Altruismus!«

Anscheinend hat der Mann, der vom Küchentisch seiner kleinen Bad Lauterberger Mietswohnung aus sein gigantisches Projekt verfolgt, plötzlich vergessen, daß ich von der Zeitung komme, und glaubt, einen Bewerber vor sich zu haben, der als Gehülfe in seine Zukunftsfirma eintreten will.

»Wenn Sie ein bißchen mit der Sache beschäftigt haben«, fährt der Idealist befeuert fort, »werden Sie nichts anderes mehr tun wollen! Werden Sie bei mir sein wollen und hier immer arbeiten. Geld spielt keine Rolle«, legt der einstige Gastarbeiter und Firmenchef in spe nun einen Zahn zu, während der Vogel schweigt, und beschleunigt weiter: »Sie wollen auch die Welt retten! Weiß ich doch, was Journalismus ist. Macht man was und tut sich nie etwas – ist Schaißä! Bei mir ist das anders!«

Herr Skara versucht, aus seiner leeren Tasse zu trinken, saugt und schlürft. Seine Hand zittert vor Erregung. »Seit zwölf Jahren beschäftige ich damit. Glauben Sie, würde ich tun, wenn keinen Sinn hat?«

Klirrend setzt der Weltverbesserer die Tasse auf. »Zukunft gehört meiner Elektronen-Photonen-Maschine! Sie allein wird Menschheit helfen und neue Zukunft bauen!«

»Haben Sie sich die Maschine nur ausgedacht oder auch schon gebaut?« bringe ich in einem schier laserlichthellen Moment eine Frage zum Vorschein.

»Das habe ich mir nicht bloß ausgedacht«, erwidert der Erfinder, »aber es muß natürlich noch gebaut werden.« Herr Skara schweigt genußvoll sinnend. Vielleicht malt er sich aus, wie die unscheinbare Idee eines kleinen Mannes die ganze Welt erobert, wie sein Geniestreich die Energieprobleme der Menschheit für ewige Zeiten löst, wie er, der einfache Rentner aus Bad Lauterberg, alle jene sogenannten Wissenschaftler, eingebildeten Politiker und arroganten Konzerne düpiert, die nichts von ihm wissen wollten, und wie die Leute überall auf dem Planeten Erde staunen über seine simple Idee, dank der das Laserlicht wie ein Hexenmeister aus dem Nichts Energie produziert ohne Ende, und sie werden sagen: Wie einfach alles hinterher aussieht!

Oder jedenfalls vorher.

»Und warten noch viele andere Aufgaben!« nimmt Herr Skara in Höchstgeschwindigkeit die nächsten Kurven auf dem Weg in die Zukunft. »Es muß eine Partei gegründet werden. Keine politische Partei, sondern um die Menschheit zu retten! Wissen Sie«, greift er meinen Arm, um seinen hochfliegenden Plänen spürbar Nachdruck zu verleihen, »muß ich Menschen um mich haben, ruhig auch Pazifisten, denn wissen Sie, diese Menschenwelt ist eine Kriegswelt!« Ich blicke zum Vogel und schweige. »Brauche ich keinen naturwissenschaftlichen Gehilfen«, ruft enthusiastisch der Utopist und Praktiker in Personalunion, »bin ich selber! Sondern brauche ich einen, der mein Buch schreibt. Der an die Menschheit tritt! Sie haben Allgemeinbildung, haben Abitur. Können Deutsch. Haben Physik gehabt? Chemie?!«

Statt einer Antwort gehe ich auf die Toilette. Gurgelnd erbricht sich die Klospülung, mit Zisch und Zasch rauscht das Wasser durch die Schüssel und räumt die Schaißä ab, ohne danke zu sagen. Ich nehme es als Zeichen zum Aufbruch.

Herr Skara stutzt; fast scheint es, als wäre seine Energie mit einem Mal vollständig abgezapft. Plötzlich wirkt er wie ein leerer Akku, der den Stecker nicht findet, und es gelingt ihm nicht, die Maschine wieder in Gang zu bringen und in die Realität einzuloggen. Als ich gehe, sitzt Herr Skara, noch immer weit entfernt von allem, am Küchentisch. Der Erfinder und Visionär schaut aus dem Fenster, während seine Hand mit dem Laserstab spielt. Der Vogel schweigt.

»Wenn die Verflachung der deutschen Politik beginnt, wird aus den bayerischen Bergen die Rettung kommen«, versprach einst Franz-Josef Strauß. Wenn heute die Verflachung von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik dräut, wird statt der Alpen vielleicht der Harz in die Bresche springen und Deutschland mit kroatischer Immigrantenhilfe wieder hochbringen. Und Bad Lauterberg, notorisch das älteste deutsche Kaltwasser-Heilbad, ist womöglich bald die jüngste High-Tech-Schmiede im Land der Denker und Tüftler. Dann stimmt vielleicht auch der Harzer Roller wieder die hohe Klingel des Fortschritts an. Jedenfalls wenn das Wunder geschieht, die Skara-Maschine gebaut und notfalls die Physik revolutioniert und die Naturgesetze aufgehoben werden. Manchmal muß man eben die Natur zwingen. Die Hohlrolle und die Knorre sind der Lohn.

Lesen Sie in der nächsten Folge Marit Hofmanns Bericht über die Hochkultur bei Edeka

Peter Köhler hat gerade zusammen mit Jürgen Roth das Buch »Edmund Stoiber – Weltstaatsmann und Freund des Volkes«_(Eichborn) veröffentlicht

Konkret 04/02, S. 60

René Martens

Melodie & Rhythmus

Franz Dobler: The Beast in me. Johnny Cash und die seltsame und schöne Welt der Countrymusik. Kunstmann, München 2002, 272 Seiten, 18,90 Euro
Diverse: A Boy named Sue Johnny Cash Revisited. Trikont*h*digo
Tilman Rossmy Quartett: Reisen im eigenen Land, www.tilmanrossmy.de
St. Thomas: I m Coming Home. City Slang/Labels/Virgin
Lambchop: Is a Woman. City Slang/Labels/Virgin

Um gleich mit der Tür in den Saloon zu fallen: Country ist nicht per se reaktionär, und Country ist auch keine Volksmusik. In seiner Urform finden sich Einflüsse verschiedener Kulturen – in einem Einwandererland wie den USA beinahe zwangsläufig – , und heute ist es ein in vielen Winkeln der Welt verbreitetes musikalisches Idiom.

Viele berühmte Figuren des Genres haben sich aufgelehnt gegen das Image. Waylon Jennings etwa, der einst zur Band Buddy Hollys gehörte und nur durch Zufall nicht im Flugzeug saß, das 1959 mit den Musikern abstürzte. Sein zweites Leben beendete Jennings, der zwei Jahrzehnte auf Droge gewesen war, am 13. Februar dieses Jahres – knapp zwei Wochen bevor einer seiner besten Freunde den 70. Geburtstag beging. Dieser Freund heißt Johnny Cash.

Solche Verbindungslinien zu zeichnen gefällt auch dem Schriftsteller Franz Dobler, der das runde Jubiläum zum Anlaß genommen hat, ein Buch über Cash zu schreiben. Wie der Autor sympathischerweise gleich eingangs vermerkt, enthält es »keine neuen Fakten«, genauer gesagt: Dobler präsentiert nur so wenig Fakten wie möglich, weil er weiß, daß man nicht hubern muß, wenn man etwas über Musik sagen will. *The Beast in me* ist mithin keine Biographie. Dobler geht es um Geschichten, die sich um Cash und ausgehend von Cash erzählen lassen. Er schreibt an gegen offiziöse Mythen und schweift ab zu Episoden über Figuren, die es dem Vergessen zu entreißen gilt. Das Buch ist darin entfernt vergleichbar mit *Basement Blues – Bob Dylan und das alte, unheimliche Amerika* von Greil Marcus. Der hatte die von Dylan und The Band aufgenommenen »Basement Tapes« zum Ausgangspunkt gewählt, um Aspekte der amerikanischen Kultur- und Sozialgeschichte zu skizzieren. Dobler streift außerdem die deutsche, weil Cashs erste Band sich 1951 aus GIs der US Air Force in Landsberg zusammensetzte – in jenem Jahr und an jenem Ort vollstreckten die Amerikaner an Naziverbrechern die letzten Todesurteile auf bundesdeutschem Staatsgebiet.

Johnny Cash ist ein reizvoller Gegenstand für ein Buch: Einerseits versteht er sich als Patriot – nach dem Anschlag auf das World Trade Center initiierte er auf seiner Homepage einen Schreibwettbewerb unter dem Motto »Ich liebe Amerika, weil ...« – , andererseits hat er sich bei vielen Patrioten unbeliebt gemacht. Schließlich ist er für die Bürgerrechte eingetreten, hat sich solidarisiert mit Gefängnisinsassen, die unter unwürdigen Haftbedingungen litten – Dobler geht ausführlich ein auf die Live-Alben aus dem Knast – , und nicht zuletzt gilt er als »a lesbian icon«. So jedenfalls sieht es die Journalistin Teresa Ortega. Dieser Status rührt unter anderem her von dem Song »A Boy named Sue«, der davon erzählt, wie ein Vater seinem Sohn den Namen Sue gibt, kurz bevor er die Familie verläßt.

»A Boy named Sue« heißt nun auch ein von Dobler zusammengestelltes Album mit Cash-Adaptionen, das parallel zu *The Beast in me* erschienen ist. Auf den Text des titelgebenden Songs sowie auf den Aufsatz Ortegas bezieht sich die eigenständigste Hommage: »Ein Mädchen namens Gerd« von Bernadette La Hengst, in der eine Mutter jene Rolle spielt, die in der Vorlage der Vater einnimmt. Sie nennt ihre Tochter Gerd und macht sich aus dem Staub, und das Mädchen fühlt sich, während es aufwächst, als »Vaters Sohn«. Die 19 Songs demonstrieren, wie vielfältig sich Country interpretieren läßt, aber nur rund der Hälfte der Beteiligten gelingt es, Cash in ihre eigene musikalische Sprache zu übersetzen: etwa dem Kölner Elektroniker The Bionaut, dem Notwist-Nebenprojekt Three Shades Of Blues (mit kroatischem Gesang) sowie dem nunmehr gemütlichen Nöler Tilman Rossmy. Der hat außerdem gerade teilweise Country-beeinflußte Lehnstuhl-Versionen von ruppigen Außenseiter-Hits veröffentlicht, die von seiner alten Band, Die Regierung, stammen.

In der Popgeschichte gibt es immer wieder Phasen, in der Roots-Musiken neu entdeckt werden, und oft geschieht das nach Einschnitten: in den frühen 80ern nach Punk, New Wave und ihren Ausläufern, in den frühen 90ern nach dem kurzen Höhepunkt von Grunge. Heute existieren nebeneinander alle möglichen Retro-Stile, und das funktioniert nach Gesetzmäßigkeiten, die Dobler so beschreibt: »Was gestern wie vorgestern klang, klingt vielleicht morgen wie etwas, das gut zum Heute zu passen scheint, und aus einem Impuls von vorgestern entsteht etwas, das das Heutige zu dem von gestern macht.«

Natürlich ist darunter auch Musik, die Country viel verdankt. Die Rezeption ist im Laufe der Jahre entspannter geworden: Wer heute solche Platten hört, muß sich nicht mehr distanzieren von jenen, die Country-Musiker im allerweitesten Sinne als Kämpfer gegen alles Digitale oder als Ritter der Authentizität verklärten, denn solche Verbohrten sterben langsam aus. Dobler sagt, unter Verweis auf den Einfluß, den Engländer, Schotten, Franzosen, Bayern und Sklaven einst auf Country hatten, daß der Begriff »authentisch schon seit über 80 Jahren falsch« sei. »Authentisch war vielleicht der Gesang jener schottischen Auswanderin, die 1675 bei gemäßigtem Seegang den Delphinen zusah und von besseren Zeiten träumte.«

Thomas Hansen ist ein Mittzwanziger aus dem Jazz-Land Norwegen, der erst im vergangenen Jahr seinen Job als Postbote geschmissen hat. Seine fragile Stimme, die an den frühen Neil Young erinnert, ist das Markenzeichen auf »I m Coming Home«, dem neuen Album der Gruppe St. Thomas. Hansen ist ein hochsensibles und therapieerfahrenes Wesen, das auf der Bühne schon mal anfängt zu randalieren, wenn es auf ein »Don t talk, play music«-Publikum stößt, das seine Zartbesaitetheit ignoriert. Am stärksten beeinflußt hat ihn der Kauz Will Oldham, von dem auch Johnny Cash vor zwei Jahren ein Stück gecovert hat. Es ist schon sehr seltsam, daß diese überwiegend ergreifend traurige Platte, auf der lautmalerische Refrains und viel Gejodel und Gefiedel zu hören sind, in Norwegen die Top Ten erreicht.

Lambchop (siehe KONKRET 3/00) haben sich selbst immer wieder unter Country eingeordnet, obwohl ihr Bezug zu Soul und Jazz ähnlich stark ist. Die elf Songs auf »Is a Woman« klingen schwelgerisch und sparsam zugleich. Und vor allem eigen: Jeder noch so flüchtige Soundpartikel, der aus all den leisen Tönen kurz hervorsticht, jedes hingehuschte »Ooh-Ooh« hat eine unglaubliche Präsenz. Am intensivsten wirken, so widersinnig sich das anhören mag, die Pausen in dem Titelsong: zwischen den Zeilen oder gar zwischen den Worten (»Can/you/be/

sure«). Man hätte gern ein Bild von dem Raum, in dem das alles entstanden ist. Eine technisches Detail sei verraten: Der Gesang wurde, äußerst unüblich, zuerst aufgenommen. So ausgefeilt hat Musik mit Country-Elementen nie geklungen.

Konkret 04/02, S. 61

Martin B□ sser

Platte des Monats

Dat Politics : Pl□ gs Pl□ €hicks On Speed Records/Disko B

Seit einigen Jahren hat elektronische Musik aus Frankreich Hochkonjunktur. Musiker wie Daft Punk, Air, Bertrand Burgalat und Etienne Du Crecy haben eine ganz eigene Form von Disco und House entwickelt, die gemeinhin mit Begriffen wie »verspielt« und »charmant« beschrieben wird. Entstanden ist diese Musik in einem Land, in dem es schon lange eine chauvinistische Quote zugunsten nationaler Pop-Produkte gibt, wie sie Heinz Rudolf Kunze und Dieter Thomas Heck Mitte der Neunziger auch fürs deutsche Radio propagiert hatten. Um so amüsanter, daß französische Bands erst in dem Moment auch im Ausland Erfolg hatten, als sie – wie im Fall von Daft Punk und Air – englische Texte benutzten. In Interviews sprachen sie sich gegen die Quote aus, wollten endlich auch »international ernst genommen« (Air) werden. Einen Schönheitsfehler hat die Sache jedoch: Der Erfolg fast aller französischen Dance-Acts beruht weniger auf ihrem internationalen Sound als auf Frankreich-Klischees, die diese Musik gleich meterdick mittransportiert. Der weiche, an Easy Listening orientierte Sound verströmt den Duft von Eleganz und Luxus und befriedigt damit ein Frankreichbild aus über Generationen angestauten sexistischen Stereotypen. Das Cover des neusten Dance-Hypes aus Frankreich, »After the Playboy Mansion« (Labels/Virgin) von Dimitri From Paris, ist dementsprechend ganz in der Ästhetik des gleichnamigen Herrenmagazins gestaltet. International erfolgreich sind solche Musiker in der Regel also nur deshalb, weil ihre Musik kalkuliert nach Champagner und (hetero)sexueller Freizügigkeit klingt.

Doch gegen diesen Soundtrack für männliche Upper-Class-Träume gibt es Abhilfe: Dat Politics aus Lille arbeiten im Vergleich zu den fulminanten Streichorchester-Sounds von Bands wie Air mit einem geradezu auf billig getrimmten Accessoire. Ihre elektronischen Laptop-Sounds haben Ecken und Kanten, holpern hastig nach vorne und basieren doch immer wieder auf netten, fast kindlichen Melodien. Diese nervöse, sperrige, zugleich aber auch freundliche Klick- und Fieps-Elektronik will nicht das Gefühl von Luxus vermitteln, sondern klingt nach der Enge des Wohnzimmers, in der sie entstanden ist. »Paradoxerweise hat dieser Boom an weicher Elektronik eine neue Dynamik in die französische Szene gebracht«, erklärt Claude Paillot, ein Teil des Trios – und sei es nur, daß sie zu neuen Formen der Abgrenzung geführt hat. Eine solche Abgrenzung haben Dat Politics mit ihrer einerseits häuslich intim klingenden, zugleich aber tatsächlich internationalen Musik vorgenommen: Die quirligen und kleinteiligen Sounds entstanden unter Mithilfe zahlreicher Freunde aus aller Welt, darunter das kalifornische Duo Blectum From Blechdom, Matmos, Kid 606, Schlammpeitziger und Felix Kubin.

Entsprechend collagiert klingt das Ergebnis: Ein Gewirr aus verschiedenen Sprachen, die Sängerinnen und Sänger meist verzerrt oder cartoonhaft wiedergegeben, und ein fast unentwirrbarer Knäuel aus Beats sorgen für größtmögliche Verdichtung. Das Zuviel an Information gibt der Musik selbst etwas Cartoonhaftes und damit Humoristisches. Dat Politics, deren Musik am ehesten noch – um hier einen etwas bekannteren Namen zu nennen – mit Mouse On Mars zu vergleichen ist, setzen sich damit zwischen alle Stühle: Mit dem auf Eleganz getrimmten Discohouse wollen sie so wenig assoziiert werden wie mit jener minimalistischen Laptop-Musik, die mit der sogenannten E-Musik liebäugelt; eine Szene nebenbei, die mit der »Frequencies«-Ausstellung in der Frankfurter Schirn gerade äußerst pressewirksam in die Hallen der Kunst befördert wurde. »Für uns ist es tatsächlich unmöglich, die eigene Musik einzuordnen, ein bißchen mehr Hedonismus jedoch«, so Claude, »täte der Laptop-Musik mit ihrem Hang zu extremen Klängen ganz gut«. Genau an dieser Schnittstelle setzen Dat Politics an: Für die Kunstszene zu »hedonistisch« und für das Club-Publikum zu avantgardistisch, demonstrieren ihre Slapstick-Sounds, daß Humor jenseits der Blödelei noch immer ein geeignetes Mittel ist, sich ins kommerzielle Abseits zu schießen. Ältere Semester werden bei dieser Mischung aus Wohnzimmer-Elektronik, verfremdeten Stimmen und offenkundiger Mainstream-Verweigerung womöglich an die Residents denken, jene alteingesessenen Avantgarde-Komiker mit Augenball und Zylinder, die immer wieder als »Elektronik-Pioniere« genannt werden. Wären die Residents und auch die ständigen Vergleiche mit ihnen nicht so abgeschmackt, müßte man dem sogar zustimmen – eine entfernte Ähnlichkeit besteht.

Nach mehreren Veröffentlichungen auf kleinen, meist für elektronische Randbereiche zuständigen Labels wie A-Musik und Mille Plateaux haben Dat Politics in Chicks On Speed, auf deren Label sie nun erscheinen, Verwandte im Geist gefunden: Auch das Berliner Musikerinnen-Trio spielt mit den verschiedensten Bezugspunkten, pendelt unbestimmt zwischen Clubkultur und Kunstwelt mit dem Ziel, in beide Szenen mehr Humor und politisches Bewußtsein zu bringen. Chicks On Speed, das ist elektronische Musik, geboren aus dem Geist von Punk und New Wave, frech, sperrig und laut, aber stets dermaßen von Plastiksound dominiert, daß keine falschen Gefühle der Authentizität aufkommen können. Ähnliches gilt auch für Dat Politics: Vom Habitus her ist das zwar noch Punk, von der Machart jedoch bewußt artifiziell und auf diese Weise weit vom Rock'n'Roll-Geschäft mit seiner Sehnsucht nach Stars entfernt. Aber kann und darf so etwas politisch genannt werden? Wird das Politische an einer solchen immer schon für eine Independent-Elite von Plattensammlern

produzierten Musik nicht überbewertet? »Leute wie wir haben uns für eine Musik entschieden«, antwortet Claude, »die weit weg vom großen Geschäft ist. Unsere Arbeit hat sehr viel von der alten Do-it-yourself-Attitüde: Man muß sich ein eigenes Netzwerk aufbauen. Das Politische drückt sich also bereits in den Strukturen aus. Es ist eine ganz bewußte Entscheidung, mit einer ganz bestimmten Musik auch ein ganz bestimmtes Publikum anzusprechen.«

Etwas arrogant könnte man aber auch einfach behaupten, daß Dat Politics im Vergleich zu nahezu allen offen agitatorischen Musikformen den interessanteren ästhetischen Ansatz gewählt haben, nämlich einen, der mehr Fragen aufwirft, als er beantwortet. Gerade in Deutschland leidet die Linke allerdings unter dem Bedürfnis, das Politische an Musik ständig quantifizieren zu müssen. Ein Blick nach Großbritannien könnte nicht schaden: Dort verhandelt das durchaus erfolgreiche und am Kiosk erhältliche Monatsmagazin »Wire« kontinuierlich elektronische Bands im Stil von Dat Politics und kontextualisiert sie in einer Tradition widerständiger Musik, die von Punk bis Freejazz reicht. Und genau das macht Sinn. Mehr Sinn als die Frage danach, wieviel Prozent politische Aussagekraft eine Band wie Dat Politics für sich in Anspruch nehmen kann.

Konkret 04/02, S. 62

Carsten Otte, Henrik Ghanaat

Down by Law

Eine Unigeschichte zum Semesterbeginn

Wir wissen nicht, ob die Geschichte wirklich stimmt, aber irgend jemand hat sie uns irgendwann einmal erzählt, und seitdem erzählen wir sie einander und jedem, der sie hören will, immer wieder: Wie die Regisseurin Danièle Huillet, deren Filme sich mit Hölderlins *Empedokles*, Kafkas *Amerika* und Schönbergs *Moses und Aron* befassen, auf die Frage, warum sie denn nie an einer Universität studiert habe, antwortete, sie sei nur einen Tag an der Sorbonne gewesen und dann sofort wieder gegangen, sie habe es an der Universität nicht länger als 24 Stunden ausgehalten – dort herrsche einfach »zuviel Lieblosischkeit«.

Wir haben es länger an der Universität ausgehalten, aber die Sache mit der »Lieblosischkeit« haben auch wir schon am ersten Tag mitbekommen. Wir standen Schlange auf der Treppe des politischen Instituts der Universität Bonn und sollten uns in eine Liste eintragen. Die anderen Studenten diskutierten darüber, wieviele Plätze in welchem Seminar noch frei seien und welcher Dozent welche Leistungen für die Vergabe eines Scheins verlangte. Wir hätten gehen und einen Film über Hölderlin drehen sollen. Wir blieben, und es begann eine andere Geschichte.

Zwei Tage später saßen wir also in diesem Seminar, für das wir uns eingetragen hatten, »Propädeutikum« nannte sich das, vier Stunden die Woche verschärfte Staatsbürgerkunde: Man war in Bonn, nebenan wurde die große Politik gemacht, und so mußte jeder auswendig lernen, wie das mit der Gesetzgebung funktioniert und warum Hans Peter Schwarz, der Bonner Oberpolitologe und Kohlberater, ein wichtiger Mann ist.

Die Dozentin, Frau Doktorin Brenke, wählte CDU, also waren uns die Grünen zu rechts. Sie verlangte Fußnoten, also lieferten wir Flugblätter ab. Sie wollte Vorträge über politikwissenschaftliche Tertiärtexte hören, also hielten wir ein Referat mit dem Titel »Kampf dem Atomtod« – und teilten dazu einen Text von Günther Anders aus.

»Si vis pacem para pacem« hieß der Aufsatz, die Berliner »Tageszeitung« hatte ihn abgedruckt, die Kommilitonen ahnten Furchtbares, denn in Bonn gehörte die »Taz« damals noch zum Terroristenumfeld. Wir lasen Zeile für Zeile des Traktats vor. Günther Anders pöbelte gegen die Rüstungspolitiker, schlimmer noch, er beschimpfte auch die falschen Friedensfreunde, die auf dem Trip der Gewaltlosigkeit wandelten und vor allem den Seelenfrieden suchten: »Ob ein Gebiet Europas mit Atomraketen bespickt wird oder ob der fatale Knopf, der den Raketenabschuß auslöst, gedrückt wird oder nicht, das hängt nicht von unserem inneren Gemütszustand ab, sondern allein von unseren politischen Aktionen.«

Wie wir das denn meinten, Aktionen und so, fragten Dozentin und Studenten im Chor. Tja, da müsse man noch mal den Text von Günther Anders anschauen, sagten wir. Warum wir denn gerade diesen Text besprechen wollten? Tja, das sei ein anderes Thema, auf das wir an geeigneter Stelle eingehen würden.

Taten wir auch, in einem Tutorium. Dort rezitierten wir, für alle Wanzen und Petzen vernehmbar, aus dem »Konzept Stadtguerilla« der Roten Armee Fraktion: »Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln.« Es gab keine Wanzen, und niemand verpetzte uns bei Doktorin Brenke. Die Tutorin hatte wahrscheinlich Angst, ihren Job zu verlieren.

Günther Anders war die Einstiegsdroge, im zweiten Semester kümmerten wir uns weniger um die obligatorische Bibliothekskunde, sondern organisierten ein »Autonomes Seminar«, aus dem sich bald eine politische Aktionsgruppe rekrutierte: das »Kommando Che Guevara«. Als erste Aktion plante das »Kommando Che Guevara« Brandanschläge auf »Bild«-Zeitungskästen. Die Vorbereitungen liefen gut, wochenlang spähten wir die Route aus, formulierten am Bekennerschreiben, eine Genossin besorgte Strumpfmasken zur Tarnung: Yves-Saint-Laurent-Strumpfhosen zu 70 Mark das Stück, die Füße schnitt sie einfach ab. Genosse Spartakist aber tat einen Fehlgriff. »Extraklasse! Nicht brennbar!« stand auf dem Kanister Motoröl, den er als Brandbeschleuniger gekauft hatte. So wurde die erste Aktion des »Kommando Che Guevara« eine Schlappe, von der es sich nicht mehr erholen sollte.

Wir zogen nach Berlin. Die Freie Universität, das war die Universität, vor der uns unsere Onkel und Tanten immer gewarnt hatten. Dort hätten alle Studenten lange Haare, würfen mit Leninzitaten nur so um sich, nähmen Drogen, besetzten Häuser und kopulierten miteinander auf großen Haufen, um schließlich, nach zwanzig Jahren Studium, ein Diplom im Steineschmeißen ausgestellt zu bekommen. Ganz so hoch waren unsere Erwartungen nicht, aber die Dozentenliste las sich gut: Da gab es den berühmten Marx-Forscher und Gramsci-Herausgeber Wolfgang Fritz Haug, den früheren Asta-Vorsitzenden und SDS-Strategen Bernd Rabehl, auch die Namen Lefèvre und Krippendorff hatten Klang.

Wie ein Seminar des berühmten Marx-Forschers und Gramsci-Herausgebers Wolfgang Fritz Haug funktioniert: Alle sitzen herum und machen ein hochkonzentriertes Gesicht. Der Meister spricht. Der Meister spricht ziemlich konfus. Er hat jetzt diese konfusen Franzosen gelesen, die er früher immer verketzert hatte. Pech für seine alten Schüler, die schon vor zehn Jahren diese konfusen Franzosen gelesen hatten, und deshalb ihrerseits vom Meister verketzert worden waren. Ein echter

Proletarier sitzt auch im Seminar, früher waren es mehr, aber dieser eine meldet sich oft zu Wort und ist sehr verwirrt, weil er als Proletarier die Franzosen nicht versteht. Dafür wird er vom Meister geliebt. Der Elitestudent, das »beste Pferd im Stall«, hält ein Referat über die Platonrezeption im Faschismus, an dem er sechs Monate lang gearbeitet hat. Es ist ein Auszug aus seiner Magisterarbeit über die Platonrezeption im Faschismus, an der er noch fünf Jahre lang arbeiten wird. Über seinen Nietzsche-Promovenden sagt der Meister, er habe ein Problem und müsse dringend zum Psychiater. Der Nietzsche-Promovend rennt weinend aus dem Seminar. Er hat jetzt ein Problem und muß dringend zum Psychiater.

An die Augenbrauen von Bernd Rabehl erinnern wir uns am liebsten. Sie waren goldgrau, stachen drohend aus den Augenwülsten hervor, und die gezwirbelten Augenbrauenenden stiegen steil in die Höhe, wenn der Professor sich aufregte. Das konnte er wirklich gut.

Rabehl hatte seine beeindruckende Gesichtsmimik vermutlich beim SDS in einer Agitationsschulung erlernt. Setzte der einstige Rebell sein martialisches Grinsen auf, begann die Vergangenheitsbewältigung. Keiner konnte so schöne 68er-Anekdoten erzählen wie Bernd Rabehl. Nur humorlos war der Mann.

Wir hatten über Hannah Arendt referiert, der Schein war längst abgegriffen, das Gesagte sollte nur noch fürs Plenum zu Papier gebracht werden. Doch erst Wochen später, als das Seminar längst vorbei war, erhielt Rabehl einen obskuren Schriftsatz namens »Skrofulöser Totalitarismus«, eine Sammlung von sage und schreibe 42 Thesen: »Zur Selbstverständlichkeit wurde, daß nichts, was die Politik betrifft, mehr selbstverständlich ist: Wollte man den gegenwärtigen Stand der Dinge benennen, so müßte man sagen, daß wir uns in der Orgie befinden«, lautete die schönste von ihnen. Was Rabehl anders sah. Er mochte unseren Adorno-Baudrillard-Rap überhaupt nicht, wollte nicht verstehen, was »solche Geistesblitze« mit Hannah Arendt zu tun haben sollten, und schrieb einen Brief: »Ich finde die Sprüche weder lustig, witzig, komisch noch irgendwie ersonnen von arabisch-semitischen Hausfrauen, sondern dof.« Dof, jawohl, dof stand da geschrieben.

Bessere Texte gaben wir nur Angelika Ebrecht-Laermann zu lesen, einer Dozentin am Otto-Suhr-Institut, die wir heimsuchten, weil sie ein Seminar mit dem Titel »Zum Begriff des Widerstands in der politischen Theorie und der Psychoanalyse« anbot. Wir lieferten gleich zwei Hausarbeiten ab, »Simulakra I – VI« und »Drei Buchstaben«.

»Simulakra I – VI« legte gut los: »Da es der Konservatismus der Linken verlangt, Verhältnisse mit Mitteln zu bekämpfen, welche ihre Unbrauchbarkeit schon gezeigt haben, dürfen sich die Dagoberts (Fußnote: Vgl. Walt Disney: *Lustige Taschenbücher Nr. 5, Onkel Dagobert bleibt Sieger*, Verona 1968) und die anderen Masken des Status quo weiterhin freuen.« Als Anhang gab es noch »Materialen zum Diskurs A, B und C«: eine Zeichnung von Onkel Dagobert, ein Foto von Andreas Baader und einen Überblick über das RTL-Fernsehprogramm vom 23. Januar 1993.

»Drei Buchstaben« war ein erhabenes Gedicht voller Schwermut: »Die Regulation ist geblieben, aber nicht im Sinne der Disziplinierung des Subjekts, das im Ringen um seine Befreiung zu Mitteln griff, die dem wohlgeordneten Ganzen zu widersprechen schienen, sondern vielmehr zwecks Aufrechterhaltung der im Bewußtsein der Verschiedenheit gegründeten Identität des Ganzen, dem der Schrecken und der völlige Auseinanderfall, der aus der Wahrnehmung der Totalität der Gleichheit und damit radikalen Andersheit gegenüber der das Subjektbewußtsein immer noch konstituierenden Geschichte folgen muß, erspart bleiben soll. Deshalb die Universalität der Hölle des Gleichen.«

Die Scheine holten wir uns persönlich ab – zweimal »Sehr gut«. Entweder hielt Ebrecht-Laermann uns für irre und wollte uns so schnell wie möglich aus ihrem Sprechzimmer haben. Oder wir hatten ihren »Begriff des Widerstands in der politischen Theorie und der Psychoanalyse« wirklich erweitert. Was macht die Frau eigentlich heute?

Kein Fernsehteam, das auf dem Dahlemer Campus zu tun hatte, ließ sich das Bild vom Asta-Haus entgehen, dieser heruntergekommenen Klitsche, die von oben bis unten mit dem schönen Wort »Himbeerwurst« vollgesprüht war. Um es ein für allemal zu klären: Wir wissen auch nicht, was »Himbeerwurst« bedeuten soll, wir haben es halt gesprüht, es gab verschiedene Vorschläge, und mit »Himbeerwurst« konnten wir beide gleichermaßen wenig anfangen. Später waren die Asta-Leute ja ganz stolz auf ihr »Himbeerwurst«-Haus, aber damals hatten wir eine Menge Ärger deswegen.

Wir waren die Asta-Kulturreferenten, und so uneins sich die Hochschul-, Frauen-, Lesben- und sonstigen Referenten sonst waren, das Kulturreferat lehnten sie einhellig ab. Einmal die Woche tagte das Asta-Plenum, wir waren selten da, doch wenn wir da waren, kam es zum Kreuzverhör: »Himbeerwurst? Was soll das, Himbeerwurst? Das ist doch unser Haus, unser Asta-Haus, da könnt ihr doch nicht einfach Himbeerwurst draufsprühen.« Auch unsere Zeitschrift »roechelexekution endzeitreproduktion« fand wenig Gnade: »Roechel? Was soll das: roechel? Ich will kein roechel«, roechelte der Hochschulreferent, ein schluffiger Kerl mit einem riesigen Hund, der tierisch stank, worüber sich wiederum niemand aufregte, außer uns natürlich.

Wir hatten trotzdem einen guten Stand, schließlich waren wir über T. an den Posten gekommen, über dessen Dschungelkampfvergangenheit viel gemunkelt wurde. Angeblich war T. nur im Asta, um für irgendwelche Drittwelt-Rebellen Gelder abzuzweigen. Tatsächlich zahlte wohl eine ganze Weile jeder Student der Freien Universität Berlin mit seinen Studentenwerksbeiträgen eine Art Revolutionssteuer, die von T. verwaltet und ihrem Zweck zugeführt wurde. Das

drohte mit der Zeit aufzufallen – also holte T. uns in den Asta, damit das Kulturreferat, dem er bisher allein vorstand, auch kulturelle Dinge veranstaltete.

Leider war er an die Falschen geraten. Das Kulturreferat konzentrierte sich zu Beginn unserer Amtszeit auf die Herausgabe von Presseerklärungen. So kündigten wir die »anschaffung einer JU 52« an, »um bis zum jahr 2000 jeden sonntag nachmittag über der west- und ostberliner innenstadt eine halbe tonne rosinen abzuwerfen«. Der Plan kam leider nie zur Ausführung, und auch die Zeitungen meldeten sich nicht. Allerdings wurde allmählich die Universitätsleitung auf uns aufmerksam, die Professoren Gerlach, Zegenhagen und Väth ersuchten uns um ein Gespräch, sie hatten von den Pressemitteilungen Wind bekommen (»... fordern Sie auf, die Abfassung solcher und ähnlicher Schriftstücke künftig zu unterlassen.«), und auch die Umbenennung des Kulturreferats in »kulturguerilla, gründungskommando« war ihnen nicht geheuer. Nach längeren Verhandlungen (»werter herr gerlach, nachdem sie in der letzten zeit ein ausgeprägtes bemühen an den tag legten, mit uns einen gesprächstermin zu vereinbaren, möchten wir sie hiermit darüber informieren, daß wir ihnen regelmäßig freitags zwischen 12.15 uhr und 13.45 uhr zur verfügung stehen. venceremos!«) kam schließlich ein Termin zustande. Gerlach war nicht da, also empfing uns Väth, der einen Riesenanschiß vorbereitet hatte, sich die Sache bei unserem Anblick aber nochmal überlegte: Wir sahen aus wie zwei Steinzeit-Guildo-Horns, die Sonnenbrillen hätten auf Elefantenschädel gepaßt, unsere paillettenbestickten Hemden glitzerten im Schein der Neonröhren, anstelle von Krawatten hatten wir uns Hosengürtel um den Hals gehängt. Das Gespräch dauerte fünf Minuten. Väth fragte höflich, was das denn zu bedeuten habe, »kulturguerilla«, und wir schütteten uns zur Antwort zwei Tüten Mehl über den Kopf. Worauf Väth möglichst schnell das Weite suchte – und wir möglichst lässig davonschlenderten, Mehlwolken zogen uns nach.

Es sei an der Zeit, befanden wir, die Kulturguerilla den breiten Massen zugänglich zu machen. Die nächsten Asta-Wahlen standen vor der Tür, mit der Unterstützung im Studentenparlament konnten wir nicht mehr rechnen, also gründeten wir eine eigene Hochschulliste: »die kulturguerilla, legaler flügel«, für die wir eifrig Werbung betrieben. Die Massen blieben aus, dafür meldete sich eine junge Dame: Anna. Anna erhielt die Aufgabe, die Formulare für die Anmeldung zur Wahl auszufüllen.

Wir entwarfen Plakate, auf denen neben dem Schriftzug »kulturguerilla, legaler flügel« noch fünf Kalaschnikows zu sehen waren. Damit kleisterten wir so ziemlich jeden freien Fleck auf dem Campus zu. Zwei Tage später hing neben jedem Plakat eine »Bekanntmachung« des »Zentralen Wahlvorstands« der Hochschule: »Die Liste 31 mit dem Kennwort Kulturguerilla – Legaler Flügel erscheint weder auf dem Stimmzettel noch im Verzeichnis der Listen, weil die Zulassung dieses Wahlvorschlags von der Rechtsabteilung der FU Berlin aufgehoben worden ist.«

In einem persönlichen Bulletin klärte man uns auf: Unser Zulassungsantrag sei »rechtswidrig«, da er nicht in »maschinenschriftlicher Form« abgegeben worden sei. Anna, die bei uns hauptsächlich deshalb mitmachte, weil sie gerade auf der Suche nach einem Lover war und eben glaubte, bei uns, den wilden Kulturmackern, fänden die wildesten Exzesse statt, hatte aus Frust über unsere Forderung nach absoluter sexueller Abstinenz die Formulare einfach mit irgendeinem Krickelkrackel ausgefüllt. Das war das Ende der »kulturguerilla«. Sie starb an einer Mischung aus sexueller Frustration und bürokratischer Häme, ein häufiger Tod.

Damit wir keinen falschen Eindruck erwecken: Ab und zu benahmen wir uns wie vortreffliche Studenten. Wir beteiligten uns artig am Seminargespräch, gaben rechtzeitig die Arbeiten ab und bedankten uns beim Lehrer für den Unterricht. Doch es war nicht einfach. Der viel zu häufige Gang in die Verwaltungseinheiten der Hochschule, die Nahrungsaufnahme im Massenmensasaal, die Berichte über Sorgen und Nöte verarmter Akademiker – ein Wunder, daß so wenig Studenten durchdrehen.

Viele Professoren, denen die Frau oder der Genius abhanden gekommen war, hatten Spleens entwickelt, verschanzten sich hinter den Normen und Formen des Betriebs, ließen Haus-, Magister- und Doktorarbeiten anfertigen, belanglose Buchstabenansammlungen, die sich in der Bearbeitung, Zusammenfassung, Reprodukion des längst Gedachten erschöpften. Die Hauptsache dabei war der Ton, dieser hundertprozentig keimfreie, zugleich aufdringlich orakelhafte Akademikerton, an dem sich in den letzten 200 Jahren, seit den Zeiten des seligen Kant, nichts geändert hat.

Wir studierten meistens zu Hause, im stillen Kämmerlein, lasen Günther Anders, der sich dem Professorendasein erfolgreich entzogen hatte, und Theodor W. Adorno, den unser Lieblingspolemiker Wolfgang Pohrt einmal als »Staatsfeind auf dem Lehrstuhl« beschrieben hatte. Irgendwann mußten wir so bei Gabi Althaus landen, der wohl einzigen orthodoxen Anders-Adorno-Auslegerin in Deutschland und anderswo. In ihren Seminaren über Adornos *Negative Dialektik* gewannen wir den zum Abschluß des Studiums erforderlichen Ernst zurück. Was uns freilich nicht davon abhielt, unsere Arbeitskraft in den Dienst von Hörfunk und Fernsehen, also der Kulturindustrie zu stellen. Wir haben die Anstalten, in denen Hörfunk und Fernsehen produziert werden, der geschlossenen Anstalt Universität vorgezogen.

Vielleicht ist der Unterschied auch gar nicht so groß. Wie heißt es doch bei Günther Anders: »In gewissem Sinne wird heute jeder Leser, Radiohörer, Fernsehkonsument, Kulturfilmbesucher in ein vulgäres double des Wissenschaftlers verwandelt: auch von ihm erwartet man, daß ihm alles nun gleich nah und gleich fern sei.«

Carsten Otte und Henrik Ghanaat schreiben Doktorarbeiten auf Bestellung. Mailen Sie an: I – want – to – be – famous – 999@hotmail.com

Konkret 04/02, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

An Seine Exzellenz, den Botschafter der Republik Österreich in der BRD Herrn Dr. Markus Lutterotti

Berlin, Fax 030/229 05 69

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Leiden Sie auch an Haarausfall, und m□chten Sie Ihre verlorenen Haare wiederhaben? Dann brauchen Sie Ervamatin. Denn Ervamatin ist ein echter Meilenstein in der Bek□mpfung des Haarausfalls. Warum, Herr Botschafter, spreche ich Sie mit diesen Worten an? Weil dies die Worte Enrique Carrillos von der »Forschungsabteilung der Ervamatin Ltd« sind, eines Herrn, der zu frühmorgendlicher Stunde bei »Home Shopping Europe«, einer Untermieterin der TV-Kanäle Vox und DSF, auf deutschem Sendegebiet ein Präparat vorgenannten Namens bewirbt.

Warum, lieber Hotte, könnten Sie, Exzellenz, geneigt sein zu erwidern, molestieren Sie mich mit derart Degoutantem? Was habe ich mit Ervamatin, was mit Enrique Carrillo zu schaffen?

Nun, auf den ersten Blick, Exzellenz, nichts. Indeed: Worin sollte die Beziehung des österreichischen Botschafters in Deutschland zu Enrique Carrillo bestehen, einem Latinlovertyp in den Vierzigern, der mutmaßlich seiner gebenedeiten dunklen Matte wegen als Haarnachwuchsschauspieler engagiert wurde von einer im Verkaufsfernsehn ökumenisch operierenden Clique ausgebuffter Knaben, die, statt am Leben, der Krankheit zum Tode, qualifiziert zu verzweifeln oder wenigstens anständig arbeiten zu gehn, lieber mit einer Haarausfallbeseitigungsanstalt im Briefkastenformat am Ufer der von Beschränkten der unsterblichen Art brav am Sprudeln gehaltenen Profitquelle sitzen. So ein Hütchenspielerracket kann doch unmöglich den Geschäftsträger Wiens in Berlin tangieren, möchten Sie getrost vermeinen. Und doch, Exzellenz, sind Sie in diesen Fall verstrickt. Denn dieser augenscheins südmittelamerikaabkömmige Enrique wird ganz zweifelsfrei von einem Österreicher synchronisiert. Ein Landsmann von Ihnen leiht diesem Propagandisten eines effizienzphilosophisch gesehen zutiefst überflüssigen Fluids seine Stimme. Ein Österreicher, Exzellenz, spricht, und während der Sound des Idioms beim hiesigen TV-Teilnehmer automatisch die AssoziAzziOnen zu Alpenrepublikbewährtem, zu Urlaubslandgrundehrlichem aufruft und seelisch downlädt (die Herzhitze beim Heurigen und die burgenländische Brise auf dem Scheitel des Praterrades, die hohe Feierlichkeit des Opernballs und die ausgelassene Jaagertheegesellschaft auf der Seiseralm, das Schnalzen der Peitsche des Fiakers auf dem Heldenplatz und das Schnalzen der Zunge beim Palatschinken im Weißen Rössl, die dakammagute Lustigkeit im Salzkammagut und die staade Einkehr auf dem Dreifaltigkeitsreservat von Melk, das Knurren der Falken im Turm vom Steffl und das Wispern der Mysterien am Grunde des Toplitz, die unaufdringliche Servilität des zum großen Braunen die »Kronenzeitung« reichenden Obers im Cafe K&K und die aus dem Synthesizer das letzte an widerspruchseliminierendem Ja zum Leben herausholenden Musikanten im Stadl Karli Moiks), während, Exzellenz, das baritonale Timbre Ihres Landsmannes das Gemüt des Menschen am Gerät betört, neutralisiert es gleichzeitig das Öha!- Zentrum in dessen Gehirn und macht ihn platt zur Akzeptanz satzausgesagten Rotts, den man, wären Humbug und Betrug als Milchgeschwister des Muttermords nicht Anlaß zum Entsetzen, mit dem kein Scherz zu treiben geht, dringlichst vorm Haager Haarausfalltribunal sähe, und nicht in Kämmen, nein, in Ketten:

Am Beginn des neuen Millenniums verf□gen wir □ber ein rein nat□rliches Produkt, das die heilenden Kr□fte geheimnisvoller Pflan□en aus dem Regenwald mit der belebenden Wirkung ionisierter Mineralquellen des Ama□onas kombiniert. Die Entwickler von Ervamatin haben in Zusammenarbeit mit dem lateinamerikanischen Zentrum f□r (so spricht das Ihr Landsmann:*) F□schjobiologie und dem f□schjonuklearen Laboratorium der Vereinten Nationen eine umfassende Studie durchgef□hrt. 886 M□nner und Frauen von □wan□ig bis f□nfundsech□ig Jahren, alle aus ethnisch verschiedener Herkunft, waren daran beteiligt. Diese Studie best□tigte, da□ Ervamatin absolut sicher ist und keine wie auch immer gearteten Nebenwirkungen hat und nebenbei wirkt es auch. Eine wissenschaftlich streng kontrollierte Studie bestand aus f□nfhundert an Haarausfall leidenden Patienten. F□nf□ig Pro□ent davon wurden mit Ervamatin behandelt. Die andere H□lfte bekam ein □hnliches Produkt. Die f□nf□ig Pro□ent Ervamatinanwender □eigten eine Besserung von acht□ig Pro□ent nach nur einem Monat. Die anderen □eigten keine Besserung. Eine andere Studie, geleitet von dem renommierten Schwei□er Forscher Dr. Gerhard Rene Knecht, entdeckte in Ervamatin wertvolle Liposome ... Das ist der Grund, warum Ervamatin so einfach und wirksam in die Kopfhaut dringt. Der Anwendungs- und Behandlungs□□klus baut sich wie folgt auf: W□hrend des ersten und □weiten Monats revitalisiert, ern□hrt und festigt Ervamatin die ge□digten Haarwur□eln, w□hrend des □weiten und dritten Monats kommt es □um Haarausfallstopp, der dritte Monat f□rdert neuen Haarwuchs.*

Und dann, Exzellenz, ruft Ihr Landsmann einen »Doktor Alejandro Camberra« in die Expertenbütt und ein anderer Landsmann von Ihnen, der »physio« nicht zu füschjo vermosert, sagt schamlos lippensynchron: *Ich habe die Ervamatin-Studie des lateinamerikanischen ph□ sionuklearen Forschungs□ entrums in Zusammenarbeit mit dd Labors der Vereinten Nationen genau gepr□ ft, die Reinheit der Ingredien□ ien steht au□ er Frage und die Studienergebnisse sind wirklich bemerkenswert. Meiner Ansicht nach wurde hier die L□ sung □ u einem uralten Problem gefunden.*

Exzellenz! Sagen Sie nicht, Sie hätten Wichtigeres zu tun. Lassen Sie sich von Ihrem Presseattaché Magister Schnetzer diesen Zehnminutenfilm per Mitschnitt auf Kassette kommen. Nehmen Sie allsinnlich wahr, daß außer dem Leadspeaker weitere österreichische Staatsbürger in unüberbietbar lausig manipulierten Vorher/Nachher-Inszenierungen im Zeugenstand für eine Quacksalbe haarsträubende Meineide leisten. Sie, Herr Doktor Lutterotti, sind Botschafter einer sogenannten Kulturnation, die aufgrund gewisser Verfehlungen in den dreißiger und vierziger Jahren (aber reichlich auch danach) noch lange unter Bewährung steht. Allem dieser Reha Widrigem, und sei´s noch so gering, sollte, so meine ich, mit allen Mitteln gewehrt werden. Grillparzer und ein von der Stimme Österreichs gegen den Haarausfall ins Feld geführter echter Meilenstein (für 49.90 Euro alias 686,64 Schilling!) – das geht auf keine gemeinsame Kuhhaut. Die Salzburger Festspiele und das von Ihrem Landsmann zum Test einer Nebenwirkungslosigkeit nebenbei mit Wirkungsmacht paarenden Kopfhautgülle aufgerufne füschjonukleare Laboratorium Kofi Annans – das ist nicht comme il faut, das ist ein Schmäh.

Wir beide, Exzellenz, sind Kinder der europäischen Aufklärung und vif genug zu wissen, daß es eher einen Gott giebt und eine Gerechtigkeit denn (wie gerne irreten Aber- und Abermillionen verzweifelter Glatzen) des Haupthaars Auferstehung von den Toten.

Als auf deutschem Sendegebiet des Verkaufsfernsehens beheimateter bitte ich Sie, Exzellenz, allkräftigst hinzuwirken darauf, daß dieser von Ihren Landsleuten handlangerisch schwer mitverschuldete, die Wahrheit verhöhnende Werbespot fürderer Ausstrahlung enträt.

Ich wünsche Ihnen hiezu viel Mut und Glück. Ich für meinen Teil habe mit gleicher Post Herrrn Dieter Czaja, den Vorstandsvorsitzenden der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen e.V. (Fax 030 23083670) mit diesem Vorgang konfrontiert.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Ihr Horst Tomayer

Konkret 04/02, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Den neuen Anderson haben wir noch nicht besprochen? Wir haben, als erste, dreizehn Jahre vor seinem Erscheinen. Damals hatte ein Leser einen Ausschnitt aus der »Frankfurter Allgemeinen« eingesandt, mit der Bitte um Übersetzung:

Die Verzahnung der verschiedenen Systeme nimmt immer mehr zu, und der siamesische Zwilling ist nicht der Vater des Gedankens, sondern das Kind einer unzüchtigen Beziehung gegenseitiger Erpressung.

Und weil es mit keinem Langenscheidt der Welt gelingen wollte, den Satz in eine Sprache zu übertragen, hatte ich gefragt:

Wer hilft? Vielleicht ist ja der Sascha Anderson, der das geschrieben haben soll, gar kein Pseudonym; vielleicht weiß die Arbeitsgemeinschaft 13. August nicht nur, wann er – wegen oppositioneller Betätigung, versteht sich – aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen wurde, sondern auch wo er wohnt; vielleicht in Bergen-Enkheim? Kenner bitte melden! Ich möchte nicht als einäugiger Zwilling in die Traufe der Zeit beißen, bevor mir einer erklärt hat, warum gegenseitige Erpressung in Inzucht ein siamesisches Kind gezeugt hat, das den Eindruck zu erwecken versucht, es sei der Vater des verzahnten Gedankens. Ich warte auf Antwort. (Unter Kennwort: Quark aus der Mark.)

Das war zu Zeiten der DDR. Wer lesen kann, brauchte keine Stasipapiere, um zu wissen, wer oder was Anderson ist. Es fängt mit A an, geht aber mit nalphabet weiter.

Zu den großen Zeiten der KPD hatte Tucholsky einem ihrer Funktionäre den Seufzer in den Mund gelegt: Schade, daß Sie nicht in der Partei sind, sonst könnte man Sie jetzt ausschließen! In der deutschen Geschichte wiederholt sich aber auch die Farce dreimal täglich:

Hätte ich noch ein Abo, würde ich es jetzt kündigen

schreibt, »mit schönen Grüßen«, ein Gunnar R. aus Bremen. Wenn ich ein Vöglein wär, flög ich zu ihm. Und ließe was fallen.

Die grüne Bundestagsfraktion trauert:

Wir werden sie vermissen – als Politiker, als Mensch, als Freundin.

Auch wenn man (von frau mal nicht zu reden) es nicht gleich sieht, stehen die drei im Akkusativ: Wir werden sie als wen vermissen? Als Politikerin, als Freundin und als Menschen. Bei den ökologischen Studienräten ist er nun eingetreten, der größte anzunehmende Wen-Fall. Die Herren Grünen vermissen an Frau Heyne nicht den Menschen, sondern das Mensch. Ihr Idol ist auch schon zum vierten Mal verheiratet.

Überschrift in der »Süddeutschen Zeitung«:

Demokratischen Linke in der Slowakei vor Zerfall

Ihr Beitrag zur *Making fun of the handicapped week.*

Seit Jahren verteidigt die »Frankfurter Allgemeine« ihr geliebtes Deutsch gegen die Rechtschreibbolschewisten der Kultusbürokratie. Am 28. Februar brachte sie auf der Aufmacherseite des Feuilletons gleich drei Haubitzen für die gute Sache in Stellung, die schwerste Kaliber der Parodie auf den Feind abfeuerten:

Bank Rott Erklärung

hieß der Knaller von Hubert Spiegel,

Band Wurm Wörter

das Geschoß von Henning Ritter und

Realitäts Prinzip

der Nachbrenner von Jürgen Kaube. Auf derselben Seite, in der Leitglosse, machte sich ein Kollege über die Schriftstellerin Christa Wolf her. Ihre Auftritte, hieß es da,

lösten eine seltsame Erwartungshaltung aus.

Gemeint war eine Erwartung, denn die Erwartungshaltung kann man zwar einnehmen, aber nicht auslösen. Und so ging, wie in Stalingrad, der Endsieg über die undeutschen Bolschewisten wieder mal nach hinten los.

Warum deutsche Soldaten überall Krieg führen müssen, seit die Partei der Gewaltfreiheit den Außenminister stellt, hat Joschka Fischer seinen Parteitagsdelegierten in der dritten Person erläutert:

Es ist nicht Joschka Fischer, der euch das zumutet – es ist die Realität.

Das lügt er einmal nicht, weil die ganz brutale Zumutung der Realität ja gerade darin besteht, daß in ihr der Joschka Fischer Außenminister ist.

Das »Hamburger Abendblatt« hat den beiden großen Fragen der Menschheit – Gibt es einen Gott? Wann gibt's Essen? – eine dritte, balkendicke, hinzugefügt:

Braucht Boizenburg ein Kino?

Der erste, der eine Antwort versuchte, war Bürgermeister Harald Jäschke:

Kultur ist schön, nur schwer finanzierbar.

So ähnlich hat der Drewermann auf die erste der drei Fragen auch geantwortet.

Anläßlich des gewaltsamen Todes eines italienischen Reporters klagt dessen Landsmann Romano Prodi:

Ein weiteres Mal mußte ein Journalist seine Aufgabe, die Welt mit Nachrichten zu versorgen, mit dem Leben bezahlen.

Prodi versucht, den Eindruck zu erwecken, Journalisten lebten besonders gefährlich. Und das ist ja auch wahr, nur hat Prodi den falschen Anlaß gewählt: Was sind schon die 0,01 Promille der Journalisten, die Opfer von Gewalttaten werden, gegen die zwei Drittel des Berufsstands, die gewaltlos an ihren täglich 2,0 Promille sterben?

Marion Dönhoff ist weder an diesem noch an jenem gestorben. Sie war 92 Jahre alt. Da kommt so was vor. Die Trauer ist dennoch tief:

Gerhard Schröder: ... eine Publizistin von unvergleichlichem Scharfsinn, eine unüberhörbare Stimme der Vernunft!

Siegfried Lenz: Nicht durch Jahre, durch Jahrzehnte habe ich sie gelesen, beeindruckt von der Schärfe ihrer Analysen, von der Triftigkeit ihrer Kommentare.

Joachim Kaiser: Für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland hat Marion Gräfin Dönhoff wahrlich viel mehr getan als so manche Diplomaten ...

»Die Zeit«: Die Idee der gewissenhaften Freiheit soll in der Redaktion weiterleben, auch nach dem Tode ihrer Hüterin. Diese Redaktion soll ein Orden gewesen sein und die Gräfin seine Äbtissin, deren Sorge nicht Mann und Kindern galt, sondern der Republik. Dabei von eiserner Demut.

»Die Welt« und alle andern: Die große, alte Dame

(das ungalante Komma ist von Springer),

die Grande Dame des deutschen Journalismus ist tot. Bundespräsident Johannes Rau erklärte: »Sie war eine große Deutsche.« Helmut Schmidt sagte: »Die Deutschen haben eine wegweisende Mitbürgerin verloren.«

Über die Toten nichts Schlechtes, gut. Aber muß man gleich solchen Scheiß erzählen? Den unvergleichlichen Scharfsinn einer Mitbürgerin preisen, die 1996, kurz bevor deutsche Soldaten in alle Welt ausschwärmten, diesen Weg gewiesen hat?:

Kein Grund zum Schwarzsehen: Seit 1989 dominieren friedliche Entwicklungen die Weltpolitik

Muß man Kommentare rühmen, deren Triftigkeit in dem Satz kulminierte?:

Jeder Vorteil hat einen ihm spezifischen Nachteil, und umgekehrt.

Muß man eine unüberhörbare Stimme der Vernunft nennen, was so dröhnte?:

Auch ist die Befürchtung, daß das Goldhagen-Buch den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus wieder neu beleben könnte, leider nicht von der Hand zu weisen.

Am Antisemitismus ist der Jude schuld, und in der Tat hatte Goldhagen den mehr oder weniger verstummten Antisemitismus der Frau Dönhoff neu belebt. »Die großartigste Journalistin unserer Zeit« nannte die Deutsche Verlagsanstalt die Gräfin, die mit diesem, ihrem zweiten Vornamen, und allein mit ihm, sich von den Kleinbürgern in der Redaktion abhob. Von der Qualität ihrer Einfälle zeugen der Buchtitel

Zivilisiert den Kapitalismus!

und die darunter gestellten Fragen:

Kommt bei uns erst das Geld und dann die Moral?

Sowie:

Wer fragt überhaupt noch nach dem Ganzen? Manchmal bekommt man den Eindruck, daß jeder nur noch an sich denkt.

Keine konnte besser erklären, was Demokratie ist:

Die Leute sind wirklich Demokraten geworden. Gerade gestern kam ich mit der Bahn gefahren, mit dem ICE. Der Mann, der früher nur mit großer Selbstgefälligkeit die Fahrkarten knipste, die Leute beschimpfte, wenn irgend etwas nicht in Ordnung war, der trägt jetzt Kaffee herum. Das wäre früher undenkbar gewesen.

Demokratie ist, wenn das Gesinde spurt. Es wird auch mir fehlen, das große alte hohle Huhn des liberalen Leitartikels.